3 176 977 8

Digitized by the Internet Archive
in 2013

http://archive.org/details/bismarckdereise00helm

R.3d
M 70
Do NOT
Trim

Meulenhoff-Ausgaben

Geschichte · Kunst · Literatur

Johannes M. Meulenhoff Verlag

Leipzig MCMXV

Bismarck

Bismarck

Der Eiserne Kanzler

von

Dr. Hans F. Helmolt

Zugleich

Bismarcks Leben

in Bildern und Dokumenten

219

Johannes M. Meulenhoff Verlag

Leipzig MCMXV

LIBRARY
MAY 1 9 1999
UNIVERSITY OF TORONTO

Inhalt.

Seite

Bismarcks Leben in Bildern und Dokumenten . . . . . 1—96

Bismarck
Der Eiserne Kanzler.

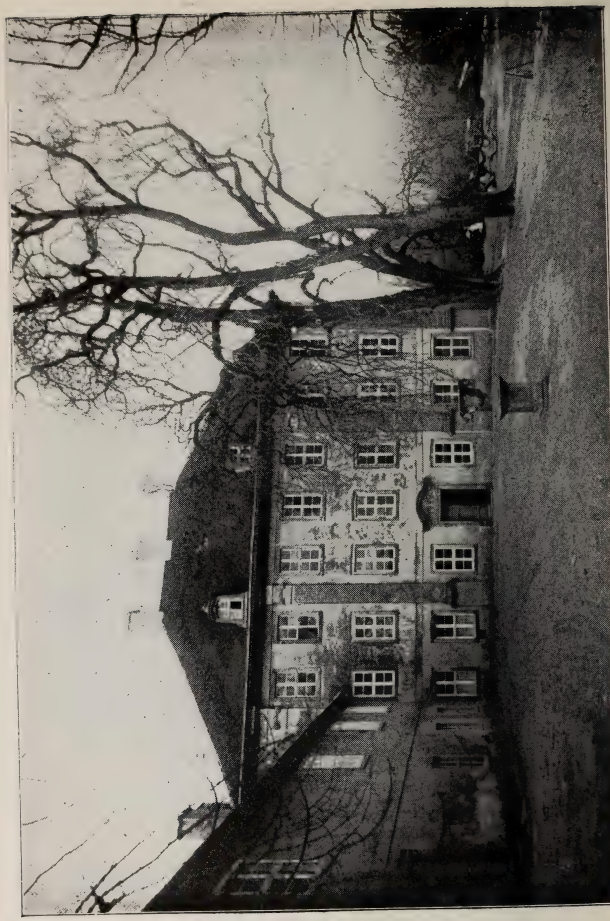
Ein Wort zur Einführung 99
1. Abstammung und Blutmischung . . 101
2. Die Kindheit 105
3. Die Studentenzeit 108
4. Der angehende Jurist und Regierungsbeamte 115
5. Der Landedelmann 121
6. Vom Sturmjahr über Olmütz nach Frankfurt 141
7. Petersburg und Paris 165
8. Preußischer Ministerpräsident 178
9. Bundeskanzler 215
10. Reichskanzler 254
11. Die Entlassung 329
12. Ausklang 341
Nachwort 352
Auszug aus der Ahnentafel 356

Bismarcks Leben

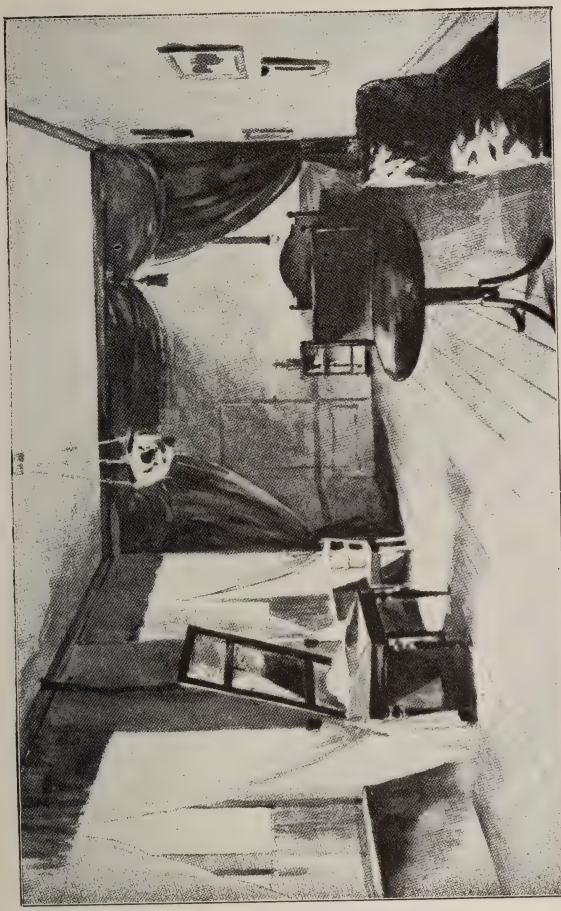
in Bildern und Dokumenten

Bismarcks Mutter,
Wilhelmine geb. Mencken.
Nach einem Gemälde von Franz Krüger.

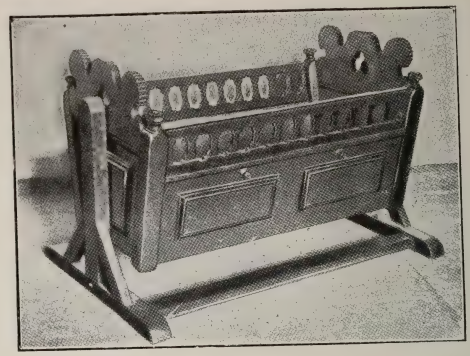
Bismarcks Vater,
Karl Wilhelm Ferdinand von Bismarck.
Nach einem Gemälde von Franz Krüger.



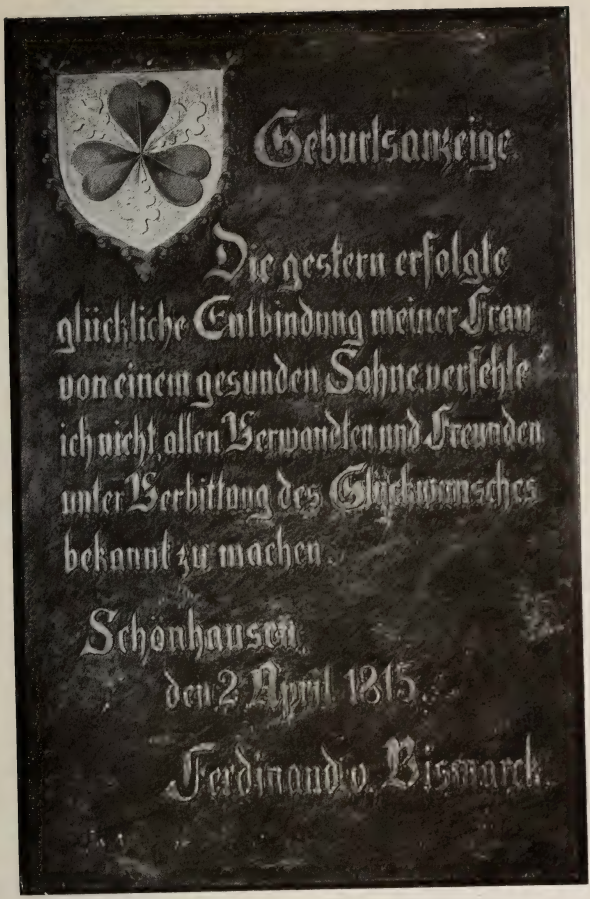
Das Geburtshaus Bismarcks:
Das alte Schloß in Schönhausen.
Nach einer Photographie.



Das Geburtszimmer Bismarcks in Schönhausen.

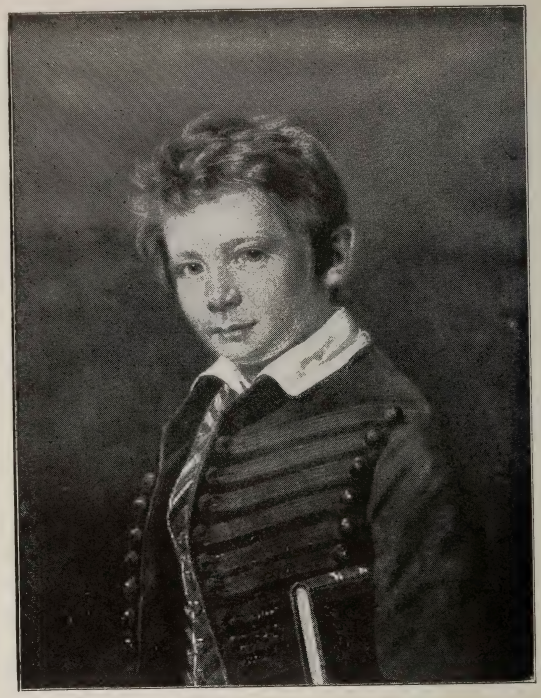


Bismarcks Wiege im Schlosse zu Schönhausen.



Bismarcks Geburtsanzeige.

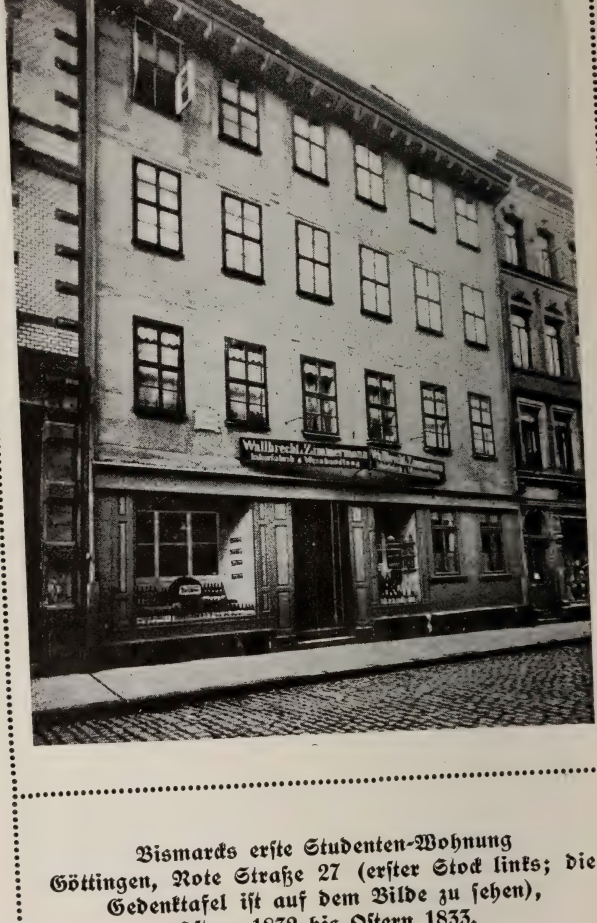
Wiedergabe nach der Original-Holztafel im Bismarckturme des Herrn Emil Specht zu Sachsenwald-Hofriede.



Otto von Bismarck als elfjähriger Knabe.
Nach einem Gemälde von Franz Krüger.

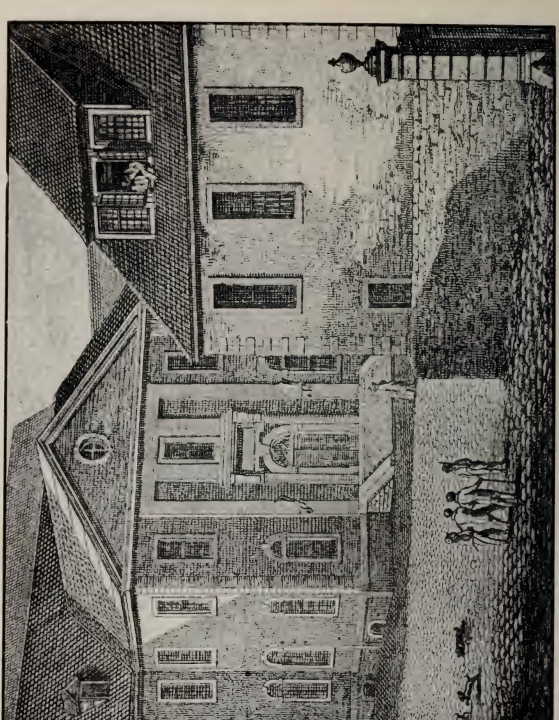
O v Bismarck.

Bismarck als Göttinger Student
(Corps Hannovera)
1832—1833.

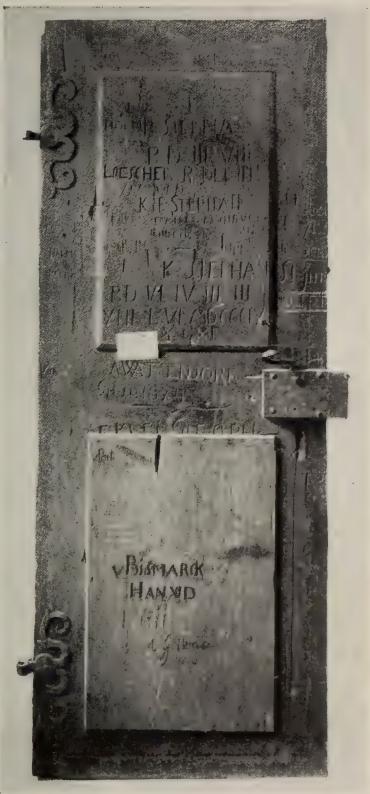


Bismarcks erste Studenten-Wohnung
Göttingen, Rote Straße 27 (erster Stock links; die Gedenktafel ist auf dem Bilde zu sehen),
Ostern 1832 bis Ostern 1833.

Bismarcks zweite Studentenwohnung in Göttingen. 1833.
Gartenhaus am Walle neben der Kleinen Mühle,
damals noch mit Aussicht in das obere Leinetal.



Eingang in das Bibliotheksgebäude zu Göttingen.
Nach einem alten Kupferstich.
Oben (A) der Universitätskarzer, in dem Bismarck wiederholt unfreiwillig verweilte.



Göttinger Karzertür mit eingeschnittenem Namen:
v Bismarck
Han(overae) XID(ies)
1833.
Nach einer Photographie.

Bismarck als Göttinger Student.
Denkmal Jung-Bismarcks auf der Rudelsburg.

Nach einer Photographie.

(Vgl. Bismarcks Ansprache an die Abordnung des Verbandes alter Corpsstudenten vom 27. April 1895: Politische Reden XIII, 385.)

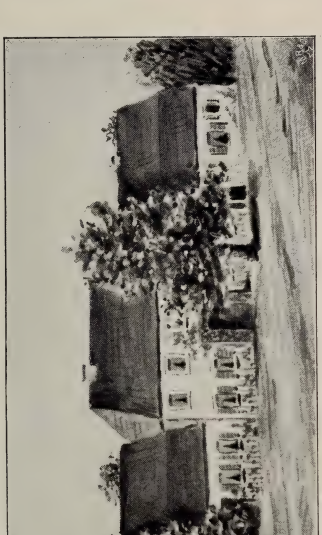
Bismarck als Student in Berlin.

Nach einer Zeichnung von Gustav von Kessel, datiert aus Kniephof vom Jahre 1834.

(Bismarck hat am 27. April 1895 gesagt, Vetter Kessel habe ihn zu sentimental gezeichnet. Die Haare hätten ihm noch länger über den Rockkragen heruntergehangen. Die Unterlippe habe er immer stärker gehabt als die Oberlippe, die zu schmollend ausgefallen sei. Der Unterkiefer trete zu stark hervor.)

Das „Deutsche Haus“ bei Göttingen, wo Bismarck im Saale des ersten Stockes zahlreiche Mensuren schlug.

Nach einem alten Kupferstich.



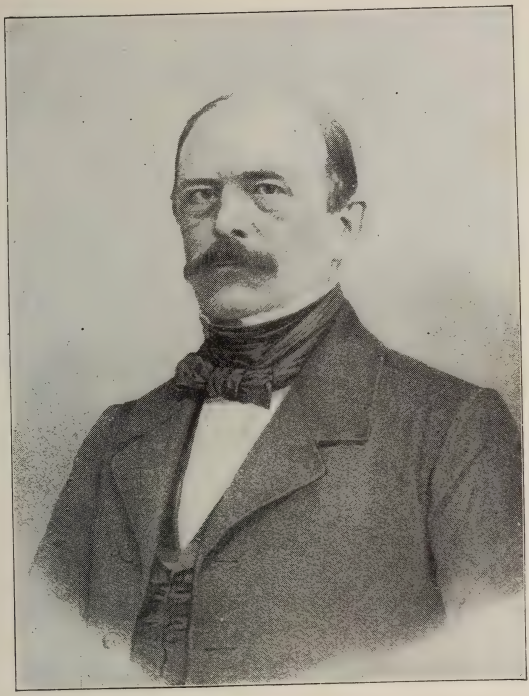
Das Herrenhaus auf Kniephof,
das Otto von Bismarck nach dem Tode des Vaters
(22. Nov. 1845) zur Verwaltung übernahm.

Bismarck im Jahre 1847.
Nach einer zeitgenössischen Zeichnung von Bürde.

Otto von Bismarck und seine Gemahlin Johanna geb. von Puttkamer.
1849.

Nach einer Photographie.

1858
Bismarck als Bundestagsgesandter.
Nach einem Gemälde von J. Becker.



v. Bismarck-Schönhausen
als Kanzler des Norddeutschen Bundes.

Bismarck im Jahre 1870.
Nach einem gleichzeitigen Holzschnitte.

König Wilhelm I.

1870.

Nach einer Photographie.

Napoleon III., Kaiser der Franzosen.
Nach einem Gemälde von Hippolyte Flandrin.
Phot. Braun & Cie.

Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Prinzen von Hohenzollern der kaiserlich französischen Regierung von der königlich spanischen amtlich mitgeteilt worden sind, hat der französische Botschafter in Ems an Seine Majestät den König noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisieren, daß er nach Paris telegraphiere, daß Seine Majestät der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkommen sollten. Seine Majestät der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen, und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Seine Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzuteilen habe.

Die „Emser Depesche"
in der Fassung Bismarcks.
(Text nach Hedwig Abeken, geb. v. Olfers: „Heinrich Abeken". Vierte Auflage, Berlin 1910, S. 387.)

Generalfeldmarschall Graf Helmuth von Moltke.

Aus dem Corpus Imaginum der Photographischen Gesellschaft in Berlin.

Kriegsminiſter Graf Albrecht von Roon.
Aus dem Corpus Imaginum der Photographiſchen Geſellſchaft in Berlin.

Die französische Kriegserklärung 1870.

Le soussigné chargé d'affaires de France, conformément aux ordres de son gouvernement, a l'honneur de porter la communication suivante à la connaissance de Son Excellence le ministre des affaires étrangères de Sa Majesté le Roi de Prusse. Le gouvernement de Sa Majesté l'Empereur des Français, ne pouvant considérer le projet d'élever un prince prussien au trône d'Espagne que comme une entreprise dirigée contre la sécurité territoriale de la France, s'est vu forcé de demander à Sa Majesté le Roi de Prusse l'assurance qu'une pareille combinaison ne se reproduirait plus à l'avenir avec son assentiment.

Sa Majesté le Roi de Prusse ayant refusé cette assurance, et ayant, au contraire, déclaré à l'envoyé de Sa Majesté l'Empereur des Français, qu'il voulait se réserver, pour cette éventualité comme pour toute autre, de consulter les circonstances, le gouvernement impérial a dû voir dans cette déclaration du Roi une arrière-pensée menaçante pour la France et pour l'équilibre européen. Cette déclaration a reçu un caractère encore plus sérieux par la communication faite aux cabinets étrangers du refus de recevoir l'envoyé de l'Empereur et d'entrer avec lui dans de nouvelles explications.

En conséquence, le gouvernement français a cru de son devoir de songer sans délai à la défense de sa dignité blessée, de ses intérêts menacés et résolu, dans ce but, à prendre toutes les mesures qui lui sont ordonnées par la situation qui lui est faite, il se considère, dès à présent, comme en état de guerre avec la Prusse.

A Berlin, le 19 juillet 1870.

Le Sourd.

Die französische Kriegserklärung 1870.

(Übersetzung.)

Der unterzeichnete Geschäftsträger Frankreichs hat in Ausführung der Befehle, die er von seiner Regierung erhalten, die Ehre, folgende Mitteilung zur Kenntnis Sr. Exzellenz des Herrn Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten Sr. Majestät des Königs von Preußen zu bringen:

Die Regierung Sr. Majestät des Kaisers der Franzosen kann den Plan, einen preußischen Prinzen auf den Thron von Spanien zu erheben, nur als ein gegen die territoriale Sicherheit Frankreichs gerichtetes Unternehmen betrachten und hat sich deshalb in die Notwendigkeit versetzt gefunden, von Sr. Majestät dem König von Preußen die Versicherung zu verlangen, daß sich in Zukunft eine solche Kombination mit seiner Zustimmung nicht mehr wiederholen werde. Da Seine Majestät der König von Preußen sich geweigert, diese Zusicherung zu erteilen und im Gegenteil dem Botschafter Sr. Majestät des Kaisers der Franzosen erklärt hat, daß er sich für diese Eventualität wie für jede andere Möglichkeit vorzubehalten gedenke, die Umstände zu Rate zu ziehen, so hat die Kaiserl. Regierung in dieser Erklärung des Königs einen Frankreich ebenso wie das allgemeine Gleichgewicht der Kräfte in Europa bedrohenden Hintergedanken erblicken müssen. Diese Erklärung ist noch verschlimmert worden durch die den Kabinetten zugegangene Anzeige von der Weigerung, den Botschafter des Kaisers zu empfangen und auf irgendeine neue Auseinandersetzung mit ihm einzugehen. Infolgedessen hat die Regierung Sr. Majestät die Verpflichtung zu haben geglaubt, unverzüglich für die Verteidigung ihrer Ehre und ihrer verletzten Interessen zu sorgen, und entschlossen, zu diesem Endzweck alle durch die ihr geschaffene Lage gebotenen Maßregeln zu ergreifen, betrachtet sie sich von jetzt an als im Kriegszustande mit Preußen.

Berlin, den 19. Juli 1870.

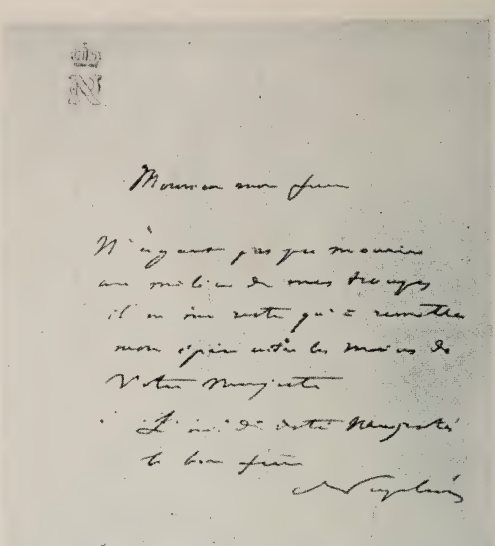
Le Sourd.

Kaiser Friedrich III. als Kronprinz 1870.

Nach einer Photographie.

Aus dem Corpus Imaginum der Photographischen Gesellschaft in Berlin.

Fürst Bismarck auf der Höhe vor Sedan.
Nach einem Gemälde von E. v. Eschwege.
Mit Genehmigung des Kunstverlags Kupfer & Hermann, Berlin.



Brief Napoleons aus Sedan an König Wilhelm I. Napoleon bietet seinen Degen dem König an.

Wortlaut:

Monsieur mon frère

N'ayant pas pu mourir au milieu de mes troupes, il ne me reste qu'à remettre mon épée entre les mains de Votre Majesté.
Je suis de votre Majesté le bon frère Napoléon.

Sedan le 1 Sept. 1870.

Übersetzung:

Mein Herr Bruder

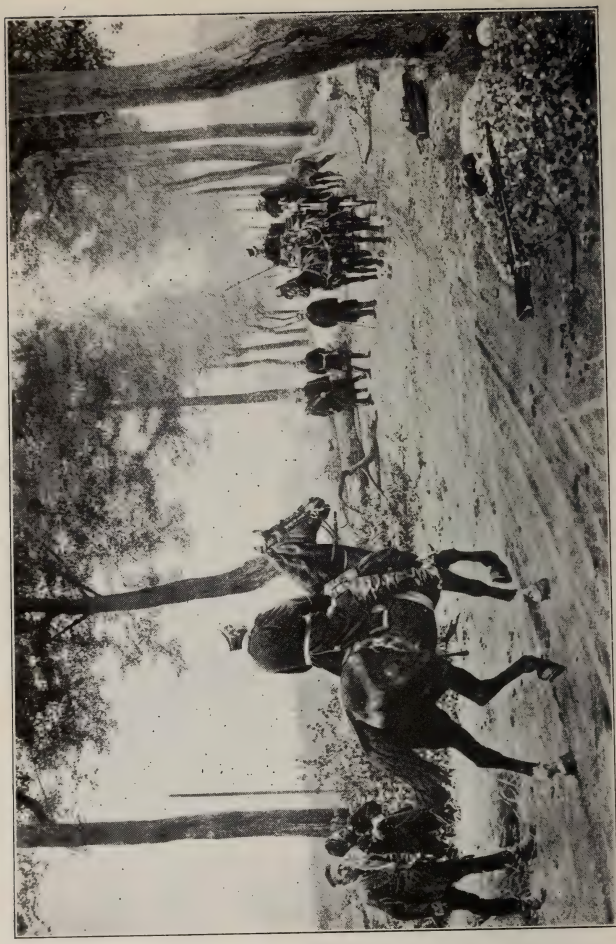
Da es mir nicht vergönnt war, inmitten meiner Soldaten zu sterben, bleibt mir nur übrig, meinen Degen in die Hände Eurer Majestät zu legen.
Ich bin Eurer Majestät guter Bruder Napoleon.

Sedan, 1. Sept. 1870.

Napoleons Brief (Text auf Seite 38) wird am Abend des 1. Septembers dem König Wilhelm bei Sedan vom General Reille überbracht

Gemälde von A. von Werner.

Mit Genehmigung der Photographischen Gesellschaft in Berlin.



Begegnung Bismarcks mit Napoleon III. auf der Heerstraße von Donchéry.
Nach einem Gemälde von A. v. Werner.
Mit Genehmigung der Phot. Gesellschaft Berlin-Charlottenburg.

Bismarcks und Napoleons Begegnung nach der Schlacht bei Sedan.
Nach einem Gemälde von W. Camphausen. Mit Genehmigung der Photographischen Gesellschaft Berlin-Charlottenburg.

Napoleon wird durch den Fürsten Bismarck, am Morgen nach der Schlacht bei Sedan, zu König Wilhelm geleitet. Nach einem Gemälde von W. Camphausen. Mit Genehmigung der Photographischen Gesellschaft Berlin-Charlottenburg.

Bismarck und Napoleon am Morgen nach der Schlacht bei Sedan.

Nach einem Gemälde von Wilhelm Camphausen.

Mit Genehmigung der Photographischen Gesellschaft Berlin-Charlottenburg.

Aus dem Texte des Kapitulationsvertrags von Sedan.

(Wiedergabe nach dem Original nebenan.)

Chevaux, caissons de guerre, équipages de l'armée, munitions etc. seront livrés à Sedan à une commission militaire constituée par le com[t] en chef pour être remis immédiatement au commissaire allemand.

Art. 4. La place de Sedan sera livrée ensuite dans son état actuel et au plus tard dans le soir du 2 Septembre à la disposition de S. M. le roi de Prusse.

Art. 5. Les officiers qui n'auront pas fait l'engagement mentionné à l'art. 2, ainsi que les troupes desarmées seront conduits d'après leurs régiments en corps et en ordre militaire.

Cette mesure commencera le 2 7bre et sera terminée le 3. Ces détachements seront conduits sur le terrain bordé par le chemin près d'Iges pour être remis aux commissaires allemands par leurs officiers qui céderont alors le commandement à leurs sous-officiers.

Les médecins militaires sans exception resteront en arrière pour prendre soin des blessés.

Fait à Fresnois, le 2 Sept. 1870.

de Wimpffen. v. Moltke.

Übersetzung.

Pferde, Bagage- und Train-Wagen, Munition usw. werden in Sedan an eine militärische Abordnung, zusammengestellt von dem Oberstkommandierenden, abgeliefert, um sofort dem deutschen Beauftragten ausgehändigt zu werden.

Art. 4. Die Stadt Sedan wird danach in ihrem gegenwärtigen Zustande und spätestens am Abende des 2. Septembers zur Verfügung S. M. des Königs von Preußen gestellt.

Art. 5. Diejenigen Offiziere, welche nicht die Verpflichtung, von der in Art. 2 die Rede ist, eingegangen sind, ebenso die entwaffneten Armeen werden nach ihren Regimentern, korpsweise und in militärischer Ordnung abgeführt.

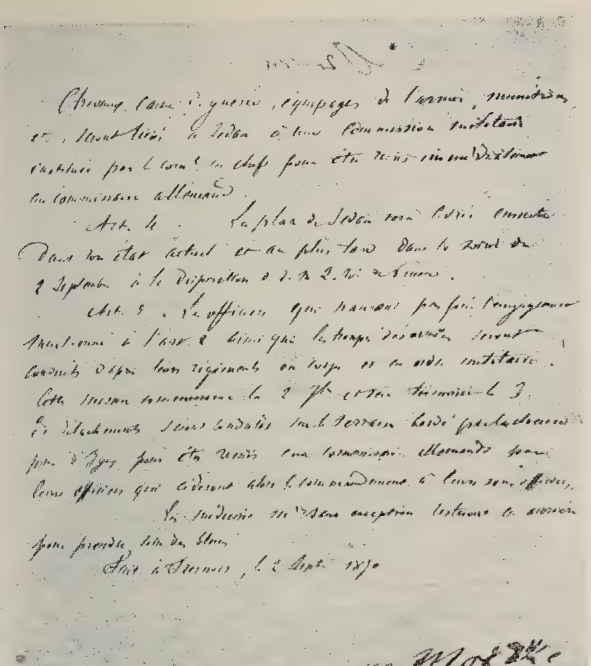
Diese Maßnahme wird am 2. Sept. beginnen und am 3. beendet sein.

Die Abteilungen werden auf das Gelände geführt, das den Weg nach Iges begrenzt, um den deutschen Abgeordneten durch ihre Offiziere übergeben zu werden, die hierauf das Kommando an ihre Unteroffiziere abgeben müssen.

Die Militärärzte ohne Ausnahme bleiben zurück, um die Pflege der Verwundeten zu übernehmen.

Ausgefertigt zu Fresnois am 2. Sept. 1870.

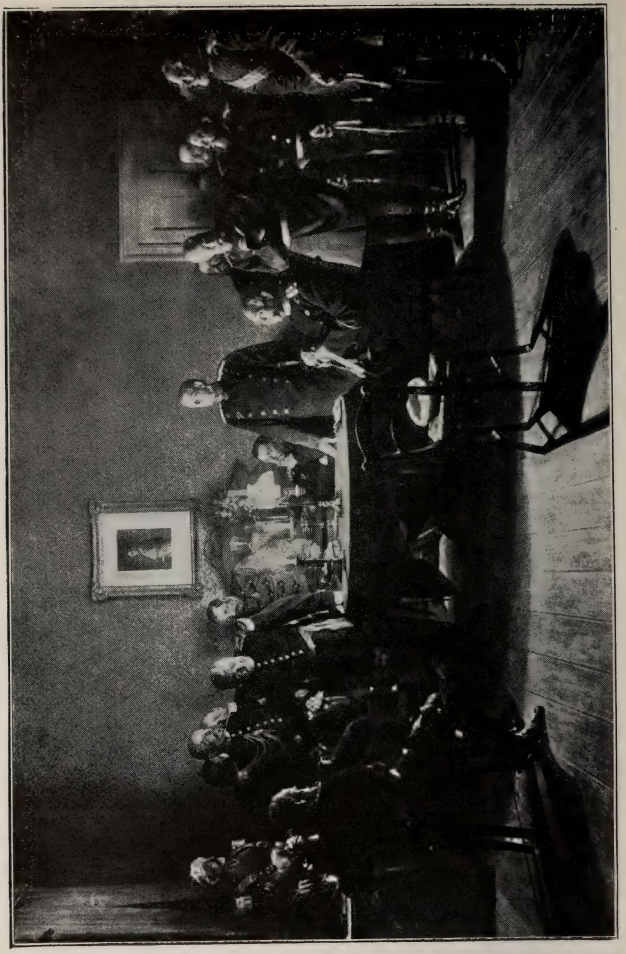
von Wimpffen. v. Moltke.



Eine Seite aus den Verhandlungen über die Kapitulation von Sedan.

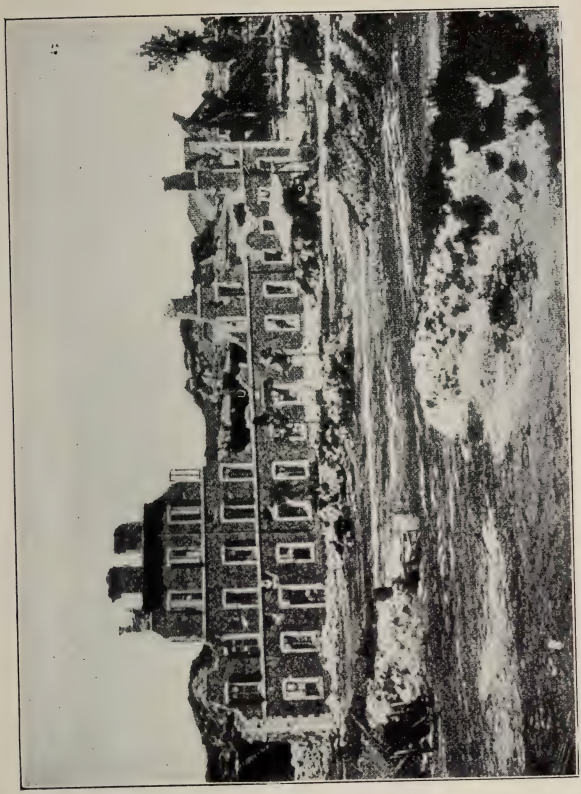
(Photographische Wiedergabe nach dem Original.)

Text und Übersetzung auf der gegenüberliegenden Seite.



Die Kapitulation von Sedan.

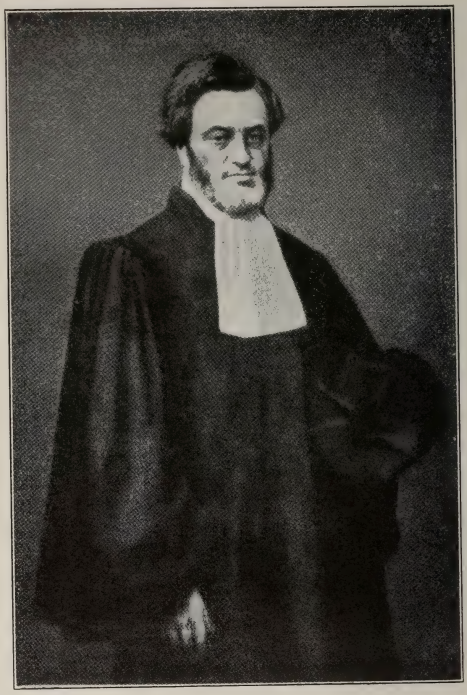
Nach einem Gemälde von A. v. Werner. Mit Genehmigung der Photographischen Gesellschaft Berlin-Charlottenburg.



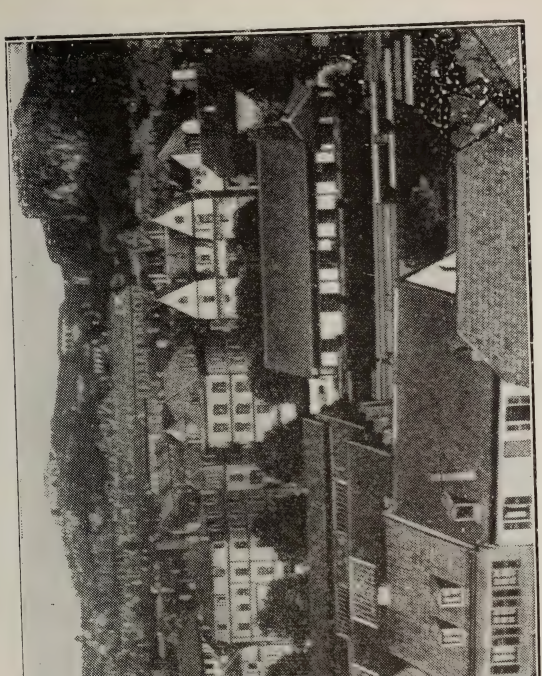
Paris nach dem Bombardement 1871.

Das Fort Montrouge nach der Beschießung.

Nach einer Gravüre im Museum Carnavalet.



Jules Favre,
französischer Minister des Auswärtigen, der 1871 die Friedensunterhandlungen für Frankreich führte.
Nach einer Photographie.



Die französische Festung Belfort.

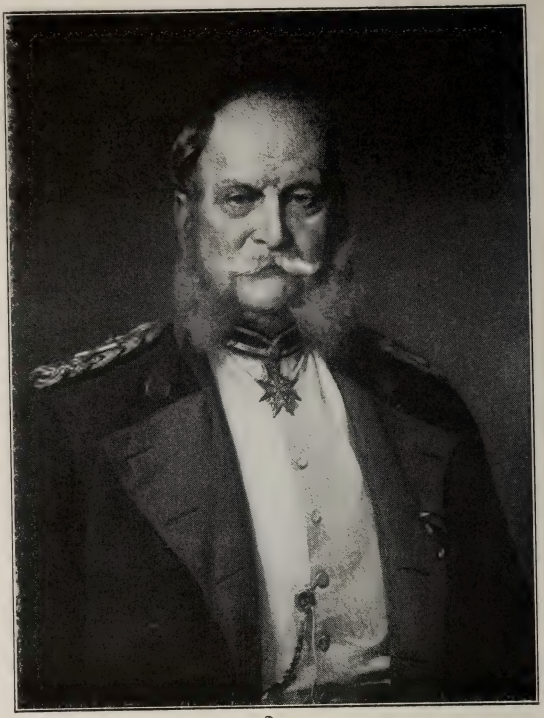
Die Zernierung begann am 3. November 1870, die förmliche Belagerung der Westseite am 2. Dezember, der Angriff auf die Forts im Südosten am 8. Januar 1871. Am 16. Februar erfolgte die Übergabe; die Besatzung, noch 13000 Mann stark, zog am 18. Februar ab. Im Friedensvertrag erhielt Frankreich Belfort zurück; doch erst nach Bezahlung der Milliardenentschädigung verließen die Deutschen Belfort am 2. August 1873.

Die Kaiserproklamation.

Nach einem Gemälde von A. v. Werner.

Mit Genehmigung der Photographischen Gesellschaft
Berlin-Charlottenburg.

Der Berliner Kongreß. 1878.
Gemälde von A. von Werner.
Mit Genehmigung der Photographischen Gesellschaft in Berlin.

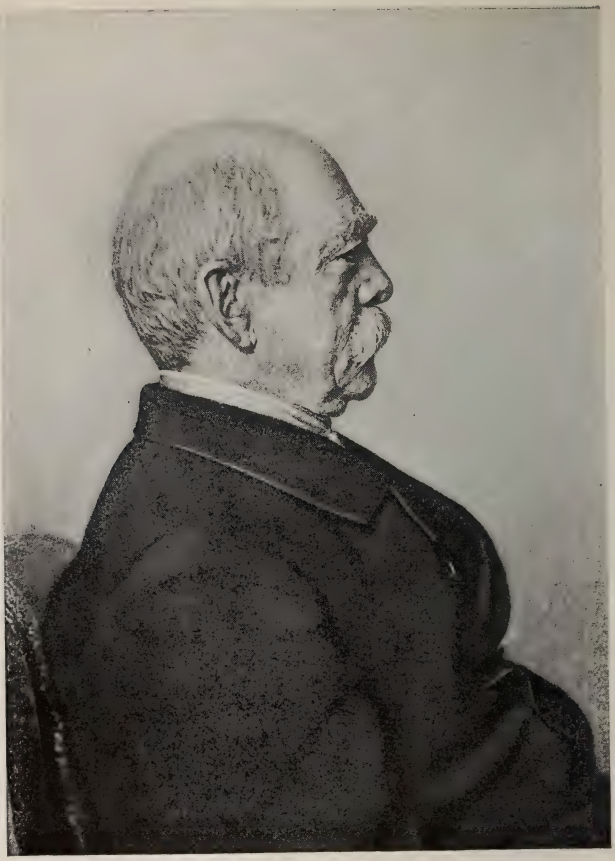


Kaiser Wilhelm I.

Nach einem Gemälde von G. Richter.

Aus dem Corpus Imaginum der Photographischen Gesellschaft in Berlin.

Bismarcks Wohnung in Varzin.
Nach einer Photographie.

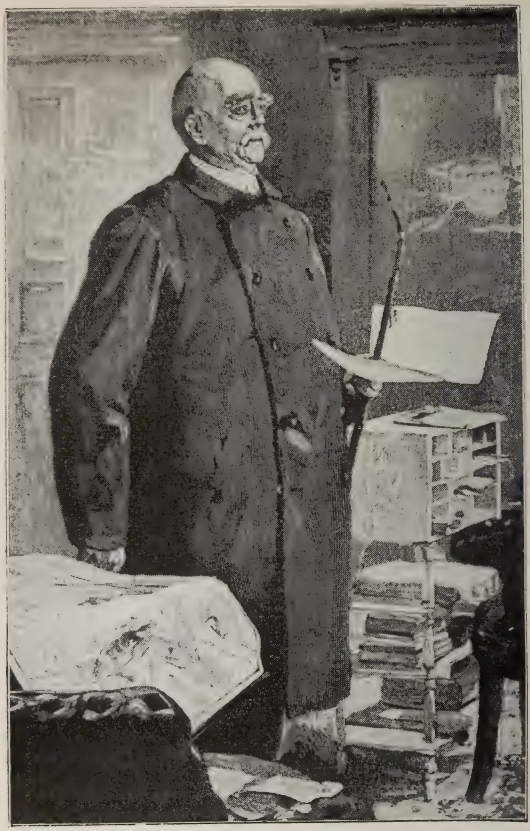


1885.

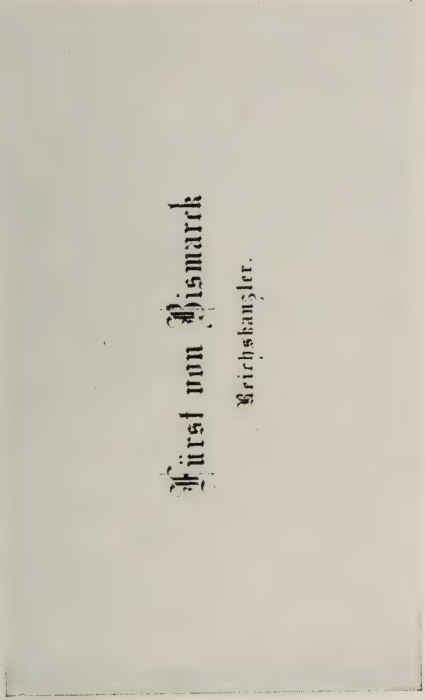
Aufnahme nach dem Leben.

Mit Genehmigung der Photographischen Gesellschaft Berlin-Charlottenburg.

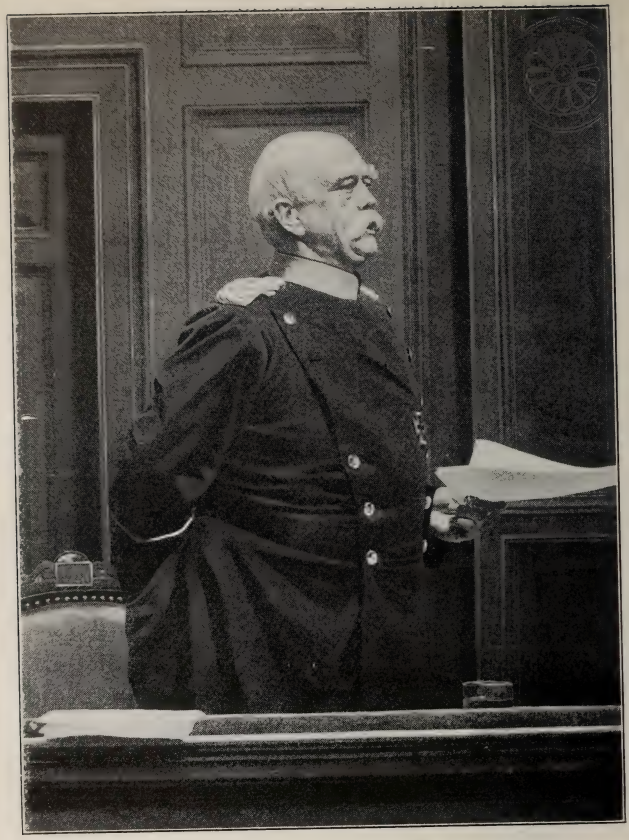
Fürstin Johanna v. Bismarck.



Bismarck in der Mitte der 80er Jahre.
Nach einem Gemälde von C. Becker.



Visitenkarte des Fürsten als Reichskanzlers.
Nach dem Original photographiert.



Bismarck am Bundesratstische.
Nach einem Gemälde von A. von Werner.
Photographie Franz Hanfstaengl, München.

Bismarck in seinem Arbeitszimmer im Reichskanzlerpalast auf der Wilhelmstraße.
Nach einer Photographie.

Kaiser Wilhelm II.

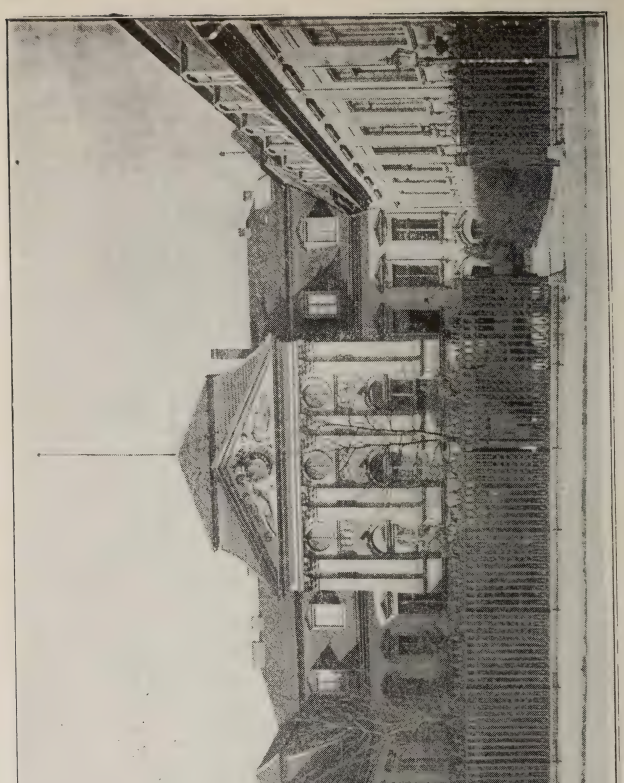
Aus den ersten Regierungsjahren.

Nach einer Photographie.

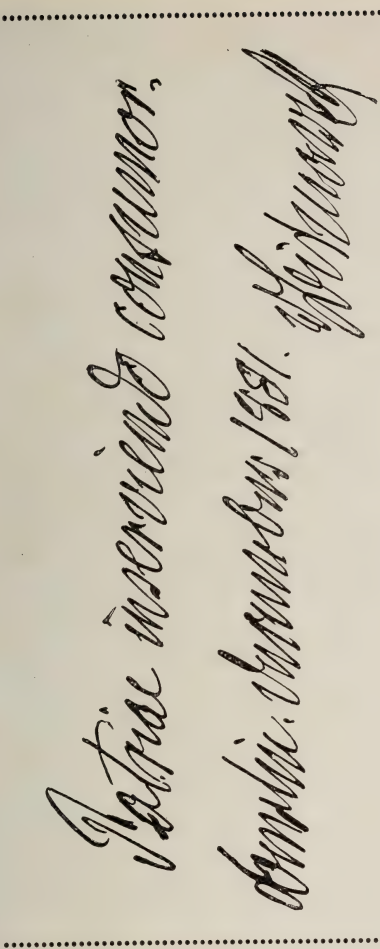
Eröffnung des Deutschen Reichstages durch Kaiser Wilhelm II. am 25. Juni 1888.

Gemälde von A. von Werner.

Mit Genehmigung der Photographischen Gesellschaft in Berlin.



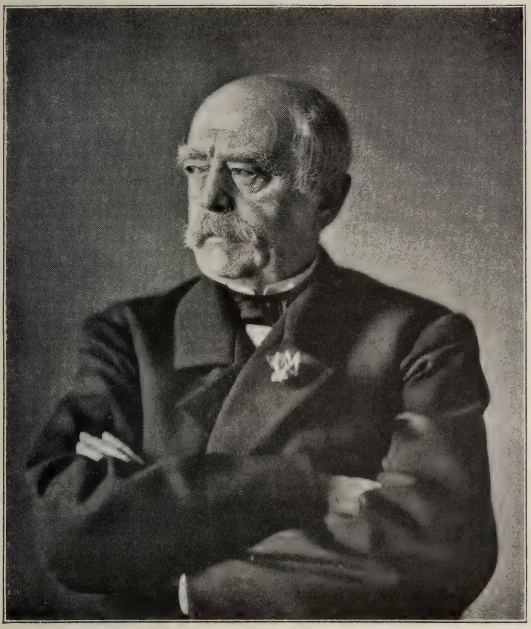
Das Reichskanzlergebäude zur Zeit Bismarcks.
Nach einer Photographie.



Bismarcks Wahlspruch:
Im Dienste des Vaterlandes verzehre ich mich.
Eigenhändig vom Fürsten geschrieben.

Teilnahme Bismarcks an einer Hofjagd in der Letzlinger Heide.

Nach einem Gemälde im Bismarckturme zu Sachsenwald-Hofriede.



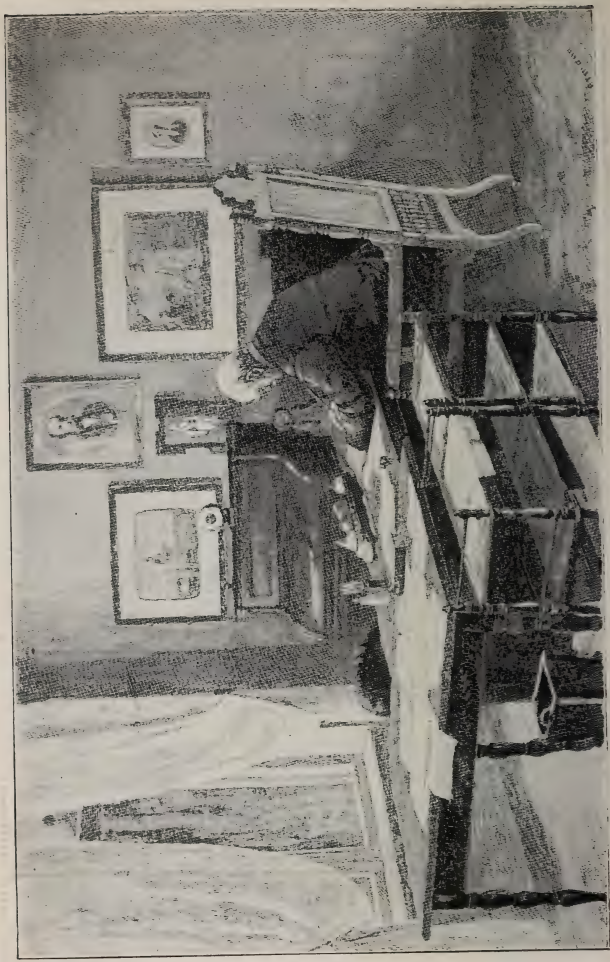
Am 29. August 1890
in Kissingen.
Nach einer Photographie.

Schloß Friedrichsruh vom Park aus gesehen.
Nach einer Photographie.

1891. Friedrichsruh.
Nach einer Photographie.

1893.
Nach einem Gemälde von Franz von Lenbach.

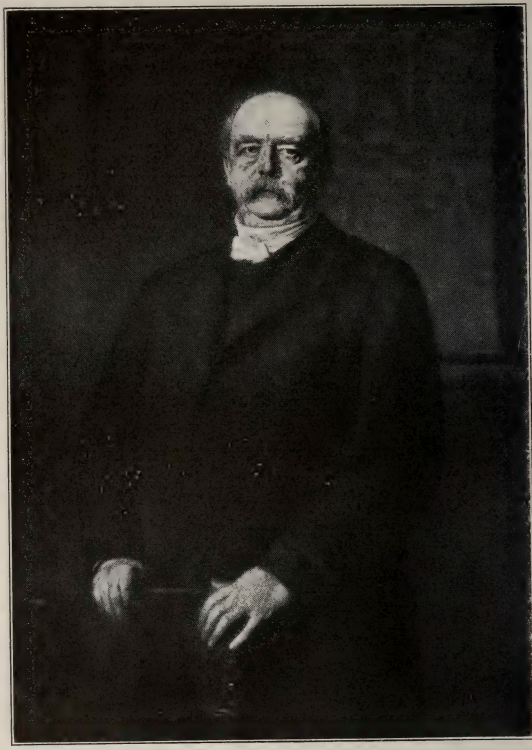
Bismarck im Küraß.
1894.
Nach einer Photographie.



Bismarck in seinem Arbeitszimmer zu Friedrichsruh.

Die Familie Bismarck auf Friedrichsruh.

Dr. Chrysander. Fürstin Herbert Bismarck. Gräfin zu Rantzau Tocht. Bismarcks. Prof. E. Schweninger. Fürstin Joh. Bismarck. Frau Prof. Lenbach. Franz v. Lenbach.
Fürst Herbert Bismarck. Graf Wilh. Bismarck. Fürst Bismarck.
Graf zu Rantzau, 3 Kinder und Hauslehrer.



Gemälde von Franz von Lenbach.

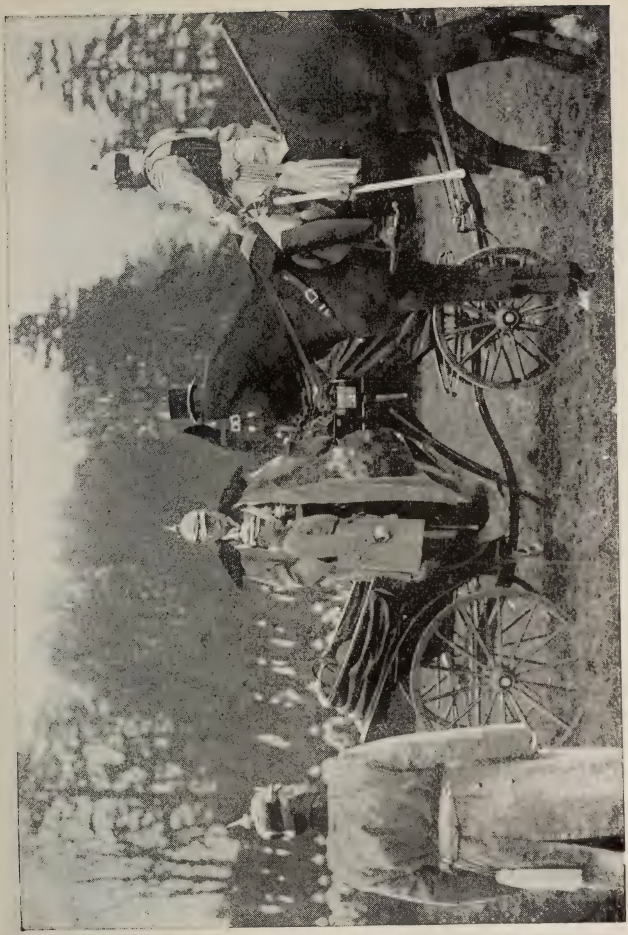
Aus dem Corpus Imaginum der Photographischen Gesellschaft in Berlin.

Der Kaiser und Bismarck nach der Versöhnung vom 19. Februar 1894 in Friedrichsruh.
Nach einer Photographie.

Bismarck am Frühstückstische nach dem Tode der Fürstin.

Nach einem Gemälde von K. Storch.

Links: Hauslehrer, daneben Graf Kuno zu Rantzau und seine Söhne. Rechts: Gräfin Marie zu Rantzau, die Tochter des Fürsten.



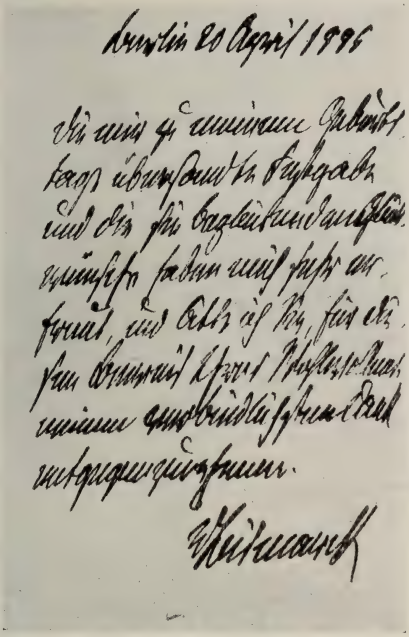
Kaiser Wilhelm II. gratuliert dem Fürsten am 26. März 1895 zum 80. Geburtstage.
Nach einer Photographie.

Bismarck-Segensmünze zum 80. Geburtstage.

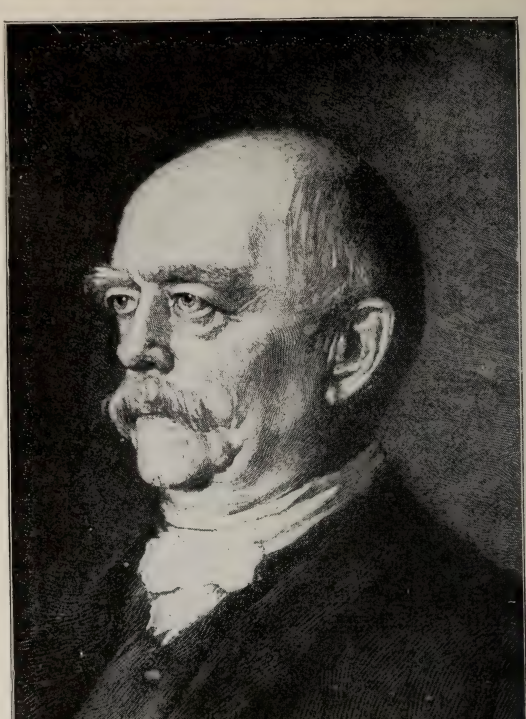
Privat-Visitenkarte Bismarcks,
mit Einladung zum 27. Januar oder Oktober 1895.
Nach dem Original im Bismarckturme zu Sachsenwald-Hofriede.

Arbeitsstuhl Bismarcks in Friedrichsruh.

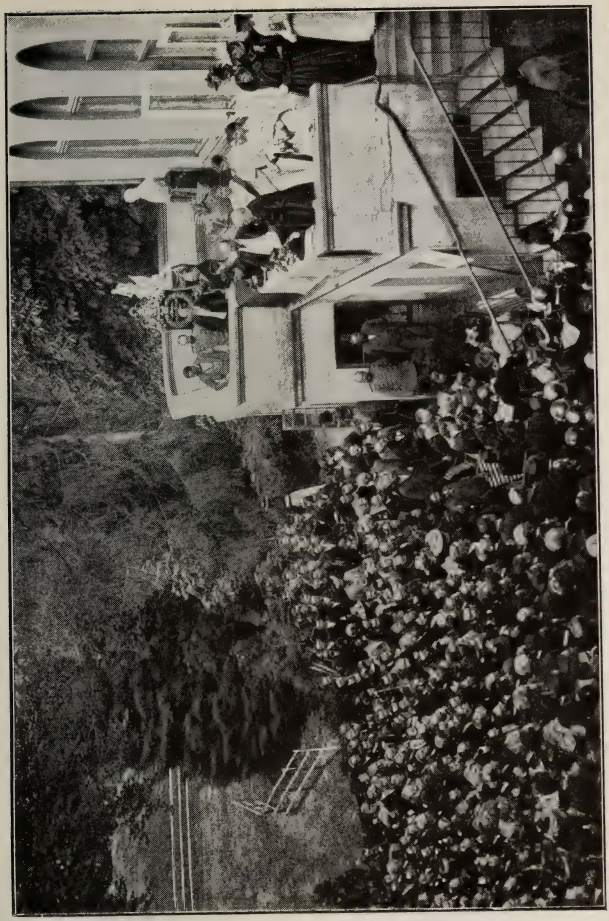
Photographie des Originals im Bismarckturme des Herrn Emil Specht zu Sachsenwald-Hofriede.



Dankschreiben Bismarcks an einen Göttinger Verehrer, der dem Fürsten zu seinem 75. Geburtstage eine Geburtstagsgabe übersandt hatte.



Fürst Bismarck.
Nach einem Gemälde von Franz von Lenbach.

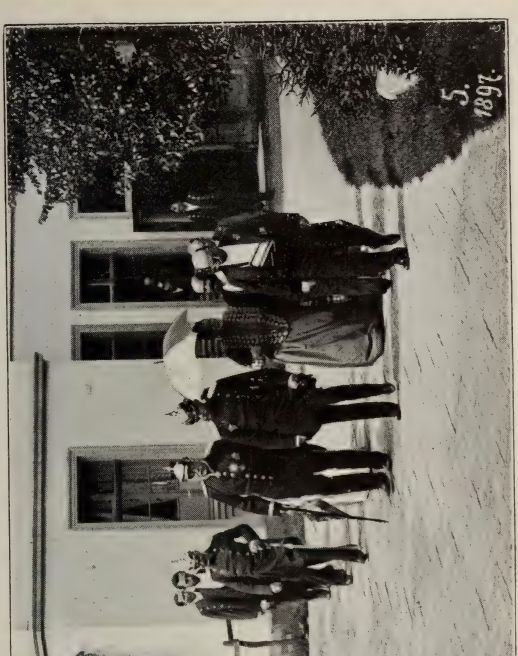


Eine Huldigung in Friedrichsruh.
Nach einer Photographie.

Besuch des Vizekönigs Li Hung-tschang
am 25. Juni 1896 auf Friedrichsruh.

Li Hung-tschang besucht den Fürsten Bismarck am 25. Juni 1896 in Friedrichsruh.
Von M. Ränike.

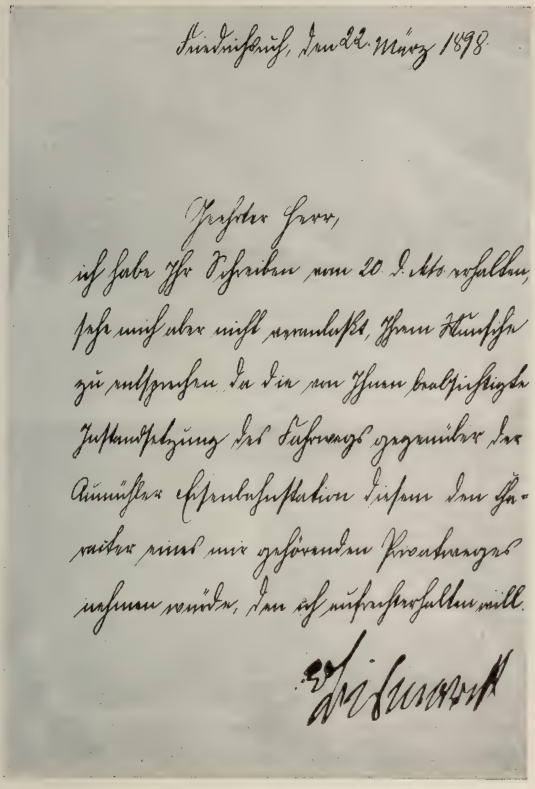
Besuch des Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe und des Staatssekretärs von Bülow beim Fürsten Bismarck. Im Sommer 1897.
Nach einer Photographie.



Abreise des Großherzogs von Sachsen-Weimar von Friedrichsruh. Fürst Bismarck, seinen Gast zum Bahnhof geleitend. 1. Juli 1897.

Nach einer Photographie.

Der König von Siam beim Fürsten Bismarck.
Nach einer Photographie.



Friedrichsruh, den 22. März 1898.

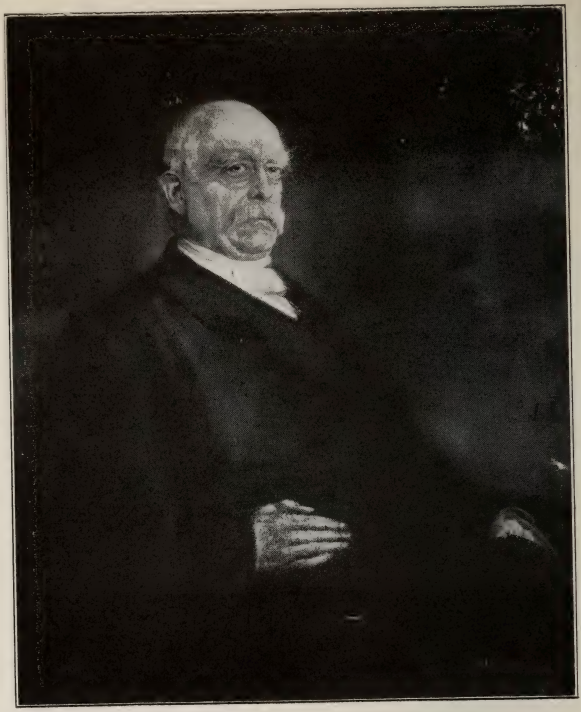
Geehrter Herr,

ich habe Ihr Schreiben vom 20. d. Mts. erhalten, sehe mich aber nicht veranlaßt, Ihrem Wunsche zu entsprechen, da die von Ihnen beabsichtigte Instandsetzung des Fahrwegs gegenüber der Aumühler Eisenbahnstation diesem den Charakter eines mir gehörenden Privatweges nehmen würde, den ich aufrechterhalten will.

Bismarck

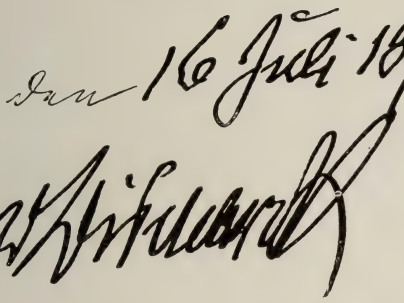
Für Bismarcks Standpunkt in Privatsachen charakteristischer Brief an Herrn Emil Specht; Diktat, vom Fürsten unterzeichnet.

Nach dem Original im Bismarckturme zu Sachsenwald-Hofriede.



Bismarck im letzten Lebensjahre.

Phot. Franz Hanfstaengl, München.



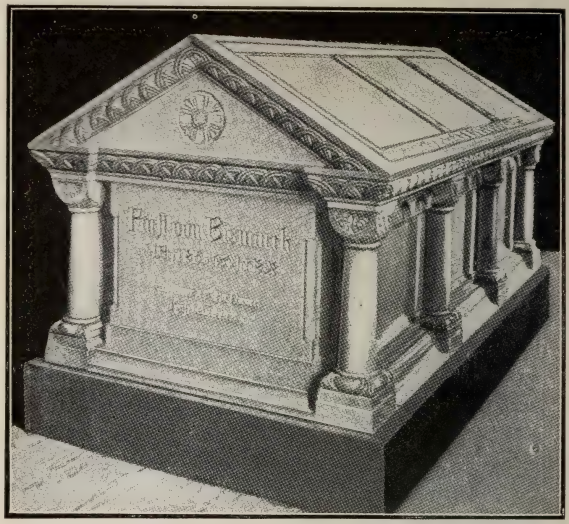
Letzte Unterschrift Bismarcks.

Das Sterbezimmer des Fürsten Bismarck
in Friedrichsruh.

Der Sarg des Fürsten im Trauerzug auf dem Wege zum Mausoleum.
Nach einer Photographie.

Beisetzung des Fürsten Bismarcks und seiner Gemahlin im Mausoleum im Beisein des Kaisers am 16. März 1899.

Wo der große Kanzler ruht.
Das Bismarck-Mausoleum vor Friedrichsruh.
Nach einer Photographie.

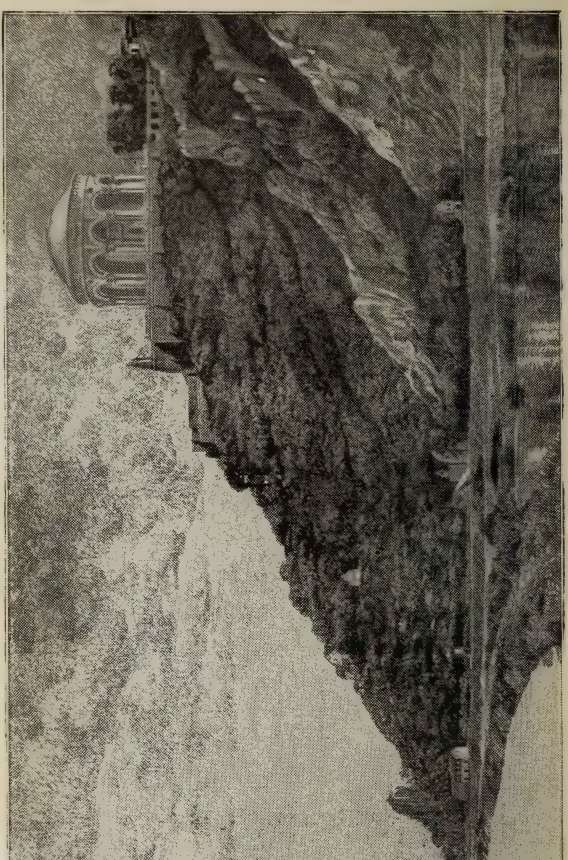


Letzte Ruhestätte.

Der Sarkophag im Bismarck-Mausoleum mit der Aufschrift:

Fürst von Bismarck
geb. 1. April 1815 gest. 30. Juli 1898
Ein treuer deutscher Diener
Kaiser Wilhelms I.

Medaille auf Bismarcks Tod.
Vorder- und Rückseite.



Das künftige Bismarck-Nationaldenkmal auf der Elisenhöhe bei Bingerbrück am Rhein.
Nach dem Entwurf des Architekten Wilhelm Kreis.

Bismarck

Der Eiserne Kanzler

Ein Bekenntnis zu Bismarck, zum Schöpfer, Inbegriff und Markzeichen der wiedererstandenen deutschen Einheit: das wollen und sollen die folgenden Blätter bedeuten.

Ein Sinnbild deutschen Wesens ist uns Bismarck. Sein Name schon ist uns Schild und Hort.

Darum machen wir noch keinen Halbgott aus ihm. Lieb und teuer ist er uns gerade mit seinen Ecken und Kanten. Der grimmig hassende Hagen mit seinem stolzen Mannendienst und grollenden Trotz, der ritterliche Hutten mit seinem sich selbst verzehrenden Feuer dämonischer Leidenschaft, der starkgläubige, gemütstiefe Luther mit seinem steifen Nacken und unnachgiebigen Selbstbewußtsein: sie alle leben in Bismarck, dem auf sich selbst gestellten treuen Diener eines rückhaltlos vertrauenden Herrn, ungebrochen fort.

Deutsch ist er durch und durch mit seinen Gaben und Mängeln, seinen Vorzügen und Fehlern, seinem genialen furor teutonicus. Das bringt ihn dem Geringsten unter uns nahe. Er gehört keiner Partei an, er ist Nationaleigentum.

Der unbegreiflichen Langmut des deutschen Volkes hat er ein Ziel gesetzt und dabei doch weite Entwicklungsmöglichkeiten offen gelassen. Den leer und schal gewordenen Begriff „Vaterland" hat er mit neuem, echtem Inhalt erfüllt. Seit ihm haben wir wieder bewußtes Volkstum.

Vom Weltbürgertume zum Nationalgefühl, vom zweispitzig schwerfälligen großdeutschen Bundesstaate

zur kraftvoll kleindeutschen Einheit, von Worten zu Taten hat Bismarck unser Land geführt.

Parteipolitisch, wirtschaftlich und konfessionell durch Gegensätze getrennt, die uns überleben werden, haben wir immerdar mit inneren Kämpfen zu tun. Aber den ehernen Rahmen zu sprengen, worein uns vor vierundvierzig Jahren der eiserne Kanzler als Reichsschmied gespannt hat, das wird ihnen nie gelingen, solange wir sein gewaltiges Bild vor Augen behalten.

Dazu wollen in aller Bescheidenheit auch diese Zeilen beitragen helfen.

* * *

So schrieb ich am 30. Juli 1914, als noch zwischen Kaiser und Zar, zwischen Prinz Heinrich und König Georg vermittelnde Depeschen ausgetauscht wurden. Seitdem hat sich das Weltbild gewaltig verschoben. Am Vorworte braucht darum nichts geändert zu werden. Unvergessen zwar bleibt der herrliche Satz unseres Kaisers vom 4. August: ‚Ich kenne keine Parteien mehr, Ich kenne nur Deutsche'; daß er aber bloß für den Ausnahmezustand des Kriegs und seine Dauer Geltung beanspruchen darf, ahnt jeder, der vom politischen Leben auch nur etwas versteht. Um so nötiger ist die eidesstattliche Wiederholung des Gelöbnisses, daß wir freudig alles daran setzen wollen, Bismarcks Schöpfung in stolzer Schöne zu erhalten und die Reichseinheit unsern Kindern als unantastbare Gabe zu überantworten.

Bremen, um die Jahreswende von 1914 auf 1915.

Dr. Hans F. Helmolt.

1. Abstammung und Blutmischung.

Im siebzehnten Jahrhundert lebte zu Gandersheim im Braunschweigischen als Domherr des reichsunmittelbaren und freiweltlichen, seit 1570 protestantischen Damenstifts Sancti Innocentii et Anastasii der aus Eisenach gebürtige Rechtsanwalt Michael Bütner von Klausthal. Bald wurde er Stiftssenior und damit der mächtigste Mann im Stifte. Streng hielt er auf Sitte, Zucht und Ordnung. In den Nöten des Dreißigjährigen Krieges verstand er es, die dem Reichsdamenstift zugemuteten Lasten zu mildern; das dankbare Kapitel beurkundete ihm zu Beginn des Friedensjahres 1648 die Erlaubnis, sich und seinem Geschlecht in der Gandersheimer Stiftskirche ein prunkvolles Erbbegräbnis errichten zu dürfen. Die von ihm 1650 ausgearbeitete Wahlkapitulation der Fürstäbtissin Gräfin Maria Sabina zu Solms verschaffte dem geschätzten Rechtsbeistande, der stets des Stiftes Vorteil im Auge hatte, die Ratswürde, das Sekretariat und die Belehnung mit einer beträchtlichen Menge von Gütern. Bütner war um die Mitte des Jahrhunderts der Regent des Gandersheimer Stifts, der vermöge seines weithin reichenden Sachverwalterrufes, seiner gutfundierten Wohlhabenheit und seiner angesichts der allgemeinen Sittenlosigkeit sicherlich angebrachten Strenge alles beherrschte. Vom Jahre 1660 an aber wandte sich das Blättchen. Bütners Haus brannte ab; im holden Kranze der Stiftsdamen von der lockerern Observanz bildete sich gegen des Stiftsrats unbequeme Unnachsichtlichkeit eine einflußreiche Opposition, die mit der

Zeit eher zu- als abnahm; in der eigenen Familie gab es Unfrieden und Streit; das Prügeln einer frechen Magd trug dem Gestrengen sogar herzogliches Gefängnis ein. Das Bütnersche Erbbegräbnis ward zerstört; das frische Regiment der neuen Äbtissin Herzogin Dorothea Hedwig zu Holstein, die ihm zunächst weniger hold war als die Solms, die ihn frei hatte walten lassen, schaltete Herrn Michaels Seniorat einfach aus, und dieser selbst dachte bereits daran, das ungastlich gewordene Gandersheim wieder zu verlassen. Da geschah das Unerhörte, daß des kaiserlichen freien Reichsstifts stolze Äbtissin, die hohe Herzogin, zu Hachenhausen mit samt ihrem fürstlichen Frauenzimmer am frühen Morgen des 8. Februars im Jahre des Heils 1670 durch Ludolf von Campen meuchlings überfallen und mordsjämmerlich verprügelt ward. Flugs erinnerte man sich des starken Arms und der wirksamen advokatorischen Praxis des verstoßenen Stiftsrats, versöhnte sich mit Michael Bütner, richtete sein verwüstetes Erbbegräbnis wieder her und stellte ihn von neuem als Senior an. Er aber bestattete seine eben verstorbene zweite Eheliebste Anna unter Beiwohnung aller Stiftsdamen, die Äbtissin-Herzogin an der Spitze, feierlichst und schrieb auf ihr Grabmal in gerechter Genugtuung den dreizehnten Vers aus dem hundertachtzehnten Psalm: „Man stößet mich, daß ich fallen soll; aber der Herr hilft mir.“ Und ein Jahrfünft danach, 1675, wurde Michaels gleichnamiger Sohn Domherr des Stifts, wie er selber einst vor zweiundvierzig Jahren. Nun, völlig rehabilitiert, starb Michael der Ältere hochbetagt am 4. Mai 1677, siebenundsiebzig Jahre zehn und einen halben Monat alt.

Dieser Michael Bütner aber, der in Gandersheim mit diktatorischer Gewalt schaltende, dann verleumdete und schließlich doch wieder triumphierende Stiftsregent, war der Urgroßvater der Urgroßmutter Otto von Bismarcks. Unter den mütterlichen Ahnen des deutschen Reichsbaumeisters war er jedoch durchaus nicht der einzige begabte Jurist; vielmehr stoßen wir in ihrer Reihe auf eine große Zahl verdienter Rechtsgelehrten und Verwaltungsmänner.

Sechs Tage vor der Stiftung des Rheinbunds zu Paris, am 6. Juli 1806, heiratete der fünfunddreißigjährige königlich preußische Rittmeister im Leib-Karabinierregimente, Karl Wilhelm Ferdinand von Bismarck auf Schönhausen und Fischbeck, Fräulein Wilhelmine Luise, die siebzehnjährige Tochter des königlich preußischen Geheimen Kabinettsrats Anastasius Ludwig Mencken. Nun haben die nächsten väterlichen Vorfahren des Altreichskanzlers: der dichterisch veranlagte Rittmeister Karl Alexander von Bismarck-Schönhausen (1727—97) und der derbe und spottliebende, dabei aber gemütvolle Dragoneroberst August Friedrich von Bismarck-Schönhausen (1695—1742), nebst dem stattlichen Urgroßvater August, einem landrätlichen Rittergutsbesitzer, die kräftigen Keimzellen des altmärkischen Landedelmanns und königlichen Dienstmannen geliefert, die wohl den stärksten Einschlag in Otto von Bismarcks Wesen und Charakterbild ausmachen. „Was die Seele dieser Granden schwellte, heißt mit kurzer Rede: Aboriginer-Bewußtsein", so sang Gustav Schwetschke 1867 in seiner „Bismarckias" (aus der fortan einzelne Kernverse den Lebensgang unsers Helden markieren und begleiten sollen). August Friedrich von Bismarcks

Schwiegermutter, Luise Emilie von Dewitz, geb. von Ziethen, war eine Enkelin des großen Kriegshelden Freiherrn Georg von Derfflinger. Damit wird der brave Oberösterreicher zu einem der zweiunddreißig Urururgroßväter des Kanzlers; wegen der Erscheinung des Ahnenverlustes ist er es sogar zweimal.

Dagegen haben zur Bildung des überragenden Intellekts des Reichsschmieds das meiste die geistig bedeutenden Glieder der bürgerlichen gens Menckenia beigetragen. Denn Anastasius Ludwig Mencken (1752 bis 1801) war der Sohn des helmstedtischen Rechtsprofessors und herzoglich braunschweigischen Hofrats Dr. iur. Gottfried Ludwig Mencke — so wurde dieser Name früher geschrieben — und seiner zweiten Frau Luise Marie Witten (1723—1800), deren Ahnentafel eine Menge Domherren und Stiftssyndici, Ratsherren und Senatoren aufweist, darunter jenen Michael Bütner, von dem wir ausgegangen sind. Des Universitätsprofessors Gottfried Ludwig Mencke (1712 bis 1762) Vater aber war der gleichnamige Wittenberger Rechtsprofessor, auch königlich polnischer und kurfürstlich sächsischer Hof-, Justizien- und Appellationsrat (1683 bis 1747), der seinerseits wieder von dem Leipziger Rechtsprofessor Lüder Mencke (1658—1726) abstammt, einem geborenen Oldenburger. Man greift es mit Händen: Juristenblutes floß genug in Otto von Bismarcks Adern, um aus einem tollen Krautjunker einen gewaltigen Verwaltungsbeamten und Staatsmann zu gestalten, dessen genialem Scharfsinne wir Deutschen die einzigartige Verfassung unseres neuen Kaiserreichs verdanken.

2. Die Kindheit.

Leuchtender April! Dein Name
sei gelobt für alle Zeiten!

Am 1. April 1815 hat Otto von Bismarck zu Schönhausen an der Elbe das Licht dieser Welt erblickt als Abkömmling eines alten Geschlechts, dessen Namen doch erst durch ihn höchsten Glanz erhalten sollte. Im dreizehnten Jahrhundert Stendaler Patrizier und seit Juni 1345 eine schloßgesessene Familie auf Burgstall in der Altmark, das sie 1562 mit dem rechtselbischen Schönhausen vertauschen mußten, haben die Bismarcke ihre Zugehörigkeit zu Brandenburg und seinen Markgrafen durch lange Jahrhunderte treu bewährt, bis ihr stolzester Sohn seinen Herrn und König als deutscher Kaiser begrüßen durfte.

Seine Eltern standen um die Zeit von Ottos Geburt auf der Höhe ihrer Lebenskraft. Der Vater, Ferdinand von Bismarck, vierundvierzig Jahre alt, hochgewachsen und kräftig, hatte zwar selbst die Freiheitskriege nicht mitgemacht, während sieben andere Glieder der Familie daran teilnahmen: drei, um zu fallen, vier mit dem Eisernen Kreuze geschmückt; aber er hatte neben der Beaufsichtigung der Güter daheim den Landsturm organisiert und beim Friedensschluß unter Anerkennung seines Königs die Ernennung zum Rittmeister erhalten. Die schöne und gescheite, ja ehrgeizige Mutter, Wilhelmine („Minchen") Luise geb. Mencken, sechsundzwanzig Jahre alt, verkörperte in Wesen und Anschauung die Angehörigkeit zu den höfischen Kreisen der Hauptstadt und zum höheren

Beamtentum, in dessen Mitte ihr aufgeklärter Vater, der Geheime Kabinettsrat Mencken, eine bei aller Selbstbescheidung edle Rolle gespielt hatte. Vom Vater das warme Gefühl, von der Mutter den kalten Verstand: auf diese einfache Formel darf man die Mischung in der Entfaltung Jungbismarcks bringen.

Schon 1816 siedelten Ferdinand und Wilhelmine von Bismarck mit ihren beiden Söhnen, Bernhard (geb. 1810) und Otto von Schönhausen, nach dem eben wiedererlangten Kniephof bei Naugard in Pommern über. Das war eine sonnige Kindheit im einfachen Gutshaus und im blumenreichen Parke mit den alten Eichen, unter deren rauschenden Kronen Otto so gern im Grase lag und träumte; hinter den Bäumen und Büschen weite Wiesen, durchzogen von kleinen Bächen und umrahmt von niedrigen Hügeln. Schon damals, gemäß der Überlieferung, mit der französischen Sprache spielend vertraut gemacht, wird der noch nicht siebenjährige Knabe auf Wunsch der Mutter Anfang 1822 der Plamannschen Schule in Berlin zur weiteren Ausbildung übergeben; von andern Städten und Stätten hatte er außer dem benachbarten Naugard bis dahin wohl nur Stettin und, auf kostspieligen Badereisen der kränkelnden, nervösen Mutter, Ems und Kassel mit Wilhelmshöhe, Bad Liebenstein und die Wartburg gesehen.

Bis zum Herbst 1827 hat Otto von Bismarck das Plamannsche Pestalozzianum auf der Wilhelmstraße besucht. Die Eindrücke, die er von dort mit wegnahm, waren nicht die freundlichsten; er rügte später, daß er dort künstliches Spartanertum, dürftige Mahlzeiten, turnende Teutschtümelei und die Pedanterie ange-

troffen habe, kühne Eigenmächtigkeiten des jungen Adligen zu maßregeln. Schmerzlich empfand er die lange Trennung vom Elternhaus. Im September 1827 ward das humanistische Gymnasium bezogen: bis Ostern 1830 das nach Friedrich Wilhelm genannte, von da an bis zum 15. April 1832 das Graue Kloster; und weiter wirtschafteten die Brüder Bernhard und Otto in Berlin, des Sommers allein, doch im Winter in der elterlichen Obhut und Gemeinschaft. Von hervorragenden Leistungen war weder in litteris noch erst recht in moribus etwas zu spüren: Der Jüngling Otto ließ nichts anderes ahnen als eine einigermaßen ungebärdige Mittelmäßigkeit; der Greis hat sich selber sechzig Jahre später gutmütig als „normales Produkt unseres staatlichen Unterrichts" charakterisiert. An seinem sechzehnten Geburtstage wurde er durch keinen Geringeren als Schleiermacher konfirmiert; und in demselben Lebensjahre noch gab er, rationalistisch beeinflußt, es wissentlich auf, zu Nacht zu beten. Politisch war er, damals sicherlich unbewußt, bei aller von der liberal gerichteten Mutter eingeimpften Neigung zur Kritik, ein preußisch gesinnter Monarchist; seine geschichtlichen Sympathien blieben auf seiten der Autorität. In den Ferien durfte er nun endlich die goldne Freiheit des Landjunkers in vollen Zügen genießen.

3. Die Studentenzeit.

Abgeschüttelt von den Sohlen
ist der Schulstaub: hohe Wogen
tragen jetzt das Schiff des Jünglings.
Alle Anker sind gelichtet,
alle Segel aufgezogen
und der Burschenfreiheit Flagge
lustig flatternd zeigt die Inschrift:
„Nitimur in vetitum!“

Am 10. Mai 1832 wurde Otto von Bismarck als studiosus iuris zu Göttingen immatrikuliert. Eine ihm zusagende „Bude“ fand er zunächst in der Roten Straße beim Bürger Schuhmacher, an dessen Haus jetzt eine Tafel an jene Zeit erinnert; dann, im Sommersemester 1833, in Voß' Gartenhäuschen am Wall mit herrlicher Aussicht in das obere Leinetal und auf den Meißner. Er belegte und hörte wirklich auch Länder- und Völkerkunde beim greisen A. H. L. Heeren, der drei Jahre vorher mit Ukert das großartige Unternehmen der „Staatengeschichte“ begründet hatte, das heute noch, von Karl Lamprecht geleitet, planmäßig ausgebaut wird, dann Logik und Metaphysik bei Amadeus Wendt, Rechtsenzyklopädie bei Gustav Hugo, dem eingetrockneten Begründer der historischen Rechtsschule, Institutionen bei Ludwig Göschen, der das einschränkende Universitätsregulativ ausgearbeitet hatte, und sogar reine Mathematik (!) bei Professor Thiebaut. Anfänglich hatte der junge Bismarck Beziehungen zur Burschenschaft, die die Pflege des Nationalgefühls auf ihr Banner geschrieben hatte; aber die in derb burschikosen Äußerlichkeiten sich gefallende Art, wie sie unter manchen Fährlichkeiten ihre freie Teutschtümelei trieb,

stieß ihn, den Aristokraten, persönlich ab. So blieb er zunächst wild und verkehrte viel mit Fremden, namentlich mit Engländern und Nordamerikanern. Unter den letzteren ist es vor allem der um 11½ Monate ältere John Lothrop Motley aus Massachusetts, der sich später als Geschichtschreiber einen Namen machen sollte, gewesen, dem Bismarck so manche Anregung verdankte. Zu einer Zeit, wo kaum jemand, unser Held wohl selbst nicht, von der in ihm schlummernden Größe eine Ahnung hatte, erfaßte Motley das Außerordentliche an und in dem Wesen des jungen märkischen Landedelmanns so scharf, daß er ihn unter der Maske eines „Otto von Rabenmark" wenige Jahre später, 1839, zum Mittelpunkte der Schilderung machte, die er im Rahmen des Romans „Morton's Hope" dem deutschen Universitätsleben widmete. Da machte ein bezeichnender Vorgang aus dem harmlosen Finken Bismarck einen bald gefürchteten Korpsstudenten. Eines Tages, Ende Juni oder Anfang Juli 1832, schlenderte er im engen, ohne Taille bis auf die Füße reichenden, hellen Nankingrocke die Weender Straße entlang. Einige Burschen vom 1827 gegründeten und damals behördlich suspendierten, aber seit Juni 1831 als „Klubb" fröhlich, wenn auch öffentlich ohne Farben weiterbestehenden Korps „Hannovera", denen die lange Gestalt Bismarcks in dem merkwürdigen An- und Aufzuge komisch vorkam, lachten laut. Darauf drehte sich der darob Beleidigte um, stellte sich kommentmäßig vor und sagte: „Sie sind alle dumme Jungen." Die Forderung war fertig. Aber den alten Semestern lag nicht viel an ihrer Austragung. Der damalige Senior der „Hannovera", Adolf Jaeger, zufällig auch in Bismarcks

Hause wohnend, besuchte den grimmen Fuxen, legte die Kontrahage bei und beantragte sogar die Aufnahme des bisherigen Gegners ins Korps. So ist die „Hannovera“ zu ihrem berühmtesten Mitgliede gekommen. Unterm 5. Juli 1832 ließ sich Otto von Bismarck zum Eintritt vorschlagen, und schon am Tage darauf wurden er und ein gewisser Erxleben (später Oberlandesgerichtspräsident in Rostock) als Renoncen erwählt. Noch nach sechs Jahrzehnten, in einem Briefe vom 11. Mai 1892, hat der Exreichskanzler der schönen Wochen gedacht, da er als krassester Fux seines Korps auf Ausflügen in die Umgebung vom Hainberg auf Stadt und Tal herabgeblickt hat. Am 13. Juli beteiligte er sich repartierenderweise in Weende an einem „Bierklub mit Musik“, seinem ersten Kommers, und sang frisch die alten Burschenlieder mit, die noch heute das Herz jedes deutschen Studios höher schlagen lassen: „Brüder, lagert euch im Kreise“, „Vom hoh'n Olymp herab“, „Wo Mut und Kraft“ und „Alles schweige, jeder neige“ — den sogenannten Landesvater. Schon am 9. August 1832 trat „von Bismarck aus Berlin“ zum erstenmal auf Mensur, und noch am selben Abende wurde er nach der üblichen Ballotage einstimmig aufgenommen und am 15. August offiziell rezipiert. Sein Leibbursch war der forsche Adolf Wuthmann, gestorben 1878 als Oberamtsrichter in Osterode am Harz. Hatte Bismarck als Fux drei Taler als „Entree“ gezahlt, so waren nun zwei Taler sechzehn Silbergroschen gefällig; dazu kam ein Semesterbeitrag von drei Talern.

Ende des Sommersemesters für den kommenden Winter zum Fuxmajor — über zwei Brander und zwei krasse Füxe — gewählt, belegte Bismarck dennoch,

mindestens pro forma, eine Reihe Kollegs: Institutionen und Rechtsgeschichte beim Privatdozenten Valette, Statistik und Geschichte der europäischen Staaten beim alten, aber immer noch anregenden Heeren und Kriminalrecht beim Geheimen Justizrat Meister; die Pandekten zu hören, sparte er sich für ein späteres Semester auf. Dafür stellte er auf der Mensur im oberen Saale des „Deutschen Hauses" seinen Mann: nicht weniger als ein dutzendmal kreuzte er allein im Wintersemester 1832/33 seine schneidige Klinge mit der von andern Korpsstudenten; seine Couleurbrüder fochten — ebenfalls auf Schläger — im ganzen achtundsiebzigmal. Ein zweites Dutzend Mensuren folgte dann im Sommersemester 1833. Im ganzen ist Bismarck zu Göttingen in fünfundzwanzig Mensuren gegen neunzehn Korpsiers angetreten: acht Brunsvigen, fünf Hildesen, je zwei Guestphalen und Hassen, einen Bremenser und einen Jenenser Teutonen. Außerdem hat er neunmal sekundiert, was damals, wo die (erst um 1855 zuerst in Heidelberg eingeführte) Paukbrille noch fehlte, etwas verantwortungsreicher war als heute; denn die große Schirmmütze gewährte den Augen nur unvollkommenen Schutz. „Hei! Wie blitzen scharfe Klingen, hei! wie pfeifen Terz' und Quarten! Wie so mancher haut so manchem übers Maul und wird gehaun": so singt G. Schwetschke in seiner „Bismarckias". In der Tat: auch Bismarck, der auf seinen zwei Dutzend Mensuren ebensoviele Blutige ausgeteilt hat, ist selber mit acht Blutigen gezeichnet worden; die einzige — inkommentmäßige — Abfuhr bezog er am 2. Februar 1833 vom Bremenser Biedenweg durch Abspringen der Klingenspitze, die sich in Bismarcks

linke Wange bohrte und einen bis zuletzt sichtbaren Schmiß verursachte. Er war ein echter, rechter Bursche. Nicht nur hat das Protokollbuch der „Hannovera“ einige Strafen wegen Schwänzens von Konventen oder wegen Zuspätkommens und einen Rüffel wegen Bezechtheit im Konvent überliefert, sondern auch das Universitätsgericht hat sich mehrere Male bemüßigt gefunden, sich mit Herrn von Bismarck näher zu beschäftigen. Nachdem er einmal wegen ungebührlichen Benehmens — Werfens einer Flasche durchs Fenster auf die Straße — einen Gulden Strafe hatte zahlen müssen, erhielt er Ende Januar 1833 vom gestrengen „Bierrichter“ elf Tage Karzer aufgebrummt, weil er bei einem (unblutig verlaufenen) Pistolenduell als Unparteiischer fungiert hatte; die Karzertüre mit dem markig eingeschnittenen Eintrage „v. Bismarck Han(noverae) XI O(ies)“ befindet sich, da das Konzilienhaus inzwischen längst abgebrochen ist, im Göttinger Altertumsmuseum — sic transit gloria mundi.

Den fidelen Schluß des Wintersemesters 1832/33, das am 7. Dezember die feierliche Wiederherstellung des Klubbs zum Corps gebracht hatte, bildete Anfang März ein Weinkommers mit Landesvater in Weende. Mit der Bezahlung nahm und nimmt es der Studio oft nicht allzu genau; auch Bismarck ließ am 29. April seine Schulden beim Weender Wirte stunden (als Greis hat er darüber merklich schärfer geurteilt). Der Kollegienbesuch ließ mählich nach. Im Sommersemester 1833 belegte er nur die Pandekten bei dem schon erwähnten Privatdozenten Valette. Dann nahm er an einer fröhlichen Pfingstfahrt in den Thüringer Wald teil. Eisenach mit der Wartburg, Altenstein und Lieben-

stein, der Inselberg und Schloß Reinhardsbrunn, Gotha mit Schloß Friedenstein, Erfurt, Weimar mit den noch frischen Erinnerungen an den eben heimgegangenen Dichterfürsten Goethe und schließlich Jena: das waren die Hauptstationen dieses Frühlingsausflugs. Zwölf Göttinger Studenten in loco: mit bleichem Schrecken vernahm diese Schreckenskunde der durch das Frankfurter Attentat vom 3. April noch verschüchterte hohe Senat der Universität Jena, und die unerwünschte Folge war ein vorzeitiger Aufbruch von dem ungastlichen Orte. Auf der Rückreise passierte man Orlamünde, Rudolstadt mit dem idyllischen Schwarzatale, Paulinzelle und Ilmenau, nochmals Gotha, Eisenach und Witzenhausen. Bald nach der Rückkehr, am 6. Juli 1833, wurde Bismarck zum zweiten Chargierten seines Korps gewählt. Am nächsten Tage stieg er zum vierundzwanzigsten Mal auf Mensur.

Dann wurde er ohn' eignes Verschulden in eine unliebsame Sache verwickelt. Aus geringfügigen Ursachen waren von der Mehrheit des Göttinger SC.'s die Lüneburger nebst den zu ihnen haltenden Hannoveranern, Vandalen und Hessen in Verruf erklärt worden. Dies interne Vorkommnis wurde ruchbar, und das Universitätsgericht befaßte sich damit. Von ihm zitiert, gestand Bismarck mit der ihm zu allen Zeiten eignen Offenheit, Konsenior der „Hannovera" zu sein und bei einem Duell zugesehen zu haben. Deswegen wurde er am 20. Juli 1833 zu drei plus vier Tagen Karzers verurteilt und mußte das Concilium abeundi unterschreiben, weil er — die „Hannovera" hatte zu Beginn des Sommersemesters versäumt, sich als „Klubb" anzumelden — Mitglied einer „ohne Erlaubnis fortbe-

stehenden Gesellschaft" sei. Diese Strafen schmerzten den Betroffenen weniger (einen Teil der Karzerhaft, drei Tage, hat er erst Ende Mai/Anfang Juni 1834 zu Berlin abgesessen), als die aus dem Kreise des SC.'s selbst heraus erfolgte anonyme Verdächtigung, er sei ein Angeber gewesen: hinter dem von ihm auf der Karzertür eingeschnittenen Namen „v. Bismarck" fand sich eines Tages das Wort „Petzer" eingekratzt. Selbstverständlich war der zu Unrecht Gekränkte umgehend auf volle Rechtfertigung bedacht. Aber der Schluß des Semesters hatte unter dieser Spannung zwischen den Korps zu leiden. Am 1. August lief für die „Hannovera", die inzwischen am 14. Juli zum Schein, um die Aufmerksamkeit der Universitätsbehörde möglichst abzuziehen, ihre Auflösung beschlossen hatte, der Verruf ab; am 5. September schlug Bismarck seine letzte Göttinger Mensur, und bei dem Abschiedskommers in Weende chargierte er noch einmal beim Landesvater.

Dann verließ er Göttingen — für immer; doch erfüllt von dem Gefühl, ein tüchtiger Korpsbursch gewesen zu sein. Aus dem „Kindskopf", „Barribal" oder „Kassuben" der Korpskneipe war in mannhaftem Auftreten und im unerschrockenen Eintreten für seine Überzeugung während dreier kurzen Semester, die doch mehr als eine fidele Episode zu bedeuten hatten, allmählich ein junger Mann herangereift, der manches versprach und noch mehr halten sollte.

4. Der angehende Jurist und Regierungsbeamte.

Und der stolze Sohn der Musen
ziehet still, gesenkten Blickes,
dürftig nun als Auskultator
ach! ins Philisterium.

Nachdem Otto im Wintersemester 1833/34 weniger beim großen Friedrich Karl von Savigny, dem Haupte der von seinem Lehrer Hugo begründeten historischen Rechtsschule, als bei den Juristen Rudorff und Lancizolle das in Göttingen Versäumte nachgeholt und dann einen geübten Dozenten als „Einpauker" oder Repetitor angenommen hatte, stieg er im siebenten Semester, am 22. Mai 1835, ins Examen und bestand den „Auskultator" (Referendar) „hinreichend". Bei allem Übermute, den er trotz des ihn merklich beeinflussenden vornehmeren Tones seines näheren Verkehrs mit den Keyserlings und andern baltischen Adligen, mit Gliedern der Familien von Kessel, Bismarck-Bohlen, Savigny und seinem getreuen Byron-Nachahmer Motley auch in Berlin gern weiter betätigte, wie aus mancher burschikosen Briefstelle hervorleuchtet, machte sich seine vor allem von der Mutter bewußt protegierte Zugehörigkeit zur „hohen Gesellschaft" mehr und mehr geltend.

Doch dem Drängen der Eltern, den bunten Rock anzuziehen und Soldat zu werden, widerstand er. Seinen Ehrgeiz suchte der nun Zwanzigjährige vielmehr in der Richtung, die ihm sein Eintritt in die königlich preußische Beamtenlaufbahn vorschrieb, wenn auch

ohne echte innere Befriedigung; hie und da blitzt und sprüht die alte Sehnsucht nach Landleben und junkerlichen Allüren ungebrochen durch. Im Juni 1835 dem königlichen Stadtgerichte zu Berlin überwiesen, arbeitete er hier bis zum November bei der Kriminaldeputation und protokollierte — so am 20. Oktober sieben Stunden lang — in Straffachen unter dem Rate v. Brauchitsch, bis er sich davon wegwünschte. Dann bis zum März 1836 in verschiedenen Abteilungen der Zivildeputation beschäftigt, hatte er, jetzt bedeutend selbständiger, wieder andere Protokolle zu führen, Klagen aufzunehmen, Zeugen zu hören und, wovon ja eine der ersten Seiten der „Gedanken und Erinnerungen" unterrichtet, Sühneversuche in Ehesachen vorzunehmen. In jene Monate fallen das zuerst von Hesekiel erzählte Geschichtchen, das in dem charakteristischen Satze gipfelt: „Ich lasse Sie durch den Herrn Stadtgerichtsrat hinauswerfen", und, bei einem Hofballe, die scherzhafte Anspielung des damaligen Prinzen Wilhelm auf sein „Gardemaß".

Dauernd konnten den jungen Stürmer die Bagatellsachen nicht fesseln. Schon im Januar 1836 meldete er sich, um den Umweg zur Diplomatie abzukürzen, bei einer rheinischen Regierung, deren Kursus sich — im Gegensatze zu den drei Jahren in den alten Landen — in zwei Jahren erledigen ließ: beim Aachener Regierungspräsidenten. Im Februar erhielt er die Prüfungsaufgaben zugestellt, nahm zu ihrer Ausarbeitung vom 12. März an Urlaub, den er von Anfang April an in Schönhausen ganz allein zubrachte, und paukte so heftig, daß die Bauern einander zuraunten: „Use arm junge Hehr, wat maak em wull

sin?" Am 24. April hatte er die von einem Theologen gestellte Aufgabe: „Über die Natur und die Zulässigkeit des Eides im allgemeinen und nach seinen verschiedenen Arten aus dem Gesichtspunkte der philosophischen Rechts- und Tugendlehre, mit Berücksichtigung der Lehre des Christentums" erledigt. Am 15. Mai folgte der Abschluß der zweiten Arbeit: „Über Sparsamkeit im Staatshaushalt; ihr Wesen und ihre Erfolge, auch durch geschichtliche Beispiele erläutert." Dort war der bayrische Richter F. Bayer mit seinen 1829 erschienenen Betrachtungen über den Eid sein Führer gewesen, hier J. B. Says „Traité d'économie politique". Beide Abhandlungen Bismarcks sind Leistungen ohne viel persönlichen Gehalt, wenn auch der rationalistische Einschlag trotz aller Vorsicht und Kritik unverkennbar ist, aber tüchtige specimina eruditionis. Am 20. Mai 1836 eingereicht, fanden sie mit den Noten „recht gut" und „gelungen" den Beifall der Aachener Behörde. Genau einen Monat später an Ort und Stelle eingetroffen, bestand Bismarck am letzten Juni die mündliche Prüfung in den allgemeinen, den Kameral- und den Rechtswissenschaften „sehr gut" und wurde am 5. Juli als Regierungsreferendar vereidigt.

Der Aufenthalt in Aachen ließ den bezeichnenderweise hier oft „Baron" titulierten, eleganten Referendar von Bismarck das kavaliermäßige Berliner Leben in erhöhtem Grade fortsetzen. Von den Vorgesetzten zog ihn nur der jugendliche Regierungspräsident selbst, Graf Adolf Arnim-Boitzenburg, an; wie dessen spätere Ministerschaft unter Friedrich Wilhelm IV. lehrt, mit vollstem Rechte: er war stets Aristokrat, kein Bureaukrat. Im Juli 1836 arbeitete Bismarck in der Do-

männen- und Forstabteilung, vom August an in der Abteilung des Innern, und zwar sowohl in Militär- wie in Kommunalangelegenheiten. Schon am 23. Dezember 1836 reichte er ein Gesuch ein, worin er sich, unbeschadet seiner inzwischen dem Minister des Auswärtigen Joh. Ancillon unterbreiteten diplomatischen Pläne, zum Regierungsassessorenexamen bekannte und um entsprechende Ausbildung bat. Das unverkennbare Wohlwollen, womit Graf Arnim seinen Studiengang einrichtete und förderte, ließ den im beweglichen Rheinlande reichlich leichtsinnig sich aufführenden und alte Schulden nur durch neue vermehrenden Weltmann bald zur Vernunft kommen. Freilich nicht für lange Zeit. Schon im Frühjahr 1837 war er von neuem der nur in internationaler Gesellschaft sich wohlfühlende, halb englisch sich gebärdende und zum zweitenmal in eine holde Engländerin verschossene Kavalier; im Juli dehnte er eine vierzehntägige Urlaubsreise nach Wiesbaden eigenmächtig bis in den September nach Straßburg und Bern aus.

In diese wilden Wochen fällt ein noch heute wenig aufgeklärtes Erlebnis. Am 13. September 1837 schreibt er seinem Göttinger Freunde Gustav Scharlach, er sei mit einer „jungen, blondhaarigen und selten schönen Britin" verlobt, deren Familie er bis Mailand geleiten wolle; dann werde er zu seinen Eltern eilen und im nächsten Jahre drüben in England heiraten. Doch Ende September fuhr er ohne Aufenthalt durch Göttingen, aber nicht heim; vielmehr reiste er im Oktober mit einem Herrn v. Dewitz, einem entfernten Verwandten, im Mecklenburgischen herum und traf erst Anfang November auf Kniephof ein. Was hatte sich inzwischen zu-

getragen? Wir können nur schließen, daß, sicherlich nicht ohne seelische Erschütterungen, die Verlobung rasch zurückgegangen war. Die Brücke nach Aachen war, trotz einer aus Bern datierten Entschuldigung an den Regierungspräsidenten, ebenfalls abgebrochen; nur Personalakten, die von einem übeln Einflusse der gesellschaftlichen Verhältnisse auf die Amtsgeschäfte eine beredte Sprache führten, und unbezahlte Rechnungen folgten dem ungetreuen Ausreißer in die Heimat nach.

So konnte Otto von Bismarck von Glück sagen, daß er kurz nach seiner Ankunft zu Haus im November 1837 die nachgesuchte Zulassung an der Potsdamer Regierung erlangte, wo er sich hauptsächlich für die Zollvereinslaufbahn vorzubereiten gedachte. Und zunächst ging alles nach Wunsch. Ohne die geselligen Gelegenheiten, die sich dem Suchenden fast von selbst darboten, irgendwie zu vernachlässigen, arbeitete er tüchtig auf den Assessor los. Doch da tauchte abermals ein Hindernis auf, das ihn beinahe entwurzeln sollte: das Einjährigenjahr. Ende März 1838 trat er beim Gardejäger-Bataillon ein, immer noch in der Hoffnung, sich in etwaigen Mußestunden zu Potsdam weiter vorbereiten zu können. Plötzlich wurde das jahrelange Kränkeln der Mutter als Krebs erkannt. Otto war von Anfang an viel bei der Kranken und schüttete ihr sein Herz aus. Die zopfig bureaukratische Regierungslaufbahn war ihm, der seit kurzem auch einen Einblick in die mißlich verfahrenen Vermögensverhältnisse der Eltern getan hatte, fortan verekelt (Juli 1838); wieder fühlte er sich mehr und mehr als pommerschen Edelmann. In dieser Stimmung bat er um Versetzung nach Greifswald in das Jägerbataillon des II. Korps. Anfang

September ging er, von Potsdam nur beurlaubt, dahin ab. Dort traf er die Jäger nicht an. Nun auch mit militärischem Urlaub ausgestattet, sah er sich in der Provinz um; dann diente er weiter sein Jahr ab, hat auch wohl noch einmal als „Alter Herr" — das genaue Datum ist nicht zu fixieren — auf Mensur gestanden. Am ersten Tage des neuen Jahres wurde die Mutter in Berlin von ihrem Leiden erlöst. In das Ende der Dienstzeit, den März 1839, fiel ein Konflikt mit der Greifswalder Polizei, wobei er, wie im Aachener Falle, seiner Meinung nach unberechtigte Zumutungen der Behörde in geharnischtem Tone zurückwies. Bis in den Herbst zogen sich dann seine Verhandlungen mit dem väterlich würdigen Oberpräsidenten von Bassewitz hin, seinen Potsdamer Urlaub weiter zu erstrecken; als das schlechterdings nicht zu bewilligen war, reichte Otto von Bismarck unterm 22. Oktober 1839 seinen Antrag auf Entlassung aus dem Staatsdienst ein. Man ließ den eigenwilligen Junker ohne sonderliches Bedauern ziehen. Die südwestdeutschen Sturm- und Drangwochen des 37er Septembers, der Tod der zuletzt doch wieder innig geliebten Mutter und die wirtschaftlichen Nöte seines Hauses hatten den noch nicht Fünfundzwanzigjährigen zur aufsichselbstgestellten Persönlichkeit gemacht, die jeden Zwang ablehnt. Wenn vielleicht auch noch nicht innerlich sicher und befriedigt, so doch äußerlich fertig in der Gewißheit, künftig ungebunden zu leben, mußte er ganz von selbst auf den Beruf des adligen Landwirts zukommen. Hier fühlte er wieder festen Boden unter den Füßen.

5. Der Landedelmann.

Heitres Dasein eines Junkers
otium cum dignitate!
Höchstens als des Deiches Hauptmann,
als der Ritterschaft Vertreter
sproßt ein Dienstlein.

Jeder Deutsche, der sein fünfundzwanzigstes Lebensjahr vollendet hat, besitzt — ein Bismarcksches Geschenk — das Recht, in den Reichstag zu wählen. Die einen erblicken darin eine der vornehmsten staatsbürgerlichen Errungenschaften und wünschen, ja fordern ihre Übertragung auf die Bundesstaaten, die sich ihrer noch nicht erfreuen; die andern — so jetzt wieder der berühmte „Ausland-Deutsche" Fritz Walz in seinen „Ungelösten Lebensfragen" (Zürich 1914) — machen unser demokratisches Reichstagswahlrecht für alles verantwortlich, was an Erfreulichem nach außen wie innen unserm Vaterlande noch mangelt. So viel ist sicher, daß trotz der lobenswerten Bestrebungen, Bürgerkunde in möglichst weiten Kreisen des deutschen Volkes heimisch zu machen, noch Millionen von Wählern keine blasse Ahnung davon haben, was für eine Kostbarkeit sie mit der Ausübung des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts in Händen halten: in der Mitte des dritten Jahrzehnts ist man durchschnittlich eben noch nicht reif genug für politische Erkenntnis.

Das trifft selbst auf eine so überragende Intelligenz wie die bismärckische zu. Als Otto von Bismarck auf Kniephof in Pommern seine Landwirtslaufbahn begann, da war er zwar ein guter Preuße, der seinem Hohenzollernkönig am liebsten — d. h., wenn es sich

mit seinen sonstigen Ansichten von persönlicher Freiheit vertragen hätte, mit dem Degen gedient hätte, und in unbestimmterem Gefühl auch ein guter Deutscher, der den Franzmann als Erbfeind haßte und für die ludovizianischen Räubereien von einst gern Rache genommen hätte. Aber seine Begriffe und Auffassungen von den höheren Pflichten eines Staatsbürgers waren noch recht landläufiger Natur und vertrugen sich prächtig mit dem junkerlichen Abscheu vor Juden, für den das Emanzipationsedikt von 1812 gar nicht vorhanden war.

Dafür entfaltete sich Bismarck voll zum bodenständigen, keine Arbeit scheuenden Grundbesitzer. Leicht war die Aufgabe, die er übernommen hatte, von Anfang an durchaus nicht; wie schon angedeutet, war vielmehr Frau Sorge in den ersten Jahren ein häufiger Gast auf den drei Gütern Külz, Jarchelin und Kniephof, von denen Otto das letztgenannte bevorzugte. Er verbesserte den Betrieb, doch vorsichtiger als die Mutter, sparte auch im persönlichen Haushalt, obgleich er einem Spielchen unter und mit Standesgenossen niemals abgeneigt war, schaffte Maschinen an und berechnete die dadurch herbeigeführte Steigerung des Ertrages an Kartoffeln, Korn, Spiritus und Wolle genau. Doppelte Buchführung war ihm ebenso vertraut wie die praktische Anwendung der Fortschritte der Chemie auf Düngung und Brennerei. Seinen Leuten war er stets ein gütiger Herr. Noch im Greisenalter war er stolz auf seine schönste Tat, da er am 24. Juni 1842 seinem Kniephöfer Reitknecht Wilhelm Hildebrand im Wendelsee bei Lippehne das Leben rettete; und 1845 verzeichnet das sorgfältig geführte Ausgabenbuch „für

Trieglaffer Abgebrannte fünfzig Taler". Mit seiner Anschauung von Ungefesseltheit harmonierte seit August 1841 das selbstgewählte Verhältnis als Landwehrleutnant, erst bei der Stargarder Infanterie, dann bei den Greifenberger Ulanen, so einträchtig, daß seine übermütigen Streiche und ausgelassenen Neckereien ihm den Spitznamen „des tollen Bismarck" eintrugen, der ihm ebenso gut stand wie die königlich preußische Rettungsmedaille. Seine Kraftnatur, die einen ritterlichen Zweikampf damals noch — unter gewissen Voraussetzungen — für unumgänglich hielt wie das tägliche Frühstück, mußte, vielleicht auch in kummerschwerer Überwindung der Wiesbadener Enttäuschung und der unverdienten Abweisung einer neuen, heißen Liebe zu Ottilie von Puttkamer auf Pansin (1841/42), sich austoben und besorgte das gründlich, ohne sich doch je ganz in Nichtigkeiten zu verlieren. Bismarck war als Dreißiger ein unermüdlicher, ja tollkühner Reiter, ein leidenschaftlicher Schwimmer und Fischer, ein aufmerksam beobachtender Jäger, ein starker Trinker und Raucher, ein unerschrockener und im Ernste wie im Scherze sicherer Pistolenschütze. Und was die Wirklichkeit davon eben noch vertrug, das übertrieb dann die liebe Fama in der Nachbarschaft so angelegentlich, daß die „Wildheit" des Junkers förmlich zur Unheimlichkeit auswuchs. Bei allem Sichhinwegsetzen über zimperliche Bedenklichkeiten der andern blieb Bismarck doch immer in souveräner Sicherheit sich selber treu.

Freilich nicht ohne innere Anfechtungen. Und das konnte ja auch gar nicht anders sein. Man stelle sich nur einmal unser liebes Deutschland vor, wie es sich in den vierziger Jahren des verflossenen Jahrhunderts

unter der Hut von drei Dutzend Monarchen politisch gebärden durfte! Die patriotische Stimmung von 1840, die, durch Thiers mit seinem Chauvinismus ausgelöst, Nikolaus Beckers Rheinlied „Sie sollen ihn nicht haben" sofort zum allgemeinen Vaterlandsgesang erhoben und sogar den Pariser Spötter Heinrich Heine zu seinem braven Gedicht „Deutschland" begeistert hatte, sie war bald verflogen. Und was in den Kreisen, die Otto von Bismarck damals heimzusuchen pflegte, unter Vaterland verstanden wurde, das bewegte sich bei aller Lust an der Kritik (die ja auch heute gerade in adligen Konventikeln viel ausgeprägter sich zu tummeln pflegt, als der biedere Durchschnittsphilister sich jemals erlauben würde) in durchaus korrekten Geleisen. Pommern war seinem Könige treu „bis in die Vendée". Darüber hinaus hatte man nur ganz nebelhafte Vorstellungen von dem gemeinsamen Bande, das — wie einst — alle deutschen Stämme in absehbarer Frist wieder umschlingen sollte. Man würde also ganz und gar daneben greifen, wollte man Bismarcks zukünftigen Beruf —

„Dem Siegfried gleicht er, dem edeln Fant,
von dem wir singen und sagen" —

bereits aus dem Landjunker der vierziger Jahre durch Pressung aus dem Zusammenhange gerissener Briefstellen oder — nicht immer einwandfrei — mündlich überlieferter Äußerungen künstlich herauslesen. Damit wäre dem Andenken an unsern Reichsschmied wenig gedient. Vielmehr kommen wir der Wahrheit, die man in solch zarten, ja keuschen Regungen der Seele eines sich erst entfaltenden Mannes niemals restlos erforschen wird, sicherlich näher, wenn wir Bismarcks

hochgradiges Unbefriedigtsein, das in manchen Monaten jener Jahre fast zur Schwermut ward, weniger auf vaterländische Beklemmungen zurückführen als auf ein rein persönliches Unbehagen.

Gewiß hat Bismarck für das Treiben und Arbeiten auf dem Lande zeitlebens eine aufrichtig tiefe Neigung gehegt und bekannt. Aber ausfüllen konnte es, das lehrte die Erfahrung je länger desto mehr, diesen Feuergeist niemals ganz. Mehr als eine angenehme Zugabe konnte es ihm nicht bedeuten. Dies Verhältnis nicht sofort erfaßt zu haben, macht den Irrtum des vierziger Jahrzehnts aus und erklärt sein unstetes Herumfahren.

Letzteres darf man sowohl äußerlich wie namentlich innerlich nehmen. Jenes erkennt man vor allem aus der westeuropäischen Reise von 1842. Im Juli führte sie ihn zunächst von Hamburg hinüber nach Hull, von wo er, wegen ahnungslosen Pfeifens am Sonntage zur Rede gestellt, sofort nach Edinburgh weiterfuhr. Nach kurzem Besuch in York, Manchester und London reiste er über Portsmouth nach Frankreich. Seiner in Göttingen eingesogenen und bis ins hohe Alter bewahrten Vorliebe für englische Dinge hatte er in diesen wenigen Wochen so recht die Zügel schießen lassen können. Die Kathedrale in York interessierte ihn ebenso wie die Kaserne der dortigen Husaren, das Fabrikwesen in Manchester ebenso wie die Wirtschaft auf dem Lande. Politisch oder sozial hat ihn jedoch dieser Aufenthalt kaum dauernd beeinflußt. Noch weniger läßt sich dies von dem in Frankreich, hauptsächlich in Paris, verbrachten Augustmonate behaupten; Vater und Bruder mußten damals hilfreich einspringen. Dann ging es

weiter nach der Schweiz; doch da setzte Krankheit einer nochmaligen Ausdehnung der Reise ein unfreiwilliges Ziel. Und noch vor Ablauf der ersten Hälfte des Oktobers war Bismarck wieder in Kniephof.

Dem In-die-Ferne-Schweifen Ottos war damit jedoch noch kein Genüge getan. Wie Bonaparte schwärmte er davon, nach Ägypten, Syrien und sogar nach Ostindien zu gehen. Als Kamerad war sein Schulfreund Oskar v. Arnim gedacht. Doch der besann sich bald eines Besseren: im Winter von 1843 auf 1844 lernte er auf Kniephof Bismarcks geliebte Schwester Malwine kennen und führte die Siebzehnjährige am 30. Oktober 1844 als seine Gemahlin heim.

Kurz vorher war der Schwager Otto zur Sommerszeit auf Norderney gewesen und hatte den damals noch aristokratischen Verkehr auf dieser schönen Nordseeinsel außerordentlich schätzen gelernt. Doch gehört diese abermalige Unterbrechung des Landlebens bereits zu den Ausklängen einer im Grunde nicht befriedigenden Betätigung seines unsteten Wandertriebes. Schon suchte er der ökonomischen Langeweile auf andere Weise beizukommen: er nahm einen zweiten Anlauf zum „Assessor".

Der Staat hatte inzwischen von neuem seine Fangarme nach ihm ausgestreckt. Erst ganz schüchtern auf dem Umweg über die Landratsstellvertretung, im Oktober 1841 und im April 1842. Der, den er — mitunter sehr selbständig, ja aufsässig — zu vertreten hatte, war sein älterer Bruder Bernhard. In jene Jahre fällt die reizende Anekdote vom Kreisdeputierten Otto von Bismarck contra Otto von Bismarck als Patron von Külz, die man am besten in den „Gedanken und

Erinnerungen“ (I, 16) nachließ. Nicht immer verlief die Kritik des auf seine Bodenständigkeit pochenden Landedelmanns an staatlichen Verfügungen so glimpflich wie in jenem scherzhaften Falle. Dennoch zog ihn die Verwaltung in ihren Bannkreis. Unterm 7. April 1844 beantragte er beim Oberpräsidenten und Ministerialdirektor von Meding, ihn zur Ausbildung für das Staatsexamen bei der Königlichen Regierung der Provinz Brandenburg zu beschäftigen. Unter begreiflichem Vorbehalt am 22. April angenommen, trat er am 3. Mai an, — und (spätestens) am 16. Mai schon hatte das Episödchen sein Ende erreicht. Des kranken Bruders Gattin starb am 22. Mai; ein kurzer Urlaub hatte also seine guten Gründe. Aber der Herr Referendar kehrte daraus nicht nach Potsdam zurück, nach des schwergekränkten Oberpräsidenten Zeugnis „dreiundsechzig Reste hinterlassend“. Daß der Bruch unüberbrückbar war, belegt ein zweites Geschichtchen: Bismarck soll am 17. Juni 1844 ein Gesuch um Erstreckung des Urlaubs persönlich haben überreichen und begründen wollen. Daß ihm das nicht geglückt ist, das ist Tatsache; ob dabei aber eine burschikose Äußerung des Referendars v. Bismarck gefallen sei, läßt sich nicht beweisen. Vielmehr wurde am 26. Juni die Verlängerung des Urlaubs wirklich gewährt. Und als Bismarck unterm 13. Juli von Kniephof aus um Überführung nach Stettin bat, willfahrte ihm Potsdam auch hierin. Doch sollte es beim Versuche sein Bewenden haben. Und trotz des brüderlichen Zuredens ließ Otto — zur Wende von 1844 auf 45 — auch den Landrat fahren.

Überblickt man diese Anläufe, so bekommt man doch einen recht mäßigen Eindruck von der Zielbewußtheit

des damaligen Herrn Bismarck, der sich bis zum Herbst 1848 selbstherrlich darin gefiel, das „von" wegzulassen, in staatsbürgerlichen Angelegenheiten. Offengestanden können wir auch seine erste publizistische Betätigung nicht besonders hoch einschätzen; Erich Marcks hat sie als erste Beilage des zweiten Anhangs zum ersten Bande seiner großen Biographie „Bismarck" zum ersten Male veröffentlicht. Anfang Februar 1843 hatte er für die liberalen „Börsennachrichten der Ostsee" eine Entgegnung geschrieben, die das gute Recht des Adels auf Parforcejagden verteidigen wollte; doch der Redakteur Altvater verweigerte die Aufnahme: von Liberalismus ließ in der Tat der scharfe Gegenartikel nichts verspüren. Bismarck war ein pommerscher Junker wie andere auch, nur ein wenig toller als die meisten Standesgenossen. Im übrigen seufzte er ob der innerlichen Leere. Bitternis erfaßte ihn, weil er den Weg nicht sah, auf dem er seinem Tätigkeitsdrange hätte Genüge verschaffen können. Ja, sein ganzes Seelenleben wogte auf und ab in dunklem Aufruhr.

Doch gerade diese innere Unruhe half in Bismarck einen Umschwung vorbereiten, eine psychische Umwälzung, die dem nahezu glaubenslosen Pantheisten einen unbefangenen Gottesglauben wiedergab. Wohl jeder von uns macht ja, der eine früher, der andere später, ein Zeitalter des Zweifelns an den mehr oder weniger eingeimpften Dogmen durch, die das Kind halb ahnungslos, halb sehnsüchtig an- und aufgenommen hatte. Wir wissen: Otto von Bismarck hatte im sechzehnten Jahre das gewohnte Nachtgebet mit Bewußtsein fallen lassen. Beinah anderthalb Jahrzehnte hindurch hatte er es so gehalten. Nicht daß er sich gar

keine Gedanken über den Zweck des Menschengeschlechts und des Einzelmenschen gemacht hätte; vielmehr stand er mit einundzwanzig Jahren dem Spinozismus, mit achtundzwanzig dem Junghegelianismus nahe — ohne daß man freilich sich unterfangen dürfte, aus abgerissenen brieflichen Bekenntnissen anderer, aus Berichten ihm nahestehender Freunde und Freundinnen ein abgeschlossenes philosophisches System rekonstruieren zu wollen, dem Bismarck angehangen habe. Der echt deutsche Kampf zweier Seelen in einer Brust, der zwivel in der mittelhochdeutschen Dichtung: daß er gerade den typischsten Deutschen des neunzehnten Jahrhunderts mächtig gefaßt und geschüttelt hat, ist wahrhaftig kein Wunder; wäre es nicht so, das wäre ein Rätsel. Innerlichkeit und überlegener Verstand führen jeden denkenden Deutschen leicht zur beziehungslosen Betrachtung der Dinge, nicht mit Rücksicht auf äußerlichen Nutzen und praktische Verwertung, sondern um sich selber klar zu werden und das Gemüt daran zu erbauen. Der Deutsche, vor allem der protestantisch erzogene, begnügt sich nicht mit einem den Individualismus bindenden Dogma, sondern fragt, kritisch veranlagt und skeptisch prüfend, nach dem Warum? Ist nun die Umwelt im weitesten Sinne des Wortes unbefriedigend, genügt das reale Leben dem Ringen um Ideale, der Sehnsucht nach Höherem nicht, dann bemächtigt sich des tausendfach Gehemmten jene pessimistische Resignation, der auch Bismarck zwischen 1843 und 1846 verfallen war. Gott (keine bestimmte Form einer gefestigten Weltanschauung, sondern ein blaues Dunstgebilde) hat dem Menschen die Möglichkeit der Erkenntnis versagt; es ist Anmaßung, zu behaupten,

seinen Willen zu kennen; der Mensch muß ergeben abwarten, was der Schöpfer mit ihm vorhat im Leben und im Tode; des Menschen Dasein ist zwecklos, ja unersprießlich und vielleicht nur ein beiläufiger Ausfluß der Schöpfung, der entsteht und vergeht wie der Staub vom Rollen der Räder; Gott ist viel zu groß, als daß er sich um ein Stäubchen von Mensch bekümmern könne: das ist ungefähr die Angel, um die sich Bismarcks damaliger Glaube drehte. Daß solche Trostlosigkeit diesen Genius auf die Dauer nicht ausfüllen konnte, ist ohne weiteres verständlich. Ein persönliches Verhältnis zu Gott von neuem zu erobern, darauf kam es an. Von byronischem Weltschmerz und selbstquälerischer Schwermut angekränkelt, sehnte er sich doch im Innersten nach einem Ziele gerade seines Daseins, nach einem unmittelbaren Verkehre mit einem nicht allzu kühlen, nicht zu hoch thronenden Gotte. Bismarck suchte Frieden für seine Seele.

Er hat ihn gefunden, in ernstem Kampfe mit tiefreligiösen Naturen seines Bekanntenkreises. Bismarcks frühester und frischbekehrter Jugendfreund, Moritz von Blanckenburg auf Zimmerhausen und Kardemin, war seit Ostern 1842 verlobt mit der romantisch angehauchten Marie von Thadden auf Trieglaff; diese beiden und Mariens Mutter, eine geborene von Oertzen, haben in ernsterregten Gesprächen durch die glückliche Zuversicht ihrer kräftig pietistischen Gläubigkeit den Glaubenskranken unter mancherlei Schwankungen und Rückschlägen allmählich, auch literarisch, so in ihren Bannkreis gezogen, daß an kein Loskommen mehr zu denken war. Erschüttert hat ihn vor allem das ihm durch Blanckenburg vermittelte Bekenntnis einer un-

heilbar Erkrankten, daß sie den Ungläubigen entsagungsvoll, aber glühend liebe, doch nicht ruhig sterben könne, ehe sie ihn nicht „gerettet“ wisse. So schnell ist es damit freilich nicht gegangen; aber nachhaltig gewirkt hat es doch. Und was noch fehlte (es war gewiß nicht wenig), das hat dann die Liebe zu Johanna von Puttkamer vollenden helfen.

Der innerlich nervös reizbare, aber äußerlich kalt elegante, wild arrogante und gelegentlich — wie man einander zuraunte — wüstem Treiben huldigende pommersche Landjunker Otto von Bismarck hatte durch Frau Marie von Blanckenburg, deren „Spezieller“, „Platonischer“ oder „Ademar“ er in allen Ehren war und hieß, ihre damals zwanzigjährige Freundin Johanna, die frische, reine und kritisch herbe Tochter des stillpietistischen Herrn Heinrich von Puttkamer und der Frau Luitgarde geb. von Glasenapp auf Reinfeld, zuerst vorübergehend bei Mariens Hochzeit am 4. Oktober 1844, dann näher auf Kardemin zwischen Ostern und Pfingsten, Anfang Mai 1845 kennen gelernt. Am Pfingstsonntage (11. Mai) hatten beide das erste tiefere Gespräch miteinander. Das Weitere besorgte Ende Juli und Anfang August 1846 die durch Frau von Blanckenburg in Szene gesetzte gemeinsame, fröhlich romantische Harzreise, der sich Otto von Bismarck als Reisemarschall von Schönhausen aus anschloß. Sein Schicksal hatte sich damit zum Guten gewandt. Gerade ihre innere Gegensätzlichkeit hatte die beiden Seelen zueinander gezogen. Am 25. Oktober 1846, bei der Abreise von Angermünde nach Kardemin zu seiner sterbenden Freundin Marie von Blanckenburg, hatte Bismarck, nach einer Leere von anderthalb Jahrzehnten,

zum ersten Male wieder gebetet. Am 14. Dezember sprach er sich beim Witwer in Zimmerhausen mit Johanna von Puttkamer aus; überzeugt davon, daß seine junge Religiosität sich ihrem völligen Gesichertsein harmonisch gesellen werde, sagte sie nicht nein. Von Stettin aus schrieb Otto am 21. Dezember seinen berühmten Werbebrief an den Vater; er kündet von neuem Vertrauen und Lebensmut zu sich selber in starker, zum Herzen dringender Sprache. — Und am 12. Januar 1847 durfte er sich zu Reinfeld mit der Geliebten verloben.

Um dieselbe Zeit hatte auch sein Suchen nach einer Staatsbürgerpflicht ihr Genüge gefunden. Am 22. November 1845 war auf Schönhausen der Vater, der seit 1839 das Familiengut an der Elbe wieder allein bewirtschaftet hatte, nach längerem Kranksein gestorben. Bei der Erbteilung wurde vereinbart, daß, während Bernhard von Bismarck Külz mit Jarchelin vereinigte, der jüngere Bruder neben Kniephof die alte Geschlechtsheimat übernahm. Das erforderte ein großes Bündel Mehrarbeit und Wirtschaftssorgen; ein Antrag, königlicher Kommissar für ländliche Meliorationsarbeiten in Ostpreußen zu werden, den ihm im Februar 1846 der befreundete Berliner Geheimrat Senfft v. Pilsach vermittelte, mußte abgelehnt werden. Auch die seit 1845 betriebene Teilnahme an der Reform der pommerschen Patrimonialgerichte mußte bald zurücktreten hinter seiner neuen Zugehörigkeit zu Schönhausen, zur Provinz Sachsen, zum Merseburger Provinziallandtage, zur Patrimonialgerichtsbarkeit des Magdeburger Landes. Mehr und mehr verwuchs er, mindestens äußerlich, mit Magdeburg, Stendal, Genthin und Burg,

d. h. mit den adligen Herrschaften zwischen diesen Sachsenstädten. Am 5. Februar 1846 erhielt er, nach scharfen Anklagen gegen den unfähigen bisherigen Inhaber des Amtes, von der Regierung die Zusage, Deichhauptmann zu werden; im Oktober traf die Ernennung zum „Flußgott" für den unteren magdeburgischen Deichbezirk von Jerichow bis unterhalb Sandaus ein. Am 7. März wohnte er in Potsdam einer Sitzung des 1844 unter Patronage König Friedrich Wilhelms IV. gegründeten Vereins für das Wohl der arbeitenden Klasse bei. Im Mai besuchte er von Kniephof aus den Jerichower Kreistag und ließ sich im Juli zum ersten Stellvertreter in den Landtag wählen. Und unterm 18. November 1846 verpachtete er das pommersche Gut, um von nun an ganz auf Schönhausen zu bleiben; der Austritt aus dem pommerschen Provinziallandtag, der Verzicht auf die Würde eines Kreisdeputierten half die Festigkeit der Übersiedlung nach der Elbe vollenden. Der magdeburgische Standesherr und ritterschaftliche Deichhauptmann hatte den durch ein unbefriedigendes Leben angeödeten pommerschen Landjunker aus dem Felde geschlagen.

Am 27. Januar 1847 aus Reinfeld nach Schönhausen zurückgekehrt, war Bismarck nach den beiden gemütvollen Verlobungswochen sofort wieder mitten in den Geschäften: Elbdeichkampf, Verwaltung und höchst anregender, wenn auch ergebnislos auslaufender Gerichtsreform. Beides, die Liebe und die staatsbürgerliche Arbeit, hatten aus ihm einen neuen Menschen gemacht und ließen die in ihm schlummernden Keime zu vielversprechender Blüte entfalten. Seine Johanna,

die er wegen ihres graublauschwarzen Auges „einer dunklen, warmen Sommernacht mit Blütenduft und Wetterleuchten“ verglich, war eben ausgestattet — nach seinem Brautbriefe vom 23. Februar — „mit jenem duftigen Hauch aus den unergründeten, innersten Tiefen des Gemüts, der weder Poesie noch Liebe, noch Religion ist, der aber alle drei kräftigt, hebt und empfänglicher für sie macht da, wo er weht“. In dem kalten und stolzen, ja anmaßenden, weil unbefriedigten Spötter von ehedem weckte sie von neuem Wärme, Licht und Sonnenschein, Selbstvertrauen und Glücksempfindung; seitdem sah er, wie er der Schwester schrieb, mit ganz andern Augen in die Welt und langweilte sich nicht mehr, sondern hatte, wenn auch nicht ohne Rückfälle, wieder Lust und Mut zu leben. Damit schmeckte aber auch die berufliche Tätigkeit viel besser als vorher. Das unvermeidliche Unangenehme, wie es nun einmal auch die Landwirtschaft so mit sich bringt, erledigte er mit überlegenem Sarkasmus. Der grobe Kampf aber mit dickschädlig widerspenstigen Bauern, zopfigen Bureaukraten oder rückständigen, allzu konservativen Standesgenossen, wie mit den Elbeisschollen, den „sich aneinander zersplitternden, bäumenden, unter- und übereinander schiebenden, sich haushoch auftürmenden und Wälle bildenden, schließlich aber gleich zerbrochenen Riesen mit mürrischem Klirren der freien See zugetragnen“, gab seinem Leben Inhalt. Das Heroische in ihm, das früher so oft nach Betätigung vergeblich gesucht hatte, begann einen kongenialen Ausdruck zu finden. Und sein protestantisches Persönlichkeitsgefühl rang sich deutlich durch.

Am 8. Mai 1847 als Abgeordneter der sächsischen Ritterschaft nachträglich zum Vereinigten Landtag einberufen, war er ganz und gar, sogar unter zeitweiliger Zurückdrängung der Liebe zu seiner gerade damals ernstlich erkrankten Braut, Politiker. Schon am 3. Februar waren durch König Friedrich Wilhelm IV. alle Abgeordneten seiner acht Provinziallandtage zu einer gemeinsamen Tagung geladen worden. Sie, die — vorläufige — Krone der geplanten ständischen Verfassung, gliederte sich in eine Herrenkurie und eine aus den Ritterschaften, den Städten und den Landgemeinden gebildete Ständekurie.

Ruhm ist nach Friedrich dem Großen nur ein Lohn für bezwungene Hindernisse. Nicht jeder ist imstande, schwere Hemmnisse zu überwinden; umgekehrt aber müssen auch die Steine danach sein, soll ihre Hinwegräumung einen Ruf begründen. Daß einer ein Genie ist, muß den andern dadurch bekannt und bewußt werden, daß ihm eine außerordentliche Gelegenheit geboten wird, sich daran zu bewähren. Ja, und die fehlte 1847 noch. Den Enttäuschungen der vorangegangenen Jahre folgte des Königs Erklärung vom 11. April 1847, er werde es „nun und nimmermehr zugeben, daß sich zwischen unseren Herr Gott im Himmel und dieses Land ein beschriebenes Blatt, gleichsam als eine zweite Vorsehung, eindränge". Damit war die erhoffte organische Entfaltung des Vereinigten Landtags zu einer wirklichen Volksvertretung unter konstitutionellen Fittichen im Keim erstickt. Was nützte es, daß die Ständekurie einen Zusammentritt des Landtags aller zwei Jahre und genauere Bestim-

mungen über das Recht, Anleihen und Steuern zu bewilligen, forderte? Die Zeit war noch nicht reif für die Erfüllung dieser liberalen Wünsche. Das lehrte schon ein flüchtiger Blick auf und in die damalige Weltanschauung Bismarcks. So illiberal wie nur möglich vertrat er als partikularistisch gesinnter Junker die Vorrechte des Adels, der auch in der zweiten Kurie das Übergewicht hatte, und mit besonderem Nachdrucke das Gottesgnadentum der Krone Preußens, die er vor weiteren Konzessionen an ein — nicht bloß nach seiner Ansicht — unklar verschwommenes Deutschtum behüten wollte.

Von welcher Denkart Bismarck damals beseelt war, erhellt aus seinem schroffen Auftreten am 17. Mai 1847. Da hatte der liberale Abgeordnete Ernst von Saucken-Tarputschen, ein Mitkämpfer aus den Freiheitskriegen, geäußert, die Begeisterung des preußischen Volkes von 1813 sei weniger die Folge des Hasses gegen den französischen Eroberer gewesen als vielmehr die Frucht der befreienden Gesetzgebung von 1807 und des Wunsches nach einer Verfassung. Dagegen erhob Bismarck in folgenden Worten Einspruch:

„Ich fühle mich gedrungen, dem zu widersprechen, was auf der Tribüne sowohl als auch außerhalb des Saales so oft lautgeworden ist, als von Ansprüchen auf Verfassung die Rede war: als ob die Bewegung des Volkes von 1813 andern Gründen zugeschrieben werden müßte und es eines andern Motivs bedurft hätte, als der Schmach, daß Fremde in unserm Lande geboten."

Durch Murren unterbrochen, zog Bismarck die „Spenersche Zeitung" aus der Tasche und las darin,

bis die Ruhe wiederhergestellt war. Dann fuhr er fort:

„Es heißt meines Erachtens der Nationalehre einen schlechten Dienst erweisen (das Murren wiederholt sich), wenn man annimmt, daß die Mißhandlung und Erniedrigung, die die Preußen durch einen fremden Gewalthaber erlitten, nicht hinreichend gewesen seien, ihr Blut in Wallung zu bringen und durch den Haß gegen die Fremdlinge alle andern Gefühle übertäubt werden zu lassen."

Starker Lärm; mehrere Abgeordnete bitten gleichzeitig um das Wort. Krause und Gier sprechen dem jungen Abgeordneten Bismarck das Recht ab, über eine Zeit und Bewegung zu urteilen, die er selbst nicht miterlebt habe; die Liebe zur inneren Freiheit sei das Entscheidende gewesen, nicht der äußere Druck der Franzosen. Unter dem Toben der Gegner bestieg Bismarck noch einmal die Tribüne und sagte:

„Ich kann allerdings nicht in Abrede stellen, daß ich zu jener Zeit nicht gelebt habe, und es tat mir stets aufrichtig leid, daß es mir nicht vergönnt gewesen, an dieser Bewegung teilzunehmen; ein Bedauern, das vermindert wird durch die Aufklärung, die ich soeben über die damalige Bewegung empfangen habe. Ich habe immer geglaubt, daß die Knechtschaft, gegen die damals gekämpft wurde, im Auslande gelegen habe; soeben bin ich aber belehrt, daß sie im Inlande gelegen hat, und ich bin nicht sehr dankbar für diese Aufklärung."

Unter Murren hier, Bravo dort trat Bismarck ab. Sich selbst rechtfertigte er am Tage darauf vor seiner Braut mit jener Offenheit, die ihm so gut stand: „Ich erregte gestern einen unerhörten Sturm des Mißfallens, indem ich durch eine nicht deutlich genug ge-

faßte Äußerung über die Natur der Volksbewegung von 1813 die mißverstandene Eitelkeit vieler von der eigenen Partei verletzte und natürlich das ganze Hallo der Opposition gegen mich hatte. Die Erbitterung war groß, vielleicht gerade, weil ich die Wahrheit sagte, indem ich auf 1813 den Satz anwandte, daß jemand (das preußische Volk), der von einem andern (den Franzosen) so lange geprügelt wird, bis er sich wehrt, sich daraus kein Verdienst gegen einen Dritten (unsern König) machen kann."

Die Unerschrockenheit aber, womit Bismarck bereits die Anfänge seines langen parlamentarischen Wirkens gestempelt hat, läßt sich nicht besser charakterisieren als durch ein paar Sätze aus einem andern Brautbriefe desselben Jahres, dem vom 7. März 1847. Darin plaudert er folgendermaßen: „Dies Gedicht: ‚Oh! do not look so bright and bless'd'*) ist ein recht hübsches Gedicht, aber meines Erachtens, wie fast alle Poesie, nicht geeignet, es aufs eigne Leben zu übertragen und seine own little perversities**) damit zu bedecken. Es ist ein feiges Gedicht, dem ich den Vers des Reiterliedes gegenüberstelle: ‚und setzet ihr nicht das Leben ein, so kann euch das Leben gewonnen nicht sein'***); was ich mir so erläutere in meiner Art:

In ergebenem Gottvertrauen setz' die Sporen
ein und lass' das wilde Roß des Lebens mit Dir

*) O blicke nicht so strahlend und glücklich! Verfasser unbekannt.

**) Seine eigenen kleinen Verkehrtheiten.

***) Bei Schiller heißt es in der letzten Zeile der letzten Strophe des Reiterlieds: „Nie wird euch das Leben gewonnen sein."

fliegen über Stock und Block, gefaßt darauf, den Hals zu brechen, aber furchtlos, da Du doch einmal scheiden mußt von allem, was Dir auf Erden teuer ist, und doch nicht auf ewig."

In der Tat hatte die Tapferkeit, womit er seiner Überzeugung Ausdruck verliehen hate, dem jungen Abgeordneten sofort die Achtung älterer eingetragen. Wie er am 21. Mai 1847 seiner Braut schreibt, war es ihm „gelungen, einigen Einfluß auf eine große Anzahl oder doch einige Abgeordnete der sogenannten Hofpartei und der sonstigen Ultrakonservativen von mehreren Provinzen zu gewinnen." Er benutzte ihn, sie so viel wie möglich vom Durchgehen und von ungeschickten Seitensprüngen abzuhalten, was er, der seine Richtung unumwunden bekannt hatte, unverdächtig tun durfte. Wie tief doch im Grunde das Staatsmännische in ihm verankert war, das geht schon aus der einen Beobachtung hervor, daß trotz der Berge von Ärger, leerem Stroh und Langeweile, Verleumdung, Gedankenlosigkeit und Unverstand, die ihn von 1847 an ein halbes Jahrhundert lang, aus den verschiedensten Lagen heraus, gequält haben, das parlamentarische Leben es ihm doch mächtig angetan hatte, so mächtig, daß es ihn, kurze Unterbrechungen abgerechnet, kaum jemals aktiv oder passiv freigegeben hat. Am wohlsten war es ihm, dem schlagfertigen Kämpen, wenn er mit einem annähernd kongenialen Gegner die geistigen Klingen kreuzen konnte. So verdiente er sich schon am 1. Juni 1847 durch eine überlegene Ironisierung des westfälischen Abgeordneten Freiherrn Georg v. Vincke-Ostenwalde den Namen „Vinckenfänger". Und als er wegen der Verpachtung von Kniephof

Anfang Juni einige Tage auswärts weilte, fiel seine Abwesenheit bei der Beratung über die Mahl- und Schlachtsteuer seinen Gesinnungsgenossen unliebsam auf: sie vermißten ihn bereits als „Kämpfer der Wahrheit".

Am 26. Juni 1847 wurden die Sitzungen des Vereinigten Landtags geschlossen, und am 28. Juli reichte Otto von Bismarck seiner Erkorenen die Hand zum Bunde fürs ganze Leben. „Es gibt nichts," so schrieb er seiner Frau am 14. Mai 1851 (und dabei ist es geblieben bis zum Tode), „was mir nächst Gottes Barmherzigkeit teuerer, lieber und notwendiger ist als Deine Liebe und der heimatliche Herd". Die Hochzeitsreise führte das Paar im August und September über Prag, Wien, Linz, Salzburg, Innsbruck und Meran nach Venedig, wo Friedrich Wilhelm IV. den „royalistischen Heißsporn", den er bei Hoffestlichkeiten während des Vereinigten Landtags aus verständlicher Vorsicht in augenfälliger Weise gemieden hatte, überraschenderweise zur Tafel befahl. Diese aufmunternde Billigung der politischen Haltung Bismarcks durch seinen König hielt während des Winters von 47 auf 48 an, so oft er sich im Berliner Schlosse sehen ließ.

„Also war des Helden Auslauf
in der Politik Arena;
und gefiel auch seine Sache
neque Diis nec Catoni,
so gefiel sie doch der kleinen,
aber mächtigen Partei."

6. Vom Sturmjahr über Olmütz nach Frankfurt.

Das war keine Sommerfrische
in dem —jahr 48!
Weh! es sinken Thron und Altar,
Rittertum, Zensur und Jagdrecht,
Exemtion, Immunitäten,
Metternich und Bundestag.

Nach der Entwicklung, die Bismarck bisher genommen hatte, würden wir uns baß wundern, ihn beim Ausbruch der Märzrevolution wo anders zu finden als in den Reihen der Altpreußen, die ihre Unzufriedenheit mit dem Zurückweichen des Königstums vor der Straße offen äußerten. Einer der lebendigsten Abschnitte der „Gedanken und Erinnerungen" (die das Schicksal, mehr angeführt als gelesen zu werden, mit manchem Klassiker teilen) ist den kühnen Versuchen des Schönhauser Schloßherrn gewidmet, seinen König aus den Händen der Aufständischen oder doch seiner liberalisierenden, jedem Drucke nachgebenden Umgebung, der Kamarilla, zu „befreien". Wundervoll ist in dieser dramatischen Schilderung besonders das Geständnis, daß er, der in seiner zielbewußten Frondeurstimmung so weit gegangen war, am 2. April 1848 im Zweiten Vereinigten Landtage gegen die Adresse zu stimmen, weil er für das, was in den letzten Tagen geschehen sei, unmöglich freudig danken könne, von dem seine schroffe Kritik gütig aufnehmenden Könige zu Sanssouci Anfang Juni „vollständig entwaffnet und gewonnen" worden sei. Bismarck selbst wog anderthalb Menschen-

alter später die geschehenen Dinge gegen die möglichen vorurteilslos also ab: „Eine auf dem Straßenpflaster erkämpfte Errungenschaft wäre von anderer Art und von minderer Tragweite gewesen als die später auf dem Schlachtfelde gewonnene. Es ist vielleicht für unsere Zukunft besser gewesen, daß wir die Irrwege in der Wüste innerer Kämpfe von 1848 bis 1866 wie die Juden, bevor sie das gelobte Land erreichten, noch haben durchmachen müssen." Ganz ähnlich drückte er sich am 31. Juli 1892 auf dem Marktplatz in Jena aus.

Schon im Sommer 1847 hatte Bismarck mit Gesinnungsgenossen, wie namentlich dem Appellationsgerichtspräsidenten Ludwig von Gerlach und seinem Bruder, dem General Leopold von Gerlach, die Gründung eines rechtsstehenden Tageblatts in die Wege geleitet; im Sturmjahre trat sie als „Neue preußische Zeitung", die wegen ihres an das Eiserne Kreuz von 1813 erinnernden Zeichens (das der Leser der „Gedanken und Erinnerungen" auf der von Bismarck am 20. März 1848 zu Schönhausen gehißten Kirchturmfahne sofort wieder erkennen wird) schlechthin die „Kreuzzeitung" hieß, ins Leben. Sie verschaffte sich bald Gehör bei den Königstreuen und holte sich den bitteren Haß der Radikalen. Bekannt ist die Karikatur von Wilhelm Scholz im „Kladderadatsch" vom 4. November 1849, die das Kennwort trägt: „Der neue Peter von Amiens und die Kreuzfahrer". Folgende Reime sollen die abkonterfeiten Bildnisse der Konservativen Gerlach, Friedr. Julius Stahl, Hermann Wagener und H. Goetsche, Redakteurs des „Zuschauers der Kreuzzeitung", erklären:

„Es hält Sankt Stahl des Esels Zaum, Sankt
Gerlach führt die Truppen,
Zur Seite steht Herr Bismark treu, der Erz-
schelm, in Panzer und Schuppen.
Und die sich als Lanzknechte dort mit ihren Mähren
quetschen,
Das ist Herr Wag(e)ner - Don Quixote mit Sancho
Pansa-Gödschen."

Am 5. Februar 1849 in die preußische Zweite Kammer gewählt und nach dem neuen Dreiklassenwahlgesetze vom 30. Mai 1849 am 28. Juli wiedergewählt, vertrat Bismarck seinen konservativen Machtstandpunkt abermals so schroff, daß er den Ruf, ein Erzreaktionär zu sein, nicht mehr abschütteln konnte. Zur Stärkung des Königtums, das um jeden Preis vor einer Wiederholung der 48er Niederlagen bewahrt werden mußte, waren ihm alle Mittel recht. Den königlichen Satz, daß Preußen fortan in Deutschland aufzugehen habe, bekämpfte er mit der ihm wie keinem geläufigen Waffe der Ironie. Nichts als Preuße wollte er sein. Felsenfest glaubte er an den preußischen Staat und die diesem von Gott gestellten Aufgaben. Was ihm frommen konnte, war gut und zweckmäßig; alles andere war als unpreußisch zu verwerfen. Das war gewiß kein weltweiter Horizont, aber eine charaktervolle Weltanschauung nach dem Muster Friedrich Wilhelms I., der die Krone wie einen rocher de bronce festgesetzt hatte. Demzufolge konnte und wollte Bismarck von den schwärmerischen Experimenten einer aus der Revolution geborenen Reichsverfassung nichts wissen. An einem Haupt über Deutschland mitzuschaffen, das mit

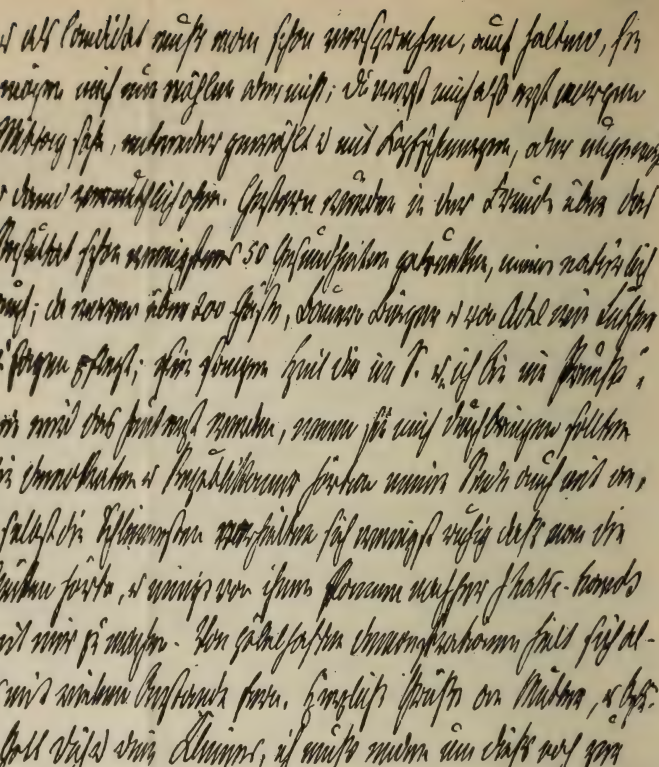
dem Uhlandschen Tropfen demokratischen Öls gesalbt gewesen wäre, das war diesem Royalisten von vornherein ganz unmöglich.

Ein Schwanken, wie es die Tragik im Leben Friedrich Wilhelms IV. gebildet hat, kannte er nicht; die von letzterem aus Romantik und (schließlich begreiflichem) Ehrgeiz nicht abgelehnte Notwendigkeit, die Einigung der deutschen Nation zu schützen, vermochte nicht, Bismarcks borussische Zirkel zu stören. Erst die Großmachtstellung Preußens sichern — das andere wird sich dann schon von selber finden: so dachte Bismarck 1849.

Und mit diesem Glauben ist er 1850 auch nach „Olmütz" gegangen. Wieso gerade Bismarck dazu gelangen konnte, diesen Schritt, der nicht erst von der Gegenwart als schwere Demütigung Preußens verurteilt wird, mitzumachen, erscheint nach dem Vorstehenden begreiflich. Angedeutet hatte er seine Stellung zum Unionsproblem schon in der „stramm preußischen" Rede vom 6. September 1849. Darin spricht er von der Alternative, entweder mit dem alten Kampfgenossen Österreich den gemeinsamen Feind, die Umwälzung, zu vernichten oder — sei es ohne, sei es gegen Frankfurt — aus eigner Machtvollkommenheit den Deutschen die ersehnte Verfassung zu geben. Doktrinär ist Bismarck niemals gewesen: stets hat er vielmehr unter Verschmähung unfruchtbarer Theorien das jeweilen *Mögliche* angewandt und ihm unter souveräner Benutzung aller Hilfsmittel einer überlegenen Staatskunst zum Siege verholfen. So auch hier. „Ohne Frankfurt" brauchte noch kein „gegen Frank-

Brandenberg. 5.2.49.

Geliebtes Herz! Viel Dank für deinen Brief, den ich gestern inmitten von Qualen u. Lärm unter 400 Menschen erhielt, zu denen ich eben mit Gottes Hülfe eine stürmisch beifällig aufgenommene Rede gehalten hatte; Vorschall! rachte ihn u. ich las ihn unter einer stinkenden Lampe. „wenn aus dem schrecklichen Gewühle ein sehr bekannter Ton mich zog", so war ich auf einen Augenblick dem wüsten Treiben entrückt, u. bei dir im traulichen Stübchen, mit dem Kinde u. Mutter, mit kochendem Theewasser u. netten Eiern. Es wird doch eine schwere Sache sein, wenn ich gewählt werden sollte, dieses Leben ohne Ruhe im Herzen. Gestern blieben bei der Abstimmung 137 Wahlmänner, als entschieden zu unserer Parthei gehörig, im Saal; diese haben mich zu ihrem Candidaten, u. zwar zum ersten erkoren; die Zieglersche Parthei soll gestern 125 stark gewesen sein; etwa 30 Wahlmänner waren gestern noch nicht in der Stadt, die werden also heut den Ausschlag geben. Jetzt sind sie beim Wählen; ich habe die Sache Gott ganz ergeben, u. erwarte den Ausgang ebenso ruhig, als ich bisher durch alles Wählen in fieberhafte Aufregung gerathen war. Ich wollte heut zurückkommen, aber die Leute nahmen mir gestern das Versprechen ab, heut Abend wieder bei ihnen zu sein



Faksimile eines Briefes Bismarcks an seine Frau über den Verlauf der Wahlen.

(Gedruckt: „Fürst Bismarcks Briefe an seine Braut und Gattin". Vierte Auflage von Horst Kohl. Stuttgart 1914, S. 112 f.)

furt" zu werden — Deutschland ohne Österreich einen zu wollen, mußte Preußen gegen Österreich führen. Dazu war es aber in militärischem Betracht noch viel zu früh. So war 1850 die Gemeinschaft mit Österreich, die freilich nach Lage der Dinge zu vasallenhafter Gefolgschaft herabsank, ein zwar blamables, aber bekömmliches Rezept zur Bewahrung Preußens auf seinen künftigen Beruf. Und als sich dieser im deutschen Zweikampf von 1866 zu ungunsten Österreichs entschieden hatte, da war es im selben Augenblicke der Sieger, der durch weitblickende Mäßigung die alte Kampfgenossenschaft von neuem anbahnte, unter deren weltgeschichtlicher Erfüllung die Nachkommen heute sicher wandeln dürfen.

Wir, die wir im Schatten und Schutze der Reichsgründung von 1871 sitzen, sind geneigt, sämtliche Äußerungen des Deutschgedankens, die vor seiner stolzen Verwirklichung liegen, als Wege zu ihr zu preisen, das nach einzelstaatlichem Partikularismus Schmeckende aber als verderbliche, zeitraubende Abwege zu verurteilen. Und in der Tat, wer nicht bismärckischer sein will als Bismarck selber, wird es nicht so weit treiben zu sagen: nur das Gehen durch das kaudinische Joch des Olmützer Vertrags vom 29. November 1850 habe dem preußischen Staate die Erfolge von 1864, 66 und 70 ermöglicht; sondern man wird es nach wie vor bedauern dürfen, daß sowohl die schönen nationalen Keime einer Reichsverfassung im Sinne des in der Frankfurter Versammlung verkörperten Volks, wie die eine Einung auf andere Weise verheißenden Ansätze der unter Preußens Führung im Erfurter Parlamente

vertretenen Regierungen so kläglich haben abbröckeln und absterben müssen. Es wäre nicht bloß kühn, sondern sogar unmethodisch, zu behaupten, weder die kleindeutsche Kaiserwahl vom 28. März 1849 noch die durch die großdeutsche Opposition heraufbeschworenen Unionsversuche Preußens hätten zu einer brauchbaren Wiederherstellung des Deutschen Reiches führen können; es läßt sich sehr wohl eine Entwicklung der deutschen Geschichte unter Ausschaltung des unfruchtbaren 50er Jahrzehnts vorstellen. So gewinnt man die rechte Distanz zu der Abkehr vom System Radowitz.

In seiner Einleitung zu den von ihm herausgegebenen „Denkwürdigkeiten des Ministers Otto Freiherrn v. Manteuffel" sagt Heinrich v. Poschinger: „Die Tage seit 1848 waren zu stürmisch, die Dinge zu unfertig, die Bausteine noch nicht zur Stelle. Erst mußte noch einer kommen, der den feudalen Schutt wegschaufelte, die Fundamente für den modernen Neubau freilegte und den starken Reifen gesetzlicher Ordnung wieder um die gelockerten Stäbe schlang. Der völlig selbstlose und in seiner Treue sich aufopfernde Mann, dem wie Kent im „Lear" die Tat alles war und nichts der Ruhm, war der Freiherr Otto v. Manteuffel. . . Ohne das Ministerium der „rettenden Tat" hätte Preußen nie die Rolle spielen können, die ihm unter Bismarck zufiel; mit einem von der Revolution besiegten Königtume war Preußens Schwert für alle Zeit gebrochen. Daß Manteuffel dem Königtume von Gottes Gnaden in Preußen zum Siege verhelfen konnte, daß er die Revolution mit kräftiger Hand niedergeschlagen, das haben ihm seine politischen Gegner nie verziehen und sind bemüht gewesen, zu seinem Schaden die Geschichte zu

fälschen. Sein Charakterbild ist mehr und mehr ins Schwanken gekommen. Die liberale Geschichtschreibung hat so lange von der Schreckenszeit Manteuffels und von dem „Manne von Olmütz" gesprochen, sie hat ihm so lange alle Auswüchse der Reaktion in die Schuhe geschoben, daß ein ehrlicher Historiker genötigt ist, einen ganzen Wust von Geschichtslügen wegzuschaufeln, um den Ausspruch Ludwig von Gerlachs: Manteuffel sei von Gott „zum Vaterlandserretter ernannt", nicht nur verständlich, sondern auch zutreffend erscheinen zu lassen. . . . Das schwere Geschick, das Friedrich Wilhelm IV. am Ende seiner Regierung heimsuchte, hat auch der Wirksamkeit seines großen Ministers ein jähes und wahrhaft tragisches Ende bereitet. Nach zehnjähriger heißer Arbeit war unter Überwindung seltner Schwierigkeiten der Unterbau seines Werkes fertig; an der Stelle des alten, morschen Gebäudes standen festgemauert in der Erde Schoß bereits die massiven Gewölbe; er selbst hatte geholfen, die Regierung aus den Händen des kranken Königs in die des hoffnungsvollen und zielbewußten Nachfolgers hinüberzuleiten; noch kam bei diesem kein Nachfolger etwa mit reicheren Erfahrungen und größerm Geschick in Frage — als dem Minister Manteuffel von dem neuen Herrn die Entlassung erteilt wurde!"

Als Otto Manteuffel am 26. November 1882 gestorben war, richtete Kaiser Wilhelm I. an die Witwe folgende Worte: „Ihrem Gemahl (der 1844 zum vortragenden Rate bei ihm ernannt worden war) verdanke ich die wesentlichsten Dienste in der Zeit, in welcher ich durch das Vertrauen meines Königs und Bruders zu den Staatsgeschäften herangezogen wurde, von welcher

Stellung er zu den höchsten Staatsämtern emporstieg! Die Verhältnisse, die uns später trennten — die ich oft bereut habe, haben niemals mein Vertrauen und meine Achtung zu und für ihn erschüttert, was ich ihm oft bewiesen habe."

Dazu merkt Poschinger, in der Verehrung seines Helden übers Ziel hinausschießend, folgendes an: „Die ganze politische Entwicklung, die zwischen Manteuffel und Bismarck liegt, fand also in den Augen des gerechten Herrschers keine Gnade. Der König war in 24jähriger Regierung zu der Einsicht gekommen, daß Manteuffels Politik richtiger war als die von Flottwell, Auerswald, Schleinitz, Bonin, Patow, Bethmann-Hollweg (dem Ministerium vom 6. November 1858), und in seinem Gerechtigkeitssinne konnte er nicht anders, als offen auszusprechen, daß die Inaugurierung der sogenannten liberalen Ära ein politischer Mißgriff gewesen sei."

Diesen Schiefheiten gegenüber fand schon Hans Prutz in seinen „Rettungen zur preußischen Geschichte" von 1902 das rechte Wort: „Man mag Manteuffel als erfahrenen, pflichttreuen und geschäftskundigen Beamten gelten lassen und überzeugt sein, daß seine Handlungen allezeit der Ausfluß ihn durchdringender politischer Prinzipien waren: eigentlich staatsmännische Eigenschaften wird man aber vergeblich an ihm suchen und auch in den scheinbar größten Momenten seines Wirkens in ihm doch immer nur den routinierten Bureaukraten erblicken können, den Mann der kleinen Ziele und der kleinen Mittel, der politisch sozusagen aus der Hand in den Mund lebte."

So dürfte mit genügender Parität und Objek-

tivität der Rahmen umschrieben sein, worein unter bewußt einseitiger Ausschließung gemeindeutscher Anwandlungen der borussozentrisch denkende Otto v. Bismarck, ein Mann der Tat, nicht der Phrase, sich selbst gestellt hatte. Nur in den Fragen des engbrüstigen Programms für die Dresdner Konferenzen, des Kulturkampfes (notabene des von 1851 f.; der von 1873 brachte die beiden ganz auseinander) und des Pairsschubs sowie der Beteiligung am Pariser Kongresse wich seine Anschauung von der Manteuffels — den er ja einst zur Übernahme des Ministeriums des Innern (unterm 8. November 1848) überredet hatte — deutlich ab; sonst deckte sie sich mit dessen Politik ziemlich gut. Das zeigte sich besonders in dem Konflikte mit der französischen Regierung, den Bismarcks Sprache in der Sitzung des Bundestages vom 22. Februar 1855 heraufbeschworen hatte (Erläuterung der Beweggründe, die zu dem Bundesbeschlusse vom 8. Februar — kein Anlaß zur Mobilmachung — geführt hatten); Manteuffel verbat sich, nach anfänglicher Desavouierung Bismarcks, energisch jede fremde Einmischung und deckte seinen Gesandten mit der ganzen ihm zu Gebote stehenden Autorität.

Damit soll jedoch keineswegs gesagt sein, daß Bismarck dauernd bei der eben umrissenen Einseitigkeit geblieben sei. Gerade das ist ja das Große an ihm, daß er sich auf kein starres System versteift, sondern stets mit dem Erreichbaren gewirtschaftet hat. Darüber hat er vor sich selber und den andern am 13. März 1867 Rechenschaft abgelegt in folgendem Bekenntnis: „Ich kam nach Erfurt mit denjenigen politischen Anschauungen, die ich, ich möchte sagen, aus dem Vaterhause mit-

brachte, geschärft in jener Zeit durch den Kampf gegen die Angriffe der Bewegung von 1848 auf Zustände, die mir wert waren. Im Jahre darauf, 1851, bin ich in die praktischen Geschäfte eingetreten und habe seitdem Gelegenheit gehabt, Erfahrungen in der praktischen Politik sammeln zu können. Ich habe mich dabei überzeugt, daß aus dem Zuschauerraum die politische Welt — nicht bloß die auf den Brettern, die die Welt bedeuten — anders aussieht, als wenn man hinter die Kulissen tritt, und daß der Unterschied nicht bloß an der Beleuchtung liegt. . . . Ich habe in Frankfurt im Amte erkannt, daß viele der Größen, mit denen meine Erfurter Politik gerechnet hatte, nicht existierten, daß das Zusammengehen mit Österreich, wie es mir denn aus den Erinnerungen an die Heilige Alliance vorschwebte, nicht möglich war, weil das Österreich, mit dem wir rechneten (es war die Periode des Fürsten Schwarzenberg), überhaupt eben nicht existierte. Ich setze hinzu, daß ich mich glücklich schätze, überhaupt nicht zu den Leuten zu gehören, die mit den Jahren und mit den Erfahrungen nichts lernen."

* * *

Anfang 1850 im sechsten Potsdamer Wahlbezirke (Zauch-Belzig-Westhavelland) zum Abgeordneten in das „Volkshaus" des nach Erfurt einberufenen Deutschen Parlaments gewählt, entfaltete Bismarck bald abermals so viel Einfluß und Wirksamkeit, daß er am 20. März vorläufig, am 26. März endgültig, trotz seiner Jugend mit dem Posten eines Schriftführers beehrt ward. Zu größeren Redekundgebungen kam er jedoch hier nicht. Damals schon bereitete sich der Bruch mit

Radowitz vor. Auf Bismarcks Bitten reiste Manteuffel am 18. April zum Könige. „Der kleine Mann benimmt sich augenblicklich sehr gut und entschieden", so schreibt Bismarck am Tage danach an seine Frau. „Die verrückten Beschlüsse unserer Majorität wirst Du gelesen haben: derselbe Unsinn wie in Frankfurt; wenn sich unsere Regierung unterwirft, so hat sie die größte Niederlage seit ihrem Bestehen erlitten; aber meiner Überzeugung nach triumphieren die Gothaer Schneider zu früh." Und so kam es auch. Ohne etwas geschaffen zu haben, wurde das Erfurter Parlament vertagt; der „unberufene Sonntagsreiter" war mitsamt seiner schwarzrotgoldnen Zäumung wirklich auf den Sand gesetzt, wie es Bismarck am 15. April prophezeit hatte. Wie zielbewußt Bismarck bereits damals die Bahn beschritt, die er sich vorgezeichnet hatte, geht aus dem Versuche hervor, mit österreichischen Konservativen persönliche Fühlung zu gewinnen: am 27. September 1850, also gerade zur Zeit, da Radowitz zu triumphieren glaubte, erschien Bismarck mit Herm. Wagener und seinem treuen Freunde Hans v. Kleist-Retzow in Magdeburg auf einer durch Ludw. v. Gerlach angeregten Besprechung, die allerdings so gut wie ergebnislos verlief. Doch fünf Wochen darauf war der Unionsminister Radowitz gestürzt. Die Union, „ein zwitterhaftes Produkt furchtsamer Herrschaft und zahmer Revolution" (Bismarck am 3. Dezember 1850), war tatsächlich nicht lebensfähig. Und trotz aller Ränke der Gothaer, der Bureaukratie, ja des Hofes gelang es dem von Bismarck gestützten Manteuffel, den arg gefährdeten Frieden mit Österreich in Olmütz wiederherzustellen und zu behaupten.

Und es „kam zurück die volle, alte, potenzierte — — Herrlichkeit". Noch ehe die letzten deutschen Verfassungsreformversuche auf den Dresdner Konferenzen völlig gescheitert waren, forderte Preußen Ende März 1851 die wenigen zu ihm haltenden Staaten der Union auf, gleich ihm den alten, am 2. September 1850 unter Österreichs Vorsitz wieder eröffneten Bundestag von neuem zu beschicken. Am 6. Mai 1851 wurde Otto von Bismarck zum Rate bei der preußischen Gesandtschaft am Bundestag unter Beförderung zum Geheimen Legationsrat ernannt, und seit dem 15. Juli ersetzte er den nominellen Bundestagsgesandten Preußens, den Generalleutnant Theodor v. Rochow offiziell, seit dem 27. August 1851 völlig. „Der König hat zuerst vorgeschlagen, mich zu ernennen, und zwar sofort zum wirklichen Bundestagsgesandten", so schreibt er, der damals noch nicht wissen konnte, daß die Anregung dazu vom General v. Gerlach ausgegangen war, am 28. April 1851 seiner Frau; „sein Plan hat natürlich viel Widerspruch*) gefunden und ist endlich dahin modifiziert worden, daß Rochow zwar Gesandter in Petersburg bleibt und in 2 Monaten wieder hingehn soll, aber einstweilen und vorläufig den Auftrag nach Frankfurt erhält und ich ihn begleite, mit der Zusiche-

*) So äußerte am 10. Juli 1851 Prinz Wilhelm von Preußen zu Rochow: „Und dieser Landwehrleutnant soll Bundestagsgesandter werden?" Mehr Jahre und graue Haare wären dem Prinzen — damals — als Attribute eines preußischen Gesandten erwünschter gewesen. Und noch am 4. März 1854 meinte er, von der orientalischen Frage allzu aufgeregt: Bismarcks Auffassung gliche der eines Gymnasiasten! Mit dem Grafen Albert v. Pourtalès fürchtete er damals einen Sieg der russenfreundlichen Reaktion.

rung, sein Nachfolger zu werden, sobald er nach Petersburg geht. Letzteres bleibt aber unter uns."

Infolge seiner Ernennung legte Bismarck nicht bloß die Stellung eines Deichhauptmanns, sondern auch sein Kammermandat nieder, wurde aber am 13. Oktober 1851 in Brandenburg zum Landtagsabgeordneten für den Westhavellander Wahlkreis wiedergewählt. Ein überaus gereiztes persönliches Wortgefecht mit seinem alten Gegner Georg v. Vincke am 22. März 1852 führte zu einer Forderung des Letzteren auf Pistolen. Hofprediger Karl Büchsel reichte am 24. März dem frommen Geforderten das hl. Abendmahl, das er ihm unmittelbar nach dem Auftritte noch verweigert hatte. Am 25. März fand das Duell am Tegeler Seeufer statt. Bismarck sprach ein Gebet, was nach General v. Gerlachs Zeugnis Eindruck auf Vincke machte. Beide schossen auf Kommando und fehlten. Die ganze Angelegenheit aber hatte Bismarck als Abgeordneten mächtig ernüchtert. „Wenn ich von Frankfurt unbefangen herkomme, so ist mir wie einem Nüchternen, der unter Betrunkene gerät", so schrieb er am 3. Mai seiner Gattin. Unter diesen Eindrücken lehnte er im Herbst 1852 eine ihm angebotene Wiederwahl im 6. Potsdamer Wahlkreise ab und verharrte, obwohl der König unzufrieden damit war, dabei, weil häufige Abwesenheiten von Frankfurt den erwünschten Zusammenhang mit dem dortigen Kollegium störte und Unzuträglichkeiten mit sich brachte, die sein politisches Gewicht ungünstig beeinflussen konnten. So blieb er dem preußischen Abgeordnetenhause fern bis zum Herbst 1862, wo er am 29. September nach zehnjähriger Pause wieder das Wort ergriff — als Ministerpräsident.

Inzwischen war Otto von Bismarck-Schönhausen unterm 21. November 1854 in das kurz vorher errichtete preußische Herrenhaus berufen worden. Doch hat er dort in den acht Jahren bis 1862 niemals gesprochen.

* * *

Der Parlamentarier in Bismarck war also erledigt und abgetan. Was nun an die Reihe kam, das war der Diplomat. Wie oben schon angedeutet: scharfäugig erlangte er rasch Einblick in die kümmerliche Dürftigkeit des Bundestags seligen Angedenkens. Am 11. Mai 1851 war er in Frankfurt a. M. eingetroffen, und schon eine Woche später schreibt er nach Hause: „Es sind lauter Lappalien, mit denen die Leute sich quälen, und diese Diplomaten sind mir schon jetzt mit ihrer wichtigtuenden Kleinigkeitskrämerei viel lächerlicher als der Abgeordnete der II. Kammer im Gefühl seiner Würde. . . . Ich habe nie daran gezweifelt, daß sie alle mit Wasser kochen; aber eine solche nüchterne, einfältige Wassersuppe, in der auch nicht ein einziges Fettauge von Hammeltalg zu spüren ist, überrascht mich. . . . In der Kunst, mit vielen Worten gar nichts zu sagen, mache ich reißende Fortschritte, schreibe Berichte von vielen Bogen, die sich nett und rund wie Leitartikel lesen*), und wenn Manteuffel, nachdem er sie ge-

*) Rochow schrieb am 24. Juni 1851 an Manteuffel über Bismarck recht gönnerhaft folgendes: „Mein erster Gehilfe, der große Debattenvirtuose, arbeitet sich ein. Sein Verdienst ist nicht bloß rhetorisch, er ist auch glücklich in Auseinandersetzung und Widerlegung, und ich bemühe mich, ihm sein künftiges Operationsterrain vorzubereiten." Umgekehrt können manche dem überreichen Lobe, womit derselbe seinen Nachfolger in

lesen hat, sagen kann, was drin steht, so kann er mehr wie ich. . . . Kein Mensch, selbst der böswilligste Zweifler von Demokrat, glaubt es, was für Charlatanerie und Wichtigtuerei in dieser Diplomatie steckt." Es soll heute Leute geben, die zu behaupten wagen, allzuviel habe sich seitdem daran nicht geändert! Man begreift es kaum, daß Bismarck jahrelang an diesen Nichtigkeiten hat Gefallen finden können; denn er hat es doch ein Jahrzehnt hindurch in dieser und in ähnlichen Stellungen ausgehalten, ja teilweise gern ausgehalten. Unmittelbar nachdem er sein Herz erleichtert hat, fährt er munter fort: „Doch nun habe ich genug geschimpft; nun will ich Dir sagen, daß ich mich wohl befinde." Das wird man ihm getrost glauben dürfen. Bismarck betrachtete eben auch dieses Amt als notwendigen Durchgangsposten für spätere, bessere Aufträge; er erblickte darin seine hohe Schule. Und die Zeit hat ihm darin völlig recht gegeben. Schwerlich hätte Bismarck, der Begründer einer neuen, mehr mit Ehrlichkeit und Offenheit als mit Überrumplung und Täuschung arbeitenden Diplomatenzunft, dies alte Regime überwinden können, wenn ihm nicht reichlich Gelegenheit geboten gewesen wäre, es gründlich an Ort und Stelle kennen zu lernen. Von Anfang an die kleinen Kniffe und Ränke der Diplomatie eines überholten Zeitalters überlegen durchschauend, hat er seinen Beruf darin erblickt, etwas Gediegenes an ihre Statt

---

einem Briefe vom 5. Juli bedenkt, keinen Geschmack abgewinnen. Sympathischer mutet die spätere Befürchtung an: Mit seiner Redegewandtheit und unverwüstlichen Laune werde Bismarck wohl „der Spiritus in dem Eise phlegmatischer Maschinen werden."

zu setzen. Daß ihm dies, solange er wirkte, mindestens teilweise gelungen war, beweist das Vorhandensein einer allgemeinen Sehnsucht nach der Wiederkehr eines solchen Meisters der Staatskunst, wie er es bis 1890 und darüber hinaus gewesen ist.

Allgemein bekannt ist es, auf welche Weise sich Bismarck, der den ehemaligen Korpsstudenten niemals ganz verleugnen konnte noch wollte, Respekt bei den hohen Herrschaften in Frankfurt zu verschaffen wußte. Als er bei dem Präsidialgesandten Grafen Friedrich von Thun und Hohenstein seinen Besuch machte, empfing ihn der Graf allzu familiär, indem er ruhig seine Zigarre weiterrauchte, ohne Bismarck zum Sitzen einzuladen. Darauf entnahm Bismarck, der sich nicht verblüffen ließ, seiner Zigarrentasche eine Zigarre und sagte ganz gemütlich: „Darf ich um Feuer bitten, Exzellenz?“ Nun war die Reihe, verblüfft zu sein, an Thun; doch gab er das Verlangte; Bismarck rauchte seine Zigarre an, setzte sich unaufgefordert und begann, als ob nichts geschehen sei, das Gespräch. Nun muß man berücksichtigen, daß das Rauchen in Gesellschaft eines andern Diplomaten beim Bundestage bis dahin als alleiniges Vorrecht Österreichs gegolten hatte. General v. Rochow hatte es sich jedenfalls nicht getraut, es anzutasten. Bismarck aber war gar nicht geneigt, das zu dulden, sondern ließ sich, kaum eingetroffen, von der Präsidialmacht zu ihrem und der andern Bezopften erstaunten Mißvergnügen Feuer reichen. Man berichtete über dies erschütternde Ereignis nach Hause! Was weiter geschah, darüber weichen die Wissenden voneinander ab. Nach Moritz Busch rauchten ein halbes Jahr lang nur die beiden Rivalen

Österreich und Preußen. Dann begann der Bayer Freiherr Karl v. Schrenck-Notzing die Würde seiner Stellung als Vertreter des größten deutschen Mittelstaats durch Anbrennen einer Zigarre wahrzunehmen. In der nächsten Sitzung folgten der Hannoveraner Karl Friedr. v. Bothmer und der Sachse Jul. Gottlob v. Nostitz und Jänckendorff dem erhabenen Beispiele des bayrischen Kollegen. Württembergs Ehre erforderte hiernach ebenfalls das Opfer, daß Geheimrat Ludw. von Reinhard sich selber mürrisch entschlossen aus der Liste der leidenschaftlichen Nichtraucher strich — nur der großherzoglich hessische Kammerherr Freiherr Joseph v. Münch-Bellinghausen enthielt sich auch dann noch des zweifelhaften Genusses. Horst Kohl dagegen liefert, gleichfalls auf Bismarck selbst sich berufend, die Version: das Ergebnis der Kühnheit des preußischen Vertreters sei zunächst das gewesen, daß die übrigen Bundestagsgesandten auch rauchten; nach einigen Tagen aber sei beschlossen worden, das Rauchen während der Sitzungen allgemein zu unterlassen.

Man sage nicht, daß die Heraushebung dieser Anekdote eine unangebrachte Übertreibung sei. Denn abgesehen davon, daß das Geschichtchen in seiner bissigen Preisgabe durch Vincke am 22. März 1852 den direkten Anlaß zu dem oben geschilderten Zweikampfe gegeben hat*), so hat es, natürlich zusammen

*) Bismarck am 4. April 1852 an seine Mutter: „V. warf mir Mangel an diplomatischer Diskretion vor und sagte, daß bis jetzt keine andere Leistung als die „brennende Zigarre" von mir bekannt sei. Er spielte damit auf einen Vorgang im Bundespalais an, den ich ihm früher unter vier Augen und auf sein ausdrückliches Verlangen als etwas ganz Unwichtiges, aber Spaß-

mit andern Differenzen, wobei Bismarck Thuns Anschauung, Preußen habe von vornherein alle österreichischen Zumutungen — so namentlich in der Flottenfrage — duldend hinzunehmen, gebührend zurückwies, dazu beigetragen, ihn in Wien anzuschwärzen. Das merkte er, als er Ende Mai 1852 dazu ausersehen ward, den erkrankten preußischen Gesandten in Wien, Grafen Heinrich von Arnim-Heinrichsdorf, zu vertreten oder ganz zu ersetzen. Persönlich ehrenvoll aufgenommen, stieß er geschäftlich, d. h. weniger bezüglich einer Zollgemeinschaft (der Bismarck widerstrebte) als in andern Angelegenheiten, auf Widerstände, die ihm das Gefühl beibrachten, in Wien persona ingrata zu sein. So begrüßte er die Genesung Arnims aufrichtig und ging, inzwischen durch den hannoverschen Gesandten in Wien, den Grafen Adolf Platen, durch prompte Übermittlung eines scherzenden Gesprächs über eine spätere Nachfolge Manteuffels via Hannover in Berlin angeschwärzt (als ob Bismarck — etwa wie Graf Robert Goltz — an Manteuffels Sturz arbeite!), am 29. Juni gern

haftes erzählt hatte. Ich entgegnete dann von der Tribüne, seine Äußerung überschreite nicht nur die Grenzen der diplomatischen, sondern auch der gewöhnlichen Diskretion, die man von jedem Manne von Erziehung zu verlangen berechtigt sei." — Vgl. dazu Bismarck an Herm. Wagener vom 5. Juni 1851: „Karikierte Zopfdiplomaten, die sofort die Bericht-Physiognomie aufstecken, wenn ich sie nur um Feuer zur Zigarre bitte, und Blick und Wort mit Regensburger Sorgfalt wählen, wenn sie den Schlüssel zum Abtritt fordern"; oder an seinen Bruder vom 24. Juni 1851: „. . . sonderbare Käuze, die nach Hause berichten, was für Zigarren man raucht, nie aus der diplomatischen Fechterstellung kommen und auch im bloßen Hemd das Bewußtsein, Bundestagsgesandter zu sein, niemals verlieren."

nach Frankfurt zurück. Auch die Aussicht vom September 1853, Minister König Georgs von Hannover zu werden, zerschlug sich, zum Heile für Preußen und Deutschland, ohne greifbare Spuren zu hinterlassen.

Über die mannigfachen Verdienste, die sich Bismarck in Frankfurt erworben hat, unterrichtet Poschingers Vierbänder „Preußen im Bundestage 1851—1859" so ausführlich, daß selbst das, was Bismarck im ersten Bande seiner „Gedanken und Erinnerungen" (S. 80 bis 212) darüber mitteilt, nur als „Nachlese" bezeichnet wird. Er hatte jedenfalls die Überzeugung, in diesem Fuchsbau des Bundestages, dessen Ein- und Ausgänge er bis auf die Notröhren kennen gelernt hatte, brauchbarere Dienste zu leisten als irgendein anderer, der die sehr komplizierte Stellung, die auf den mannigfaltigen Beziehungen zu vielen Einzelhöfen und Ministern beruhte, erst von neuem kennen lernen müsse. Und weil dem König Friedrich Wilhelm IV. trotz mancher Augenblicksungnade, die bei seinen Stimmungswechseln, namentlich seit der Mitte der 50er Jahre, nichts Auffälliges mehr an sich hatte (man erinnere sich besonders der in den „Gedanken und Erinnerungen" geschilderten Episode zu Putbus auf Rügen, Ende August 1854), das mannhafte, so gar nicht streberische Aufsichselbstgestelltsein Bismarcks imponierte, während Manteuffel, Gerlach, Markus Niebuhr (die „Kamarilla"), Stahl und andere konservative Führer bei ihrer Sorge vor Bismarcks magischer Überlegenheit seinen nachhaltigen Einfluß in der Bundesversammlung und an den deutschen Höfen im preußischen Interesse aufrichtig schätzten, so wußte sich Bismarck fern von Berlin durch acht Jahre mit unleugbarem Erfolge zu behaupten. Da-

durch erhielt er sich und seine Geisteskräfte zugleich dem Vaterlande für bessere Zeiten. Bismarck war zu sehr Royalist — „seinem Fürsten treu bis in die Vendée“ —, als daß er sich nicht als Minister eines Friedrich Wilhelm IV. vorzeitig aufgerieben hätte.

Dies „fern von Berlin“ hat insofern einen tiefern Sinn, als es sich nicht bloß auf Bismarcks Tätigkeit in Frankfurt und auf Dienstreisen innerhalb Deutschlands zu beziehen hat, sondern sich auch auf das Ausland erstreckt. So besuchte Bismarck, dem diplomatische Kreise schon damals eine große Zukunft weissagten, auf Einladung des preußischen Gesandten Grafen Maximilian v. Hatzfeldt, im Sommer 1855 die Pariser Weltausstellung. Dabei lernte er auch am 25. August zu Versailles Königin Viktoria und den Prinzgemahl Albert persönlich kennen. Über Napoleon III., der ihn bei verschiedenen Besprechungen mit unverkennbarem Wohlwollen behandelte, urteilte Bismarck: er sei ein gescheiter und liebenswürdiger, im Grunde gutmütiger und ungewöhnlich dankbarer Mann, doch nicht so klug, wie die Welt ihn schätzte. Es ist nicht zu leugnen, daß Bismarck ihn fortan als Stein im Schachspiele seiner preußischen Auslandspolitik zu betrachten sich gewöhnte. Die Zeiten der schlechtlinigen Unterordnung unter Österreichs eifersüchtiges Übelwollen schienen ihm, dem der Frankfurter Aufenthalt die Augen geöffnet hatte, nachgerade vorüberzugehen: das erkennen wir bereits aus seiner meisterhaften Auslegung und Vereitelung des russenfeindlichen Schutz- und Trutzbündnisses, das Preußen unterm 20. April 1854 mit Österreich geschlossen hatte. Und so sah sich Bismarck, dem einmal doch das Ministerium winken mußte, aus kühler

Praes: Paris D. 9t Februar 56 Frankfurt 7 Febr. 1856

Respond: 11/2 u. 13/2 56.

Verehrtester Freund u. College

Bei der nahen Beziehung in welcher die Frage unserer Zuziehung zu Conferenzen zu dem Inhalt des Beschlusses steht, welchen wir hier auch die heut eingebrachte östreichische Vorlage fassen werden, ist es Ihnen vielleicht nicht ohne Interesse, eine directe Nachricht über die Lage der Dinge hier am Bunde zu haben, u. unser gemeinschaftlicher Chef empfiehlt mir, Ihnen wenn ich es für ersprießlich hielte, darüber zu schreiben. Ich kann meine, von fast allen meinen deutschen Collegen getheilte Ansicht über unsre, d. h. des Bundes, Situation hier am Ort, in wenig Worten ausdrücken. Sobald die Theilnahme Preußens an den Verhandlungen der Conferenz gesichert ist, werden wir einen den östreichischen Wünschen entsprechenden Beschluß ohne Schwierigkeit zu Stande bringen; so lange aber jene Theilnahme nicht fest steht, werden wir uns auf einen geschäftsmäßigen Dank an Oestreich beschränken, zu einer amtlichen Aeußerung unserer Meinung über den Inhalt der

Brief Bismarcks an Graf Maximilian von Hatzfeldt in Paris über Preußens Teilnahme am Pariser Kongresse.

Berechnung der Realitäten seinerseits nach Bündnissen um, die Preußens unglückliche, während des Krimkriegs allzu deutlich gewordene Isoliertheit, weniger durch aktive Hilfe als stillschweigendes Nichtinteressiertsein, zu beenden geeignet wären. Wie sein Briefwechsel mit Gerlach vom Mai 1857 deutlich zeigt, hatte Bismarck den schlimmen Stand des preußischen Ansehens bei den andern Mächten erkannt. Er zitiert dafür aus Schäfers Klagelied die Zeilen: „Ich bin heruntergekommen und weiß doch selber nicht wie" und hält der österreichischen Politik der Nadelstiche*) einen langen Sündenzettel vor: „Ich frage Sie, ob es in Europa ein Kabinett gibt, welches mehr als das Wiener ein geborenes und natürliches Interesse daran hat, Preußen nicht stärker werden zu lassen, sondern seinen Einfluß in Deutschland zu mindern; ob es ein Kabinett gibt, welches diesen Zweck eifriger und geschickter verfolgt, welches überhaupt kühler und zynischer nur seine eigenen Interessen zur Richtschnur seiner Politik nimmt, und welches uns, den Russen und den Westmächten mehr und schlagendere Beweise von Per-

*) Man erinnere sich nur ihrer Haltung in der Orientalischen, der Neuenburgischen, der Rastatter, der Geschäftsordnungs-Frage! — Auch Manteuffel war allmählich zu derselben Ansicht gelangt. So schrieb er am 19. Januar 1857 an Bismarck: „Das Verhältnis zu Österreich wird nach meiner innigen Überzeugung nur dann gut und für uns unschädlich sein, wenn man dort merkt, daß wir Österreich nicht brauchen. Nur in diesem Falle wird Österreich uns behandeln, wie wir es verlangen können; in allen andern Fällen wird es uns mißhandeln." — Ganz ähnlich drückte er sich am 8. März 1858 aus: „Auf die Dauer ist mit Österreich, sofern man nicht abdizieren will, nur dadurch auszukommen, daß man seinen Versuchen, uns politisch unterzuordnen, beizeiten widersteht."

fidie und Unzuverlässigkeit für Bundesgenossen gegeben hat?" Wahrhaftig: das war ja schon die Erkenntnis, die nötig war, um die Lösung des deutschen Rätsels im preußischen Sinne zu suchen! Welch schicksalsschwere Wendung liegt doch in der Frage an Gerlach: „Glauben Sie denn und glaubt Se. Majestät der König wirklich noch an den Deutschen Bund?" Bismarck gibt die richtige Antwort: „Wollen wir wieder zu Ansehen gelangen, so erreichen wir es unmöglich damit, daß wir unser Fundament lediglich auf den Sand des Deutschen Bundes bauen und den Einsturz in Ruhe abwarten."

Man möchte den ganzen langen Brief vom 2. Mai 1857 noch einmal abdrucken — so übervoll ist er an treffenden Beobachtungen nicht nur, was das damalige Spiel der politischen Kräfte angeht, sondern auch voll von geradezu schlagenden Parallelen zur Weltlage im Jahre 1914. Uns will es scheinen, als ob auch kürzlich so manches von dem verabsäumt worden wäre, was angesichts der Bismarckschen Lehren wohl hätte beachtet werden sollen. „Können Sie mir", so fragt er hartnäckig weiter, „einen Verbündeten nennen, auf welchen Preußen zählen könnte, wenn es heute gerade zum Kriege käme, oder der für uns spräche bei einem Anliegen, wie etwa dem Neuenburger (nach dem Putsche vom 2. September 1856 und der Gefangennahme der Royalisten am 4. September, wobei Preußen die günstige Wendung um Mitte Januar 1857 der Vermittlung Napoleons III. zu verdanken hatte), oder der für uns irgend etwas täte, weil er auf unsern Beistand rechnet oder unsere Feindschaft fürchtet? Wir sind die gutmütigsten, unge-

fährlichsten Politiker, und doch traut uns eigentlich niemand."

Wie nüchtern und klar Bismarck die Verhältnisse ansah, die ihn umgaben und die er zum Besten Preußens in absehbarer Zeit zu ändern sich vornahm, geht auch aus drei Sätzen seines Briefes vom 30. Mai 1857 hervor: „Ich glaube, daß niemand etwas für uns tut, der nicht zugleich sein Interesse dabei findet. Die Richtung aber, in welcher Österreich und die Mittelstaaten gegenwärtig ihre Interessen verfolgen, ist mit den Aufgaben, welche für Preußen Lebensfragen sind, ganz inkompatibel. . . . Eine passive Planlosigkeit, die froh ist, wenn sie in Ruhe gelassen wird, können wir in der Mitte von Europa nicht durchführen; . . . wir werden Ambos, wenn wir nichts tun, um Hammer zu werden." In dieser Nuß lag in der Tat und liegt noch das ganze Geheimnis Bismarckischer Staatskunst beschlossen. Obwohl wir seit ihm zur Weltpolitik fortgeschritten sind und in manchem Betrachte seine Rezepte nicht mehr als allgemeinverbindlich ansehen noch anwenden dürfen, hat gerade jener letzte Satz vollen Anspruch auf Gültigkeit.

Bei seiner nächsten Anwesenheit in Paris, vom 5. bis 21. April 1857, gelegentlich der Konferenzen zur Schlichtung des um Neuenburg zwischen Preußen und der Schweiz ausgebrochenen Streites, hatte Bismarck mehrfach Gelegenheit, in die Gedankenwelt Napoleons III. vertraute Einblicke zu tun und sich durch diskrete Warnungen vor einer Abenteuerpolitik („Sie werden sich hineinreiten!"), der er 1870 dann doch erliegen sollte, seinen Dank zu verdienen. Einen viel

geringeren Ertrag erbrachte, wie schließlich nicht anders zu erwarten war, der Jagdausflug nach Dänemark, Schweden und Kurland im August und September 1857. Die höfischen Ränke, die der geistigen Umnachtung König Friedrich Wilhelms IV. unmittelbar voraufgingen, durchkreuzte Bismarck doppelt: zuerst mittelbar am 19. Oktober 1857 durch einen ungesucht von ihm dem Prinzen Wilhelm erteilten Rat und ein Jahr später direkt durch entschiedenes Eintreten im Landtage für die Annahme der Regentschaft. Mit der Entlassung Manteuffels am 6. November 1858 begann die „Neue Ära".

7. Petersburg und Paris.

Ketzerische Pläne dämmern,
ketzerische Freundschaftsbünde
für die Machtgestaltung Preußens
in dem Haupt des Diplomaten.

„Ich bezweifle gar nicht, daß Bismarck in der Hauptsache recht hat; denn die äußere und innere österreichische Politik ist gewiß mechanisch, ehrgeizig, perfide und rücksichtslos. Aber was ist dabei zu tun?“ In diesen resignierten Worten Polte Gerlachs ist die ganze Misere der preußischen Politik der 50er Jahre gekennzeichnet. Man war nicht blind gegen den Frankfurter Jammer, fand aber in sich selber nicht die Kraft des Arztes. Freilich lag die Schuld zu einem beträchtlichen Teil an dem sprunghaften, überraschenden, launenhaften Wesen des schwer zu behandelnden Königs, das eine charaktervolle Initiative eines ein hohes Ziel fest im Auge behaltenden Staatsmanns so gut wie ausschloß oder doch sehr erschwerte und nur kleineren Geistern erlaubte, im diplomatischen Geplänkel oder über Ordensverleihungen sich von Fall zu Fall zu entscheiden und, wie es Prutz nannte, von der Hand in den Mund zu leben. Man nannte das „eine zuverlässige Politik“. Der angeborenen Farbe der Entschließung war des Gedankens Blässe angekränkelt. General Gerlach fährt in dem eben zitierten Briefe vom 20. März 1858 fort: „Brechen können wir mit Österreich nicht; wir können uns auch weder mit Rußland noch mit Frankreich gegen Österreich verbinden. Beides würde uns teuer zu stehen kommen.“

Also lassen wir es lieber geruhig beim Alten! Mit echten Großmachtansprüchen vertrug sich ein solch kleinmütig indolentes, zwar kreuzbraves, aber tatenscheues System nicht; so blieben sie einfach Anmaßungen, wurden niemals anerkannte Wirklichkeit. Damit aber konnte sich ein Bismarck nicht befreunden. Dem schwächlichen „wir können nicht" der Kamarilla Friedrich Wilhelms setzte er, dem neuen Herrn innerlich zujubelnd, ein entschlußfreudiges, zuversichtliches „warum nicht?" entgegen. Großmachts-Seelenstimmung erfüllte ihn; und „von des gelben Maines Borden zu der Newa Eisgestaden, zu der Seine grünen Ufern, kaum verhüllt noch, trug er sie".

Frankfurt atmete sichtlich auf, als es hieß: Bismarck verschwindet. Galt er doch den vom Grafen Buol beeinflußten Ränkeschmieden und Trabanten Österreichs schon seit Monaten mit seiner „Zanksucht" und „kriegerischen Sprengungslust" als ein „enfant perdu" der preußischen Politik, dessen Beseitigung bevorstehe; er sei eigentlich die einzige Ursache des ungemütlichen Zustands, der eingerissen sei; nach seiner Entfernung werde alles wieder in Frieden und Eintracht leben. Holde Selbsttäuschung! Es war doch das Zeitalter der Doppelgesandten, d. h. der mißtrauischen Beaufsichtigung des offiziellen Vertreters durch besondere Sendlinge mit Geheimberichten, die Ära der Depeschendiebstähle und geöffneten Briefe. Auch Bismarck hat, als er am Ruder saß, nicht völlig auf geheime Nebenverhandlungen (vgl. weiter unten den „Fall Arnim") und auf „Reptilien" verzichten können; aber die Benutzung solcher Kreaturen bildete keinen wesentlichen Teil des von ihm eingerichteten Dienstbetriebs

im Auswärtigen Amte. Welche Atmosphäre gewissen Kreisen in den 50er Jahren gar nicht so unangenehm erschien, das besagt Bismarcks nettes Geschichtchen von dem Hinauswerfen des politischen Agenten Levinstein, eines dunklen Ehrenmannes, der sich rühmen durfte, seit geraumer Zeit für die kaiserlichen Kabinette in Wien und in Paris, aber auch für Manteuffel die vielseitigsten Geschäfte zu besorgen, und dabei — nach eigner Versicherung — „Treue in den trübsten Momenten bekundete“ (Gedanken und Erinnerungen I, 212—215).

Unterm 29. Januar 1859 zum preußischen Gesandten beim Zarenhof ernannt, verließ Bismarck Frankfurt am 6. März, weilte bis zum 23. März in Berlin und traf nach 108 stündiger Fahrt durch Schnee und Eis am 29. März in St. Petersburg ein; an seinem 44. Geburtstage hatte er die Antrittsaudienz bei Kaiser Alexander II. und unternahm vom 5. bis 10. Juni einen Ausflug nach Moskau. Auf dem figurenreichen, noch aus dem Jahr 1854 stammenden Gemälde „Nikolaus I. und seine Umgebung“ erblicken wir, wenn wir berücksichtigen, daß seitdem ein Jahrfünft verstrichen war, eine große Zahl der Personen, mit denen Bismarck am Zarenhofe dienstlich oder gesellschaftlich zusammentraf.

In jene Zeit fällt der Anfang jener rheumatischen Erkrankung, der Bismarck bis ins Greisenalter hinein so oft und so heftig hat Tribut zollen müssen; dabei rächte sich die Vernachlässigung einer Verletzung des linken Schienbeins, die sich Bismarck am 17. August 1857 auf dem Jagdausflug in Schweden zugezogen hatte. Verschlimmert wurde das alles durch einen in

Petersburg praktizierenden deutschen Scharlatan, der ihn durch Auflegen eines mit spanischen Fliegen überpfefferten Kantharidenpflasters in die Kniekehle beinahe vergiftet hätte. Aus der Venenzerstörung entfaltete sich im November 1859 durch den wandernden Thrombus eine Embolie, die sich in Form einer lebensgefährlichen Lungenentzündung entlud, aber auf Hohendorf im Hause seines Freundes Alexander v. Below glücklich überwunden ward.

Trotz dieser dienstlich ärgerlichen und persönlich sorgenvollen Hemmungen blieb Bismarck — das machte sich von Monat zu Monat deutlicher geltend — ein „kommender Mann". Nicht der, aber ein. Seine ausgeprägte Eigenart paßte eben nur für gewisse Gruppierungen im innerpolitischen Leben Preußens wie nach außen hin. Niemand erkannte diesen Umstand genauer als Bismarck selber. Er verkroch sich nicht aus Bescheidenheit (die war ihm wesensfremd) oder aus Bequemlichkeit — sein Wahlspruch war vielmehr: patriae inserviendo consumor; aber er wußte, was er wert war, und durfte seine Gaben und Kräfte nicht verschwenden in einer Lage, die ebenso gut ein anderer überbrücken konnte. Mit voller Absicht taufte er das Kapitel, worin er seine Erinnerungen an die ausgehende Petersburger Tätigkeit und die Pariser Episode niederlegte, „Zwischenzustand". Man darf diesen in einigem Betracht vergleichen dem Ausweichen Bonapartes nach Ägypten. Der mit Nerven aus Stahl ausgestattete geniale Mensch reibt sich nicht vorzeitig auf, sondern weiß zu warten: „meine Zeit wird schon kommen." Weshalb er nicht unter König Friedrich Wilhelm IV. hat Minister werden wollen, das haben wir

oben (S. 159) verständlich zu machen gesucht; Bismarck selbst hat seine Bedenken in den Satz gegossen: „Mir fehlte die schmiegsame Gefügigkeit zur Übernahme und ministeriellen Vertretung von politischen Richtungen, an die ich nicht glaubte oder für deren Durchführung ich dem Könige den Entschluß und die Konsequenz nicht zutraute.“ Dem bei allem Weitblicke doch nüchternen Realpolitiker lag nicht die praktisch flügellahme Phantasie des Romantikers auf dem Throne. Prinzregent Wilhelm mit seinem klaren und hausbackenen Verstande war viel eher der Mann, mit dem ein Royalist vom Schlage Bismarcks sein Programm von der Erhebung Preußens zur Großmacht verwirklichen konnte. Doch um 1860 stand auch jener noch zu sehr unter der Herrschaft der Phrase, die sich „öffentliche Meinung“ nannte*); noch war er Einflüssen zugänglich, die zwar in den 70er und 80er Jahren niemals ganz verschwinden wollten, aber am Schilde der vorbildlich vornehmen Treue des Fürsten gegenüber seinem ersten Diener jedesmal zerschellten. Erst mußten schwerwiegende Differenzen in Einzelheiten der einzuschlagenden Politik nicht nur, sondern sogar in der gesamten Anschauung über die grundlegenden Linien überwunden, erst mußte Wilhelm durch die Erschütterungen des Konflikts innerlich gefestigt werden, erst mußte der Appell an den preußischen Offizier in ihm die verlorene Zuversicht und Sicherheit zurückerobern helfen. Bis dahin hat Bismarck klug aus der Ferne beobachtet und ge-

*) Der Zwiespältigkeit und Verworrenheit des politischen Empfindens in der deutschen Publizistik des Jahres 1859 hat Annie Mittelstaedt ein ganzes Buch von fast 200 Seiten gewidmet (Stuttgart, Cotta, 1904).

legentlich seine warnende Stimme erhoben, im übrigen jedoch die Dinge für sich arbeiten lassen.

Was Bismarck besonders auszeichnete, das war die tiefe Erkenntnis vom wahren Wert aller Erscheinungen. Es war nicht nur tollkühne Unerschrockenheit, die ihn sich hinwegsetzen ließ über Vorurteile der Standesgenossen und der Demokraten, sondern mehr ein kühles Verstehen der eigentlichen Komponenten, aus denen sich alles staatliche Geschehen zusammensetzt. Derselbe Mann, der seinem Fürsten unbedingte Gefolgschaft leistete, hatte für die „Legitimität" überflüssig gewordener Dynastien auch nicht den Tropfen eines Gefühls von Verbindlichkeit übrig: kalten Herzens ging er über sie, wenn sie seinen Weg kreuzten, zur Tagesordnung über. Und hinsichtlich der Stellung zu dem, was die große Masse dachte, gehörte er nicht etwa zu den publizistischen Schauspielern, die ihr eine grundlose Vertrautheit mit den geheimsten Triebfedern dadurch vortäuschen, daß sie stets genau das Gegenteil von der Meinung der breiten Menge vertreten; aber seine Unabhängigkeit wußte er unter allen Umständen zu wahren. Gerade in dieser Beziehung hat er es verstanden, seinen König, der ihm bald mehr und mehr vertraute, zu erziehen, indem er ihn von den falschen Bahnen, in die ihn 1859, ja noch 1860 beinahe die italienische Frage gelockt hätte, über die Meisterung des dänischen Problems hinweg zu der richtigen Auffassung lenkte, die nun einmal die Vorbedingung zur Lösung des deutschen Rätsels bildete.

Unter diesem Gesichtspunkte sind Aufenthalt und Tätigkeit Bismarcks am Zarenhofe zu bewerten. Nachdem er von März bis Mai 1860 in Berlin seine Ge-

nesung von der schweren und schmerzensreichen Krankheit widerwillig („ich mache mich so unangenehm wie möglich") abgewartet und dabei an den Sitzungen des preußischen Herrenhauses teilgenommen hatte, ohne — wie schon oben bemerkt — das Wort zu ergreifen, traf er, diesmal mit Familie, am 5. Juni in St. Petersburg (Haus Stenbock am Englischen Kai) ein. Trotz des russenfreundlichen Rufes, der ihm voraufgegangen war und den er schon im Jahre vorher an Ort und Stelle, wie bei seinen Unterredungen mit den Staatsmännern in der Heimat stets bewährt hatte, fühlte jeder Eingeweihte, daß die Wirksamkeit an der Newa das Können eines Bismarck nicht auf die Dauer ausfüllen konnte, sondern daß sie allenfalls als angemessenes Provisorium zu gelten hatte.

War Alexander II. schon kurz nach Mitte Oktober 1859 von Bismarck als dem bei ihm beglaubigten Vertreter Preußens von Lazienki bei Warschau nach Breslau geleitet worden, wo die von ihm angeregte antiösterreichische Zusammenkunft mit dem Prinzregenten Wilhelm stattfand, so wiederholte sich die Begegnung ein Jahr später (22. bis 26. Oktober 1860) zu Warschau, jetzt allerdings, wie schon die Teilnahme Kaiser Franz Josephs an der gemeinsamen Beratung lehrt, in wesentlich anderer Richtung: Österreich hatte bereits am 26. Juli in Teplitz Preußens Zusage erhalten, mit seinen Truppen die italienischen Besitztümer verteidigen zu helfen. Das war gar nicht nach Bismarcks Geschmack. Und so verging der Winter von 1860 auf 1861 ohne seine aktive Beteiligung an den parteipolitischen Kämpfen, die mit immer wachsender Heftigkeit in Preußen tobten, seitdem General

Albrecht von Roon, der am 13. Januar 1859 dem Prinzregenten sein Programm von der Notwendigkeit einer Heeresreform und ihren Grundzügen entwickelt hatte und noch vor Ablauf desselben Jahres, unterm 5. Dezember, Kriegsminister geworden war, sich in den Mittelpunkt des Interesses gestellt sah*). Unvergessen wird diesem Manne das große Verdienst bleiben, das er durch die von ihm mit Glück und Geschick betriebene Verquickung Bismarcks mit seinem eigenen Werke sich um Preußen-Deutschland erworben hat.

*) Besonders scharf trat der schon erwähnte westfälische Freiherr Georg von Vincke als Führer der freisinnigen Mehrheit, die das Ministerium der Neuen Ära unterstützen sollte, aber mit ihm wegen der Reform der Heeresorganisation zerfiel, Roon im Abgeordnetenhaus entgegen. So meldet Bismarck am 17. Mai 1860: „Roon hatte Vincken gefordert (darüber ist sonst nichts bekannt geworden); ich hoffe aber, daß wir es beilegen; es ist in der Tat kein Grund dazu, diesmal; wir selbst sagen andern Ministern viel ärgere Dinge, das bringt's Geschäft so mit sich, und Flegel gibt's in jedem Parlament, ohne daß man sie gleich totschießt." Für den bedeutsamen Wandel im Umgangs- und im Ideenkreise Bismarcks ist es bezeichnend, daß, während in den Briefen an die Gattin Vinckes Name fortan verschwindet, Roon, seit 1834 mit Bismarck oberflächlich befreundet, in dem eben zitierten erst zum drittenmal erwähnt ist, um von nun an bis 1871 eine ausschlaggebende Rolle zu spielen. — Wie stark die Konfliktsluft mit Pulver geladen war, lehrt auch die Geschichte des Pistolenduells zwischen dem General Freiherrn Edwin v. Manteuffel, dem unbeliebten Chef der persönlichen Abteilung im Kriegsministerium, und dem Berliner Stadtgerichtsrat Karl Twesten, einem Mitbegründer der nationalliberalen Partei, am 27. Mai 1861, der jenen in der vielbesprochenen Broschüre „Was uns noch retten kann" als „unheilvollen Mann in unheilvoller Stellung" angegriffen hatte.

Ende Juni 1861 schien es fast so, als ob Roons erster Hilferuf an Bismarck, worüber wir durch die „Gedanken und Erinnerungen“ genau unterrichtet sind, die Petersburger Sendung beenden solle. Doch scheiterte die Berufung damals noch, abgesehen von Einzelheiten geringerer Bedeutung, vor allem an dem Zwiespalte: Während König und Roon den charakterfesten Kreuzzeitungsmann zur Verstärkung des geschwächten rechten Flügels im Kabinett, d. h. als Minister des Innern an Stelle des liberalen Grafen Maximilian v. Schwerin gewinnen wollten, erklärte sich Bismarck bereit, den Freiherrn Alexander v. Schleinitz als Minister des Auswärtigen zu ersetzen: er rückte den inneren Konflikt ganz unter den Gesichtswinkel der äußeren Fragen und wußte, warum er das tat. (Und die dankbar bewundernde Nachwelt weiß ihrerseits, daß sie gut daran tut, wenn sie ihm hierin willig folgt.) Da aber König Wilhelm in dem Zwiste, der in jenen Wochen als vornehmste Kraftprobe zwischen Krone und Volksvertretung angesehen und durchgefochten wurde: (er beanspruchte eine Wiederholung der ständischen Huldigung von 1840), in das Kompromiß einer feierlichen Krönung willigte, so wurden die Gegensätze, wenigstens scheinbar, noch einmal überbrückt. Auf Befehl seines Vorgesetzten, Schleinitzens, ging Bismarck gegen Mitte Juli 1861 nach Baden-Baden, wo am 14. der Student Oskar Becker den König wegen ungenügender Förderung der deutschen Angelegenheit zu töten versuchte, und überreichte seinem Herrn den Entwurf zu einer Denkschrift über die Lösung der nationalen Frage, worin wir ihn

bereits deutlich auf dem Weg erblicken, der über 1864 zu 1866 und schließlich zu 1871 geführt hat.

Des Königtums Unabhängigkeit vom Parlamente zeigte sich in strahlender Herrlichkeit am Tage der Krönung zu Königsberg (18. Oktober 1861). Zugleich aber sank im Volke das Vertrauen zum Fürsten hinsichtlich seiner wahren Anschauung über Rechte und Pflichten der Regierung. In den Dezemberwahlen unterlagen die Konservativen; weder Roon noch Graf Albrecht von Bernstorff, seit dem 10. Oktober Schleinitzens Nachfolger, wurden gewählt. Roon, der darin vor allem ein gegen ihn gerichtetes Mißtrauensvotum erblicken mußte, reichte, zum zweiten Male vergeblich, sein Abschiedsgesuch ein und nahm mit soldatischer Treue einstweilen die Hauptlast des Anwurfs auf sich, ein gewissenloser Reaktionär und Friedensstörer zu sein. Die Heftigkeit der Angriffe der liberalen Mehrheit steigerte sich. Das Abgeordnetenhaus verlangte die Einführung der zweijährigen Dienstzeit und eine etwaige Verschleierungen einzelner Titel und Mittel ausschließende Genauigkeit im Voranschlage des Staatshaushalts. Doch der König blieb fest. Das Ministerium der neuen Ära machte, nach Auflösung der Kammer am 11. März 1862, sechs Tage später einem konservativen Geschäftsministerium Hohenlohe-Ingelfingen Platz. Und der Verfassungskonflikt stand in Blüte.

Am 10. Mai 1862 war Bismarck aus St. Petersburg in Berlin eingetroffen. Schon glaubte man wieder, er werde in das Ministerium eintreten. Doch Bismarck weigerte sich, den Vorsitz zu übernehmen, wenn er nicht das Auswärtige dazu bekäme — und das wollte Bernstorff nicht fahren lassen. „Sonnabend bin ich

14 Tage hier," schrieb er am 21. Mai seiner Frau, „dann explodiere ich und verlange einen Posten oder meinen Abschied." Da teilte ihm, dem charakterisierten Major, am 22. Mai auf der Frühjahrsparade König Wilhelm mit, er sei zum preußischen Gesandten in Paris ernannt, um in die durch den Tod des Grafen Albert Pourtalès am 18. Dezember 1861 entstandene Lücke zu treten. Doch bedeutete das keine endgültige Entscheidung: bei der Abschiedsaudienz bat ihn der König, er solle „au qui vive" bleiben. Ähnlich schrieb der sonst so vorsichtige Roon an seinen Freund Klemens Theodor Perthes, daß er schwerlich lange auf dem dortigen Posten bleiben werde; umgekehrt hoffte er, der am liebsten in Petersburg oder Paris ausgeharrt hätte, obwohl er sich keiner „Feigheit" bewußt sein mochte, daß er Seiner Majestät weniger unentbehrlich erscheinen werde, wenn er ihr eine Zeitlang aus den Augen sei. Aber der gesuchte „bisher verkannte" Staatsmann, der ihm den Rang ablaufen solle, wollte sich nicht finden.

In Paris am 28. Mai 1862 eingetroffen, behandelte Bismarck in der Unterredung mit Kaiser Napoleon III. zu Fontainebleau am 27. Juni die „unzüchtigen" Bündnisvorschläge Frankreichs dilatorisch und ging am 17. Juli auf Urlaub nach Biarritz.

Am 13. Juni hatte der „kleine Ranke" bei ihm gegessen — das einzige Mal, wo dieser berühmteste aller deutschen Historiker des neunzehnten Jahrhunderts der Ehre teilhaftig ward, von seinem großen Zeitgenossen (dessen „Gedanken und Erinnerungen" über ihn völlig schweigen) brieflich erwähnt zu werden. Inzwischen ging es in Berlin auf Biegen oder Brechen;

der Konflikt zwischen Krone und Parlamentsmehrheit hatte fast seinen Gipfel erklommen. Das Durchführen der Heeresreform und budgetloses Regieren standen gegen das Abdanken des Königs. Der Kriegsminister Freiherr Albrecht v. Roon brauchte Hilfe. Helfen aber konnte nur einer, Bismarck. Am 31. August schrieb Roon an ihn: „Gefochten muß und gefochten wird werden. An Konzessionen und Kompromisse ist gar nicht zu denken; am wenigsten ist der König dazu geneigt. Gefährliche Situationen sind daher mit Sicherheit vorauszusehen." Alle andern Minister schwankten und waren voller Besorgnisse; Roon allein war fest. Doch glaubte auch dieser, den Eintritt eines völligen Bruches erst für das Frühjahr 1863 ansetzen zu müssen: „Die innere Katastrophe wird jetzt nicht stattfinden, wie ich vermute, sondern erst im Frühjahr." Das Äußerste wünschte er, antiliberal und sehr ernst gestimmt, aber nicht frivol gesinnt, damals noch nicht herbei; auch er erhoffte viel vom Abwarten.

Anders Bismarck. In wenigen Tagen (6. September) war sein Urlaub offiziell abgelaufen; vorher wollte und mußte er Gewißheit erlangen, was man in Berlin mit ihm vorhabe. Durch die Biarritzer Bäder „ganz lächerlich gesund" geworden, von Rheumatismus und hypochondrischem Grame befreit, fand er auf der Rückreise in Toulouse am 12. September nur Roons Brief vor; der Minister des Auswärtigen Graf Bernstorff schwieg noch immer (Max Lenz irrt hierin auch in der vierten Auflage seiner „Geschichte Bismarcks", 1913). Also alles noch im Dunkeln wie vor dem Urlaube. Selbst das Gewaltmittel, das Roon inzwischen am 7. September in einer Audienz im Berliner Palais

gewagt hatte: zu fingieren, von Bismarck zur Herbeiführung der Gewißheit privatim beauftragt zu sein, hatte nicht verfangen: die Ernennung Bismarcks zum Ministerpräsidenten ohne Portefeuille war unterblieben.

Die Entscheidung war demnach wieder hinausgerückt, die Trennung von den Seinen dem Gesandten von neuem auf unkontrollierbare Frist auferlegt. Die Geduld Bismarcks, dessen zerfahrene Verhältnisse baldigste Regelung heischten, war erschöpft. Er antwortete dem Freunde: Klarheit um jeden Preis! Ist bis zum 1. Oktober nichts geschehen, dann will er mit der Familie nach Paris übersiedeln. Dann ist er aber auch nicht mehr zu abermaligem Wechsel bereit, oder er nimmt Knall und Fall den Abschied. In gleichem Sinne, nur ein wenig dienstlicher, schrieb er seinem Chef. Berlin war instruiert. Bismarck reiste über Montpellier (12. September), Avignon und Lyon (14. September) nach Paris (Ankunft 16. September).

8. Preußischer Ministerpräsident.

Sagt, wer löst den wirren Knoten?
Wer beschwört den schlimmen Zauber?
Ist es Einer, nun so ist es
Unser Held, der vielgewandte,
Der viel Städte sah und Menschen,
Bismarck, der erfindungsreiche,
Unser preußischer Ulyss'.

Unterdes hatten die Plenarverhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses am 11. September 1862 mit völliger Verneinung eingesetzt; die liberale Mehrheit verteidigte den schon in der Budgetkommission eingenommenen Standpunkt mit rechtlichen, finanziellen, wirtschaftlichen und politischen Gründen, trotz alles Zuredens der Gemäßigten, unentwegt. Am 16. September wurde der für die Regierung unannehmbare Kommissionsantrag mit 273 gegen 68 Stimmen gutgeheißen. Der Konflikt drohte unmittelbar auszubrechen. Doch schien es nur so: immer noch suchte die Regierung das Äußerste zu umgehen. Hinter den Kulissen arbeiteten verschiedene Kräfte an einer Versöhnung; selbst Roon, nervös erschüttert oder doch stark aufgeregt, war zu Konzessionen bereit. Weitere Verhandlungen machte jedoch des Königs Widerstand überflüssig. Am 17. September erklärte Wilhelm I.: die Minister, die ihm auf dem budgetlosen Wege nicht folgen könnten, möchten ausscheiden, oder er selber werde abdanken. Dem mußte auf alle Fälle vorgebeugt werden: Roon fand das Vertrauen zu sich selber wieder und holte telegraphisch Bismarck herbei.

Roon hat in jenen schicksalsschweren Tagen zwei Depeschen an Bismarck gerichtet. Entgegen

früheren Darstellungen ist daran festzuhalten, daß Bismarck vor seiner Rückkehr nach Paris kein Telegramm bekommen hat, weder am 13./14. September vom König in Avignon, wohin Christoph Wild das nette Geschichtchen vom „Ölzweig von Avignon" verlegt, noch von Hans Hugo von Kleist-Retzow oder von Moritz Henning von Blanckenburg. Um die Wende vom 16. zum 17. September depeschierte Roon, der am 15. September Bismarcks Antwort aus Toulouse erhalten hatte und durch die erste schwere Niederlage der Regierung am 16. September schwer bekümmert war, dem Freunde:

„Die Birne ist reif"

und, auf Grund des bedrohlichen Ausgangs des Konseils vom 17. September, am Tage darauf:

„Periculum in mora. Dépêchez-vous. L'oncle de Maurice Henning."

Bismarck fuhr auf das zweite Telegramm Roons am 19. September früh 7,10 Uhr von Paris ab, traf am 20. September früh 7¾ Uhr in Berlin ein, besuchte sofort Roon, ging ins Hotel Royal, nahm ein Bad und schlief zwei Stunden. Zwischen 12 und 1 Uhr suchte ihn Kleist auf. Um 3 Uhr hatte Bismarck eine Besprechung mit Bernstorff, um 5 Uhr eine zweite mit Roon, der Blanckenburg beiwohnte. Zwischen 6 und 7½ Uhr war er im kronprinzlichen Palais: der Kronprinz war für die zweijährige Dienstzeit, einen Hauptstein des Anstoßes, eingetreten. Obwohl sich Bismarck dem Thronerben gegenüber nur zurückhaltend geäußert hatte, verstimmte den König schon die Tatsache der Audienz. Doch versichert der Getadelte in seinen Denkwürdigkeiten, ihm sei zu jener Stunde Wilhelms Ab-

sicht, abzudanken, unbekannt gewesen*). Am Abend war Bismarck zum drittenmal bei Roon. Die Absicht König Wilhelms I., abzudanken, war zwar aufgeschoben, aber noch nicht beseitigt. Das Abgeordnetenhaus schritt weiter bis zur Streichung der Heeresreorganisation.

Sonntag, den 21. September 1862, wurde Roon vom Könige nach dem Gottesdienst in Babelsberg empfangen. Er teilte ihm mit, der Riß im Ministerium sei nicht mehr zu verdecken. Das Pflichtgefühl, so meinte er, verbiete dem König, abzudanken. Denn noch seien nicht alle Mittel erschöpft: Bismarck sei bereit, dem Könige zu helfen. „Aber er wird nicht wollen, und ist auch nicht da." „Doch, Majestät, er ist hier und wird dem Ruf Eurer Majestät folgen."

Am 22. September sah Roon König Wilhelm in Babelsberg nochmals; daß Bismarck gerufen werden solle, war jedoch wohl schon am Tage vorher beschlossen worden. Nach Roons Weggang hielt der Kabinettsrat Illaire Vortrag. Danach endlich wurde Bismarck empfangen. Das erste Thema während der Audienz vom 22. September 1862 war eine grundsätzliche Verständigung der beiden über die allgemeine Lage. Bedingungen für die Übernahme des Ministeriums stellte Bismarck nicht. Durch die ernste Drohung der bereits ausgestellten Abdankungsurkunde tief bewegt, fühlte er „wie ein kurbrandenburgischer

*) In seinem Hamburger Vortrage vom 12. Dezember 1910 hat Erich Marcks die Richtigkeit dieser Erinnerung Bismarcks bezweifelt: Roon werde doch den Freund vorher genau von allem unterrichtet haben!

Vasall, der seinen Lehnsherrn in Gefahr sieht", brachte den König von seiner Absicht ab und richtete ihn auf, indem er sich zur Übernahme des Ministeriums schlechthin bereit erklärte. Die Zweifel, die König Wilhelm noch am Tage vorher in Bismarck gesetzt haben mochte, waren beseitigt. Der dornige Weg, den die Überzeugung von seiner Pflicht dem Monarchen vorschrieb, mußte beschritten werden, da er einen unbedingt ergebenen Gefolgsmann gefunden hatte.

Dies war die nötige Grundlage. Noch aber waren beide über die im einzelnen einzuschlagende Regierungspolitik nicht im klaren. Der König legte Bismarck acht engbeschriebene Folioblätter eines sorgfältig vorbereiteten innerpolitischen Sonderprogramms vor, das u. a. die Kreisordnungsreform enthielt. Bismarck „akzeptierte" es. Daraufhin zerriß es der König; die mündliche Verständigung genügte.

Nun fehlte nur noch die Aussprache über die auswärtige Politik, in des Königs Augen damals eine Nebensache — nicht für Bismarck. Hier bildete ein vom König aufgesetztes, rasch mit Bleistift hingeworfenes Programm die Grundlage der zweiten Unterredung am Nachmittage des 23. Septembers. Auch auf diesem Gebiete war das Mißtrauen König Wilhelms gegen den angeblich zu franzosenfreundlichen Staatsmann bald überwunden. Bismarcks Ernennung zum Staatsminister und zum interimistischen Vorsitzenden des Ministeriums, grundsätzlich schon am Montag beschlossen und vielleicht sogar schon vollzogen, stand am 23. September fest und wurde am 24. September durch die offiziöse Sternzeitung bekanntgegeben.

Damit hebt jenes einzigartige Verhältnis zwischen dem Herrscher und seinem ersten Minister an, wie es die Geschichte wohl nur dies eine Mal gesehen hat. König Wilhelm I. hat bis zum letzten Atemzuge das beruhigende Gefühl des Dynasten haben dürfen: ich bleibe trotz alledem Herr meiner Entschlüsse. Dennoch hat der treue Diener Otto von Bismarck im echtesten Sinne des Wortes die Geschichte seiner Zeit gemacht.

Fortan geht in höherem, edlerem Grade denn je vorher Bismarcks Raten und Taten im Dienste Preußens auf; seine Biographie wird mehr und mehr preußisch-deutsche Geschichtschreibung. Unter welchen Schwierigkeiten Bismarck das Ministerpräsidium übernahm, davon haben wir Epigonen meist keine klare Vorstellung. Gerade weil Österreich nicht aktiv hervortrat, sondern hinsichtlich der auswärtigen Sachen eine zuwartende Haltung beobachtete und selbst Italien gegenüber lediglich defensiv blieb, hatte es für die deutschen Angelegenheiten die Hände frei. In der Bundesreform und der Handelsfrage vor allem suchten und fanden bei ihm die mittleren und kleineren deutschen Staaten, die in ihm eine Stütze gegen Preußen und den Nationalverein erblickten, Verständnis für ihre Anliegen, Querelen und Quisquilien. Dagegen schien Preußen zwar Pläne zu hegen und Hoffnungen zu nähren, aber nicht recht zu wissen, was es eigentlich wolle; jedenfalls hatte es bisher nicht den Mut gehabt, sich bestimmt und tatkräftig für seinen Entwurf einzusetzen, da es durch den auf Biegen oder Brechen gestimmten Konflikt zwischen Krone und Parlament gelähmt war. Auswärts Einfluß auszuüben, war es

überhaupt nicht in der Lage; darin war damals Napoleon III. tonangebend. Wohl war in den besten Geistern das Sehnen danach lebhaft, daß Preußens Machtstellung in Deutschland und in Europa, die nach der Mehrheit des Landtags „vorzugsweise auf moralischer Energie, also auf der hingebenden Begeisterung des Volkes beruhe", von neuem zu einer greifbaren Größe werde; aber von der Erfüllung war man so weit entfernt wie möglich. Die feudale Herstellung des Ministeriums, das königliche Signal zu entschlossener Reaktion, brach jede Brücke einer Verständigung ab. Schlag auf Schlag lösten nun die Kundgebungen aus unversöhnlicher Kampfstimmung einander ab.

Am 29. September 1862 zog Bismarck den Staatshaushaltsentwurf für 1863 zurück; in ihrem offiziösen Blatte ließ die Regierung keinen Zweifel darüber, daß sie entschlossen sei, auf ein Budget zu verzichten. Die Budgetkommission antwortete am 30. September mit dem Antrage des Fortschrittlers Max v. Forckenbeck: die Königliche Staatsregierung solle den Etat für 1863 schleunig vorlegen; Ausgaben zu verfügen, die das Abgeordnetenhaus abgelehnt habe, sei verfassungswidrig. Dazu erklärte Bismarck: Interpretationen der Verfassung seien schwierig; das Budget könne verfassungsmäßig nur dann zustande kommen, wenn alle drei Faktoren der Gesetzgebung sich darüber einigten. Es werde nicht bewilligt, sondern vereinbart. „Wir sind vielleicht zu gebildet, um eine Verfassung zu tragen; wir sind zu kritisch; die Befähigung, Regierungsmaßregeln oder Akte der Volksvertretung zu beurteilen, ist zu allgemein; im Lande gibt es eine Menge katilinarischer Existenzen, die ein großes Interesse an Umwäl-

zungen haben. Das mag paradox klingen, beweist aber, wie schwer in Preußen verfassungsmäßiges Leben ist... Nicht auf Preußens Liberalismus sieht Deutschland, sondern auf seine Macht. ... Preußen muß seine Kraft zusammenfassen und zusammenhalten auf den günstigen Augenblick, der schon einige Male verpaßt ist; Preußens Grenzen nach den Wiener Verträgen sind zu einem gesunden Staatsleben nicht günstig; nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden — das ist der große Fehler von 1848 und 1849 gewesen —, sondern durch Eisen und Blut."

Am Abende des 11. Oktobers verwarf das Herrenhaus das vom Abgeordnetenhause beschlossene und genehmigte das von der Regierung vorgelegte Budget. Alle Parteien gerieten in Bewegung. Trotz des Sonntags einigten sie sich — natürlich ohne die Feudalen — am 12. Oktober auf eine Erklärung, der Beschluß des Herrenhauses sei als verfassungswidrig null und nichtig; am Tage danach vertagte die Regierung die Session. Nun ging die Agitation ins Land hinaus. Der von der feudalen Partei gegründete Preußische Volksverein veranstaltete Loyalitätskundgebungen und überreichte dem die Heeresorganisation als persönliche Schöpfung hochhaltenden Könige durch Abordnungen auch von Bauern und Handwerkern eine Ergebenheitsadresse nach der andern. Doch die öffentliche Meinung und die Mehrheit der Presse vereitelten jedes Streben nach Verständigung, nach Bismarcks Äußerung vom Anfang November 1862: weil sich jene „zum großen

Teil in Händen von Juden und unzufriedenen, ihren Lebensberuf verfehlt habenden Leuten" befände*). Straff zog der Premier die Zügel an. Oppositionell gerichtete Beamte wurden entweder gegen ihren Willen versetzt oder in Disponibilität gesetzt — die Volkspartei gründete daraufhin eine Kasse und entschädigte die Gemaßregelten. Hinderte die Polizei die Sammlungen dazu, so wurde das Gericht angerufen und entschied wiederholt gegen die Regierung. Städtische Wahlen und Kammer-Nachwahlen bezeugten gleichfalls ein Wachsen der Opposition. Ebenso wenig aber ließ sich die Regierung einschüchtern. Beide Parteien beharrten fest auf ihrem Standpunkte.

„Man hat Bismarck oft mit Cavour verglichen. Dieser Vergleich kann nur insoweit gelten, als es sich um die gleichen patriotischen Ziele handelt, die beide verfolgten, und um das Genie, mit welchem beide an der Erreichung ihrer Ziele arbeiteten. Die Schwierigkeiten aber, welche Bismarck zu überwinden hatte, stehen außer jedem Vergleich", so urteilt zutreffend Arthur Graf Seherr Thoß in seinen „Erinnerungen". „Cavour war getragen von der öffentlichen Meinung, von dem unbedingten Vertrauen seines Königs und Parlamentes. Bismarck dagegen entbehrte dieser mächtigen Hebel, mußte die hohen Ziele, die er anstrebte, jahrelang tief in seiner

*) Da auch der Verfasser dieses Buches zu der oben gebrandmarkten, aber schließlich selbst von einem Bismarck geschätzten Sorte von Leuten gehört, so wagt er die Richtigkeit der temperamentvollen Behauptung von 1862 einigermaßen anzuzweifeln. Am Ende ist nicht jeder Zeitungsschreiber ein Mensch, der seinen Beruf verfehlt hat.

Brust verschließen, seine Kraft im Kampfe mit Unpopularität und Mißtrauen aufreiben."

In welche Richtung dies Streben wies, ist uns, die wir die politische Anschauung unseres Helden seit Frankfurt genau kennen, kein Geheimnis. Immerhin überrascht uns die Sicherheit, womit Bismarck, wenn wir dem Berichte des eben genannten Ungarn folgen, schon 1862 sein Sehnen einem Fremden gegenüber umschrieben haben soll. Graf Seherr Thoß, der als Emigrant in Paris lebte, hatte den zum preußischen Ministerpräsidenten Ernannten, der Ende Oktober 1862 seine Abberufung dem Kaiser Napoleon persönlich überreichte, um eine Rücksprache gebeten, indem er sich für die Einleitung einer Verbindung mit den maßgebenden Madjaren dem künftigen Bezwinger Österreichs zur Verfügung stellte. Wenn also den „konspiratorisch" angehauchten Grafen das Gedächtnis nicht ex eventu täuscht (seine „Erinnerungen" sind erst 1881 erschienen), dann hat ihm Bismarck mit verblüffender Offenheit folgenden Plan entwickelt: „Ihre Voraussetzungen sind richtig. Ich habe mir zum Ziele gesetzt, die Schmach von Olmütz zu rächen, dieses Österreich niederzuwerfen, das uns auf das Unwürdigste behandelt, uns zu seinem Vasallen erniedrigen möchte. Ich will Preußen aufrichten, ihm die Stellung in Deutschland verschaffen, die ihm als reindeutschem Staate gebührt. Ich verkenne nicht den Wert, den die Hilfe Ungarns*) für uns haben kann, und ich weiß, daß die Ungarn nicht Revolutionäre sind in dem gewöhnlichen Sinne des Wortes. Übrigens hat ja schon der

*) 1866 verwirklicht in der (ergebnislosen) Episode der Legion Klapka; vgl. A. Kienasts Monographie (Wien 1900; in Preußen angeblich aufgekauft und zum Verschwinden gebracht).

große Fritz mit unzufriedenen ungarischen Magnaten wegen eines Bündnisses unterhandelt. Wenn wir siegen, so wird auch Ungarn frei werden. Verlassen Sie sich darauf!" Und als Seherr Thoß die heikle Frage der nur durch Kompensationen zu erkaufenden Neutralität Frankreichs streift, da gesteht Bismarck, daß er die Zusage Napoleons III. schon in der Tasche habe, und zwar umsonst! Als Preis sei in Saint-Cloud zwar das Saarbrücker Kohlenbecken gewünscht worden; aber das habe er rundweg abgeschlagen. Und so habe der Kaiser der Franzosen den mutigen Preußen nach wiederholter Warnung resigniert, aber gütig, mit den vielsagenden Worten entlassen: „Tun Sie, was Sie nicht lassen können!"

Doch noch war er, war es nicht so weit. Zunächst galt es, die Grundlage für den beabsichtigten Bau durch Ausführung der Heeresreform zu schaffen. Und da stießen die Köpfe heftig, platzten die Geister mächtig aufeinander. Hatte schon am 30. September 1862 Bismarck davor gewarnt, allein aus der Praxis heraus voreilig die Interpretierung eines Verfassungszweifels zu versuchen: dabei könne die Rechtsfrage leicht zur Machtfrage werden, so drehte sich seit Anfang 1863 der ganze Konflikt nackt und bloß nur noch um die Fragen, wer sich die Macht zutraue, die Verfassung richtig auszulegen. Besonders unverhüllt trat dies in der berühmten Debatte vom 27. Januar 1863 hervor. Nachdem Bismarck erklärt hatte, daß Konflikte leicht zu Machtfragen werden könnten, da das Staatsleben nicht still zu stehen vermöge, spitzte Graf Maximilian von Schwerin, der vor ihm Minister gewesen war, dies zu der Umkehrung zu: die Rede des

Ministerpräsidenten habe in dem Satze kulminiert: „Macht geht vor Recht". Bismarck hat sich damals und später (am 1. Februar 1868) ausdrücklich gegen solche Geistes-Kindesunterschiebung wehren müssen — umsonst! Es ist überaus bezeichnend, daß die Welfen, die bei ihrem überholten „Rechts"-Standpunkt unentwegt verharren, sich mit Vorliebe auf die preußischen Kammerdebatten von 1863 bis 1866 berufen, um darzutun, daß in jenen Jahren die schönen Grundsätze von Wahrheit und Sittlichkeit mit ungekünsteltem Pathos gerade von denen am lautesten vertreten worden seien, die lediglich nach dem „Erfolge" des Rechtsverletzers von 1866 eine betrübende Revision ihrer Gesinnung vorgenommen hätten. In der Tat gibt es kaum etwas Merkwürdigeres in der neueren Geschichte, als den Wandel in der Wertung Bismarcks durch die Mehrheit seiner Volksgenossen vor und nach Königgrätz: erst das Kreuzige! dann das Hosiannah! Doch das ist eben das Reinigende, der Segen, den jeder Krieg, selbst ein so furchtbarer wie der gegenwärtige Weltenbrand, mit sich bringt und im Gefolge hat: er räumt mit theoretischen Vorurteilen, die sich in der harten Schule eherner Ereignisse nicht bewähren, erbarmungslos auf; was aber solcher Prüfung standhält, das ist im Feuer geläutert und dauert.

Mit souveräner Verachtung des Hasses, den er täglich auf sein schuldbeladnes Haupt sammelte, ging Bismarck seine steile Bahn unerschrocken weiter. Ja, gelegentlich versagte er es sich nicht, die Gegner zu reizen; so beanspruchte er am 17. April 1863 in wegwerfender, verletzender Form für sich das Recht, „sonore" Redner auch vom Nebenzimmer aus ge-

nießen zu dürfen. Am 1. Juni beseitigte eine berüchtigte Ordonnanz der Regierung die verfassungsmäßig verbürgte Freiheit der Presse. Kronprinz Friedrich Wilhelm lehnte in einer Ansprache zu Danzig ausdrücklich jede Verantwortung für die Verordnung ab (aufgehoben am 21. November 1863). Glücklicherweise trat, nachdem die preußisch-russische Konvention zur Unterdrückung der polnischen Erhebung (vom 8. Februar 1863) zu einem toten Buchstaben geworden war, die seit 1850 latente, nun mit dem Tode Friedrichs VII. von Dänemark von neuem akut gewordene schleswig-holsteinische Krisis als erquickendes Gewitter dazwischen. Diese durch langjähriges Hinschleppen bösgewordene Vermittlung zu Preußens Gunsten entwirrt zu haben, hat sich Bismarck später selber als gelungenstes Glied in der Reihe seiner staatsmännischen Siege angerechnet.

Am 30. März 1863 hatte König Friedrich VII., in Übereinstimmung mit den Forderungen des Landsthings vom 21. Januar und den Beschlüssen einer Volksversammlung im Kopenhagener Kasino vom 28. März, eine Bekanntmachung erlassen, wodurch — in Verfolgung der 52/58 er Auflösung des „Up ewig ungedeelt" — Holstein aus der bisher festgehaltenen Gemeinsamkeit mit den übrigen Teilen der dänischen Monarchie ausgeschieden ward, um ihr Schleswig völlig einverleiben zu können. Natürlich regnete es Proteste in Holstein wie innerhalb des Deutschen Bundes. Am 27. August erklärte der dortige dänische Gesandte, seine Regierung befinde sich nicht imstande, die Bekanntmachung vom 30. März zu widerrufen;

vielmehr verkündete sie einen Monat und einen Tag danach die Vorlegung einer neuen, das Königreich Dänemark und das Herzogtum Schleswig umspannenden Verfassung. Und das Eiderdänentum ging, da es weder zurück konnte noch mochte, wieder einen Schritt weiter: am 7. November beantragte der Konseilpräsident Hall die Einführung der gemeinsamen Verfassung, die am 13. November in dritter Lesung angenommen ward, schon für den 1. Januar 1864. Da starb der kinderlose Friedrich VII. unerwartet am 15. November 1863, und gestützt auf den (niemals perfekt gewordenen) Londoner Vertrag vom 8. Mai 1852 wurde der „Protokoll"-Prinz Christian von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg als Christian IX. zum Könige für die bisherige dänische Gesamtmonarchie ausgerufen. Anderseits erklärt Erbprinz Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg an demselben 16. November: er trete, gestützt auf die gesetzliche Erbfolgeordnung, die Regierung der Herzogtümer Schleswig-Holstein als Friedrich VIII. an. Und wieder melden sich die Eiderdänen zum Worte (17. November) und zwingen wirklich am 18. November den neuen König zur Nachgiebigkeit. Ganz Deutschland gerät in helle Aufregung. Noch vor kurzem in Sachen der Bundesreform heillos gespalten, einigt es sich von Ende November an in der schleswig-holsteinischen Bewegung. Doch dem gefühlsmäßigen Überschwang und Unverstande der öffentlichen Meinung widersetzt sich die bis auf den Grund sehende Nüchternheit Bismarcks, der den Grafen Bernhard Rechberg von der Richtigkeit seiner Anschauung zu überzeugen weiß, daß sich Deutschland zu keiner Macht neben oder gar über

ihnen beiden erheben dürfe. Die „realen Verhältnisse“ siegen.

Was man seit Jahren sozusagen als ständige Einrichtung hinzunehmen geneigt gewesen war: den Mangel an Übereinstimmung in den Absichten der beiden führenden Staaten, ihn beseitigte die neue Aufgabe. Während ein Sturm der Begeisterung für die zu einer Nationalangelegenheit ersten Ranges erhobene Sache des Augustenburgers über die Lande dahinfegte, richteten am 4. Dezember Österreich und Preußen an die übrigen deutschen Regierungen identische Noten zur Unterstützung ihrer auf Durchführung des Londoner Protokolls gerichteten Anträge. Ihr Druck genügte. Die Doppelspitze des Deutschen Bundes leitete die übrigen Mitglieder dahin, wohin sie wollte. Am 7. Dezember wurde die sofortige Besetzung Holsteins mit 8 gegen 7 Stimmen verworfen und durch einen unpopulären dehnbaren Beschluß ersetzt, daß durch die Ausführung der Exekution den vom Bund innerhalb seiner Kompetenz zu fassenden Entschließungen in der Erbfolgefrage nicht präjudiziert werden solle. Weitere Fehler Dänemarks führten jedoch trotz alledem zum Ziele.

Der dänische König hatte damit gerechnet und teilweise damit rechnen dürfen, daß er in einem ernsten Konflikte mit dem Deutschen Bunde von auswärts Hilfe erhalten werde. Christians IX. nächster Blick fiel auf den Herrscher der stammverwandten Völker von Schweden und Norwegen, der persönlich geneigt zu sein schien, dem Dänen beizuspringen. Aber die anmaßende und höchst unkluge Art, womit dieser selbst berechtigten Ansprüchen und bescheidenen Wünschen Deutschlands gegenüber taub blieb, hatte auch in

Skandinavien befremdet. Immerhin hatte vom 29. August bis zum 4. September 1863 Schweden durch seinen Minister des Auswärtigen, den Grafen Rütger Manderstroem, über einen Verteidigungsbund mit Dänemark in Kopenhagen unterhandeln lassen. Diesem fehlte nur noch die beiderseitige Unterschrift, als Friedrichs VII. Tod die darauf gesetzten Hoffnungen begrub: es blieb bei der bloßen Fühlung. Ähnlich stand es um eine etwaige Unterstützung Dänemarks durch die fünf Unterzeichner des Londoner Vertrags von 1852. Österreich und Preußen fielen von vornherein aus; Rußland war mit der Unterdrückung des polnischen Aufstands, Frankreich mit dem mexikanischen Abenteuer beschäftigt und kaum geneigt, sich der Herzogtümer wegen einen Krieg mit Deutschland aufzuhalsen. Ernstes Interesse für Dänemark hegte nur Großbritannien, dessen Ansehen freilich durch sein Fiasko in Sachen Polens einigermaßen gelitten hatte und neben der jetzigen Geschlossenheit Österreich-Preußens nicht aufkommen konnte.

Die Ausführung der am 7. Dezember 1863 beschlossenen Bundesexekution in Holstein war zunächst den Regierungen von Sachsen und Hannover, in zweiter Linie denen von Österreich und Preußen übertragen worden. Am 12. Dezember forderten diese Vier Dänemark auf, Holstein binnen eines Zeitraums von sieben Tagen zu räumen. Dieses, dessen König unterm 4. Dezember — viel zu spät, als daß er damit noch der deutschen Bewegung hätte in die Arme fallen können — die Bekanntmachung seines Vorgängers vom 30. März außer Kraft gesetzt hatte, protestierte am 19. Dezember feierlich, verlegte am Tage darauf

die Zollgrenze an die Eider und befahl seinen Truppen den Rückzug in die seit einem Jahrzehnt mit dem Opfer vieler Millionen ausgebaute feste Stellung des Danewerks. Am 23. Dezember überschritten die Bundestruppen die Grenze der Herzogtümer und besetzten unter begeistertem Jubel der Bevölkerung, die den neuen Herzog stürmisch begrüßte, bis zum Ende des Jahres fast ganz Holstein.

Damit war, wider Willen, die Exekution zur Okkupation geworden. Die beiden deutschen Großmächte, die die Herzogtümer nicht von der dänischen Krone trennen, sondern nur ihrer deutschen Bevölkerung unter irgendeiner Form (Personalunion) die angestammten Rechte sichern wollten, mußten fürchten, in den Strudel der nationalen Bewegung gerissen zu werden. Doch wieder wollte das dänische Volk nichts von Bedingungen wissen, obwohl es von England angegangen wurde, aus Klugheit Konzessionen zu machen. Und Österreich-Preußen, dem durchaus eine diplomatische Lösung erwünscht war, machte es den Dänen wahrhaftig nicht schwer. Die Uneinigkeit der Mittelstaaten ausnutzend, verstand es die doppelköpfige, aber hierin einige Leitung, die Bundesversammlung an jedem Schritte zu hindern, der ihr selber nicht paßte. Anstatt entschlossen den von offenbaren Erfolgen begleiteten Augustenburger als rechtmäßigen Herzog rasch anzuerkennen, ließ der Deutsche Bund durch seinen Ausschußreferenten, den bayerischen Gesandten Freiherrn Ludwig v. d. Pfordten, mit echt deutscher Gründlichkeit den hundertmal durchgesiebten Erbfolgestoff von neuem auf seine geschichtlichen und rechtlichen Unterlagen hin prüfen. Als er am 4. Februar 1864 die erste

Hälfte seiner Forschungen endlich gedruckt vorlegen konnte, war es bereits zu spät. In der Zwischenzeit war die Geschichte zu andern Ergebnissen gelangt.

Schon am 28. Dezember 1863 und — dringlich — am 11. Januar 1864 hatten Österreich und Preußen beim Bunde beantragt, Dänemark zur endgültigen Aufhebung des Grundgesetzes vom 18. November aufzufordern und im Weigerungsfalle Schleswig als Pfand zu besetzen; immer noch auf Grund der Vereinbarungen von 1851/52, also unter stillschweigender Voraussetzung einer Fortdauer der Gültigkeit des Londoner Protokolls. Als nun am 14. Januar der Antrag mit 5 gegen 11 Stimmen fiel, erklärten die beiden deutschen Großmächte, die das vorausgesehen hatten, sofort, unter solchen Umständen in der ihnen erwachsenden besonderen Stellung sowie wegen der großen Dringlichkeit der Sache die Geltendmachung der Rechte des Deutschen Bundes in bezug auf Schleswig in ihre eigenen Hände nehmen zu müssen. Über lahme Proteste gelangten die Überrumpelten nicht hinaus. Der schwachmütige Bund, beiseite gedrängt, ergab sich in sein Schicksal. Der Weg war frei. Am 16. Januar richteten Österreich und Preußen eine „Sommation" an Dänemark, binnen zweier Tage die Verfassung vom 18. November außer Kraft zu setzen. Natürlich lehnte letzteres ab (18. Januar). Der Oberbefehl über die nun vorgehenden österreichisch-preußischen Streitkräfte wurde am selben Tage dem Generalfeldmarschall Friedrich v. Wrangel übertragen, der schon 1848 die Bundestruppen siegreich nach Schleswig und Jütland geführt hatte.

Die Initiative zu dem allen, das fühlte man auch in den Kreisen, die nicht hinter die Kulissen zu blicken vermochten, hatte der preußische Premier gehabt. Mit überlegenem Sarkasmus hatte Bismarck schon am 21. Dezember 1863 im Herrenhause die „naive Intuition" gegeißelt, durch die in der Politik das, was kein Verstand der Verständigen sehe, dem Dilettanten offenbar werde, und die Theoretiker abgeschüttelt, die unter Verschmähung jeder praktischen Vorbildung und Erfahrung, lediglich kraft ihres sicheren Auftretens in der hohen Politik, zu der jeder sich berufen fühle, mitreden wollten. Entsprechend der Aufforderung im Schlußsatze der königlichen Antwort vom 27. Dezember trat eine besondere Kommission am 18. Januar 1864 in die Beratung der Bodelschwinghschen Vorlage vom 8. Dezember ein (Ermächtigung, dem Kriegsminister die für die militärischen Maßregeln nötigen Geldmittel zur Verfügung zu stellen und zu diesem Zweck eine Staatsanleihe von zwölf Millionen Talern — wie haben sich seitdem die Zeiten verändert! — zu kontrahieren). Dabei schloß Bismarck mit den vielumstrittenen Worten:

Kommissionsbericht:

„Es ist mein Wunsch, mit den vom Hause legal bewilligten Mitteln in die Sache einzutreten. Werden diese aber verweigert, so will ich sie nehmen, wo ich sie finde."

Ludwig Hahn:

„Wir haben zu Ihnen nach wie vor das Vertrauen, daß Sie uns diejenigen Mittel, welche wir so notwendig bedürfen, auf verfassungsmäßigem Wege zugänglich machen werden; sonst müssen wir sie nehmen, wo wir sie bekommen."

Berichtigung Bismarcks vom 21. Januar:

„Wir haben zu Ihnen nach wie vor das Vertrauen, daß Sie uns diese Mittel, die wir notwendig bedürfen, so notwendig bedürfen, daß wir sie nehmen müssen, wo wir sie bekommen, auf verfassungsmäßigem Wege gänzlich zustellen werden."

Aber alles Beschwören half nichts — im Gegenteile! Trotzdem Bismarck die Richtlinien seiner dänischen Politik durch Verlesung seiner Zirkulardepesche vom 19. Januar, die in dem Vorschlag auf Herstellung einer Personalunion zwischen Dänemark und den Herzogtümern gipfelte, offen darlegte, mißtraute ihm das Abgeordnetenhaus nach wie vor und verwarf am 22. Januar die Anleihe mit 275 gegen 51 Stimmen, weil „Preußen von Deutschland abfalle und seine Großmachtstellung mißbrauche". Am Tage darauf stellte das Herrenhaus den ursprünglichen Staatshaushaltsentwurf der Regierung wieder her. Am 25. Januar erklärte das Abgeordnetenhaus diesen Beschluß für null und nichtig; die Staatsregierung begehe einen offenen Verfassungsbruch, wenn sie fortfahre, ohne Zustimmung beider Häuser über Staatsmittel einseitig zu verfügen, und jede Anleihe ohne Genehmigung der Landesvertretung sei verfassungswidrig und für alle Zeit unverbindlich. Die Militärnovelle der Regierung wird mit 268 gegen 34 Stimmen abgelehnt. Eine königliche Botschaft schließt daraufhin die Session des Landtags abermals, und das Ministerium legt am 12. Februar die Grundsätze fest, nach denen in Ermanglung eines gesetzlichen Budgets die Verwaltung Preußens im laufenden Jahre zu führen sei.

Unterdes tritt der deutsch-dänische Krieg mit dem Einrücken Wrangels in Schleswig (1. Februar) aus dem Vorbereitungs- in das kritische Stadium ein: am 2. Februar erfolgloses Gefecht bei Missunde, am 5. und 6. Februar Räumung des Danewerks und Rückzug der Dänen hinter die Düppler Schanzen, die erst am 18. April erstürmt werden. In die beiden Zwischen-

monate fallen neue diplomatische Verhandlungen, wobei Bismarck wieder seine überlegene Meisterschaft bewährt, jeden Fehler des Gegners auszubeuten und die Dinge so zu treiben, daß, wenn auch unter Kompromissen, schließlich doch seine Pläne den Sieg davontragen. Die entscheidende Wendung half der bis zuletzt törichte Trotz Dänemarks herbeiführen, das die verhältnismäßig günstige Formel einer Personalunion noch am 17. Mai auf der Londoner Konferenz in unangebrachtem Stolze zurückwies. Nun konnte ihm nicht mehr geholfen werden; eine Macht nach der andern ließ den Vertrag von 1852 als überlebt fallen. Bismarck erfaßte die Gunst des Augenblicks und näherte sich der deutschen Bewegung, allerdings in etwas anderer Weise, als man einst erhofft hatte. Mußten, wie es ja nun den Anschein hatte, die Herzogtümer ganz oder teilweise von Dänemark gelöst werden, dann sollten sie auch ganz oder teilweise für Preußen erobert werden. Österreich, Schritt für Schritt bereits von seiner ursprünglichen Meinung abgedrängt, blieb nichts anderes übrig, als dem Verbündeten zu folgen, wenn es nicht wollte, daß dieser den vollen Gewinn allein einheimse. Am 25. Juni 1864 ging die Londoner Konferenz unverrichteter Dinge auseinander, und der Fortgang des Krieges demütigte endlich das von England und daraufhin auch von Schweden-Norwegen im Stiche gelassene Dänemark völlig. Der Wiener Friede vom 30. Oktober 1864 trennte Holstein, Lauenburg und ganz Schleswig von ihm. Aber einen neuen, noch dazu geographisch besonders begünstigten deutschen Mittelstaat aufkommen zu lassen, das war Bismarcks Meinung keineswegs. Und so arbeitete er, Schwierigkeiten wohl,

doch keine Hindernisse kennend, darauf hin, weder den Deutschen Bund noch den berechtigten Erben der Herzogtümer an den Erfolgen Österreich-Preußens teilnehmen zu lassen; mit Wien durfte er, nach allem, schon auf eine spätere Verständigung rechnen. Widerwillig erkannten das immer passiver gewordene Österreich und die längst in den Hintergrund gedrängten Kleinstaaten die überlegene Führung Preußens an, dem Ende September 1864 nun auch in der Zollvereinsfrage ein großer Triumph in den Schoß fiel.

Noch vor Ablauf des Jahres richteten sich, nachdem die Hannoveraner und Sachsen unter sanftem Drucke hinauskomplimentiert waren, die Preußen in den Herzogtümern häuslich ein. In Schleswig setzten sie eine neue schleswig-holsteinische Landesregierung ein, nahmen das Post- und Telegraphenwesen an sich, indem sie es preußischen Beamten unterstellten, und legten ein Garderegiment nach Lauenburg. Deutsch waren also die einst durch Dänemark vergewaltigten Lande zwar wirklich geworden; aber so hatte sich die öffentliche Meinung Deutschlands die Lösung nicht gedacht. Sie fühlte sich in ihrer Vertretung gedemütigt, und Österreich hatte dabei seinen alten Einfluß auf die deutschen Mittelstaaten nahezu eingebüßt. Gewonnen hatte, bei Lichte besehen, allein Preußen; die Scharte von Olmütz war jedenfalls ausgewetzt.

Damit war jedoch noch nicht gesagt, daß das Mißtrauen des preußischen Volkes gegen seine „gewalttätige" Regierung gewichen wäre. Allerdings hinsichtlich der Herzogtümer-Politik begann sich bald ein Umschwung bemerkbar zu machen: mit Ausnahme eines einzigen größeren Blattes, das diese Haltung zu Neu-

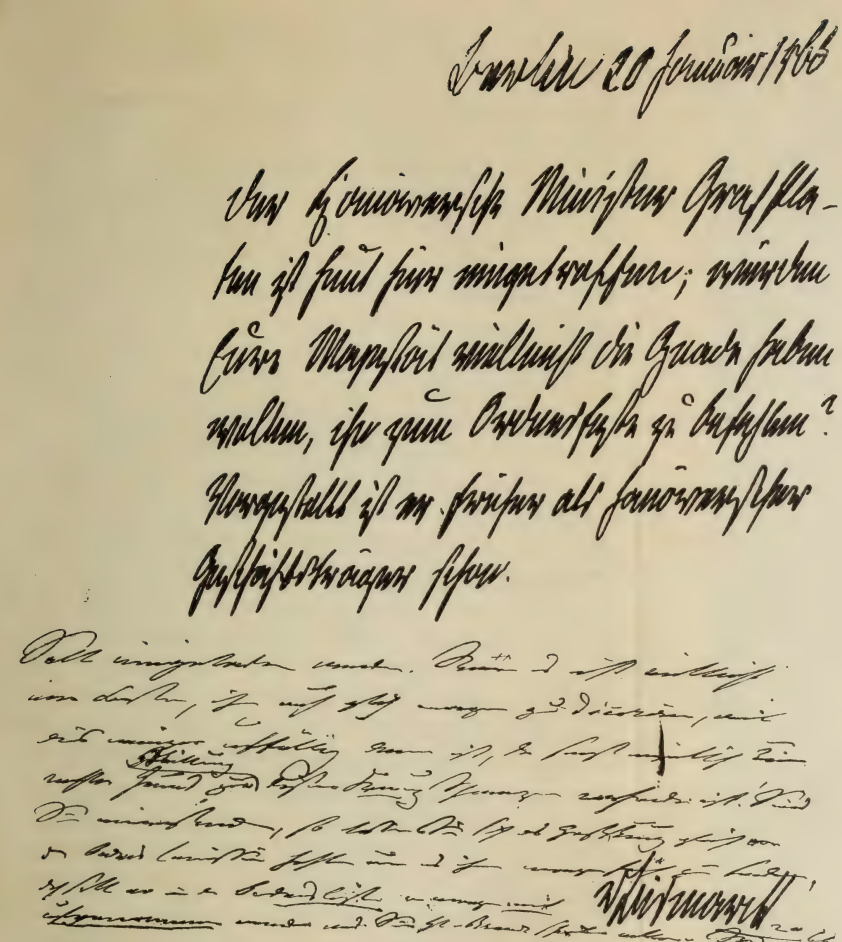
jahr 1865 mit einem empfindlichen Rückgang im Stamme der festen Abnehmer zu büßen hatte, billigte die gesamte Oppositionspresse den Gedanken an Einverleibung in oder engsten Anschluß der befreiten Provinzen an Preußen. Aber im übrigen blieb der Konflikt der alte; ja, die Maßregelungen steifnackiger Beamten durch die Regierung steigerten die Verbitterung. Das war nicht die Straße, auf der moralische Eroberungen zu machen waren. Doch das wollte ja der Tatenmensch Bismarck gar nicht. Sein Wahlspruch war: Flectere si nequeo superos, Acheronta movebo*) — wenn mich der Himmel nicht hört, dann ruf' ich zu Hilfe die Hölle.

Daß mit der Befreiung der meerumschlungenen Lande vom dänischen Joche durch Preußen im Vereine mit Österreich erst die Hälfte des Weges zurückgelegt war, fühlte man instinktiv überall in Deutschland. Die Freude über die Tat wich bald dem Unmut über das Wie. Die Spannung: was will das werden? hielt der Abspannung, ja Lähmung: von der Lösung der deutschen Frage ausgeschlossen zu sein, die Wage. Am 23. Oktober beschloß der Ausschuß des großdeutschen Reformvereins, die Berufung einer Generalversammlung auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben: angesichts der „Verleugnung des föderativen Geistes, der Rücksichtslosigkeit, womit man von der einen Seite und um kurz (!) berechneter Erfolge

*) Zitat aus der Äneis, angewandt von ihm am 21. Januar 1864 als Antwort auf Rud. Virchows Vorwurf, er sei jetzt dem Bösen verfallen und werde von ihm nicht wieder loskommen!

willen über das Recht des Bundes, des deutschen Volks und eines seiner edelsten Stämme sich hinwegsetzte, und der ratlosen Schwäche, womit man von der andern Seite diese Hinwegsetzung hinnahm." Die offenbare Zerfahrenheit der deutschen Verhältnisse, die sich unter anderm in der Entlassung der Minister des Äußern von Österreich (21./27. Oktober) und von Bayern (21. September/5. Oktober 1864) bezeugte, legte es anderseits auch dem Nationalvereine, der am 31. Oktober und 1. November in Eisenach seine Generalversammlung abhielt, nahe, auf die Durchführung seines eigentlichen Programms vorläufig zu verzichten und, „solange die freiheitsfeindliche und undeutsche Richtung der Regierungen in den Einzelstaaten, namentlich in Preußen, fortdaure", seine Arbeit dorthin zu verlegen, um die einer nationalen Entwicklung hinderlichen Partikularismen zu bekämpfen und wegzuräumen.

So dachte damals Deutschland von seinem größten Sohne! Mit einer derartigen Belastung schritt er wohlgemut in das Jahr 1865 hinüber. Es sollte ein Jahr der Schwebe, der Halbheiten werden. Freilich, in der Erwartung, mit Hilfe der vom Heer erworbenen kriegerischen Lorbeeren die liberale Opposition im Lande zu sprengen, täuschte er sich: Am 5. Mai wurden die Militärnovelle der unnachgiebig verharrenden Regierung (dreijährige Dienstzeit) mit 258 gegen 33 feudale Stimmen und am 8. Juni die Mehrkosten der Heeresreorganisation im 65er Staatshaushalt ohne Debatte mit 207 gegen 22 Stimmen verworfen; der alte Standpunkt war somit in aller Schärfe behauptet. Ja, der Landtag war so störrig und kurzsichtig, sogar



**Faksimile eines Schreibens Bismarcks an König Wilhelm I.
Mit einer Randbemerkung des Königs.**

die Erwerbung und Befestigung des Kieler Hafens abzulehnen (2. Juni), wobei es wegen der Anzweiflung von Bismarcks Wahrheitsliebe durch Virchow zu einer Pistolenforderung kam, die durch Roons Vermittlung gütlich beigelegt ward. Auf der andern Seite wirtschaftete das Ministerium Bismarck nach abermaliger Schließung des Landtags (17. Juni) auf Grund seiner Ansicht von der Lücke in der Verfassung ohne Budget weiter und baute die Armee nach den Plänen des Königs und des Kriegsministers stetig aus.

Während dieser Wiederholung des Zwistes zwischen Krone und Zweiter Kammer schien sich auch die Krisis in der Rechtslage der besetzten Gebiete von neuem zu verschärfen. Von dem guten Willen der schleswig-holsteinischen Ständeversammlung den näheren Anschluß der Herzogtümer abhängig zu machen, war Bismarck keineswegs gewillt. Also durfte der neue Kleinstaat um keinen Preis dazu gelangen, sich doch noch unter dem Augustenburger zu konstituieren. Die vormalige Unterstützung der Erbrechte des letzteren wurde nun als diplomatischer Schachzug ausgegeben, der zusammen mit der Londoner Konferenz längst hinfällig geworden sei. Dagegen wurde die Voraussetzung des Wiener Friedens, wonach allein Dänemarks Rechte auf Schleswig-Holstein an die beiden Sieger abgetreten worden seien, von der Mehrheit der preußischen Kronjuristen als einzig mögliche Grundlage für die künftige Regelung verteidigt. Aber die Hoffnung auf eine glatte Auseinandersetzung mit Österreich trog. Graf Rechbergs Nachfolger, der mütterlicherseits vom Hause Coburg abstammende Graf Alexander Mensdorff-Pouilly, ließ sich nicht so ohne weiteres am preußischen

Gängelbande leiten. Die nach seinem Geständnis vom 12. Februar 1865 „total verfahrene" schleswig-holsteinische Angelegenheit suchte er schrittweise in österreichischem Sinne zu sanieren. Nachdem schon die Wiener Mission des Prinzen Friedrich Karl ergebnislos verlaufen war (15. bis 20. Januar 1865), erreichte Österreich von Preußen den Verzicht auf förmliche Einverleibung der drei Herzogtümer und lehnte dann die in Bismarcks Depesche vom 22. Februar niedergelegte Formulierung des Höchstmaßes des etwa zu errichtenden neuen Staatswesens am 5. März als Ganzes ab. Abermals wurde der Weg der Unterhandlungen beschritten. Verschiedene Vorschläge: Berufung einer schleswig-holsteinischen Ständeversammlung nach dem Gesetze von 1848, Heraufholen der oktroyierten Verfassung von 1854, die schon erwähnte Erwerbung des Kieler Hafens u. a. m., tauchten auf und verschwanden wieder, bis endlich dem preußischen Premier der Geduldsfaden riß. Im Juli 1865 schien eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen den beiden Okkupanten unvermeidlich geworden zu sein. „Mit dem Frieden sieht es faul aus, in Gastein muß es sich entscheiden", so schrieb Bismarck an sein „liebes Schwesterherz" am 12. Juli 1865 aus Karlsbad. Österreich wäre weder finanziell noch innerpolitisch in der Lage gewesen, einem energischen Stoße Preußens von Schlesien her lange Widerstand zu leisten. Dennoch wurde noch einmal der klaffende Gegensatz überbrückt: der Ministerpräsident von Bismarck fügte sich der Friedensliebe seines Königs und schloß unterm 14. August die sogenannte Gasteiner Konvention (unterzeichnet eine Woche später in Salzburg). Von vornherein als Pro-

visorium gedacht, bot sie in ihren Bestimmungen über das Kondominat doch Ausführungsmöglichkeiten, die dem preußischen Willen gegenüber der schon geographisch benachteiligten österreichischen Nachgiebigkeit beträchtliche Vorteile in Aussicht stellten. Die Herzogtümer wurden unterm 15. September 1865 wieder auseinandergerissen, Schleswig fortan von Preußen, Holstein von Österreich verwaltet und Lauenburg von Preußen mit allen Rechten der Landeshoheit und Oberherrlichkeit in Besitz genommen. Minister für Lauenburg wurde am selben Tage der preußische Premier, der von seinem dankbaren Könige nun zum Grafen erhobene Otto von Bismarck-Schönhausen.

Einen „eleganten" Sieg hat Graf Friedrich zu Eulenburg die dänischen Lorbeeren und, was damit zusammenhing, genannt; das ist entschieden richtig. Aber populär war der Sieg nicht*). Wieder hagelte es Proteste über Proteste von Städten, Ständen und Vereinen nicht bloß in den Herzogtümern, sondern in ganz Deutschland. Am 29. August 1865 richtete der französische Minister Drouyn de Lhuys an die auswärtigen Vertreter Frankreichs eine Zirkulardepesche, worin die höchst ungewöhnlichen Wendungen vorkommen: „Auf welchem Prinzipe beruht die österreichisch-preußische Konvention? Wir bedauern, in ihr keine andere Grundlage zu finden als die Gewalt, keine

*) Dasselbe gilt — eine überaus merkwürdige Parallele! — von seiner Erhebung zum Herzog von Lauenburg am 20. März 1890. Wie „elegant" auch die Anspielung auf den ersten auswärtigen Erfolg Bismarcks vom Kaiser gemeint war — der Geehrte begriff die darin liegende Unpopularität und machte deshalb keinen Gebrauch davon.

andere Rechtfertigung als die gegenseitige Konvenienz der beiden Teilungsmächte. Es ist das eine Praxis, der das heutige Europa entwöhnt war und für die man nur in den traurigsten Zeiten der Geschichte Präzedenzfälle findet. Gewalttat und Eroberung verderben den Rechtssinn und das Gewissen der Völker." Demzufolge stieß der von einer aus Berlin lancierten Broschüre „La convention de Gastein" verteidigte Gedanke an ein französisch-preußisches Bündnis in der Pariser Presse auf lebhaften Widerspruch. Dieser Ablehnung sekundierte Lord Russells Zirkulardepesche vom 14. September, die ebenfalls den Satz aufstellte: „die Autorität der Gewalt ist die einzige Macht, welche man in Gastein zu Rate gezogen und anerkannt hat."

Doch ein Bismarck war der letzte, der sich durch papierne Drohnoten hätte einschüchtern lassen. Die Beendigung des Bürgerkriegs in Nordamerika verlieh den Vereinigten Staaten gerade gegenüber dem in Mexiko festgefahrenen Frankreich und dem Mutterlande, das ein Auseinanderfallen der Union für wahrscheinlich gehalten, ja gewünscht hatte, ein Gewicht, das die europäischen Westmächte nicht übersehen durften. Dazu kamen Palmerstons Tod und die Rekonstruktion des Kabinetts, die sehr gefährliche Fenierverschwörung, die entsetzlichen Jamaika-Metzeleien und die Agitation für eine weitere Parlamentsreform, ferner das Abbröckeln des kaiserlichen Ansehens in Frankreich, der noch unbeglichene Rest der italienischen Einigung und die Verfassungskrisis in Österreich: kurz, eine Reihe von Schwierigkeiten der andern, die es dem preußischen Premier nahe legte, den 1865 nur zur Hälfte

gelungenen Versuch, die Herzogtümer einzuverleiben, im Jahre 1866 ernsthaft zu wiederholen.

* * *

Keine Frage: mit Bismarck als leitendem Minister Preußens war in die europäischen Verhältnisse, die sich seit 1815 — nur 1830/31 und 1848/49 unliebsam gestört — in so bequemer Weise „organisch entwickelt" hatten, d. h. mehr oder weniger versumpft waren, ein Element der Unruhe geraten. Die Spannung ließ nicht nach, solange einer seiner Hauptpläne noch nicht völlig hatte durchgeführt werden können. Das machte: er ritt nicht auf einem Prinzipe herum, sondern probierte es bald mit dem einen, bald mit dem andern Mittel, natürlich immer unter Wahrung des obersten Grundsatzes, den er im Auge hatte. Dem Zeitgenossen von Durchschnittsbildung war es selbstverständlich oft schwer, den Gewaltigen richtig zu verstehen; ja, man darf behaupten: selten ist wohl ein großer Staatsmann so lange und so gründlich mißverstanden worden wie Otto von Bismarck. Besonders unter die Konfliktszeit passen seine Worte vom 3. August 1866 als abschließendes Urtel: „Die Leutchen haben alle nicht genug zu tun, sehen nichts als ihre eigene Nase und üben ihre Schwimmkunst auf der stürmischen Welle der Phrase. Mit den Feinden wird man fertig — aber die Freunde! Sie tragen alle Scheuklappen und sehen nur Einen Fleck von der Welt." Wäre Bismarck nicht die Kampfnatur gewesen, die er nun einmal war, hätte er sich nicht im Blitzenlassen seines überlegenen Spottes persönlich wohlgefühlt — wahrhaftig, man wäre versucht, ihn innig zu bedauern, daß er Jahr-

zehnte hindurch mit so vielen kleinlichen Zwergen sich hat herumschlagen müssen! Wer will es ihm ernstlich verdenken, wenn er schließlich hie und da einmal ärgerlich polternd dazwischenfuhr und seine eherne Faust just einen Unglücklichen fühlen ließ, der vielleicht ausgerechnet diesen Schlag am wenigsten verdient hatte? Neben und unter diesem Riesen zu arbeiten, muß zwar recht ehrenvoll und sehr interessant, mag aber nicht immer durchaus angenehm gewesen sein. Bei genauerer Betrachtung gewinnt er selbst damit in unsern Augen. Daß Bismarck derbe Ecken und Kanten hatte, gerade dies bringt ihn uns menschlich näher. Daß er dadurch verlöre, kann nur die Mißgunst behaupten, die nichts anderes als Mittelmäßigkeit gelten lassen will. Und wenn auch bei diesem Streiten und Widerstreiten eine Unsumme von Nervenkraft — nicht zuletzt durch Bismarck selbst — verbraucht worden ist: es war doch nicht nur ein Drama voller Leben und Temperament, was sich da vor uns seit dem historischen Herbste des Jahres 1862 auftut, sondern eine wirklich große Zeit. Trotzig haben das selbst die anerkennen müssen, deren politische Ziele in eine ganz andere Richtung wiesen oder deren Weltanschauung nach ganz andern kulturellen Punkten orientiert war. Besonders in der inneren Politik ist auch einem Bismarck im Strome der Jahre eine Menge von großen oder kleinen Fehlern und Mißgriffen unterlaufen — der Gigant, der sie beging, wird dadurch nicht verkleinert, wenn wir uns sie klar machen nicht aus hämischer Freude am Tadeln und Herabsetzen, sondern aus dem Streben heraus, ihre Wiederholung verhüten zu helfen.

Unter diesem Gesichtspunkte seien an dieser Stelle, wenn sie auch zeitlich beträchtlich später fallen, einige mehr oder weniger schiefe Urteile aus den Briefen Gustav Freytags an seinen Freund Albrecht von Stosch mitgeteilt, die dem Verfasser bei seiner Bearbeitung dieser Korrespondenz bemerkenswert erschienen. So schreibt er am 6. November 1881: „Man kennt jetzt ziemlich überall die Mischung von Löwe, Wolf und Fuchs, welche in der Seele dieses dramatischen Charakters vereinigt sind." Oder am 11. Januar 1882: „. . . Gut. Da wären wir wieder bei diesem Kerl angekommen, bei dem alles aufhört. . . . dieser verfluchtige Nußknacker! Immer derselbe. Es wird Zeit, daß er zurückgetreten wird. Aber er ist so groß und dick und klug. Jetzt hält er schon gar dem Prinzen Wilhelm im Reichstag Vorlesungen über Sozial- und Wirtschaftspolitik! Sein und unser Unglück ist, daß er, der eigentlich zum Journalisten angelegt war, so spät und auf verkehrtem Wege in seinen Beruf kommt. Wäre er zuerst Zeitungsschreiber gewesen und dann Kanzler geworden, so hätte er sich in seiner Jugend auf verschiedenen Standpunkten ausgehüpft und freigeschrieben; jetzt aber müssen wir seine Journalartikel in Kammerreden und kaiserlichen Dekreten ertragen."

So dachte und schrieb ein guter deutscher Mann und anerkannter Patriot wie Freytag *nach* 1866, 1870/71 und 1878! Ist es da ein Wunder, wenn Bismarck *vor* dem deutschen Schicksalsjahr 1866 noch viel schlimmer verlästert und verketzert wurde? Vergegenwärtigt man sich aber diesen ungeheuren Kontrast zwischen dem Übelwollen einer kurzsichtigen Umwelt

und dem unverdrossenen Können und Tun des Einen, so wächst auch die Bewunderung und ungeheuchelte Achtung vor dem Charakter, der all diese Kläffer und unbequemen Steine des Anstoßes entweder gelassen ertrug oder zornig beiseiteschob, wenn sie seine Bahn gar zu hartnäckig zu belästigen drohten. Und zu dem Übermaße von aktiver Arbeitskraft und dem mannhaften Durchfechten des einmal als nötig und — möglich Erkannten kam ein drittes: eine geradezu unheimliche Kunst, das Minus fremder Irrtümer und Trugschlüsse in ein Plus auf dem eigenen Konto umzubiegen. Niemand hat die Schwächen der Gegner so scharf erkannt und so genial zu seinen gunsten ausgebeutet wie Otto von Bismarck. Davon zeugt wie kein anderes das Jahr 1866, der Wendepunkt der neuern deutschen Geschichte.

„Ja, das Glück, es lacht dem Kühnen!" So dachte Bismarck, als er sich anschickte, die nur als Provisorium entschuldbare Vereinbarung von Gastein so oder so einer verständlichen Lösung zuzuführen. Wie er sich sein Vorgehen dachte, hat er in zwei größeren Reden angedeutet. Erstens mußte er die Zustimmung seines Königs, die 1865 in Karlsbad noch nicht zu haben gewesen war: damals wollte Wilhelm kein Angreifer sein, unbedingt erlangen. Denn gegen oder auch nur ohne sie vermochte ein Bismarck nicht zu handeln. „Es gibt tatsächlich keine andere preußische Politik als diejenige, welche die vom König eingesetzte Regierung betreibt", so äußerte er sich am 13. Juni 1865. Und als daraufhin der Abgeordnete Dr. med. Wilhelm Löwe(-Kalbe) es bemängelte, daß das Ministerium für seine Fehler den König als Deckung in Anspruch

nehme, da erwiderte Bismarck: „Die Tatsache, daß Seine Majestät der König die Politik Preußens, wie es sein verfassungsmäßiges Recht ist, selbst betreibt, die existiert! Ich halte Seine Majestät dem Könige Vortrag, und Seine Majestät befehlen auf den Vortrag, was geschehen soll. Würde etwas befohlen werden, was ich nach meiner Überzeugung mit dem wahren Wohl des Landes unverträglich fände, so würde ich meinen Abschied nehmen. Mein Verweilen auf meinem Posten zeigt Ihnen also, daß ich allerdings die von Seiner Majestät dem Könige befohlene Politik dem Wohl des Landes für zuträglich halte und derselben mit Bereitwilligkeit diene; aber die Tatsache bleibt immer bestehen, daß die Könige von Preußen ihre Politik nach selbsteigenem Willen betreiben, und ich freue mich, daß dem so ist." In diesem jeder Heuchelei baren Bekenntnis liegt der Schlüssel zum Verständnis des so wohl nur in einem deutschen Staatswesen möglichen Verhältnisses zwischen Fürst und Minister. Nicht für seine Fehler lehnte Bismarck die Verantwortung ab, sondern er übertrug das Verdienst an einer tapferen und konsequenten Politik auf seinen Herrn.

Das war die theoretische Seite der Sache. Die praktische faßte er so an: „Nachdem durch den in Gastein und Salzburg abgeschlossenen Vertrag Seine Majestät der Kaiser von Österreich Seinen Teil an den Souveränetätsrechten über das Herzogtum Lauenburg an Seine Majestät den König abgetreten hat, ist dasselbe mit der Krone Preußens vereinigt worden. . . . Die schließliche Entscheidung über die Zukunft der andern beiden Elbherzogtümer ist in demselben Vertrag einer weiteren Verständigung vorbehalten; Preußen aber

hat in dem Besitz Schleswigs und der in Holstein gewonnenen Stellung ein ausreichendes Pfand dafür erhalten, daß diese Entscheidung nur in einer den deutschen Nationalinteressen und den berechtigten Ansprüchen Preußens entsprechenden Weise erfolgen werde. Gestützt auf die eigene, durch das Gutachten der Kronsyndici bestärkte rechtliche Überzeugung, ist Seine Majestät der König entschlossen, dieses Pfand bis zur Erreichung des angedeuteten Zieles unter allen Umständen festzuhalten." So Bismarck in der Rede zur Eröffnung des Landtags am 15. Januar 1866. Wenn ein Mann wie er einfließen ließ „unter allen Umständen", dann wußte er genau, was er wollte. Also hatte er in der Zwischenzeit das Einverständnis seines Fürsten erreicht, die in Gastein und Salzburg nur halb erledigte Frage in preußisch-deutschem (man beachte diese bei Bismarck neue, staatsmännisch kluge Verquickung!) Sinne zu lösen. Und mit der ihm eigenen Treffsicherheit ließ er der Ankündigung eine Reihe entsprechender Taten auf dem Fuße folgen.

Der wohlwollenden Neutralität Kaiser Napoleons III. seit den glücklichen Oktobertagen der Jahre 1864 und 1865, die er in Biarritz verlebt hatte, ziemlich sicher, richtete Bismarck zunächst, am 26. Januar 1866, eine ungewöhnlich scharfe Depesche an das österreichische Kabinett, worin er das Regiment Österreichs in Holstein einschneidend kritisierte, sich selber als von jenem bitter getäuscht hinstellte und bei Ablehnung einer (von Preußen zu diktierenden) Gesamtpolitik sich volle Freiheit des Handelns vorbehielt. Dann be-

gann er, um den Grafen v. Mensdorff mürbe zu machen, Italien, das seit Lamarmoras Zirkulardepesche vom 25. November 1865 die venetianische Frage wie eine offene Wunde behandelte, deren Heilung dränge, in die Interessensphäre Preußens zu ziehen: am 29. Januar 1866 überreichte der preußische Gesandte zu Florenz, Graf Karl von Usedom, dem König Viktor Emanuel II. in Anerkennung des raschen Abschlusses des Handelsvertrags den hohen Orden vom Schwarzen Adler. Als nun Österreich am 7. Februar Bismarcks Beschwerden auf die Gefahr eines Bruches mit Preußen hin als unbegründet zurückgewiesen und am 16. Februar seinerseits durch Ausdehnung des Handelsvertrags mit Sardinien auf alle italienischen Herkünfte Italien zu gewinnen vergeblich versucht hatte, war die einzuschlagende Bahn deutlich vorgezeichnet. Am 28. Februar entschied König Wilhelm im Kronrate, die Erwerbung der Elbherzogtümer sei einen Krieg wert. Am 10. März traf, unter dem unmittelbaren Eindruck einer kriegerischen Kammerrede des italienischen Generals Grafen Luigi Menabrea, sein Kamerad Giuseppe Govone als Unterhändler in Berlin ein. Kaiser Franz Joseph berief einen Marschallrat ein, ließ militärische Konferenzen abhalten und rüsten; Sachsen tat desgleichen. Am 23. März kam der Entwurf eines preußisch-italienischen Bündnis-Eventualvertrags zustande, am 8. April 1866 wurde er für drei Monate festgemacht. Nun setzte es die unvermeidlichen Plänkeleien im Bundesrate zwischen Preußen und seinen Anhängern einer-, Österreich und seiner Gefolgschaft anderseits. Ein aufregendes Hin und Her. Der fanatische Versuch des Studenten Ferdinand Cohen-Blind, Bismarck

kurzerhand hinwegzuräumen, schlug fehl (7. Mai 1866). Zu Abrüstungen will sich niemand verstehen; eine von Frankreich unterm 17. Mai angeregte Friedenskonferenz wird schon am 3. Juni von ihm selbst als unmöglich fallen gelassen. Am 7. Juni rücken die Preußen in Holstein ein. Österreich erklärt dies am 11. Juni für einen Vertragsbruch und beantragt die schleunige Mobilmachung des Bundesheeres ohne die preußischen Korps. Fand der Antrag keine Mehrheit, so fiel die Ruine des Deutschen Bundes vollends auseinander; aber das Gegenteil geschah: am 14. Juni wurde er zum Beschluß erhoben. Damit war der Bundeskrieg gegen Preußen erklärt.

Der Deutsche Krieg gehört zu den raschesten Entscheidungen von Bedeutung, die die gesamte Weltgeschichte zu verzeichnen hat. Am 22. Juni setzten sich die preußischen Heere in Bewegung, überschritten die böhmische Grenze, und schon am 3. Juli war der eigentliche Feldzug beendet. Wer, wie so mancher mit Kaiser Napoleon, die Kraft des preußischen Volkes nicht allzu hoch eingeschätzt hatte, sah sich in seiner Berechnung herb getäuscht. Die innere Spaltung war mit einem Schlage dem Staatsgefühl, der Pflicht, der Disziplin gewichen. Der Mangel an Kriegserfahrung wurde wettgemacht durch den Ernst des Bewußtseins, jetzt für das Ganze einstehen zu müssen. Die so bitter befehdete Heeresreform bewährte sich nun trefflich. Die vollkommenere Ausrüstung und Bewaffnung, die höhere Intelligenz auf seiten der Preußen gab den Ausschlag: der preußische Schulmeister gewann die Schlacht von Königgrätz.

Wie aus einem Traume schrak die Welt der Zu-

schauer auf. Schon sah man das ehrwürdige Wien in den Händen der Sieger. Da rettete gerade der Dreimonats-Bund mit Italien, den Preußen geschlossen hatte, den Besiegten vor der letzten Demütigung; denn zu Lande bei Custoza (24. Juni) und zur See bei Lissa (21. Juli) siegreich, rettete Österreich seine Waffenehre und war damit in der Lage, durch den Verzicht auf Venezien, das es ohne Bedingung an Frankreich abtrat, das Schlimmste von sich selber abzuwehren. Aber seinen Ausschluß aus Deutschland konnte es nicht abwenden. Das war die Bedingung, unter der Bismarck, sonst zu jedem Entgegenkommen bereit, auf das seinen Triumph hemmende Anerbieten der französischen Vermittlung überhaupt einging; denn inzwischen hatten seine Preußen auch in Süddeutschland gesiegt (am 16. Juli Einzug in Frankfurt a. M.). Die Bahn für eine gründliche Neuordnung der deutschen Verhältnisse war völlig frei.

Hiebei kam nun das große staatsmännische Genie des Grafen Bismarck glänzend zum Durchbruche. Gegen König Wilhelm und das Hauptquartier setzte er zu Nikolsburg den Abschluß einer fünftägigen Waffenruhe, am 26. Juli den von Friedenspräliminarien mit Österreich durch. Nach dem alten Rezepte Divide et impera hatte er damit Österreich von seinen bisherigen Bundesgenossen abgedrängt. Mit diesen werden Einzelabkommen getroffen. Unterm 3. August lädt Bismarck die süddeutschen Staaten zu Friedensunterhandlungen in Berlin, die Staaten nördlich vom Maine den Tag darauf zu einem Bündnis unter Gründung eines norddeutschen Bundes ein. Und am 5. August setzte er seiner Mäßigung die Krone auf, indem er zur

Eröffnung des Landtags seinen König in der Thronrede sagen ließ: „Ich hege das Vertrauen, daß die jüngsten Ereignisse dazu beitragen werden, die unerläßliche Verständigung insoweit zu erzielen, daß meiner Regierung in bezug auf die ohne Staatshaushaltsgesetz geführte Verwaltung die Indemnität, um welche die Landesvertretung angegangen werden soll, bereitwillig erteilt und damit der bisherige Konflikt für alle Zeit zum Abschluß gebracht werden wird."

Gegenüber der gleichzeitig angekündigten Vergrößerung Preußens erhebt Frankreich am 7. August Kompensationsforderungen. Kühl lehnt sie Bismarck ab, und Napoleon beruhigt sich dabei (14. August). Am 18. August schließen die norddeutschen Staaten ihr Bündnis mit Preußen, am 23. macht Österreich zu Prag seinen Frieden mit ihm. Am Tage darauf tagt der Rumpfbundestag zum letztenmal in Augsburg.

9. Bundeskanzler.

Preußens Hader wird geschlichtet, mit Indemnität tauscht freundlich Amnestie jetzt ihre Karte.

Mit dem Gewinne von Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt a. M. sowie der selbstverständlichen Einverleibung Schleswig-Holsteins schloß der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland für das von Bismarck geleitete Preußen überraschend glücklich ab. „Nur Deutschland hat gewonnen, was Preußen erworben", so heißt es versöhnend in der königlichen Proklamation an die Hannoveraner vom 3. Oktober 1866. Im Besitze der Macht ging das vergrößerte Königreich stolz und frohgemut daran, den früher falschen, jetzt aber nicht bloß zulässigen, sondern einzig richtigen Weg der moralischen Eroberungen von neuem und diesmal mit begründeter Aussicht auf Erfolg zu beschreiten. Dies läßt sich besonders aus den Vereinbarungen des Jahres 1867 greifbar deutlich erkennen. Und hinwiederum im Besitze dieser äußeren Vormachtstellung zeigte ihr furchtbarer Schöpfer, der die Kleinen widerwillig ferro ignique zusammengeschmiedet hatte, daß er sehr wohl auch Friedenswerke zu leisten berufen und imstande sei.

Dabei beobachten wir abermals das fast künstlerisch anmutende rasche Zufassen und Vollenden, wo andere sich vor lauter Bedenklichkeiten nicht getraut hätten, selbst nur Vorbereitungen zu planen. Am 7. Februar 1867 schließt Preußen mit Sachsen einen Militärvertrag ab; am 9. Februar unterzeichnen sämtliche Bevoll-

mächtigten der Bundesstaaten den vorher vereinbarten Entwurf der dem Norddeutschen Reichstage vorzulegenden Bundesverfassung; am 24. Februar wird der Norddeutsche Reichstag in Berlin glänzend eröffnet: eine Versammlung, „wie sie seit Jahrhunderten keinen deutschen Fürsten umgeben hat". Da taucht auch schon eine neue „Frage" internationalen Charakters auf, die von Holland am 20. Februar angeschnittene und am 28. Februar von Frankreich aufgenommene luxemburgische, und bereits am 30. April ist der Ausgleich mit Preußen zustande gekommen: letzteres verzichtet friedfertig auf die Besetzung der Festung (die geschleift wird), Frankreich auf die erhoffte Einverleibung. Unterdes hatte im März und April der Reichstag Bismarcks Entwurf einer Bundesverfassung beraten; am 17. April war sie unter Dach und Fach. Durchgesetzt waren namentlich die alleinige Verantwortlichkeit des Bundeskanzlers (Debatte vom 27. März) und das allgemeine direkte Wahlrecht (Tag darauf). Den süddeutschen Staaten war der Eintritt in den Bund ausdrücklich offengehalten (10. April). Am 27. April entläßt Württemberg zwei antipreußisch gesinnte Minister. Um die Festigkeit der neuen Verhältnisse auch nach außen zu bezeugen, waren schon am 20. März die bisher geheimgehaltenen Schutz- und Trutzbündnisse veröffentlicht worden, die Preußen mit Bayern, Württemberg und Baden im August 1866 zugleich mit den Friedensschlüssen eingegangen war. Die Fortschrittler trennten sich von den Nationalliberalen, die fortan zu den zuverlässigsten Anhängern der Bismarckschen Politik gehören. Nun ließ sich in bejahendem Sinne weiterarbeiten. Es ist tatsächlich richtig, wie vor Jahresfrist

der Bayer Phil. Zorn überzeugend dargetan hat: daß nicht 1870, sondern 1866 die einschneidende Wendung in der neuen deutschen Geschichte, den entscheidenden Ruck nach vorwärts gebracht hat. Darum war es, wenn anders die entwickelnde Geschichtschreibung recht hat, unbedingt nötig, die vielfach gering geschätzten oder ganz überschlagenen, jedenfalls halbvergessenen Vorstufen zum Bau verhältnismäßig, d. h. so weit, wie dies eben der gewollt knappe Raum überhaupt zuließ, ausführlich klarzustellen.

Der wirklich große Erfolg ist und bleibt 1866. Ihm hat 1870/71 eigentlich nur die Erweiterung verschafft, daß aus dem Bund ein Reich, aus dem Präsidium ein Kaiser ward; und äußeren Glanz hat es darübergebreitet. Um aber diesen ganzen Aufstieg richtig zu erfassen und innerlich zu verstehen, mußten wir bei seinem Werden etwas länger verweilen. Der Rest des öffentlichen Wirkens Bismarcks mündet mit immer wachsender Breite und Entschiedenheit in gemeindeutsche Geschichte aus. Von nun an beschränken wir uns, um die Gestalt unseres Helden nicht zu sehr vom Rankenwerke der — teils von ihm selber geschaffenen, teils ihn ständig beeinflussenden — Umwelt überwuchern zu lassen, auf die Heraushebung markanter Erlebnisse und heroischer Taten des größten Sohnes unseres großen Vaterlandes.

Am 11. März 1867 hatte Bismarck den Abgeordneten zum Norddeutschen Reichstage zugerufen: „Meine Herren, arbeiten wir rasch! Setzen wir Deutschland sozusagen in den Sattel! Reiten wird es schon können.“ Unter dem Eindrucke dieser zuversichtlichen Prophezeiung dichtete damals Gustav Schwetschke die Verse:

„Reiten wird es, wackrer Bismarck!
Freilich etwas ungemütlich
auf der Bahn mit Hindernissen
ist der Ritt; es drohen Schranken,
Wälle, Gräben — doch nur vorwärts!“

Und er fragte sehnsüchtig: „Ach, wann kommst du? Reich der Zukunft? Aller Deutschen Reich?“ Wir Epigonen aber freuen uns seines festen Bestehens und trotzen in trauter Waffenbrüderschaft mit dem seit 1879 — durch den Schreckensmann von 1866! — uns eng verbündeten Österreich-Ungarn siegreich einer ganzen Welt von Feinden. Das nennt man Entwicklung!

In mehr als merkwürdiger Weise ist sie vorausgeahnt im Rahmen einer anderthalbstündigen Rede, die nach seiner nicht unglaubwürdigen Versicherung der schon erwähnte Graf Arthur Seherr Thoß am 2. Januar 1869 von Bismarck entgegengenommen hat (gedruckt immerhin auch schon 1881!). Die Stelle lautet so:

„Preußen hat gar kein Interesse daran, Zwietracht zwischen Ungarn und Österreich zu stiften. . . . Wir haben alles Interesse daran, daß die österreichisch-ungarische Monarchie erstarke, in enge Freundschaft zu uns trete. Die Aufrichtigkeit dieses Wunsches begründet sich eben in der jetzigen Umgestaltung Österreich-Ungarns. Die dualistische Gestaltung der Monarchie bringt es mit sich, daß wir von dieser Seite eine Aggression wenig zu fürchten haben. Dagegen ist uns Österreich-Ungarn als Bundesgenosse von großem Werte. Man hat uns in Wien das Jahr 1866 noch nicht vergessen. Das wird sich geben, sobald man

erkannt haben wird, welche Kraft Österreich-Ungarn aus einer innigen Verbindung mit uns schöpfen kann...

Mit Frankreich werden wir Krieg bekommen, da es uns Sadowa nicht verzeiht, als wäre es eine französische Niederlage. . . . Wir werden siegen... Eine längere Periode wird dann eintreten, während welcher wir gegen Frankreich auf der Hut sein müssen. Vielleicht wird es noch eines zweiten Krieges bedürfen, um Frankreich zu beweisen, daß wir ihm ebenbürtig sind. Sind die Franzosen erst zu dieser Erkenntnis gekommen, so ist kein Grund vorhanden, warum nicht Franzosen und Deutsche gute Nachbarschaft halten sollten. Der wahre Feind für das zivilisierte Europa kann dann Rußland werden; wenn dieses sein Eisenbahnnetz ausgebaut, seine Armee reorganisiert hat, kann es mit zwei Millionen Soldaten marschieren. Dann muß sich Europa koalieren, um dieser Macht zu widerstehen."

Wenn man sich diese ungewöhnliche Treffsicherheit recht klar vorstellen will, dann darf man nicht außer acht lassen, daß es dem großen Staatsmanne trotz seiner persönlichen Überlegenheit niemals leicht gemacht worden ist, sich durchzusetzen. Zwar: die Mehrheit des Volkes und seiner Vertretung hatte er, wenn auch unter wechselndem Aushängeschilde, meist hinter sich; dafür erstanden ihm Widersacher innerhalb seines engeren Wirkungskreises — vom Problem „Augusta" ganz zu schweigen*) —, die ihm das Leben recht schwer

*) Vgl. darüber am besten das Buch von Friedrich Nippold: Das Kaiserin-Augusta-Problem (Leipzig, Hirzel 1914). Doch behandelt es in der Hauptsache nur die religiöse Seite der Frage, die interkonfessionelle Stellung der ersten deutschen

machten. So stoßen wir gleich im Anfange des 70er Krieges auf ähnliche Beschwerden gegen die höheren Generalstabsoffiziere, die sogenannten „Halbgötter", wie er sie schon unterm 30. Juni 1866 verzeichnet hat: „Es war damit der Keim zu einer der Ressort-Eifersucht entspringenden Verstimmung der Militärs gegen mich wegen meiner persönlichen Stellung zu Seiner Majestät gelegt, die sich im Laufe des Feldzuges und des französischen Krieges weiter entwickelte." Bismarck sollte „militärisch boykottiert" werden und war nicht immer siegreich bei seinen wiederholten Versuchen, dies für den doch schließlich den Ausschlag geben sollenden Staatsmann unerträgliche Verhältnis zu seinen Gunsten zu ändern. Doch sind wir damit bereits den einleitenden Ereignissen vorausgeeilt: wir müssen ja, obwohl gerade diese Dinge schon tausendmal erzählt sind, ganz kurz schildern, welche Verwicklung unsern Helden, der bis über die Mitte der 60er Jahre hinaus als Franzosenfreund gegolten hatte, nun auf einmal als Feind nach Frankreich geführt hatte, und folgen dabei u. a. den erst vor kurzem veröffentlichten Aufzeichnungen des Geh. Legationsrates Dr. Wilhelm Cahn, damals Kanzlers der bayrischen Gesandtschaft in Paris.

Am 3. Juli 1870 hatte eine Depesche der „Agence Havas" in der „Gazette de France" berichtet, eine von General Prim, dem spanischen Ministerpräsidenten, abgesandte Abordnung habe dem Erbprinzen Leopold von Hohenzollern die Krone Spaniens angeboten, und

Kaiserin. Diese lebte in einer ganz eigentümlichen Atmosphäre, der Nüchternheit Bismarks so unähnlich wie möglich; daher auch wenigstens ein Teil der Differenzen, durch die die beiden voneinander getrennt waren und blieben.

der habe sie angenommen. Das Zepter Kaiser Karls V. in den Händen eines „preußischen" Prinzen! Das war den Franzosen zu viel der Herausforderung. Die Aufregung in Paris stieg von Stunde zu Stunde. Mit rascher Frontveränderung opferte Bismarck am 5. Juli die zollersche Kandidatur und zog sich vorsichtig auf die mehr passive Rolle eines aufmerksamen Zuschauers zurück. Also wäre noch eine Beilegung der Krise möglich gewesen, wenn nicht in Frankreich durch die Haltung der Presse bereits die öffentliche Meinung zu aufgeregt gewesen wäre. Dadurch bekam der Protest der französischen Regierung statt eines mäßigenden einen drohenden Ton. Daß die entscheidenden Verhandlungen sehr gegen Bismarcks Absicht nicht in Paris, sondern in dem örtlich und sachlich exponierten königlichen Hauptquartier in Ems geführt wurden, lag an dem Versagen des preußischen Botschafters Freiherrn Karl von Werther in Paris, der sich gleich bei den ersten Verhandlungen dazu bereit erklärt hatte, „die ihm gemachten Mitteilungen zur Kenntnis des Königs zu bringen", und schließlich sogar versprach, „in Ems an seinem Teile alles zu tun, daß der König seinen Verwandten zum Verzicht auf die spanische Krone bestimme". Daß sich die französische Regierung durch Werther direkt an die Person König Wilhelms wandte, widersprach allen Gepflogenheiten und Gesandtenpflichten: der Botschafter hätte unbedingt auf seinen Posten bleiben und den Bescheid seiner Regierung abwarten müssen. Bismarck ließ ihm denn auch am 5. Juli durch Geheimrat Heinrich Abeken befehlen, unter allen Umständen auf seinem Posten zu verharren. Das Telegramm ging um 7 Uhr abends ab — seit 5 Uhr saß Werther bereits

in der Bahn auf dem Wege nach Ems, wo er am 6. Juli früh 9 Uhr eintraf. Durch diesen unüberlegten Schritt kam es denn überhaupt zu den berühmten Emser Tagen. So konnte es geschehen, daß der König „ohne ministerielle Bekleidungsstücke" tagelang hochpolitische „Gespräche" führte. Obgleich Bismarck hartnäckig daran festhielt, ihren offiziellen Charakter zu leugnen, hatten sie den Charakter entscheidender Verhandlungen.

Trotzdem Fürst Karl Anton von Hohenzollern im Namen seines abwesenden Sohnes die gefährliche Kandidatur zurückzog, ließ sich die rollende Schicksalskugel nicht mehr aufhalten. Herzog A. von Gramont erfand das kecke, durch Kaiser Napoleon, die Kaiserin Eugenie und Emile Ollivier, den Mann mit dem „leichten Herzen", noch verschärfte Diplomatenstückchen des Entschuldigungsbriefes, den König Wilhelm in Form eines für alle Zeiten gültigen Verzichts der Hohenzollern auf die spanische Krone auszustellen habe.

Als König Wilhelm am 13. Juli 1870 morgens auf der Emser Brunnenpromenade den Botschafter Vinc. Benedetti anredete, war ihm der Verzicht des Fürsten Karl Anton schon bekannt. Der Fürst von Hohenzollern hatte drei Depeschen abgesandt; die erste, an Marschall Prim, die zweite an den Botschafter S. Olozaga in Paris, die dritte an die hervorragendsten deutschen Zeitungen. Letztere, schon in früher Morgenstunde überall angeschlagen, lautete:

„Sigmaringen, den 12. Juli.

Der Erbprinz von Hohenzollern, um der spanischen Regierung die Freiheit ihrer Initiative zurückzugeben, entsagt seiner Thronkandidatur, fest

entschlossen, eine untergeordnete Familienfrage n i ch t zu einem K r i e g s v o r w a n d e heranreifen zu lassen."

Benedetti suchte nun, der Weisung seiner Regierung entsprechend, den König zu bestimmen, in betreff der hohenzollerschen Frage noch über einige Punkte Aufklärung zu geben. Hierauf erwiderte der König, daß er in der Angelegenheit ein Schreiben an den Fürsten Karl Anton gerichtet habe, und daß er jede weitere Erörterung ablehnen müsse, solange ihm keine Antwort vom Fürsten zugekommen sei. Sofort nach ihrem Eintreffen würde er, wie schon früher bestimmt, seine Zustimmung zu diesem Verzicht erteilen.

Demzufolge sandte der König gleich nach Eintreffen der bestätigenden Verzichtantwort des Fürsten Karl Anton seinen diensttuenden Adjutanten, Prinzen Anton Radziwill, zum französischen Botschafter mit der Mitteilung, daß Prinz Leopold nunmehr auch ihm gegenüber verzichtet habe. Der französische Botschafter bemerkte hierauf dem Prinzen Radziwill, daß der König seine ausdrückliche Zustimmung zu dem hohenzollerschen Verzicht zugesagt habe und daß ihm überdies eine weitere Audienz über die am Morgen angeregten Punkte einer Z u k u n f t s garantie in Aussicht gestellt worden sei. Der König ließ darauf dem Botschafter durch den Adjutanten vermelden, daß er allerdings vergessen habe, seiner Mitteilung über den Verzicht die Bemerkung hinzuzufügen, daß er zu dieser Entsagung seine Zustimmung erteile; er ermächtige den Botschafter, die französische Regierung von dieser Zustimmung in Kenntnis zu setzen. Der Botschafter

nahm von dieser ihm mündlich bestellten Zustimmung Akt, bat aber gleichzeitig den Fürsten Radziwill, bei König Wilhelm anzufragen, wann er zu der ihm in Aussicht gestellten Audienz antreten dürfe. Der König schickte den Prinzen Radziwill zum drittenmal zum Botschafter mit der Bestellung, daß für ihn die Angelegenheit nunmehr erledigt sei, und daß er in ihr keine Mitteilung mehr zu machen habe.

Zwischen der zweiten und dritten Bestellung an Benedetti hatten dem Könige Staatsminister Graf Eulenburg und Geheimrat Abeken das Ansinnen des Herzogs von Gramont an den Botschafter von Werther zur Kenntnis gebracht. Diese Zumutung hatte den König so empört, daß die dritte Bestellung an den Botschafter Benedetti einen vollständigen Abbruch bedeutete. Gleichzeitig ließ der König durch Abeken 3,50 eine Depesche folgenden Inhalts an Bismarck abgehen:

„Seine Majestät der König schreibt mir: Graf Benedetti fing mich auf der Promenade ab, um auf zuletzt sehr zudringliche Art von mir zu verlangen, ich sollte ihn autorisieren, sofort zu telegraphieren, daß ich für alle Zukunft mich verpflichtete, niemals wieder meine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkämen. Ich wies ihn, zuletzt etwas ernst, zurück, da man à tout jamais dergleichen Engagements nicht nehmen dürfe noch könne. Natürlich sagte ich ihm, daß ich noch nichts erhalten hätte, und da er über Paris und Madrid früher benachrichtigt sei als ich, er wohl einsähe, daß mein Gouvernement wiederum außer Spiel sei.

Seine Majestät hat seitdem ein Schreiben des Fürsten Karl Anton bekommen. Da Seine Majestät dem Grafen Benedetti gesagt, daß er Nachricht vom Fürsten erwarte, hat Allerhöchstderselbe, mit Rücksicht auf die obige Zumutung, auf des Grafen Eulenburg und meinen Vortrag beschlossen, den Grafen Benedetti nicht mehr zu empfangen, sondern ihm nur durch einen Adjutanten sagen zu lassen, daß Seine Majestät jetzt vom Fürsten die Bestätigung der Nachricht erhalten, die Benedetti aus Paris schon erhalten, und dem Botschafter nichts weiter zu sagen habe.

Seine Majestät stellt Euer Exzellenz anheim, ob nicht die neue Forderung Benedettis und ihre Zurückweisung sogleich sowohl unsern Gesandten als der Presse mitgeteilt werden sollte."

* * *

Als die Depesche am 13. Juli abends bei Bismarck ankam, hatte dieser die Generale Roon und Moltke zu Tisch. Bismarck hatte gerade vorher seinem Mißmut darüber Ausdruck gegeben, daß man französische Anmaßungen so langmütig hinnähme; er befürchte, daß der König von der in Koblenz weilenden Königin in der Richtung eines unter allen Umständen aufrechtzuerhaltenden Friedens allzusehr beeinflußt werde. Da wurde das Eintreffen der Abekenschen Depesche gemeldet.

Die Vorlesung dieses langatmigen Schriftstückes machte auf die beiden, durch die Schilderung der Sachlage in Ems mißgelaunten Generale keinen besonders günstigen Eindruck. Aber Bismarck war die langen Noten und die pastorale Weitschweifigkeit Abekens ge-

wöhnt, und sein großer Bleistift machte mit unglaublicher Geschwindigkeit aus dem längsten Schriftstück ein in knapper Form gehaltenes, nur Wesentliches zum Ausdruck bringendes Schreiben.

Bismarck hatte sofort aus der Depesche Abekens herausgelesen, daß ihm Seine Majestät der König anheimgab, „den deutschen Gesandten (an den fremden Höfen) sowie auch der Presse von der Forderung Benedettis und deren Zurückweisung Mitteilung zu machen."

Bismarck stellte an Moltke einige Fragen in bezug auf den Stand der Rüstungen, resp. auf die Zeit, deren dieselben bei der überraschend aufgetauchten Kriegsgefahr noch bedürfen würden.

Moltke antwortete darauf, wenn Krieg ausbrechen sollte, so erwarte er von einem Aufschub keinen Vorteil ... er halte den schnellen Ausbruch im ganzen für vorteilhafter als eine Verschleppung. Bismarck entschuldigte sich auf einige Minuten bei seinen Tischgästen, und von der ihm von Abeken übermittelten Ermächtigung des Königs Gebrauch machend, reduzierte er das Telegramm, ohne etwas hinzuzufügen, auf folgende Fassung:

„Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Prinzen von Hohenzollern der kaiserlich französischen Regierung von der königlich spanischen amtlich mitgeteilt worden sind, hat der französische Botschafter in Ems an Seine Majestät den König noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisieren, daß er nach Paris telegraphiere, daß Seine Majestät der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkommen sollten.

Seine Majestät der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen, und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Seine Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzuteilen habe."

Nachdem Bismarck seinen beiden Gästen die konzentrierte Redaktion vorgelesen hatte, bemerkte Moltke: „So hat das einen andern Klang, vorher klang es wie Schamade, jetzt wie eine Fanfare in Antwort auf eine Herausforderung."

Das war die von der sozialdemokratischen Presse geflissentlich gebrandmarkte „Fälschung" der Emser Depesche! Wie Graf Benedetti später selbst erklärt hat, gab es in Ems „weder Beleidigte noch Beleidiger". König Wilhelm hatte einfach abgelehnt, den Gesandten Frankreichs zu ermächtigen, nach Paris zu telegraphieren, daß er die hohenzollersche Kandidatur in Spanien niemals zugeben werde. Das innerste Wesen der weltgeschichtlichen Tat Bismarcks bestand darin, eine etwaige zweite und stärkere Demütigung Preußens gründlich vereitelt und die französische Regierung von vornherein äußerst geschickt öffentlich ins Unrecht versetzt zu haben*). Welch großes Verdienst darin ruht, ersieht

*) Daß Bismarck auch rein sachlich genommen, also nicht etwa bloß vom „gefühlsmäßigen" Standpunkt aus, sittlich das bessere Teil erwählt hatte, geht aus seiner Depesche an den Grafen Albrecht v. Bernstorff vom 28. Juli 1870 hervor, worin er mitteilte: „Nach Eintritt der patriotischen Beklemmungen des Ministers Rouher hat Frankreich nicht aufgehört, uns durch Anerbietungen auf Kosten Deutschlands und Belgiens in Versuchung zu führen. Im Interesse des Friedens be-

man so recht aus der negativen Bilanz, womit Deutschland hinsichtlich der Kriegserklärungsfrage 1914 in den Kampf gezogen ist. Darum liegt keine Veranlassung vor, die Wucht der verwandelten Fassung der entscheidenden Depesche zu vertuschen.

* * *

Aus der Geschichte des 70er Krieges selbst seien vor allem drei Episoden oder, besser: drei kritische Komplexe herausgegriffen, die Bismarcks Arbeitsleistung wohl am augenfälligsten belegen: seine Stellung zur Frage der Beschießung von Paris, seine geniale Behandlung der maßgebenden bayerischen Kreise und die Verhandlungen mit Jules Favre, die zum Frankfurter Frieden führen sollten.

Wir hatten schon oben angedeutet, daß der Bundeskanzler — der nicht etwa eine regelmäßige Zuziehung zum Generalsvortrage verlangte: dazu hätte er wahrhaftig keine Zeit gehabt! — von wichtigen militärischen Beschlüssen durchaus nicht immer amtlich rechtzeitig in Kenntnis gesetzt wurde, obwohl sie auf die politische Lage tiefgreifend einwirken konnten. Hätte nicht König Wilhelm mit der ihm eigenen feinen, versöhnlich vermittelnden Art die im Hauptquartiere waltenden Gegensätze überbrückt, so hätte es oft genug Grund zu sehr ernsten Beschwerden gegeben; er allein hat schlimme Folgen zu verhüten verstanden. Aus dem Boden dieser Ränke und Fehden hinter den Kulissen

wahrte ich das Geheimnis über diese Zumutungen und behandelte sie dilatorisch." Angesichts dieser und ähnlicher Tatsachen bedeutet Gustav Frenssens Bismarck-Epos in der Charakterisierung des Helden eine böse Verzeichnung.

erwuchs seit Mitte September 1870 der geheime, aber zäh und mit allen Mitteln berufener und unzulässiger Einflüsse geführte Kampf um die Frage: soll Paris eingeschlossen und ausgehungert oder frontal angegriffen und förmlich belagert oder endlich durch Beschießung rasch zur Übergabe gezwungen werden?

In seinen „Gedanken und Erinnerungen" führt Bismarck zu diesem Problem etwa folgendes aus: Militärische und politische Gründe empfahlen gleichmäßig eine rasche Entscheidung vor Paris, also die Beschießung der Stadt, nicht die langsame Aushungerung. An sich schon war die Lage des schwachen deutschen Einschließungsheeres zwischen der von viel stärkeren Truppenmassen verteidigten Riesenfestung, deren schweren Geschützen es dazu nur Feldartillerie entgegenzusetzen hatte, und den fortwährend wachsenden französischen Provinzialheeren sehr ungünstig. Dann verblaßte der Glanz der deutschen Erfolge bei der langen, taten- und entscheidungslosen Zögerung vor Paris, und das konnte die neutralen Mächte zur Einmischung reizen, die den Deutschen den Siegespreis verkümmern und die Vollendung der deutschen Einheit verhindern konnte. Eine solche Einmischung war zunächst von Italien und Österreich her zu fürchten. Aber auch Rußlands war man keineswegs ganz sicher; denn hier war zwar Alexander II. der deutschen Sache freundlich, Gortschakow aber ihr feindlich und bestrebt, Deutschland und Rußland voneinander zu trennen, wie er das auf und nach dem Berliner Kongreß 1878 und 1879 bewiesen hat. So bot sich die Pontusfrage als „eine Gunst des Schicksals", um Rußland einen für Deutschland unschädlichen Dienst zu erweisen, wobei

der russische Militärbevollmächtigte Graf Kutusow und der Großherzog von Weimar die Verbindung mit dem russischen Hofe vermittelten. Von England vollends war nichts als Mißgunst zu erwarten.

Wenn somit alle sachlichen Gründe für die Beschleunigung der Einnahme von Paris durch „Beschießung" rieten, so konnten die Generale gegen eine solche keine sachlichen Einwendungen erheben, konnten nicht anders denken als Roon, der hier ganz mit Bismarck übereinstimmte. Was dagegen geltend gemacht wurde, das waren also Scheingründe oder selbstbereitete Hindernisse: die Verlangsamung der artilleristischen Eisenbahntransporte durch Lebensmitteltransporte für Paris, für den Fall, daß dieses durch Aushungerung bezwungen werde, und die Zögerung in der nötigen Beschaffung eines leistungsfähigen deutschen Fuhrparks für die Anfuhr der Geschützmunition. Der wahre Grund lag in einer falschen Humanität, die der Beschießung dieses „Mekkas der Zivilisation" die Aushungerung durch Einschließung vorzog und vor allem von fürstlichen Damen in Deutschland und England beim Kronprinzen vertreten wurde. Als jene Scheingründe durch Bismarcks und Roons Energie endlich beseitigt worden waren, wurden die Vorbereitungen zur Beschießung sehr rasch beendigt, und der Erfolg blieb nicht aus.

Diese Darstellung Bismarcks wird durch eine Fülle von gleichzeitigen, also nicht in der Rückerinnerung gefärbten Äußerungen teils bestätigt, teils erläutert, in einigen Punkten auch berichtigt.

Bismarck selbst war, wenn man nicht sofort am 19. September einen Sturmangriff wagen wollte, der

im Augenblick der ersten Verwirrung vielleicht ohne Aussicht gewesen wäre, überhaupt nicht dafür, Paris einzuschließen, sondern für die möglichst rasche Vernichtung der sich damals erst langsam bildenden Provinzialheere, um im Hinblick auf die sonst drohende Einmischung der Neutralen möglichst bald den Frieden zu erzwingen. Lebhaft äußerte er dann seinen Unmut, daß ganz anders verfahren wurde, und verwahrte sich mehrfach dagegen, daß etwa er daran schuld sei. Die Schuld schrieb er auch nicht dem Könige zu, der vielmehr den artilleristischen Angriff befohlen habe, sondern den Militärs. Noch in Ferrières hätten sie den gewaltsamen Angriff auf die Südfront gewollt und für aussichtsvoll gehalten; erst vor Paris sei der Gedanke aufgekommen, nicht zu schießen, obwohl ein derartiger Beschluß niemals gefaßt worden sei, sondern man erkläre jetzt nur, warten zu wollen, bis alles bereit sei. Übrigens dachte er bei der „Beschießung" vor allem auch an ein Bombardement der Stadt selbst, wie bei Straßburg.

Wie gut Bismarck hier unterrichtet war, hat u. a. Otto Kaemmel bis ins einzelne nachgewiesen. Schon in den ersten Tagen des Vormarsches auf Paris wurden die ersten Maßregeln zum gewaltsamen Angriff auf die Hauptstadt getroffen, also zu einer Zeit, wo Toul die einzige zur Verfügung stehende Bahnlinie noch sperrte. Von Reims aus ordnete Moltke am 8. September auf Befehl des Königs die „schleunige Heranführung der erforderlichen Festungsartillerie" an, da „voraussichtlich zwischen dem 25. und 30. d. M. der ernsthafte Angriff auf Paris beginnen wird"; von Ferrières aus befahl er am 23. September nach dem

Falle von Toul telegraphisch dem Oberkommando der III. Armee die bisher dort verwandten schweren Geschütze mit Bahn bis Nanteuil östlich von Meaux zu bringen, dann mit requirierten Geschirren bis vor Paris. „Die Ausladung und der weitere Landtransport des per Bahn bis Nanteuil-sur-Marne heranzuführenden schweren Belagerungsgeschützes auf Paris" sollte am 28. September beginnen; den Anfang der Beschießung erwartete Moltke damals (am 27. September) „kaum vor Ende dieser Woche", also um den 1. Oktober, und er sollte mit der Verlegung des königlichen Hauptquartiers nach Versailles oder Saint-Germain-en-Laye zusammenfallen. In der Tat ging der erste Geschütztransport am 27. September früh von Nancy nach Nanteuil ab mit der Bestimmung gegen die Forts Issy und Vanves. Ebenso wurde noch in Ferrières nach einem Gutachten der Generale von Hindersin und von Kleist vom 30. September, die dafür am 2. Oktober 420 Belagerungsgeschütze verlangten, der Hauptangriff auf die Südwestfront und ein Nebenangriff auf die Nordostfront (Saint-Denis) beschlossen, sobald ausreichende Mittel vorhanden seien, was man jetzt erst für „die ersten Tage des Dezember" erwartete. So viel steht also fest: im Anfang hegte die deutsche Heeresleitung die Absicht, Paris möglichst bald durch einen gewaltsamen Angriff zu bezwingen, keineswegs durch bloße Einschließung und Aushungerung, und noch weniger durch eine bloße „Beschießung" der Stadt. Dafür wurden die Vorbereitungen so eifrig gefördert, daß schon Ende Oktober 235 Belagerungsgeschütze, also gewiß eine genügende Anzahl, um wenigstens den Angriff auf die Südwestfront zu beginnen, bei Villa-

coublay (5 Kilometer südöstlich von Versailles) bereit standen und mit dem Bau von Belagerungsbatterien begonnen worden war. Nur an der nötigen Munition fehlte es noch. Woher kam also dann die Verzögerung in deren Anfuhr und damit im Beginn der förmlichen Belagerung?

Bismarck hat damals wie später rundweg gesagt: Die Generale, namentlich Stosch, Tresckow und Podbielski, verzögerten diese absichtlich aus Rücksicht auf den Kronprinzen, machten daher Schwierigkeiten aller Art, verlangten namentlich viel mehr Munition, als tatsächlich nötig sei, täglich neunzig Wagen, gerade wie vor Straßburg, wo man schließlich zwei Drittel der herbeigeschafften Munition übrigbehalten habe, „und Straßburg war gegen Paris ein Gibraltar". Denn der Kronprinz wolle keine Beschießung, weil sie inhuman sei, sondern die Aushungerung.

Über die fürstlichen Damen, die den Kronprinzen in dieser Richtung zu beeinflussen suchten, hat er sich in Versailles gegenüber seiner Umgebung natürlich viel rückhaltloser ausgesprochen als in den „Gedanken und Erinnerungen" zwanzig Jahre nachher. „Mehrere Königinnen" seien es, also neben Königin Viktoria von England auch Königin Augusta, die, ihrerseits wieder von Felix Dupanloup, dem Bischof von Orleans, beeinflußt, auf ihren Gemahl zu wirken suche, dann die Kronprinzessin. An solche Einwirkungen glaubte man ebenso gut in der Armee vor Paris wie in Berlin, und Bismarck trug kein Bedenken, sie in der Presse energisch bekämpfen zu lassen. Roon sprach dieselbe Meinung in seinen Briefen zwar nicht offen aus,

teilte sie aber; in seinen „Denkwürdigkeiten" heißt es bezeichnenderweise: „Wenn doch die sonst so vorlaute Presse einmal diese Untätigkeit und Faulheit tüchtig geißeln möchte! Aber ihr wißt nicht, wer dahinter steckt!" Selbst der sonst so zurückhaltende Abeken deutete gelegentlich dasselbe an; am 7. Dezember 1870 schreibt er an seine Frau: „Die Hoffnung, unsere eigenen großen Geschütze zu hören, geben wir beinahe auf, obgleich gerade der letzte Ausfall uns gezeigt hat, wie töricht es ist, daß wir uns nicht in Position zum Beschießen gesetzt hatten. Es hätten viel Menschenleben gespart werden können, wenn wir mit unsern Brummern hätten eine Diversion machen können. Was die Beschießung verhindert, darüber wäre viel zu sagen, aber nicht zu schreiben. Neben den militärischen Gründen, deren Stichhaltigkeit und Aufrichtigkeit ich nicht beurteilen kann, mögen noch andere Einflüsse mitwirken, die wir aber beide jetzt besser unberührt lassen." Auf dieselben Einflüsse führte es Bismarck zurück, wenn zu Anfang Dezember die Rede davon war, zwischen den deutschen Linien Magazine für die Verpflegung der ausgehungerten Pariser nach der Übergabe anzulegen. Daß solche „humanen" Einwirkungen versucht worden sind, kann angesichts solcher unterrichteten Zeugen keinem Zweifel unterliegen.

* * *

Je genaueren Einblick wir in Bismarcks monatelange Verhandlungen mit der bayrischen Regierung nehmen, desto gewaltiger wachsen vor unsern Augen seine Arbeitslast und sein Verdienst um das

schließlich so harmonisch anmutende Zustandekommen. In immer neuen Anschlägen und Vorbereitungen taucht er auf, überall im Mittelpunkt, anspornend, lenkend, dämonisch überlegen. Unerschöpflich ist der Reichtum der Mittel, mit denen er, scheinbar ruhig zuwartend, die zögernde, schwankende, ja zurückweichende bayerische Regierung von allen Seiten her umgibt und endlich vorwärts zwingt. Interessant vor allem ist die Mission des Grafen Karl von Tauffkirchen, über die vor einiger Zeit Karl Alexander von Müller neue Aufschlüsse gegeben hat. Unmittelbar an die Person König Ludwigs II. gerichtet, geht sie in Angebot und Drohung recht weit. Nicht nur von einem Lockern der gegenwärtigen Bande ist die Rede, sondern von der Ablösung der Rheinpfalz, von einem Eingriff zum allermindesten in den inneren Zusammenhang des Königreiches. Dafür kommt der Kanzler in einschneidenden Fragen des Militärwesens, der prinzipiellen Ausnahmestellung Bayerns entgegen: er spricht von der Möglichkeit eines parlamentarischen Vetos, er lehnt Tauffkirchens Vorschlag eines bloßen weiteren Bundes keineswegs ab. Hier läßt er unwidersprochen passieren, worüber er sich später grimmig beklagt hat! Bayern, so wünscht Bismarck, soll bei diesen Verhandlungen der vorschlagende Teil sein. Indem er Bayern die volle Freiheit des Handelns zusichert, behält er sie vor allem auch sich selber vor. Fühlte er sich doch gerüstet, auch in lockeren Formen die Gewichte immer so zu verteilen, daß die natürliche Schwere der Tatsachen, die Gemeinsamkeit der Interessen über kurz oder lang sich schließlich ihr Recht verschafften.

Fürs erste lag Bismarck daran, den bayerischen

Standpunkt genau kennen zu lernen und die Bayern zu einem ersten Schritt zu bringen, wonach ein Zurück in der nationalen Begeisterung des Krieges jedenfalls sehr schwer gewesen wäre: „Vor allen Dingen erst rin ins Haus! Alles andere findet sich", sagte er im Dezember zu seinem juristischen Berater Gustav von Wilmowski. Zu verschiedenen Zeitpunkten vor 1870 war er zu weitgehenden Zugeständnissen an Bayerns Selbständigkeit bereit gewesen; eine entschiedene bayerische Politik hätte 1866 und 1870 viel von ihm erreichen können. Zu dem Staatsrechtler Joh. Kaspar Bluntschli sagte er einmal: „Wir wollen den Bayern Zeit lassen, daß sie sich besinnen können. Sie müssen inzwischen an den Wänden herumtasten und nach einem Ausweg suchen, sie werden keinen finden. Dann werden sie sich schließlich in ihr Schicksal fügen. Es läßt sich alles friedlich mit Bayern abmachen." Der gewaltige Bezwinger der alten deutschen Zersplitterung und Eigenbrödelei ist ja zugleich — nach dem Gelingen der Einung — der treueste Hort der „berechtigten Eigentümlichkeiten" der Einzelstaaten gewesen. Schonung der mittel- und kleinstaatlichen Selbstgefühle und Eingehen auf erfüllbare Sonderwünsche blieben lebenslang — auch nach seiner Entlassung, und da erst recht! — seine Richtschnur und stete Mahnung.

Außerordentlichen Wert legte der gefürchtete Bundeskanzler gerade in den kampfreichen Herbst- und Wintermonaten von 1870 auf 1871 darauf, die deutsche Einheit friedlich zu vollenden, ohne die nachhaltige Verstimmung, die ein harter Zwang sicher heraufbeschworen hätte. Darum rechnete er den schließlich er-

folgten Beitritt Bayerns mit Recht zu dem Wichtigsten, „was wir in diesen Jahren erreicht haben". Von diesem vornehmen Gesichtspunkt aus allein ist auch die Tauffkirchensche Mission zu beurteilen. Bismarcks Ziel war dabei nicht die Schädigung Bayerns, mit der er bloß die Unterhändler zu erschrecken suchte, sondern im Gegenteile die Erhaltung Bayerns, die er gerade damit zu sichern bestrebt war.

Als Graf Tauffkirchen nach München kam, hatte die bayrische Regierung bereits den ersten Schritt getan. Damals waren die bayrischen Regierungsverhältnisse durch die krankhafte Veranlagung eines hochbegabten Monarchen bereits völlig verfahren. Auf der einen Seite gaben die unglückliche Menschenscheu und Entschlußschwierigkeit, die zeitweilige politische Gleichgültigkeit und die Phantastik des Königs den Ministern weiteren Spielraum und erhöhten ihre Selbständigkeit. Auf der andern Seite hatte Ludwig II. das königliche Regiment wieder stolz in der Hand, urteilte mißtrauisch und scharfsinnig, oft realer als seine Minister und entschied gerade in den wichtigsten Augenblicken, nur von seiner nächsten Umgebung beraten, aus fürstlicher Machtfülle heraus selbstherrlich über die Köpfe des Ministeriums hinweg. Dazu war im September 1870 das bayerische Ministerium uneins, wesentlich passiv und mehr getrieben als, daß es selber trieb; wie Karl Alex. v. Müller es ausdrückt, lebte es zeitweise völlig von der Hand in den Mund.

Bismarck hatte direkt oder indirekt Fühlung mit allen im Ministerium vertretenen Kreisen, kannte sie alle und wirkte auf sie ein. Zu dem Vorsitzenden des Ministeriums, dem Grafen Otto Bray, hatte er kein

rechtes Zutrauen; zu dem begabten, ehrgeizigen und energischen Johannes Lutz stand er kaum in näheren Beziehungen. Dagegen steigerte die Haltung des Königs vor dem Sturz Hohenlohes und beim Ausbruch des Krieges Bismarcks guten Glauben an ihn. Aber er hatte das Gefühl, daß jener ihm nicht traue, und suchte ihn mit dem sicheren Griff des Genies im tiefsten Kern seines Wesens zu packen: am Hoheitsgefühl des Herrschers, an der Selbstherrlichkeit des Souveräns, an der unmittelbaren Eindrucksfähigkeit eines scharfsinnigen und großdenkenden, jedoch bestimmbaren Menschen. Von dem fein auf das fürstliche Empfinden Ludwigs II. berechneten Zusatz, mit dem er die Mitteilung der Emser Depesche nach München begleitete, bis zu dem psychologischen Musterstück des „Kaiserbriefes" vom 24. Dezember 1870 führt eine lange Kette unmittelbarer Einwirkungen auf den König, deren lückenlose Folgerichtigkeit das unerschütterliche Vertrauen des sonst so Mißtrauischen begreiflich erscheinen läßt. Welchen Wert Bismarck gerade hierauf stets gelegt hat, geht schon aus dem Anhängen von 22 bezeichnenden Stücken aus seinem Briefwechsel mit König Ludwig an den ersten Band der „G. u. E." hervor.

* * *

Neben all diesen, nur unter Aufwendung von viel Takt und Feingefühl Aussichten auf Erfolg verheißenden Verhandlungen lief eine dritte Reihe einher: die mit den Vertretern des geschlagenen Feindes. Wie im Falle der meisterhaften Lösung der dänischen und der deutschen Frage verfolgten auch sie den ausgesprochenen Zweck, einer nationalen Sehnsucht zur endlichen Er-

füllung zu verhelfen. Wie stark aber gerade hierin die Meinungen Berufener und Unberufener auseinander liefen, dafür möge folgender, halbvergessener Briefwechsel den Beweis liefern:

Am 23. August 1870 richtete der frühere Ministerpräsident Otto v. Manteuffel aus Crossen die nachstehenden Zeilen an den Kanzler des Norddeutschen Bundes, Grafen Bismarck:

„Ew. Exzellenz bitte ich, diese Zeilen, welche, wie ich voraus bemerke, auf Antwort keinen Anspruch machen, ungelesen in den Papierkorb zu werfen, wenn über einen eventuellen Friedensschluß schon feste Entscheidung gefaßt ist, oder wenn Ew. Exzellenz die Ansichten anderer oder speziell der meinigen über diesen Punkt zu vernehmen nicht für angemessen halten. Die, wie mir scheint, sehr große Schwierigkeit, zu einem Friedensschlusse zu gelangen, scheint mir auf zwei Seiten zu liegen. Einmal handelt es sich darum, solche Bedingungen zu finden, welche irgendein in Frankreich etabliertes Gouvernement einzugehen imstande ist und welche doch zugleich unsere berechtigten Forderungen befriedigten, ohne einen Einspruch der europäischen Mächte zu provozieren, und zweitens kommt es darauf an, den verschiedenen Teilnehmern des Krieges ein ihren Leistungen entsprechendes Äquivalent zu gewähren, also mit andern Worten, die Spolien zwischen dem Norddeutschen Bunde, Bayern, Württemberg und Baden gerecht zu verteilen.

Ich gehe nun von der Voraussetzung aus, daß 1. nach dem Kriege und durch den Frieden ein größeres deutsches Gemeinwesen im Anschluß an den Nord-

bund hergestellt, d. h. ein Deutsches Reich gegründet wird; 2. daß Elsaß und Lothringen nicht bei Frankreich bleiben dürfen.

Und mein Vorschlag geht dahin: Elsaß und Lothringen werden von Frankreich an Deutschland abgetreten, diese Gebiete werden aber nicht verteilt, sondern werden in ihrer Totalität Reichslande, d. h. sie werden namens des Reichs von dessen Präsidium (König von Preußen) administriert, ihre Überschüsse fließen in die allgemeine Bundeskasse; ihre Vertretung finden sie im Reichstage und außerdem erhalten sie provinzialständische Verfassungen; beide Gebiete werden völkerrechtlich für neutral erklärt.

Hierdurch wird folgendes erreicht: Es wird jeder Hader über die Teilung der Eroberung vermieden, das gemeinschaftlich Eroberte wird zu gemeinsamem Zwecke bestimmt. Es fehlt nicht an Vorgängen, und zwar aus den besten Zeiten der deutschen Geschichte, daß nicht nur einzelne Städte, sondern auch heimgefallene Herzogtümer unmittelbar unter Kaiser und Reich gestellt wurden; nur ließ das Bestreben der Kaiser, diese Landesteile für ihre Familien nutzbar zu machen, das Verhältnis gewöhnlich nicht lange bestehen. Ein wesentlicher Einwand, der französischerseits gegen die Abtretung gemacht werden wird, dürfte darin bestehen, daß durch eine solche Frankreich der Invasion geöffnet und Paris fortwährend bedroht sein würde, wie dies ja in den Staatsschriften von Mazarin und Louis XIV vielfach zu lesen ist. Hiergegen würde die Neutralisierung dieser Lande geltend zu machen sein, welche auch den etwaigen Bedenken der übrigen europäischen Mächte wegen Störung des sogenannten Gleichgewichts

entgegenzuhalten wäre. Es muß zugegeben werden, daß es besonders schwierig sein wird, diese Neutralität staatsrechtlich zu destinieren; aber für unmöglich halte ich es nicht. Die Herzogtümer könnten so gut wie das neutrale Belgien Truppen halten und Festungen besetzen und sich, sobald ihre Neutralität nicht respektiert würde, verteidigen. In solchem Falle würde die deutsche Armee immer hinter ihnen stehen."

Graf Bismarcks Antwort, datiert Reims, am 8. September 1870, lautet:

„Ew. Exzellenz wollen mir verzeihen, daß ich erst jetzt Ihr gefälliges Schreiben vom 23. v. Mts. beantworte. Gerade in der Zeit, in welcher ich dasselbe empfing, drängten sich die Ereignisse, welche auch Ihr Herz mit Dank gegen Gott erfüllt haben, so rasch und in solchen Verhältnissen, daß es kaum möglich war, auch nur den Forderungen des Augenblicks gerecht zu werden. Ich ergreife aber den ersten Moment, der frei ist, um Ew. Exzellenz meinen aufrichtigsten Dank für Ihre gütigen Zeilen zu sagen und Ihnen zugleich auszusprechen, wie sehr ich im wesentlichen mit den von Ew. Exzellenz dargelegten Auffassungen einverstanden bin, wenngleich ich in einzelnen Stücken eine abweichende Ansicht nicht verhehlen will.

Über die künftige Gestaltung von Deutschland selbst hege ich so wenig Besorgnis, wie Ew. Exzellenz es tun. Die Main-Linie ist meines Erachtens durch das Bündnis, welches sich in der Stunde der Gefahr über Verhoffen bewährt hat, und durch die jetzige Waffenbrüderschaft für alle praktischen Zwecke der Verteidigung Deutschlands nach außen bereits überschritten.

Es unterliegt auch für mich keinem Zweifel, daß, wie Ew. Exzellenz sagen, „unter irgendwelchen Formen“ die Vereinigung der deutschen Staaten ihrer weiteren Reife entgegengehen wird. Ew. Exzellenz werden meine Scheu begreifen, vor der Entscheidung von dem Preise des Sieges zu sprechen; aber für den Fall, daß der Sieg unsern Fahnen, was Gott verleihen möge, treu bleibt und wir für Deutschland sein altes Reichsland wiedergewinnen, hat der Gedanke, welchen Ew. Exzellenz aussprechen, daß solche Lande nicht verteilt, sondern zum Reichsland erklärt und im Namen Deutschlands verwaltet werden, schon nach den ersten siegreichen Schlachten die Genehmigung Sr. M. des Königs erhalten. Dagegen scheint es mir unmöglich, mit einer solchen Stellung die Neutralität zu verbinden. Die neuen Lande müssen einen integrierenden Teil Deutschlands bilden, für dessen bisher im Westen mangelnden Schutz ihre Festungen die unentbehrliche Grundlage bilden. Aus ihrer Neutralität würde die Gefahr entstehen, daß sie vermöge der Sympathien ihrer Einwohner und ihrer Truppen im Kriege nach Frankreich hin gravitieren, und daß diese französischen Sympathien, welche gewiß in dem größten Teile der Bevölkerung zurückbleiben würden, gerade in ihrer Armee einen doppelt gefährlichen Kristallisationspunkt finden würden.

Wie erfreulich es mir gewesen, mich mit Ew. Exzellenz in so wesentlichen Gesichtspunkten zu begegnen, darf ich wohl nicht erst ausdrücklich aussprechen. Ew. Exzellenz Schreiben ist mir eine neue Bürgschaft dafür gewesen, wie die Gedanken aller Patrioten in dem Hinblick auf das eine Ziel

der Macht und des gesicherten Schutzes Deutschlands zusammentreffen."

Wie beim Weihnachtsbrief an König Ludwig, so stoßen wir hier wieder auf die diplomatisch klug berechnete Wendung, daß die Differenz in den beiderseitigen Anschauungen nur geringfügig und die Übereinstimmung dafür um so augenfälliger sei. Ja, Bismarck verstand sich darauf, seine nähere oder fernere Umwelt zu nehmen, wie sie war! Er war ein ausgezeichneter Menschenkenner.

Das bewies er in vollem Maß auch bei seinen Unterhandlungen mit Jules Favre. Nach Auszügen aus dessen Tagebuch und nach Aufzeichnungen seines Privatsekretärs Hendlé, die El. Reclus für seine Biographie Favres benutzt und Karl Witte kürzlich deutschen Lesern zugänglich gemacht hat, haben sie sich etwa so zugetragen:

Ein glühender Patriot und trefflicher Redner, aber kein wirklicher Staatsmann, hatte Jules Favre durch seinen Antrag auf Absetzung der napoleonischen Dynastie den Anstoß zur Umwälzung vom 4. September 1870 gegeben und als Mitglied der Regierung der nationalen Verteidigung das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten übernommen.

Da er sich der Überzeugung nicht verschließen konnte, daß des bedrängten Frankreichs Aussicht auf tatkräftigen Beistand durch die neutralen Mächte äußerst gering sei, so beschloß er, auf eigene Verantwortung mit dem deutschen Hauptquartier oder vielmehr mit Bismarck persönliche Verhandlungen anzuknüpfen, wenn auch nicht zum Frieden, so doch zu

einem Waffenstillstand. An dem Plan, auf diesem Wege zu einem unmittelbaren Verständnis mit dem Sieger zu gelangen, hielt er auch noch fest, als seine Kollegen sich in ihrer Mehrheit am Abend des 9. Septembers gegen die Idee ausgesprochen hatten. Durch Vermittlung der englischen Regierung erlangte er die Zustimmung des Kanzlers zu einer Zusammenkunft. In der Frühe des 18. Septembers verließ er, mit einem Geleitbriefe vom Kriegsministerium versehen, Paris in Begleitung des Barons Ring (des Unterchefs seines Kabinetts), Hendlés, eines dritten Beamten des Auswärtigen Amts und eines Generalstabsoffiziers.

Aus Villeneuve-Saint-Georges schrieb Favre an Bismarck einige Zeilen, worin er ihm mitteilte, daß er bei den Vorposten angekommen sei und sich ihm zur Verfügung stelle. Der Kanzler erwiderte ihm, es werde ihm sehr angenehm sein, ihn am folgenden Tage in Meaux begrüßen zu können. Als jedoch der Wagen des Ministers nur noch wenige Kilometer von der Stadt entfernt war, meldete ihm der heransprengende Graf Maximilian Hatzfeldt, das Hauptquartier habe Meaux plötzlich verlassen müssen. Er werde hier ein Schreiben des Grafen Bismarck vorfinden, durch das dieser ihn auffordere, nach Ferrières zu kommen. Ihre Wege hätten sich gekreuzt; wenn er (Graf Hatzfeldt) den Kanzler im Galopp einholen und veranlassen könne, umzukehren, ließe sich jedoch eine sofortige Begegnung ermöglichen, vorausgesetzt natürlich, daß auch die Herren Franzosen umkehrten.

Und so geschah es. Nachdem Bismarck bei der Begegnung aus dem Sattel gestiegen war, begrüßte er Favre und seine Begleiter sehr höflich, wobei er Baron

Ring, der ihm früher in der französischen Gesandtschaft in Berlin vorgestellt worden war, in deutscher Sprache anredete. Die erste Besprechung zwischen dem Kanzler und dem französischen Minister des Auswärtigen fand in einem zehn Minuten von der Begegnungsstelle entfernten Schlosse statt; sie beschränkte sich auf einen allgemeinen Meinungsaustausch über die Lage, ließ jedoch die scharfen Gegensätze in der beiderseitigen Auffassung sofort ziemlich deutlich zutage treten. Favre sprach von einer „ehrenhaften Transaktion", zugleich aber auch von dem entschlossenen Willen des französischen Volkes, den Kampf unter Umständen bis aufs Messer fortzusetzen. Bismarck wies rückblickend auf den unheilbaren Ehrgeiz Frankreichs und seine ewige kriegerische Streitsucht hin. Straßburg bedeute eine unaufhörliche Bedrohung Deutschlands, das es als den Schlüssel zu seinem Hause verlange. Auf das Elsaß, das zur Sicherheit Deutschlands unumgänglich erforderlich sei, werde unter keinen Umständen verzichtet werden.

Von einem Waffenstillstande wollte der Kanzler nichts wissen, Favre dagegen noch weniger von irgendeiner Gebietsabtretung, so daß eine Überbrückung der Gegensätze von vornherein so gut wie ausgeschlossen schien. Trotzdem kamen die beiden Staatsmänner, von denen der eine ja ein ziemlich neubackener war, überein, am Abend desselben Tages im Schlosse Ferrières ihre Besprechung fortzusetzen. Favre schrieb über diese erste Begegnung mit Bismarck in sein Tagebuch, er habe seine ganze Selbstbeherrschung zusammennehmen müssen, um sich über die so bestimmten und entmutigenden Erklärungen Bismarcks nicht erregt

zu zeigen. Sie hätten das Verdienst der Klarheit gehabt und ihm gerade deshalb jede Hoffnung genommen.

Bei der zweiten Unterredung im Schlosse Rothschilds gab es wieder lebhafte Rede und Gegenrede, die zum Teil von dem eigentlichen Zwecke der Zusammenkunft abwich. Einmal spielte sie sogar ins Anekdotenhafte hinüber, als der Kanzler dem Mitglied der provisorischen französischen Regierung erzählte, der König und er wären über den von Meaux nach Ferrières einzuschlagenden Weg verschiedener Meinung gewesen. Als das Gespräch sich dem Plane der neuen Pariser Machthaber, eine Nationalversammlung zusammenzuberufen, zuwandte, stimmte Bismarck der Idee zu; aber von einem Waffenstillstande könne nur die Rede sein, wenn die Herren des 4. Septembers sich zu sehr gewichtigen Gegenzugeständnissen bereitfänden: Besetzung der Festungen der Vogesen und Straßburgs durch deutsche Truppen. Metz solle aus dem Spiel bleiben, eine Verproviantierung Bazaines wäre von vornherein gänzlich ausgeschlossen. Die Gegenvorschläge Favres: vierzehntägigen Waffenstillstand, Neutralisierung und Verproviantierung der Hauptstadt und freies Geleit für die Kandidaten und gewählten Deputierten, versprach Bismarck zur Kenntnis des Königs zu bringen.

Erst gegen Mitternacht verabschiedete der französische Minister sich von dem Kanzler. Seinem Tagebuche vertraute er den Eindruck an, den Bismarck bei der zweiten längeren Verhandlung auf ihn machte. Er spricht von dem sonderbaren Kontraste, den dieser „seltsame“ Charakter zu den furchtbaren Umständen, von denen man umgeben gewesen sei, und seiner

eigenen tiefen Erregung gebildet habe. „Vom ersten Augenblick unserer Begegnung an hat Herr v. Bismarck sich mir höflich, wenn nicht gar herzlich gezeigt", fährt Favre wörtlich fort. „Sein Ton war und blieb ruhig, überlegt und frei von jeder Art verletzender Absicht. Man ahnte in ihm ein tiefes Bewußtsein seiner Macht, etwas zugleich Unbeugsames und Sanftes, eine systematische Abwesenheit jeglicher Erregung wie jeglicher Moralität. Es war die Sprache eines Gebieters, der in seiner eigenen Kraft das Geheimnis seiner anscheinenden Mäßigung sucht." Des weiteren rühmt der hervorragendste Advokat des zweiten Kaiserreiches dem Kanzler eine große Natürlichkeit und Toleranz nach. Sein Wesen habe sogar etwas Herzliches an sich; er sei ein „bonhomme accablant", also ein Mann von geradezu erdrückendem Biedersinn.

Am folgenden Morgen stellte Favre, der beim Hausverwalter Rothschilds übernachtet hatte, sich wieder im Schlosse ein, wo der Kanzler ihn im großen Salon des ersten Stockwerks von neuem empfing. Dieses Mal gestaltete sich der Meinungsaustausch erregter als am Abend vorher. Im Namen des Königs erklärte Bismarck, auf einen Waffenstillstand könne das deutsche Hauptquartier nur unter der Bedingung eingehen, daß es alle belagerten Festungen der Vogesen und Straßburg besetze und die Besatzung letzteren Platzes sich als kriegsgefangen ergebe. Dagegen erhob Favre energisch Widerspruch; er bäumte sich noch mehr auf, als der Sieger von dem Besiegten als weiteres Pfand eins der Pariser Forts verlangte. Unter keinen Umständen könne er die Verpflichtung übernehmen, er-

klärte er mit dem ganzen Pathos seiner schmerzlichen Überraschung, seine Regierung von so unannehmbaren Forderungen auch nur in Kenntnis zu setzen. Bismarck aber ließ sich, ohne auch nur einen Augenblick aus dem Gleichgewichte zu kommen, vortrefflich das kalte Fleisch und das Bier munden, das ihm während der neuen Unterredung mit dem französischen Zwischenhändler serviert wurde. Favre hatte nun Gelegenheit, wie er uns in seinem Tagebuch verrät, in ihm einen Diplomaten von ebenso gewaltigem Appetite wie überragender Intelligenz zu bewundern.

Dem Gegenvorschlag des Ministers der provisorischen Regierung, die Nationalversammlung in Tours zusammentreten zu lassen, wenn auf die Neutralisierung der Hauptstadt verzichtet werden müsse, stimmte der Kanzler zu und erklärte sich bereit, ihn dem Könige sofort zu unterbreiten. Wieder zu Favre zurückgekehrt, teilte er diesem mit, sein Monarch habe nichts dagegen einzuwenden, daß die Nationalversammlung in Tours zusammentrete; aber von den Bedingungen, daß die Garnison Straßburgs als kriegsgefangen die Waffen strecke und eins der Pariser Forts, vielleicht der Mont Valérien, übergeben werde, könne man nichts ablassen. Indem der Franzose sich nun mit allen äußeren Anzeichen der tiefsten inneren Erregung von seinem Sitz erhob, versuchte er es mit einer kleinen rührseligen Szene, durch die er vielleicht den „Mann von Blut und Eisen“ etwas zu erweichen hoffte; er vergoß einige Tränen oder gab sich wenigstens den Anschein, als ob er zum Weinen betrübt und erschüttert sei. Doch damit kam er ganz und gar an den Unrechten bei Bismarck, der sein Komödien-

spiel sofort durchschaute und sich nicht wie Pariser Geschworene durch Advokatenkniffe betören lassen wollte. Jedenfalls verließ Jules Favre Ferrières unverrichteter Sache, nicht mit der Miene eines auch im Unglück noch aufrechten, achtunggebietenden Mannes, sondern wie ein aus der Rolle gefallener geknickter Schauspieler, der sich im Angesicht einer aus ganz anderem Holze geschnitzten mächtigen Persönlichkeit seiner eigenen Ohnmacht bewußt geworden war.

Am 20. Januar 1871 berief Favre im Ministerium des Äußern die Maires der zwanzig Pariser Stadtbezirke zusammen und wies, indem er die verzweifelte Lage auseinandersetzte — Lebensmittel wären nur noch bis zum 1. Februar vorhanden —, auf die unerbittliche Notwendigkeit der Übergabe hin. Den Behörden der Stadt käme es zu, dem Sieger entgegenzugehen und ihm die Schlüssel auszuliefern. Aber von dieser undankbaren Rolle wollte keiner der Anwesenden etwas wissen; alle sträubten sich auf das heftigste gegen die Zumutung. Der Minister mußte sich deshalb mit dem Gedanken vertraut machen, sich noch einmal persönlich in die Höhle des Löwen zu wagen.

In einer Sitzung der Regierung erklärte er sich zur großen Erleichterung seiner Kollegen dazu bereit; freilich wollte er in Versailles nicht als eigentlicher Friedensunterhändler auftreten, sondern das Programm von Ferrières mit dem Vorschlag eines Waffenstillstandes nur erneuern. Am 22. Januar schrieb er an Bismarck einige Zeilen, in denen er ihn um eine Zusammenkunft ersuchte. Nachdem er am folgenden

Tage von der Regierung eine in den allgemeinsten Ausdrücken abgefaßte Vollmacht erhalten hatte, wartete er „mit tödlicher Angst“ auf eine Antwort aus Versailles, wie uns sein Biograph verrät. Sie lief denn auch noch am Abend desselben Tages ein und hatte — nach Favre — folgenden Wortlaut: „Eurer Exzellenz gefälliges Schreiben habe ich die Ehre gehabt zu erhalten und bin zu der gewünschten Unterredung jederzeit bereit. Ein Wagen wird an der Brücke von Sèvres zu Eurer Exzellenz Verfügung stehen. Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung“ usw. Louis Schneider teilt jedoch im dritten Bande seiner Erinnerungen mit, das Schreiben Bismarcks habe folgende Stelle enthalten: „Herr Favre wird gern empfangen werden, wenn er nicht in der Absicht kommt, über die Londoner Konferenz zu verhandeln; denn die letzte Antwort hinsichtlich dieses Gegenstandes ist unwiderruflich.“

Obwohl der Kanzler Favre durch den Überbringer seiner Antwort, den Hauptmann d'Hérisson, hatte wissen lassen, daß sich seiner Fahrt nach Versailles a m 23. J a n u a r ernste Schwierigkeiten in den Weg stellen könnten und man ihn hier deshalb erst am folgenden Tage erwarte, verließ der Minister in seiner Ungeduld sofort das Auswärtige Amt, begleitet von d'Hérisson und seinem Schwiegersohn Martinez del Rio. Die Fahrt ging ganz im geheimen vor sich, um nicht den Argwohn der Nationalgarden zu erwecken, die sich seiner Abreise nach Versailles wahrscheinlich mit bewaffneter Hand widersetzt hätten, wäre ihnen der Zweck bekannt geworden. Bei Sèvres setzte man in einem Boot über die Seine; das brennende Schloß von St. Cloud, von

den Franzosen selbst in Brand geschossen, diente als Beleuchtung. Gegen 8 Uhr abends traf Favre mit seinem Schwiegersohn, von Kavalleristen eskortiert, in dem Wagen, den Bismarck ihm entgegengesandt hatte, im Hause der Madame Jessé, Rue de Provence, ein, wo sich das Quartier des Kanzlers befand.

Wenige Minuten nach der Ankunft des Bevollmächtigten der französischen Regierung standen er und Bismarck einander wieder gegenüber, freilich unter ganz andern Verhältnissen als in Ferrières. Der Besiegte mußte es sich jetzt gefallen lassen, daß der Sieger ihm den Fuß auf den Nacken setzte. Wohl versuchte Favre es beim Beginn der Unterredung mit einem „Bluff", indem er dem Kanzler einzureden suchte, Paris sei nach wie vor zum äußersten Widerstand entschlossen und auch dazu imstande. Aber Bismarck strafte diese lächerliche Ruhmrederei mit der gebührenden Mißachtung und brachte den französischen Minister des Auswärtigen schnell zum Einlenken, indem er trocken erklärte, König Wilhelm sei im Begriff, mit Napoleon III. Verhandlungen anzuknüpfen.

Der vormalige Advokat ließ seiner angeborenen Beredsamkeit wiederholt in dem Maße die Zügel schießen, daß Bismarck von dem Redeschwall mehr als zuviel hatte. Am 24. Januar machte der Kanzler ihm in seiner Wohnung, die man ihm bei Dr. Stieber, dem Chef der Militärpolizei, angewiesen hatte, einen Gegenbesuch. Mit bewußter Unwahrheit hat Favre später vor dem Untersuchungsausschuß, der sich mit der nationalen Verteidigung befaßte, erklärt: er habe Herrn v. Bismarck auf seine Anmeldung erwidern

lassen, da seine Gegenwart in Versailles geheim bleiben solle, so bedaure er, auf seinen Gegenbesuch verzichten zu müssen.

Ein Teil der Pariser Presse machte dem Minister des Auswärtigen ein hochverräterisches Verbrechen daraus, die Gastfreundschaft des verhaßten „Monsieur de Bismarck" in Versailles angenommen zu haben. Der Kanzler ließ Favre in deutschen Blättern gegen diesen lächerlichen Vorwurf in Schutz nehmen: hätte er etwa nach acht- oder zehnstündigem Verhandeln den Hungertod stoisch über sich ergehen lassen sollen? In seinem Brief an Achille Delorme vom 9. Februar 1871 beklagt Favre seine ebenso undankbare wie peinliche und schwierige Aufgabe in Versailles. Man beschimpfe und verfluche ihn; aber dadurch werde er sich nicht abhalten lassen, bis zum Ende zu gehen.

Und Jules Favre ging den dornenvollen Weg tatsächlich bis zum Ende. Am 19. Februar 1871 durch Adolphe Thiers wieder auf den leidigen Posten eines Ministers des Äußern berufen, führte er mit jenem und Picard (der nicht mit unterzeichnete) die Verhandlungen des Versailler Vorfriedens vom 26. Februar und danach gemeinsam mit dem Finanzminister Pouyer-Quertier und Eugen de Goulard die des endgültigen Frankfurter Friedens vom 10. Mai 1871. Beide Verträge ergänzen einander; so stehen die wichtigen Bestimmungen über die Abtretung Elsaß-Lothringens mit Metz, die über das Verbleiben von Stadt und Festung Belfort bei Frankreich und die über die Kriegsentschädigung von fünf (statt der von Deutschland verlangten sechs) Milliarden Franken nur in den Präliminarien von Versailles.

Ein halbes Jahr zuvor hatte sich Julius Lohmeyer im „Kladderadatsch“ über „Metz“ mit folgendem Scherze lustig gemacht:

„Es ist eine schöne Jejend
Um diese Festung hier,
Und wenn's manchmal nicht rejent,
Denn sieht man was von ihr . . .

Im Halse bin ich heiser,
Doch seit verwich'ne Nacht;
So wird der Deutsche Kaiser
Im einzelnen jemacht.“

Ja: im einzelnen trägt, das lehrt auch der gegenwärtige Weltenkrieg in unzähligen Heldentaten und stillen Pflichterfüllungen, jeder brave Musketier zum Enderfolge sein Teil bei; das wollen wir unsern Söhnen und Brüdern nie vergessen! Aber daß eben ein „Enderfolg“ zustandekomme, der der auf dem Altare des Vaterlandes dargebrachten Riesenopfer würdig sei, dazu muß ein „Mann aus Millionen“ da sein, der es versteht, dem vom Volke getragenen Willen zur rechten Zeit den rechten Ausdruck zu verleihen, ihn durchzudrücken.

Darum singen wir Söhne und Enkel der Reichsschöpfer und „Kaisermacher“ von 1870/71 noch heute mit Ferdinand Freiligrath:

„Auf, Deutschland, auf und Gott mit dir!
Ins Feld! Der Würfel klirrt!
Wohl schnürt's die Brust uns, denken wir
Des Bluts, das fließen wird!

Dennoch das Auge kühn empor,
Denn siegen wirst du ja:
Groß, herrlich, frei, wie nie zuvor!
Hurra, Germania!“

10. Reichskanzler.

Reif sein ist alles.
Shakespeare, König Lear.

Einer der verständigsten Publizisten des Zeitalters zwischen 1860 und 1890, Constantin Roeßler, hat Bismarcks öffentliches Wirken in zwei ungleiche Hälften zerlegt: in die heroische, die bis 1870, und die kunstreiche, die von 1871 bis zum Sturze reicht. Dort das Erobern, hier das Behaupten; dort der Aufbau, hier der Ausbau. Eins so schwer wie das andere; ja, es gibt so manchen auch unter den innerpolitischen Gegnern des ersten Kanzlers, die da meinen, die zweite Hälfte sei wohl die schwierigere gewesen.

Wie das deutsche Kaiserreich vergangener Jahrhunderte nur sich selbst vergleichbar ist, weil es bloß nebenbei, sozusagen unbewußt, Staat im heutigen Sinne war und dennoch an Tiefe und Großartigkeit, an Würde und Schönheit von keinem andern Staatswesen erreicht ward, so bewundern wir mit demselben Rechte die kunstvolle Schöpfung des neuen Reiches vom 18. Januar 1871. Bei aller Gewaltsamkeit der Zusammenschweißung war sie doch kein Neubau wie der Cavoursche Einheitsstaat Italien, worin der gründende Stein Piemont restlos aufging, sondern ein politisches Gebilde einzig in seiner Art, aus dem sich bei aller Schonung geschichtlich erwachsner Eigenheiten doch eine einheitliche Großmacht entfaltete, die nicht nur ihren Stifter überlebte, sondern sogar, ohne ihn

verleugnen zu müssen, ungeahnte Entwicklungsmöglichkeiten zuließ und zum Blühen brachte.

Eine völlige Verschmelzung der deutschen Staaten und Stätchen zu einem neuen Staate hätte nicht bloß den Gefühlen der meisten Deutschen, sondern auch den Interessen der deutschen Lande nicht entsprochen; anderseits war man der saft- und kraftlosen Lockerheit des Deutschen Bundes seligen Angedenkens gründlich überdrüssig. So blieb als Postulat nur eine bundesstaatliche Organisation übrig, deren Verfassung der Bundesgewalt eine weitreichende Zuständigkeit überwies und die Glieder nach außen straff zusammenfaßte, während sie ihnen im Innern die gewünschte Bewegungsfreiheit ließ. Kommt in der sonst nirgends auf Erden wieder begegnenden Einrichtung des gewisse Einbußen an Unabhängigkeit anderweit wettmachenden Bundesrats die althergebrachte, ehrwürdige Gliederung Deutschlands in eine größere Zahl von Einzelstaaten zum Ausdruck, so vertritt der von allen Deutschen gewählte Reichstag das hierin als lückenlose Einheit gedachte deutsche Volk. Der die historischen Gegebenheiten peinlich berücksichtigende Scharfsinn des Reichsschmieds gab dem deutschen Bundesstaat ein erbmonarchisches Haupt, das nur solche Rechte zugeteilt erhielt, die dem Selbstgefühle der Mitfürsten keinen Eintrag tun konnten. Zusammen aber mit dem Kaisertitel machen seine Befugnisse: die völkerrechtliche Vertretung des Reiches, der Oberbefehl über die Kriegsmacht zu Wasser und zu Lande, die Überwachung der Ausführung der Reichsgesetze, die Ernennung des Reichskanzlers und der übrigen Reichsbeamten, die Einberufung von

Bundesrat und Reichstag, eine Reihe von Vorzügen aus, die die nicht geringen Opfer, die der mächtigste Einzelstaat beim Eingehen des neuen Verhältnisses ohne Zweifel zu bringen hatte und gebracht hat, mehr als ausgeglichen und belohnt hat. Auf dieser irrtumreichen Erde kann es nichts schlechthin Vollkommenes geben, und es wäre ein kindliches Unterfangen, zu wähnen, das Deutsche Reich und seine Verfassung seien nicht verbesserungsbedürftig: die Einführung des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts für die Reichstagswahlen hat ihr Urheber, wie man jetzt mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit behaupten darf*), als Übereilung bereut und am Ende seiner Laufbahn rückgängig zu machen gedacht. Aber „als Ganzes genommen muß man die Reichsverfassung als durchaus gelungen bezeichnen, weil durch dieselbe die für das

*) Das Vorhandensein von Staatsstreichplänen bei Bismarck kurz vor seiner Entlassung einfach mit dem Wörtchen „angeblich" zu bezweifeln und damit aus der Debatte zu ziehen, geht seit der durch Hans Delbrücks akademische Vorlesung „Regierung und Volkswille" Ende 1913 von neuem angeregten Polemik nicht mehr an. Nach unanfechtbarer Information hat sich der jetzige Kaiser im Frühjahr 1890 zu Bismarcks Absicht, wenigstens die geheime Abstimmung — wenn es sein müsse — im Wege des Staatsstreichs zu beseitigen, etwa geäußert: Kaiser Wilhelm I. hätte am Schluß einer ruhmreichen Regierung die Wiedervorlegung des Sozialistengesetzes mit dem Ausweisungsparagraphen unter dem Risiko eines blutigen Aufstandes wagen dürfen — er (Wilhelm II.) könne sein junges Regiment unmöglich mit solch schwerer Bürde belasten. Begreiflich, daß alle Zeugnisse, die diese oder eine dem Sinne nach ähnliche Fassung bestätigen würden, vorläufig noch zurückgehalten werden. Man muß sich bis zum Erscheinen des dritten Bandes von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" gedulden.

politische Leben in Betracht kommenden Faktoren in das richtige Verhältnis zueinander gebracht sind" (Dr. Karl Freih. von Stengel).

Schon zu Weihnachten 1870 in Anerkennung seiner furchtlosen und zielsicheren Ratschläge mit dem Eisernen Kreuz Erster Klasse bedacht, am glorreichen 18. Januar 1871 zum Generalleutnant befördert, mit der Errichtung des Deutschen Reiches gleichzeitig zum Reichskanzler ernannt und unterm 21. März 1871 in den erblichen Fürstenstand erhoben, durfte Otto von Bismarck-Schönhausen ernten, was er gesät hatte. Nach dem 66er Triumphe hatte ein Regierungsentwurf vom 16. November 1½ Millionen Taler für Dotationen an die verdienstreichen Generale bereitgestellt (unterzeichnet am 24. Dezember 1866); Bismarck hatte von dem ihm bewilligten Anteile die Blumenthalsche Herrschaft Varzin in Hinterpommern angekauft. Jetzt erhielt er eine große Domäne in Lauenburg mit dem Sachsenwald. Und als er 1885 (um das vorwegzunehmen) seinen siebzigsten Geburtstag feierte, wurde ihm aus der größeren Hälfte der 2¾ Millionen Mark ergebenden „Bismarckspende" das Hauptgut Schönhausen, das 1830 der Familie verloren gegangen war, zurückgeschenkt. Mochte auch der unverbesserliche Doktrinär Gustav Freytag am 27. März 1885 an Albr. v. Stosch schreiben: „Hätte man ihm ein silbernes Seidel stiften wollen, so hoch wie ein Haus, ich würde gern dazugegeben haben; denn, wie der Bursch auch ist, wir sind ihm tief verschuldet. Aber solches Wechselziehen auf Popularität zur Arrondierung der eigenen Anker ist nicht schön" — seinem Lieblingshelden hätte das

deutsche Volk noch ganz anderes verziehen. Gewiß, Bismarck starb nicht an Herzdrücken, wenn er glaubte, auf etwas ein mehr oder weniger mühsam erworbenes Anrecht zu haben. Bezeichnend dafür ist folgende Anekdote. Am 2. März 1872 hatte Kaiser Wilhelm I. an Fürst Bismarck geschrieben:

„Wir begehen heute den ersten Jahrestag des glorreichen Friedensschlusses, der durch Tapferkeit und Opfer aller Art erkämpft, durch Ihre Umsicht und Energie aber zu Résultaten führte, die nie geahndet waren! Meine Anerkennung und meinen Dank wiederhohle ich Ihnen heute von neuem mit dankbarem und gerührtem Herzen, dem ich durch Eisen und edle Metalle öffentlich Ausdruck gab. Es fehlt aber noch ein Metall, die Bronze. Ein Andenken aus diesem Metall stelle ich daher heute zu Ihrer Disposition, und zwar in der Gestalt, die Sie vor einem Jahre zum Schweigen brachten. Ich habe daher bestimmt, daß nach Ihrer eignen Auswahl einige eroberte Geschütze Ihnen überwiesen werden, die Sie auf Ihren Besitzungen zum bleibenden Andenken Ihrer mir und dem Vaterlande geleisteten hohen Dienste aufpflanzen wollen!

Ihr treu ergebener und dankbarer
Wilhelm."

Bald darauf stellte der Reichskanzler den Kommandanten des Berliner Zeughauses, General v. Jsing, mit der Frage: „Was verstehen Sie unter ‚einige'? Einige, das sind doch drei oder vier, nicht wahr?" „Je nun, Durchlaucht, das können auch fünf bis sechs sein", erwiderte der General. „Na

schön," meinte Bismarck, „ich wollte Sie bloß vorher mal fragen. Seine Majestät hat mir nämlich gesagt, ich sollte mir einige von den französischen Geschützen für meine Besitzungen geben lassen. Wollen Sie die Güte haben, mir sechs bereitzustellen?" Und so geschah es. Der gewiegte Diplomat hatte mit seiner verfänglichen Frage dem General die Verantwortung für die Zahl zugeschoben, und diesem blieb nichts übrig, als ihm die Kanonen in der gewünschten Anzahl auszufolgen.

Die Verbindung mit dem siegreichen Heere, die der eiserne Kanzler bei aller Vorliebe für das Staatsmännische gern pflegte, wie ja allein aus zahlreichen Aufnahmen in Uniform hervorgeht, gab bald danach Anlaß, ein wunderschönes Bekenntnis abzulegen. Kurz vor dem Weihnachtsfeste hatte Kaiser Wilhelm dem Fürsten eine Nachbildung des Denkmals Friedrichs des Großen von Chr. Rauch in Bronzeguß verehrt. Darauf antwortete Bismarck am 24. Dezember 1872 mit folgendem Danke (Faksimile in dem von Horst Kohl 1901 herausgegebenen ersten Bande des Anhangs zu den „G. u. E."):

„Eurer Majestät danke ich ehrfurchtsvoll und herzlich für das schöne und auszeichnende Geschenk zum Weihnachtsabend.

Mein Vater war 1783 bei Leib-Karabinier eingetreten, und hat noch die Ehre gehabt Friedrich dem Großen bei der Revue als Junker vorgestellt zu werden, bei welcher Gelegenheit der große König geruht hat, ihm das Beispiel seines Großvaters, des bei Czaslau gebliebenen Majors von Bismarck (von damals vacant von Schulenburg, später Bayreuth

Dragonern) in gnädig anerkennender Weise als Muster vorzuhalten.

Diese und viele andre aus dem Munde meines Vaters überkommene lebendige Mittheilungen aus der großen Zeit welche das vor mir stehende Kunstwerk vergegenwärtigt, und zu denen ich eine wohlerhaltene Reihe von Briefen meines Großvaters aus den Feldlagern des Siebenjährigen Krieges rechnen kann, bilden die dauernden Eindrücke meiner Kindheit, und ich habe es jederzeit bedauert, daß es mir nach dem Willen meiner Eltern nicht erlaubt war, lieber vor der Front, als hinter dem Schreibtische meine Anhänglichkeit an das angestammte Königshaus und meine Begeisterung für die Größe und den Ruhm des Vaterlandes zu betätigen. Auch heut, nachdem Eurer Majestät Gnade mich zu den höchsten staatsmännischen Ehren erhoben hat, vermag ich das Bedauern, ähnliche Stufen nicht als Soldat mir erstritten zu haben, nicht ganz zu unterdrücken. Verzeihen Eure Majestät am Heiligen Abend einem Manne der gewohnt ist an Christlichen Gedenktagen auf seine Vergangenheit zurückzublicken, diese Aussprache persönlicher Empfindungen. Ich wäre vielleicht ein unbrauchbarer General geworden, aber nach meiner eigenen Neigung hätte ich lieber Schlachten für Eure Majestät gewonnen wie die Generäle die das Denkmal zieren, als diplomatische Campagnen. Nach Gottes Willen und nach Eurer Majestät Gnade habe ich die Aussicht in Schrift und in Erz genannt zu werden, wenn die Nachwelt die Erinnerung an Eurer Majestät glorreiche Regierung

verewigt. Aber die herzliche Anhänglichkeit, die ich, unabhängig von der Treue jedes ehrlichen Edelmannes für seinen Landesherrn, für Eurer Majestät Person fühle, der Schmerz und die Sorge die ich darüber empfinde, daß ich Eurer Majestät nicht immer nach Wunsch und nicht mehr mit voller Kraft dienen kann, werden in keinem Denkmal Ausdruck finden können; und doch ist es nur dieses persönliche Gefühl in letzter Instanz, welches die Diener ihrem Monarchen, die Soldaten ihrem Führer, auf Wegen wie Friedrich II. und Eure Majestät sie nach Gottes Rathschluß gegangen sind, in rückhaltloser Hingebung nachzieht. Meine Arbeitskraft entspricht nicht mehr meinem Willen; aber der Wille wird bis zum letzten Athem Eurer Majestät gehören.

v. Bismarck."

* * *

„Nicht immer nach Wunsch und nicht mehr mit voller Kraft": wie wehmütig und resigniert klingt diese Bescheidenheit im Munde des erst 57jährigen! Dennoch dürfen wir sie getrost bei einem Manne wie Bismarck wortwörtlich nehmen. Abgesehen von dem von Jahr zu Jahr zunehmenden und nur durch längeres Ausspannen immer wieder aufgehaltenen Nachlassen der körperlichen Kräfte waren dem großen Kanzler auch geistig nicht zu jeder Zeit alle Fähigkeiten so zur Hand, wie er selber es in erster Linie gewünscht hätte. Fehler sind auch oder, besser: gerade dem Genie nicht

fremd. Wenn den Leidenschaftlichen Mißtrauen oder Ungeduld übermannte, dann konnte er sich gelegentlich grimmig verhauen. Einen der bezeichnendsten Belege hierfür bietet der „Fall Arnim".

Seit 1866 norddeutscher Gesandter beim Päpstlichen Stuhle, hatte Freiherr Heinrich (Harry) von Arnim-Suckow während des Vatikanischen Konzils 1869 auf 1870 eine nicht unverdienstliche Rolle gespielt, war am 28. Juli 1870 gegraft worden und hatte in Brüssel und in Frankfurt a. M. bei den Friedensverhandlungen mit Frankreich die ihm gestellten Aufgaben zur Zufriedenheit gelöst. Am 9. Juni 1872 zum deutschen Botschafter in Paris ernannt, versuchte er es wiederholt, durch instanzengangwidrige direkte Vorstellungen beim Kaiser — ein Vergehen, das Bismarck niemals verzieh — die Politik des Kanzlers zu durchkreuzen, bis der letztere die Geduld verlor, den eigenwilligen Diplomaten, in dem er einen heimlichen Rivalen witterte und demzufolge bekämpfte, am 2. April 1874 von Paris abberief, nach Konstantinopel versetzte und gleich darauf verabschiedete. Wichtige Staatspapiere, die er aus dem Botschaftsarchive hatte mitgehen heißen, lieferte Harry Arnim nicht aus; er wurde verhaftet, vor Gericht gestellt und zweimal verurteilt. Zur Verhütung ähnlichen Mißbrauchs offizieller Akten wurde in das Strafgesetz der „Arnim-Paragraph" 353a aufgenommen, der strafbare Handlungen im Dienste des Auswärtigen Amts als Amtsverbrechen mit Gefängnis bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 5000 Mark bestraft. Arnim selber hatte sich durch eine Reise ins Ausland der Verbüßung seiner neun Monate Gefängnis entzogen und setzte

seine Angriffe auf Bismarck in „Reichsglocken"-Artikeln und der Broschüre „Pro nihilo" (Zürich 1875) heftig fort.

Mitten in dieser jahrelangen, höchst unerfreulichen Fehde zwischen den beiden Staatsmännern beansprucht das Ränkegewirr unmittelbar vor der deutsch-französischen Konvention vom 15. März 1873 deshalb besonderes Interesse, weil wir bei seinem Entwirren gleichzeitig über die Vorgänge unterrichtet werden, die mit dem dauernden Verluste Belforts zusammenhängen. Wir folgen hierin der eingehenden Untersuchung Fr. Muths (Nakel 1913), der vor einem Jahrzehnt schon dem Nikolsburger Frieden eine ähnliche Arbeit gewidmet hatte.

In dem weithin als dolosem Machwerk verschrienen Pamphlet „Pro nihilo" glaubte der gemaßregelte Ex-Botschafter den Nachweis geführt zu haben, daß Bismarck bei den Verhandlungen, die zu dem Vertrage von 1873 führten, den Plan verfolgt habe, Arnim in eine unhaltbare Stellung zu bringen, das Vertrauen des Präsidenten Thiers zu ihm abzuschwächen und ihn bei Deutschen wie Franzosen unheilbar zu kompromittieren. Die deutsch-französische Vereinbarung vom 29. Juli 1872 hatte die Abzahlung der Kriegsentschädigung und die nach völliger Tilgung erfolgende Räumung der vier Departements Vogesen, Ardennen, Maas und Meurthe sowie des Arrondissements Belfort für das Jahr 1874 vorgesehen. Aber dem sehnsüchtigen Verlangen der Franzosen nach der Befreiung des vaterländischen Bodens erschien diese Frist zu lang, und da der Finanzkunst Thiers' die Beschaffung der Milliarden mit überraschender Schnellig-

keit gelang, so stieg der Gedanke auf, durch Beschleunigung der Zahlungen eine frühere Räumung des Okkupationsgebiets herbeizuführen. Die Erreichung dieses Zieles mußte gleichzeitig als ein von der ganzen Nation begrüßter politischer Erfolg die von rechts und links bedrohte Stellung Thiers' befestigen. Dieser Umstand war auch für Bismarck erheblich; war doch der Kern seiner ganzen französischen Politik in dieser Zeit die Aufrechterhaltung Thiers', dessen Regierung ihm nie so stark werden zu können schien, daß Frankreich bündnisfähig und für das Deutsche Reich wieder gefährlich wurde. Außerdem war der Reichsregierung im finanziellen Interesse eine möglichst schnelle Einkassierung der Milliarden hochwillkommen. Endlich mochten der drohende Sturz Gladstones, die Gefahr eines abenteuerlustigen Ministeriums Disraeli und das politische Wetterleuchten am Balkan für den Kanzler Antriebe sein, vor dem Heraufziehen orientalischer Verwicklungen im Westen die Hände freizubekommen.

Aber auch an hemmenden Umständen fehlte es auf deutscher Seite nicht. Kaiser Wilhelm war von tiefem Mißtrauen gegen die Festigkeit der inneren Zustände Frankreichs erfüllt und fürchtete von einem Regimente der Radikalen, besonders Gambettas, den Eintritt neuer kriegerischer Verwicklungen. Die militärische Verfügung über Frankreichs östliche Grenzprovinzen schien ihm die beste Bürgschaft gegen solche Gefahr zu sein. Auch in den Kreisen des Heeres war Wilhelms Meinung weit verbreitet. Man hatte wenig Neigung, das so hart umkämpfte Belfort, dessen Überlassung an Frankreich im Friedensvertrage so schmerzlich empfunden worden war, einen Augenblick früher

herauszugeben, als die kontraktmäßige Verpflichtung dazu nötigte. Auch der Fortbezug der Feldzugszulagen aus französischer Tasche für die Besatzungstruppen fiel ins Gewicht.

Im Anfange des Jahres 1873 begannen die Verhandlungen über eine neue Konvention. Zunächst streckte Thiers durch den Vicomte A. A. E. Gontaut-Biron, den französischen Botschafter in Berlin, seine Fühler aus. Dessen Erkundigungen ergaben, daß die Bedenken des Kaisers am besten durch die günstige Gestaltung der französischen Verhältnisse im Innern gemildert werden könnten. Gontaut-Biron drängte daher im Laufe des Januars bei Thiers auf die Herstellung eines guten Einvernehmens mit der Kammermehrheit.

Diese französische Erkundung begegnete einem ähnlichen Versuche Bismarcks. Dieser beauftragte Arnim, bei der französischen Regierung anzufragen, wie sie den Übelständen abzuhelfen gedächte, die nach Räumung der beiden Departements Ardennen und Maas aus der Zusammendrängung von 50 000 Mann Besatzungstruppen in nur zwei Departements sich ergeben müßten. Gleichzeitig begannen Verhandlungen an einer dritten Stelle, anscheinend von Bismarck und Thiers in beiderseitigem Einvernehmen veranlaßt: in Nancy, wo der Befehlshaber der Besatzungstruppen, General Freih. Edwin von Manteuffel, zu dem ihm beigegebenen Kommissar der französischen Regierung, dem Grafen von St. Vallier, in einem ausgezeichneten persönlichen Verhältnis stand. Diese inoffizielle Nebenverhandlung wurde jedoch dem Botschafter Arnim gegenüber mit tiefem Ge-

heimnis umgeben. So begleiteten die offizielle Hauptverhandlung, die von dem deutschen Botschafter in Paris geführt wurde, von Anfang an zwei Nebenaktionen, die eine in Berlin durch Gontaut-Biron, die andere, geheime, über Nancy. Daß dabei Arnim, der von dem Hergange nur Bruchstücke wahrnehmen konnte, als er sich zuletzt ganz beiseitegeschoben sah, auf die schlimmsten Gedanken kommen mußte, ist begreiflich. Thiers und der Minister des Auswärtigen Graf Charles Rémusat, denen dieses Verfahren doch zu statten kam, schüttelten über diese merkwürdige Art Geschäfte zu führen den Kopf. Aber, wie der Gang der Ereignisse bewies, war im Grunde genommen Arnim selbst die schuldige Veranlassung: sein weiteres Verhalten in dieser Angelegenheit rechtfertigte nachträglich das ihm von Bismarck auf Grund früherer Erfahrungen von Anfang an entgegengebrachte Mißtrauen.

Durch die Anregungen Arnims und St. Valliers ermutigt, suchte Thiers für den 4. Februar 1873 eine Unterredung mit dem Botschafter nach. Nachdem allerlei Möglichkeiten erwogen und fallen gelassen worden waren, rückte der Präsident mit dem Vorschlage heraus, der von nun an die Grundlage der Verhandlung bilden sollte. Zu Anfang des Mai wurde voraussichtlich der Rest der vierten Milliarde bezahlt. Die Zahlung der fünften konnte Thiers bis zum September bewerkstelligen. Anstatt nun gemäß der Konvention vom 29. Juni 1872 gleichzeitig mit der Auszahlung der vierten Milliarde die beiden Departements Ardennen und Vogesen zu räumen und bis zur vollständigen Zahlung der fünften die 50 000 Mann in den

Departements Maas und Meurthe sowie im Arrondissement Belfort zusammenzudrängen, sollten etwa zwei Monate länger alle vier Departements wie bisher besetzt bleiben, dafür aber dann um ebenso viel Zeit *vor* der letzten Zahlung die *vollständige* Räumung des französischen Territoriums erfolgen. Frankreich sollte also hierdurch zwei Monate früher frei werden, Deutschland zwei Monate länger alle vier Provinzen besetzt halten.

Arnim versprach darüber sofort zu berichten; doch machte er, wie Thiers in seinen Erinnerungen angibt, den Einwand, es werde für die letzten beiden Monate doch ein *Pfand* notwendig sein. Sein Bericht an das Auswärtige Amt liegt nicht vor; doch ergibt sich aus einem Briefe des Kanzlers an Manteuffel vom 18. Februar, daß Thiers' positiver Vorschlag neben den anderen vorher einleitungsweise berührten Möglichkeiten nicht deutlich genug als der wichtige Kern des Ganzen hervortrat, so daß *Bismarck über den Tatbestand nicht genau unterrichtet* war.

Arnims eigener Gedanke eines Pfandes beschäftigte diesen offenbar vorwiegend und verdichtete sich in den folgenden Tagen zu folgendem Vorschlage, den er am 7. Februar dem Kanzler vortrug und der weit über das französische Angebot hinausging: Zahlung der vierten Milliarde bis zum 15. Mai oder 15. Juni, Zahlung weiterer 6—700 Millionen in derselben Zeit, Zahlung des Rests vom 1. Juli bis zum 1. November in vierzehntägigen Raten; dafür Räumung des ganzen Gebiets schon im April, *Besetzung von Belfort* bis zur Zahlung der letzten Rate und Neutralisierung

aller vier Departements noch über die letzte Zahlung hinaus bis zum 1. April 1874, mit dem Rechte der Wiederbesetzung in bestimmten Fällen. Mit der Räumung noch vor dem von Thiers gewünschten Termine glaubte er diesem einen besonderen Vorteil und Triumph zu gewähren, anderseits durch die Neutralisation dem Deutschen Reiche die Fortdauer seiner Vorherrschaft im Grenzgebiet noch weit über die Zahlung der letzten Milliarde hinaus zu sichern. Die Franzosen sollten einen Scheinerfolg mit einem reellen Vorteile für Deutschland erkaufen. Arnim tat sich darauf viel zugute; aber die darauf gesetzten Hoffnungen sollten sich nicht erfüllen.

Zunächst geriet bis gegen das Ende des Monats die ganze Verhandlung ins Stocken. Bismarck ging auf Arnims Vorschläge nicht ein; er wußte sich aus seinem Berichte vom 5. Februar keinen Vers zu machen und war peinlich überrascht, als er fast zwei Wochen später auf dem Umweg über Manteuffel den wahren Sachverhalt erfuhr. Kein Wunder, daß er von jetzt an die geheime Leitung über Nancy mit Vorliebe benutzte. Auf Manteuffels Betreiben präzisierte Thiers am 23. Februar in einem Schreiben an St. Vallier seine Vorschläge ganz wie am 4. Februar und nannte jetzt als Tag der Räumung den 1. Juli. Mitteilung erfolgte gleichzeitig an Arnim, der aber in seinem Berichte darüber an seinem Gedanken der langfristigen Neutralisierung festhielt, und an Gontaut-Biron, der den Vorschlag am 25. Februar durch den Oberstkämmerer Grafen W. von Redern vertraulich zur Kenntnis des Kaisers bringen ließ. Die günstige Gestaltung der parlamentarischen Verhältnisse in Frankreich um die Wende des

Monats gab die beste Unterstützung. Bismarck nahm sich der Sache jetzt persönlich angelegentlich an, und in einer Unterredung mit dem französischen Botschafter am 1. März erklärte er sein Einverständnis mit dem nunmehr von Arnim übermittelten Vorschlage bis auf einen Punkt, den er aus Arnims Projekt vom 7. Februar übernahm. Er verlangte die Besetzung von Belfort bis zur vollständigen Abtragung der Kriegsschuld im September. Gontaut-Biron erhob dagegen zwar sofort Einwendungen, aber vorsichtig, ohne der Sache große Bedeutung beizulegen. Seine Freude über den erreichten Haupterfolg überwog, und er riet auch Thiers an der Belfortklausel nicht das Ganze scheitern zu lassen.

Für die Franzosen aber, für Thiers war dieser Punkt wesentlicher, als Gontaut-Biron zunächst erkannte. Aus dem ganzen Chaos von Unglück und Schande des letzten Krieges glänzte wie ein tröstender Stern die Erinnerung an die Verteidigung der unbezwungenen Feste Belfort. Sie war zur Legende geworden, an ihren Namen klammerte sich das nationale Hoffen, sie galt als das Symbol der Wiedererhebung. Und nun sollte sie, gerade sie, die Stelle Frankreichs werden, die die Schmach der Fremdherrschaft allein bis zuletzt zu tragen hätte. Darüber hinaus aber mußte ein solcher Vorbehalt die seit dem Frieden nimmer erloschene Furcht anfachen, daß die Deutschen Belfort für immer an sich zu reißen beabsichtigten. Der ganze gute Eindruck der Konvention kam in Gefahr, wenn ihr dieser Makel aufgedrückt wurde. Anderseits legte man in Deutschland auf militärischer Seite gerade

auf die längere Behauptung Belforts ein großes Gewicht, und der noch unbezwungene Widerstand gegen die Konvention überhaupt mußte aus einer Nachgiebigkeit Bismarcks auch in diesem Punkte neue Kraft schöpfen.

Um eine an sich unwichtige Frage also (es handelte sich um die weitere Besetzung auf die Dauer von zwei Monaten) entbrannte nun 14 Tage lang ein Kampf, dessen mannigfachen Phasen zu folgen nicht leicht ist. Wenn in irgendeinem Augenblicke, so bedurfte Bismarck jetzt in dem Botschafter zu Paris eines Helfers von unbedingter Übereinstimmung und instinktivem Sichanschmiegen an die mit der Lage der Verhandlung fortwährend wechselnden Intentionen seines Vorgesetzten. An solcher Gleichstimmigkeit aber fehlte es durchaus. Unglückliche Zufälle, gegenseitiger Argwohn, Ungeschicklichkeit und Eigensinn auf der einen Seite, das komplizierte gleichzeitige Verhandeln an drei Stellen, alles zusammen verhinderte zwar das schließliche Gelingen der Konvention nicht, verbitterte aber das ohnehin schon gestörte Verhältnis zwischen Kanzler und Botschafter so heillos, daß der Zusammenhang von hier aus in direkter Linie zu dem Bruche zwischen beiden führt.

Zunächst schien sich alles ohne Schwierigkeiten zu entwickeln. Am 2. März erwirkte Bismarck die Zustimmung des Kaisers zu dem Vertrage nach dem Entwurfe Thiers' unter Hinzufügung der Belfortklausel. Telegramme von demselben Abend benachrichtigten Manteuffel sowie Arnim kurz von dem Inhalt, ein Kurier mit den ausführlichen Schriftstücken für Arnim nahm den Weg über Nancy und brachte

dem General ein Schreiben mit Erläuterungen. Der Eindruck der ersten Nachricht von der Belfortklausel auf St. Vallier war zwar niederschmetternd; voll Entrüstung riet er am 3. März Thiers, lieber auf eine neue Konvention zu verzichten. Als ihm aber am 5. März Manteuffel auf Grund des soeben eingelaufenen Briefes des Kanzlers die neue Forderung für die conditio sino qua non erklärte, fügte er sich in das Unvermeidliche und empfahl Rémusat nun, der Sicherheit halber den Räumungstermin genau festzulegen. Thiers behauptet zwar in seinen Erinnerungen, von Anfang an die Belfortklausel für unannehmbar gehalten zu haben, gesteht aber an anderer Stelle selbst, nach St. Valliers Meldung vom 5. März seiner Ansicht gewesen zu sein und nur noch gehofft zu haben, durch dilatorisches Verhalten im Laufe der Unterhandlung davon loszukommen.

Ein Telegramm von ähnlichem Inhalte wie das an Manteuffel vom 2. März benachrichtigte den Botschafter Arnim von dem Hauptinhalt der deutschen Vorschläge. Da diese in wesentlichen Stücken von seinen eigenen abwichen, so war Arnim davon offenbar wenig angenehm berührt. Trotzdem gab er sein Spiel nicht verloren. Er bat daher telegraphisch sofort um Geheimhaltung der Verhandlung vor Gontaut-Biron, da er, um das Ziel zu erreichen, dem Gegner zuerst weniger bieten müsse. Bismarck antwortete schleunigst, der französische Botschafter sei in der Hauptsache unterrichtet, Geheimhaltung habe gar keinen Zweck, da die Vorschläge en bloc anzunehmen oder abzulehnen seien: c'est à prendre ou à laisser. Aus dieser Floskel schloß Arnim sonderbarerweise (er datiert

sie irrtümlich vom 5. März statt vom 2. März), daß dem Kanzler am Zustandekommen der Konvention nicht viel liege! Hier war dem Botschafter seine Haltung deutlich vorgeschrieben; die folgende briefliche Instruktion schärfte in strikteſter Form ein, daß die Belfortklausel „conditio sine qua non“ sei.

Nur in einem Punkte war dem Botschafter für materielle Verhandlungen auch ein gewisser Spielraum gelassen. Nach § 5 sollten die vier Departements bis zum 1. September neutralisiert bleiben; hier wurde Arnim erlaubt nach seiner eigenen Idee zu versuchen, ob die in der Tat wünschenswerte Verlängerung bis zum 1. April 1874 erreichbar sei. Der Ton, in dem der Kanzler einen solchen Versuch anheimstellte, klingt nicht, als habe er auf diesen Punkt größeres Gewicht gelegt; man hat mehr den Eindruck, als handle es sich nur um eine höfliche Rücksichtnahme auf die Sondergedanken des Botschafters. Nach dem, was dieser über die Benachrichtigung Gontaut-Birons, also auch Thiers', schon wußte, durfte er sich keine Illusionen mehr machen, und der Versuch in „Pro nihilo“, hier eine an Landesverrat grenzende Machenschaft Bismarcks gegen ihn nachzuweisen, ist angesichts des Tatbestandes direkt frivol.

Arnims weiteres Verfahren muß als instruktionswidrig bezeichnet werden. Anstatt in den vorliegenden Text einfach versuchsweise statt des 5. Septembers 1873 den 1. April 1874 als Endtermin der Neutralisierung einzusetzen, im übrigen aber die Paragraphen zur Annahme en bloc vorzulegen, gab er in dem von ihm redigierten, Thiers überreichten Entwurf einen Teil der Paragraphen nur im Auszuge;

die Belfortklausel aber, die in seiner Instruktion als politische Notwendigkeit und für das Gelingen einer Verständigung unbedingt entscheidend bezeichnet war, ließ er ganz weg! Er begründete diesen auffälligen Vorgang damit, daß zwischen ihm und Thiers hierüber schon ein völliges Einvernehmen bestanden hätte; dieser habe hieraus einen Sonderartikel machen wollen.

Am Morgen des 5. März überreichte er das Schriftstück persönlich in Versailles dem Präsidenten. Dieser war, wie Arnim nach Berlin berichtete, „erheblich krank und konnte daher nicht eingehend über das vorliegende Geschäft sprechen". Mit diesen Worten geht er über die Sache hinweg; aber, wie Thiers' Erinnerungen zeigen, wurde doch verhandelt, und zwar gerade über den Hauptpunkt, die Belfortklausel. Thiers gewann den Eindruck, als stelle Arnim sie nicht als si termement arrêtée hin; er erklärte sie vielmehr nach seiner persönlichen Auffassung für nicht notwendig (in offenbarem Widerspruch zu seiner Instruktion), und Thiers glaubte demnach eine Änderung noch erreichen zu können. Erst die darauffolgenden Nachrichten aus Nancy schmetterten seine Hoffnungen nieder. Wenn der Präsident alles das, was ihm von den Botschafter schriftlich und mündlich übermittelt worden war, mit dem verglich, was er authentisch aus Nancy über die deutschen Vorschläge wußte, so war er zu der Behauptung vollständig berechtigt, daß Arnim ihm die Forderungen der deutschen Regierung nicht richtig mitgeteilt habe.

Die weitere Besprechung zwischen Arnim und Thiers wurde auf den folgenden Tag festgesetzt. Damit

trat eine Verzögerung ein, die für den ganzen weiteren Geschäftsgang verhängnisvoll wurde. Am 6. und 7. März wurde der Botschafter von der weiteren Verhandlungsunfähigkeit des Präsidenten in Kenntnis gesetzt. Diese Tage verstrichen daher nutzlos. Arnim machte auch, was ihm der Kanzler später vorwarf, keinen Versuch, sich mit dem Minister des Äußern Rémusat in Verbindung zu setzen. Statt dessen bemühte er sich bei Bismarck, den Termin der Räumung seinem früheren Vorschlage vom 7. Februar entsprechend früher ansetzen zu dürfen als auf den 1. Juli, den Bismarck nach Thiers' Entwurf dazu bestimmt hatte, also *den Franzosen ohne jeden Grund noch weiter entgegenzukommen*: ein *Eigensinn*, mit dem dieser Botschafter seinem Vorgesetzten gegenüber auf seinen eigenen Ideen bestand, auch wenn sie sich in den Zusammenhang des Geschäftsganges nicht fügten. Kein Wunder, daß Bismarck unter Hinweis auf die deutliche Instruktion gereizt und ablehnend antwortete. Er mußte den Eindruck bekommen, daß die tagelange Verzögerung nicht bloß in der Unpäßlichkeit des Präsidenten, sondern auch in Verschleppungsabsichten und dem bösen Willen des Botschafters ihren Grund habe. Seine *Nervosität* wuchs, der Reichstag sollte am 12. März zusammentreten; er hatte gehofft, ihn mit der fertigen Konvention begrüßen zu können. Aber jede Nachricht über den Fortgang der Verhandlung blieb aus; Arnims weitere Anfrage ließ sogar auf ernstliche Hindernisse schließen.

In seiner *Ungeduld* begann Bismarck die beiden *andern* Leitungen aufs neue zu benutzen,

die ihn mit Paris verbanden. Ein erregtes Schreiben vom 8. März führte zu mehreren Unterredungen mit St. Vallier. Dieser setzte der Belfortklausel zwar keine direkte Ablehnung entgegen; aber er ließ es nicht an dringenden Vorstellungen fehlen über die Erregung, die dieser Paragraph in Frankreich hervorbringen müsse. Der gute Eindruck des ganzen Vertrags werde dadurch verdorben, das Mißtrauen gegen Deutschland von neuem erregt werden. Manteuffel in seinem aufrichtigen Versöhnungsstreben berichtete darauf getreulich über die Wahnvorstellungen der Franzosen von räuberischen Absichten Deutschlands in bezug auf Belfort und Thiers' schwierige Stellung angesichts der empörten öffentlichen Meinung. Diese Berichte aber blieben wieder nicht ohne Wirkung auf den in nervöser Spannung aufhorchenden Kanzler, und er begann sich mit dem Gedanken zu beschäftigen, daß die ganze Verhandlung nur wegen Belforts stocke und er deshalb gerade in diesem Punkte zur Nachgiebigkeit gezwungen sei. Er beschloß mit Gontaut-Biron, der bisher nur gelegentlich zugezogen worden war, in Sonderverhandlung zu treten; eine ausführliche Unterredung fand am 8. März statt. Auf die Frage des Kanzlers nach dem Grunde der Verzögerung warf der Botschafter, als hätte er die geheimsten Gedanken seines Partners geahnt, die Vermutung auf, es könne die Belfortklausel sein. Da wurde in Bismarcks Haltung ein leises Schwanken bemerkbar; er beendete das Gespräch mit den Worten: „Nun gut, wir werden seiner Zeit darüber sprechen." Die erste Hoffnung auf eine deutsche Konzession leuchtete dem Botschafter auf.

An demselben Tage aber verhandelte in Versailles

Arnim mit Thiers. Die Einwendungen, die dieser noch am 5. März gegen die Belfortklausel gemacht hatte, erhob er diesmal nicht mehr, der erwähnte Bericht von St. Vallier am 5. März hatte ihm alle Hoffnung genommen; was an jenem Tage Arnim verdorben hatte, war von Nancy her wieder gutgemacht worden. Thiers stimmte den deutschen Propositionen in allen Stücken bei, nur die Neutralisierung bis zum 1. April 1874 lehnte er rund ab; Arnim fiel es auf, daß der dafür eingesetzte 5. September 1873 genau mit dem Entwurfe der deutschen Regierung übereinstimmte. Thiers hatte sich für den Augenblick ganz in die längere Besetzung Belforts gefunden, und Gontaut-Birons neuerwachter Hoffnung maß er ebensowenig Bedeutung bei wie der Erregung der Zeitungen.

Bismarcks Spannung war inzwischen fortwährend gewachsen. Immer mehr von dem Gedanken eingenommen, daß alles an Belfort scheitern könne, entschloß er sich zum Zurückweichen und fragte am 10. März telegraphisch bei Arnim an, ob er gegen den Ersatz von Belfort durch Toul etwas einzuwenden habe. Eine letzte Gelegenheit hätte sich an diesem Tage geboten, den Kanzler über den wahren Sachverhalt aufzuklären. Dem Telegramme des Kanzlers mußte Arnim entnehmen, daß Bismarck noch ein Schweben der Verhandlung in Versailles voraussetzte (am 10. konnte der Kurier, der Arnims Bericht vom 9. März brachte, noch nicht in Berlin sein); er mußte sich sagen, daß Bismarck eine schon zugestandene Forderung nicht ohne den Glauben an eine vorliegende Notwendigkeit aufgeben werde. Aber der neue Vorschlag lag ganz in seiner

eignen ursprünglichen Gedankenrichtung einer schnellen Räumung, und so antwortete er, anstatt sofort, noch am 10. März, in irgendeiner Weise auf die Nutzlosigkeit solcher Konzession hinzuweisen, mit freudiger Zustimmung; nur lenkte er die Aufmerksamkeit von Toul auf Verdun. Auch diese Antwort ließ die Verhandlung noch als schwebend erscheinen und diente dazu, Bismarck weiter zu täuschen.

Dessen Ungeduld erreichte den Gipfel am 11. März in demselben Augenblicke, wo von drei Seiten her die Aufklärung unmittelbar bevorstand. Der Bericht Arnims war an diesem Tage früh um 10 Uhr im Auswärtigen Amt eingetroffen; doch hatte der Kanzler am Nachmittag um 3 Uhr noch keine Kenntnis davon. Zwei Telegramme, die er am 10. und 11. an Manteuffel geschickt, hatten nach einem neuen Depeschenwechsel mit Paris zu der Feststellung geführt, daß Belfort keine Schwierigkeiten machte; die Nachricht hiervon mußte den Kanzler abends 11 Uhr erreichen. Gontaut-Biron endlich war im Begriff, ihm amtlich Mitteilung davon zu machen, als er auf des Kanzlers Anregung nachmittags um 3 Uhr zu einer Unterredung mit dem großen Staatsmann im Herrenhaus eintraf. Arnim erklärte Bismarcks Unkenntnis von seinem Bericht boshafterweise damit, daß er an dem fraglichen Tage erst um 3 Uhr aufgestanden sei, sehr mit Unrecht; schon früh am Tage hatte er nach Nancy depeschiert, und beim Empfange des französischen Botschafters befand er sich schon lange mitten in einer erregten Herrenhaussitzung.

Bismarck brauchte den Botschafter nur ausreden zu lassen, so mußte die ganze Spannung sich lösen; jede

Konzession von deutscher Seite war überflüssig. Statt dessen bot der Kanzler sofort den Ersatz von Belfort durch Toul oder Verdun an. Eigentümlich ist es, daß dieses überraschende und wichtige Zugeständnis den weiteren Verlauf der Unterredung kaum beeinflußte; vielmehr trug Gontaut-Biron, als wäre nichts geschehen, einen von Thiers ihm übermittelten Eventualvorschlag vor, verhandelte über allerlei Einzelheiten der Räumungs- und Zahlungstermine und verschanzte sich, als Bismarck zum Schlusse seinen Vorschlag wiederholte, hinter Mangel an Vollmacht. War es geschickte Verstellung, die dem Gegner die Freude über den unerwarteten Erfolg nicht verraten wollte, oder empfand der Botschafter die ganze Wichtigkeit des Geschehenen nicht? Thiers wirft ihm in seinen Erinnerungen vor, er hätte sich den Vorteil beinahe entgehen lassen.

Die Belfortfrage wurde in der Schwebe gelassen, sie konnte keine Schwierigkeiten mehr machen; eine fast völlige Einigung war erzielt, und Bismarck schlug vor, die Zeichnung des Vertrags in Berlin vorzunehmen. Abgesehen von der Hoffnung schnellerer Erledigung spielte die Rücksicht auf Geldspekulationen mit, die in Paris unternommen worden waren. Unter Beteiligung deutscher Finanzmänner, so sprach der Kanzler sich aus, sei der Ankauf von 500 Millionen französischer Rente geplant, der deutschen Regierung sei ein Anteil daran angeboten worden. Infolgedessen könne es in Paris Leute geben, denen am Abschluß der Konvention dort gelegen sei. Offenbar glaubte er schon damals, was er später durch Moritz Busch in die Presse lancieren ließ, daß Arnim den Abschluß der Konvention zu un-

statthaften Börsenmanövern benutzen wolle, ein Vorwurf, dessen Berechtigung nicht festzustellen ist, den ihm Arnim aber in seiner Broschüre zurückgab.

Unmittelbar nachdem ihn Gontaut-Biron verlassen hatte, muß Bismarck Arnims Bericht vom 9. März gelesen haben. Über dieses Schriftstück ist nur bekannt, was aus „Pro nihilo" hervorgeht. Wir wissen, wie willkürlich der Botschafter am 5. März den ihm von Berlin zugestellten Vertragsentwurf redigiert hatte, daß die Bestimmung über die längere Besetzung von Belfort darin gar nicht enthalten war. Ein vernichtendes Urteil über diese Redaktion fällte Thiers; als er mehrere Tage später über Nancy dieselben Berliner Vorschläge zu Gesicht bekam, erkannte er sie nicht wieder, glaubte etwas anderes, Neues vor sich zu haben, und nahm sie ohne weiteres an. In gutem Glauben konnte er behaupten (Manteuffel telegraphierte es nach der Angabe St. Valliers am 11., und Gontaut-Biron wiederholte es am 12. März), daß Arnim ihm diese Vorschläge nicht mitgeteilt habe. Kein Wunder, daß Bismarck irre wurde und sich durch den Bericht seines Botschafters, der mit seiner sonstigen Kenntnis der Lage nicht übereinstimmte, nur unzureichend aufgeklärt fühlte. Das eine aber ging daraus hervor, daß die Verzögerung der Verhandlung nicht, wie er angenommen hatte, in dem Widerstande der Franzosen gegen die Belfortklausel begründet gewesen war. Die soeben gemachte Konzession war also zwecklos! Eine ungeheure Erbitterung bemächtigte sich seiner gegen den Botschafter, dem er die ganze Schuld zuschrieb. Es galt zu retten, was zu retten war. Aus dem Berichte war wohl nicht zu ersehen, mit welchem

Grade von Bestimmtheit Thiers in die längere Besetzung von Belfort gewilligt hatte; Gontaut-Biron anderseits schien dem Ersatze durch Verdun keine große Bedeutung beizumessen. Wenn es gelang, durch schleuniges Zugreifen Thiers womöglich vor Eintreffen von Gontaut-Birons Bericht auf Belfort festzulegen, war viel gewonnen. So erging denn am 11. März um 4 Uhr 35 Minuten ein Telegramm an Arnim, das ihm einschärfte, an *Belfort unbedingt festzuhalten*. Es scheint nicht, daß der *Botschafter* daraufhin irgendwelche Schritte unternommen hat; er hielt die Frage wohl für erledigt. Am 11. und 12. März aber erhielt er zwei weitere Telegramme. Aus seinen bisherigen Berichten sei nicht zu ersehen, ob er die Propositionen vom 2. März amtlich ausgerichtet habe; Thiers leugne sie zu kennen, er solle es sofort tun. Da Arnim das Bewußtsein von der Unvollständigkeit und Unklarheit seiner Berichte nicht hatte, so kamen ihm diese Weisungen unverständlich vor. Als er nun noch erfuhr, daß Bismarck in derselben Zeit, in der er ihm das Telegramm über Belfort sandte, selber schon Verdun zugestanden hatte, bemächtigte sich *seiner* die Überzeugung, das schuldlose Opfer boshafter Ränke seines Vorgesetzten zu sein.

Bismarck hatte inzwischen am Abend des 11. März aus Nancy die nüchterne Aufklärung bekommen. Ein ihm mitgeteilter Brief Rémusats an St. Vallier ließ keinen Zweifel, daß Thiers schon am 8. März rückhaltlos in die Besetzung Belforts gewilligt hatte. *Der Kanzler hatte also ohne Not eine Niederlage erlitten.* Thiers aber war ent-

schlossen, den erlangten Vorteil nicht wieder aus der Hand zu geben. Schon am 12. März erhielt Gontaut-Biron Vollmacht auf Grund der Besetzung von Verdun abzuschließen. Bismarck machte an diesem Tage noch keinen Versuch, sein Zugeständnis zurückzunehmen. Wartete er auf Nachrichten über etwaige Erfolge Arnims? Der Tag verlief mit Unterhandlungen über die Redaktion des Wortlauts; am nächsten Tag sollte die Unterzeichnung stattfinden. Man schien am Ziele zu sein, in Versailles atmete man auf. Die Verlegung des Abschlusses nach Berlin wurde dort sofort als eine Desavouierung Arnims aufgefaßt; „aber", schrieb Rémusat, „er ist selber schuld daran."

Noch war jedoch das Schiff nicht im Hafen. Bismarck machte mit äußerstem Nachdrucke den Versuch, das Verlorene zurückzugewinnen, und verlangte von Gontaut-Biron die Wiederherstellung des alten Textes. Er wußte, mit welcher Ungeduld die französische Regierung die Beendigung des Geschäfts erwartete, und bot ihm sofortige Zeichnung noch am 13. März an, wenn er Belfort bewilligte. Andernfalls stellte er die neue Forderung einer Etappenstraße von Metz nach Verdun und damit eine Verzögerung von mehreren Tagen in Aussicht. Aber Gontaut-Biron ließ den errungenen Gewinn nicht mehr fahren, und das einzige Zugeständnis war ein Bericht an Thiers über die neue Wendung der Dinge.

An demselben Tage hatte sich zu Versailles ein schwer zu erklärender Vorgang abgespielt. Arnim berichtete, er sei am Morgen des 13. März zu Thiers gegangen und habe ihn zur Rede gestellt, wie er zu der Behauptung käme, am 10. März den deutschen Kon-

ventionsentwurf noch nicht gekannt zu haben. Der Präsident habe alles aus einem Mißverständnis Gontaut-Birons erklärt und den dringenden Wunsch geäußert, die Zeichnung der Konvention noch an demselben Tag in Versailles vorzunehmen. Arnim habe dieses Ansinnen abgelehnt, weil er einer besonderen Vollmacht dazu bedürfe. Am nächsten Tage habe er von Thiers eine Einladung zur Zeichnung um 4 Uhr erhalten. Inzwischen aber sei von Berlin die überraschende Nachricht eingelaufen, daß der Abschluß dorthin verlegt sei.

Mit alledem läßt sich die Darstellung, wie sie Thiers und Rémusat übereinstimmend geben, nicht in Einklang bringen. Danach kam der Botschafter zu Thiers mit dem angeblichen Auftrag, unter Ersatz von Belfort durch Verdun abzuschließen; Rémusat wurde zugezogen und die Vorbereitung zur Unterzeichnung am 14. März getroffen. Thiers, der an diesem Tage die Zeichnung in Berlin erwartete, übermittelte diese überraschende Wendung mit dem Ausdrucke des Bedauerns sofort Gontaut-Biron. Nachdem Thiers die Besetzung der Etappenstraße nach Verdun mit einem Bataillon bewilligt hatte, erklärte Arnim sich zum Abschluß unter diesen Bedingungen mit Bestimmtheit für ermächtigt, und erst am 14. März teilte er mit, von der Verlegung der Schlußverhandlung nach Berlin benachrichtigt worden zu sein.

Auch über Nancy machte Bismarck am 14. März noch einen Versuch, in der Belfortfrage auf Thiers umstimmend einzuwirken. Er stellte im andern Fall eine lange Verzögerung in Aussicht und verschmähte sogar die gewagte Behauptung nicht, Gontaut-Biron

erwarte eine Entscheidung des Präsidenten für Belfort. Am folgenden Tag aber mußte St. Vallier auf die kategorische Forderung Manteuffels telegraphisch vorstellen, die deutsche Konzession sei nur in der Erwartung erfolgt, daß die Franzosen darin einen Beweis der Aufrichtigkeit erblicken und, um nicht durch Mißtrauen zu verletzen, das Anerbieten des Ersatzes durch Verdun höflich ablehnen würden. Gontaut-Biron solle schleunigst Order bekommen, noch an diesem Abende dem Kaiser von diesem Verzichte Mitteilung zu machen. Manteuffel versicherte, daß der Kaiser dafür Belfort freiwillig schon am 1. Juli räumen lassen werde. Thiers nahm dieses Drängen mit ziemlich übler Laune auf. Inwieweit Manteuffels Behauptung über die Absichten der deutschen Regierung sachlich gerechtfertigt oder seine eigene Vermutung war, läßt sich nicht entscheiden. Jedenfalls erregte der Ersatz von Belfort durch Verdun seine ganze Unzufriedenheit, und so erklärt sich Bismarcks halb scherzhafte Äußerung zu Gontaut-Biron, daß diese Sache ihn die Freundschaft des Generals kosten werde. Manteuffels Versuch hinkte den Tatsachen nach: ehe er zu Ende kam, war der Vertrag schon unterzeichnet. Am Mittag des 15. März drückte Bismarck noch einmal mit aller Macht auf Gontaut-Biron; aber dieser blieb in der Hauptsache fest. Nachdem er auf eigene Faust, um nur zu Ende zu kommen, die Etappenstraße von Verdun nach Bismarcks Wunsch bewilligt hatte, erfolgte endlich der Abschluß. Bismarck sprach noch einmal sein Bedauern aus, am 11. auf Belfort verzichtet zu haben, man werde ihn einen Verräter schelten.

Sicherlich hatte er damit eine (wenn auch kleine) Niederlage erlitten. Aus einer falschen Beurteilung der Lage heraus hatte er ohne Not einen Vorteil preisgegeben. Die Schuld an seiner Täuschung lag zum Teil an ihm selbst: an der Verwirrung, die durch die dreifache Verhandlung in Paris, Nancy und Berlin ohne gegenseitige Aufklärung der daran Beteiligten entstanden war, zum größeren Teil aber doch an der Eigenwilligkeit und Säumigkeit seines Botschafters in Paris. Darum erheischte des Vaterlandes Wohl die Fernhaltung dieses Mannes von jedem verantwortungsvollen Posten.

* * *

Mit der etwas ausführlicheren Schilderung der unter den gegenwärtigen Verhältnissen ja besonders interessierenden Verhandlungen über Belforts Rückgabe verfolgen wir gleichzeitig den Zweck, einen Querschnitt durch die Riesenbürde zu bieten, die der Reichskanzler auf sich geladen hatte und jahraus jahrein bewältigte. Selbstverständlich bedeuten sie nur einen Bruchteil des damals Geleisteten. Um das zu erkennen, brauchen wir nur nochmals dem Botschafter Vicomte de Gontaut-Biron das Wort zu geben. So notiert er zum 11. März 1873: Fürst Bismarck habe den Wunsch, ihn zu sprechen; sein Tag sei aber so in Anspruch genommen, daß er weder auf die Botschaft kommen noch ihn im Ministerium erwarten könne; er bäte ihn ins Herrenhaus, wo seit einigen Tagen über sehr wichtige Gegenstände, wie die Änderung verschiedener Verfassungsbestimmungen, die Beziehungen zwischen Staat und Kirche u. a., verhandelt wurde. Als

dann Gontaut-Biron dorthin kam, fand er den Reichskanzler überreizt, nervös, ermüdet von einer schlaflosen Nacht und unzufrieden über Arnims unvollständige Depeschen. Und am Tage danach schrieb der französische Botschafter einem Brief an seinen Präsidenten folgendes bei: „Ich habe von neuem Gelegenheit gehabt, mich persönlich von der herkulischen Arbeit zu überzeugen, die der Reichskanzler leistet, um der Last aller von ihm übernommenen Verantwortlichkeiten Herr zu werden. Um nur zwei Beispiele anzuführen, so hat er gestern, unmittelbar nach unserer Besprechung, im Herrenhaus eine Rede gehalten, und ich sah auf seinem Schreibtische das umfangreiche Aktenstück über unsere Verhandlungen mit einer M.nge von seiner Hand geschriebener Depeschen. Der Grund für die Eile, mit der er unsere Verhandlungen betreibt, liegt in den Schwierigkeiten der preußischen kirchenpolitischen Angelegenheiten — man stand damals mitten im Kulturkampf*) —, die seit den Verfolgungen des Erzbischofs von Posen von Tag zu Tag einen ernsteren Charakter annehmen, vor allem aber in der Bedeutung der im Reichstage zu verhandelnden

*) Der Verfasser gehört hinsichtlich seiner konfessionellen Weltanschauung zu den Irenikern. Für ihn bedurfte es daher des gegenwärtig geltenden „Burgfriedens“ nicht, um in ihm den Entschluß reifen zu lassen, den Kulturkampf und, was damit zusammenhängt an Verfolgung und Verhetzung — kein Ruhmesblatt in der preußischen Geschichte der 70er Jahre —, hier nur kurz zu streifen. Wer darüber Belehrung sucht, greife nach den Büchern von Ludwig Hahn (1881), Nik. Siegfried (1882; Akten mit gutem Register), Franz X. Schulte (1882), P. Majunke (1887) und H. Brück (1900/05); vermeide dagegen H Wiermann (alias Robolsky; 1886)!

Angelegenheiten, dessen Session außerordentlich arbeitsreich werden soll."

Diesem treffenden Urteile des gut beobachtenden Franzosen ist kaum etwas zuzufügen; Gontaut-Biron hat damit den Nagel auf den Kopf getroffen. Welch aufreibende Tätigkeit war z. B. allein in den Verhandlungen über Reichseisenbahnen aufzuwenden! Wenn wir nur einen Blick in die drei Bücher: den dritten Band der „Erinnerungen" des sächsischen Ministers Freiherrn Richard von Friesen (1910), F. Jungnickels „Albert v. Maybach" (1910) und A. v. d. Leyens „Eisenbahnpolitik des Fürsten Bismarck" (1914) werfen, so staunt man, welch harte und in der Hauptsache schließlich doch vergebliche Mühen Bismarck aus eigener Initiative heraus allein diesem Problem gewidmet hat. Wir erkennen daraus, wie die unbestimmte Auffassung, die sich der Gutsherr von Schönhausen und Landtagsabgeordnete über die Bedeutung der Bahnen gebildet hatte, unter dem Drucke der politischen Erwägungen sich klärte und schließlich zu der Forderung verdichtete, daß das Reich selbst die Eisenbahnen in die Hand bekommen müsse. Unermüdlich drängt Bismarck in dieser Richtung. Alle Fäden seines Einflusses läßt er spielen. Er spart nicht scharfe Worte, wo er im Kreise seiner preußischen Ministerkollegen auf Widerstand oder bloß Lässigkeit stößt. Er ist der eigentliche Vater der Verstaatlichung, die zwar nicht dem Reich, aber Preußen die Eisenbahnen seines Gebiets und damit den entscheidenden Einfluß auf die gesamten Eisenbahnen Deutschlands gebracht hat.

Beinahe alle Urkunden über die Etappen auf dem steinigen Wege zu einem Reichseisenbahnnetze hat

Bismarck im Originale selbst vollzogen. Daraus darf man ohne weiteres schließen, daß sie nach seiner unmittelbaren Anweisung oder doch im Einverständnis mit ihm bearbeitet worden sind; bei den wenigen übrigen Stücken steht es fest, daß er sie mindestens angeregt und gebilligt hat. Wenn heute Eisenbahnbetrieb und Tarifgestaltung in Deutschland einheitlich sind, so ist damit wenigstens die wirtschaftliche Seite der Bismarckschen Pläne von 1875 im wesentlichen erfüllt. Politisch dagegen hat der Kanzler 1876 ohne Zweifel eine ernste Niederlage erlitten*).

Die deutsche Finanzpolitik hatte sich in den ersten Jahren seit der Reichsgründung auf unsicherem Grunde bewegt. Reichstag und Bundesrat standen bei der Einrichtung der Finanzwirtschaft des Reiches vor einer schwierigen Aufgabe, die durch die französischen Milliarden nur zu einem gewissen Teil erleichtert wurde. Der Norddeutsche Bund hatte zumeist die Organe der Einzelstaaten, vor allem Preußens, mitbenutzt; einen verantwortlichen Schatzmeister kannte er nicht. Die Aufstellung des Haushalts geschah nach dem 70er Kriege nicht viel sorgfältiger; die Reichsfinanzverwaltung ließ sich dabei von der Ablehnung jeder Steuervermehrung durch den Reichstag allzusehr beeinflussen. Anderseits hatte seine negative Kritik und Kleinarbeit auch ihr Gutes. Aber der organisatorisch durchgreifende

*) In der Frage der Schiffahrtsabgaben haben 1910 die bedrohten und deshalb opponierenden deutschen Mittelstaaten nicht so günstig abgeschnitten: vgl. dazu des Verfassers Artikel „Die Gefährdung der bundesstaatlichen Eintracht durch die Schiffahrtsabgaben“ im „Tag“ vom 26. Januar 1910.

Aufbau fehlte. Während die Landeshaushalte gut, ja glänzend abschlossen, zehrte das Reich nach und nach immer mehr von der Kriegsentschädigung, von Anleihen und Matrikularbeiträgen.

Handelspolitisch übernahm das Reich die Zoll- und Steuergesetzgebung des Zollvereinigungsvertrags vom 8. Juli 1867, dessen letzte Maßnahmen ausgesprochen freihändlerischen Charakter gehabt hatten. Doch lief letzterer nur noch bis zum Jahre 1873 in aufsteigender Linie weiter (Antrag von Konservativen, Nationalliberalen und Zentrumsmitgliedern auf Aufhebung der Eisen- und Maschinenzölle; Gesetzentwurf der Regierung über Aufhebung der Eisenzölle, erledigt am 7. Juli 1873 durch ein Kompromiß). Mit dem Jahre 1874 setzte das Aufkommen einer Schutzzollströmung ein; im Jahre 1877 trat die letzte freihändlerische Tarifänderung, das Erbe des Kompromisses von 1873, in Kraft. Die beiden zwischenliegenden Jahre 1875 und 1876 erlebten den Kampf um die Entscheidung, ob man völlig zum Freihandel übergehen oder zu einem gemäßigten System von Schutzzöllen zurückkehren solle. Bismarck, den schon 1874 die Aufgabe, seiner Schöpfung eine mächtige, unerschütterliche finanzielle Grundlage zu geben, gereizt hatte, beschäftigte sich seit dem Sommer 1876 intensiv mit zoll- und handelspolitischen Fragen. Am 4. Febr. 1881 bekannte er, er sei in den ersten anderthalb Jahrzehnten seiner ministeriellen Tätigkeit durch die auswärtige Politik absorbiert gewesen und habe es weder für seinen Beruf gehalten noch Zeit dazu gehabt, sich um die innere Politik des Reiches wesentlich zu kümmern; er habe einfach angenommen, sie sei in guten Händen. Da gab ihm Rudolf Delbrücks Abgang

am 1. Juni 1876 die Gelegenheit, die Leitung der deutschen Handelspolitik selbst in die Hand zu nehmen. Dabei fand er, daß, wenn er bis dahin in verba magistri geschworen hatte, die tatsächlichen Ergebnisse den Voraussetzungen, die der Gesetzgebung zugrunde gelegen hatten, nicht entsprachen. Er erhielt den Eindruck, daß Deutschland unter dem 1865 eingeführten Freihandel der Auszehrung verfalle, und daß es notwendig sei, umzukehren.

Doch dieser Beweggrund war nur einer von mehreren. Die Entscheidung für den Anschauungswechsel lieferten die innerpolitischen Verhältnisse von Anfang 1877 bis zu der nach dem Nobiling-Attentate sofort beschlossenen Auflösung des Reichstags vom 11. Juni 1878. Im Frühjahr 1877 hatte eine heimliche Kanzlerkrisis bestanden, die damit abschloß, daß Bismarck für zehn Monate Berlin fernblieb. Im Reichstage hatte er keine sichere Mehrheit gehabt. Nach den Wahlen vom 10. Januar 1877 war er, da die Liberalen allein nicht mehr stark genug waren, genötigt gewesen, um konservative Stimmen zu werben, die seinen nationalliberalen Anhang verstärken halfen; doch als nun den alten politischen Gegensätzen sich neue, wirtschaftliche gesellten, durfte er bei dieser mehr als unsicheren Gefolgschaft nicht bleiben. Daher suchte er durch Gewinnung Rudolf v. Bennigsens für den Eintritt ins Ministerium die nationalliberale Partei enger an sich zu ketten. Doch in dem Bündel der die gesamte Volkswirtschaft Deutschlands tief berührenden Reformfragen, deren Lösung zu einer Verselbständigung der Reichsfinanzen hätte führen sollen, gab es mehrere strittigen Punkte, worüber die beiden

nicht einig werden konnten, und die Verhandlungen wurden Anfang 1878 abgebrochen. Nun war von der sowieso zusammengeschmolzenen alten Mehrheit natürlich noch weniger zu erhoffen, und Bismarcken blieb nichts anderes übrig, als sich an die Rechte und das Zentrum zu lehnen. Diese Stütze fand er in der von dem ehemaligen württembergischen Minister Freiherrn Friedr. von Varnbüler, dem vornehmsten Berater Bismarcks in Zollsachen, noch vor der Reichstagsauflösung gebildeten interfraktionellen „Freien wirtschaftlichen Vereinigung", die nach den unter konservativ-klerikalem Zeichen stehenden Neuwahlen vom 30. Juli mehr als 200 Abgeordnete auf ihr schutzzöllnerisches Wirtschaftsprogramm einte.

Damit war der Bruch mit der Camphausenschen Finanzreform auch dem Blödesten offenbar geworden. Wie hatte das alles so kommen können? Seit dem 26. Oktober 1869 Finanzminister und nach Roons Rücktritt unterm 9. November 1873 auch Vizepräsident des Staatsministeriums, hatte sich Otto Camphausen namentlich während und vermöge der längeren Beurlaubungen Bismarcks eine ansehnliche Stellung zu erringen gewußt. Als jedoch, wie oben angedeutet, die Überschüsse der „fetten" Jahre verschwanden, unterstrich Camphausen seine freihändlerische Anschauung, wurde aber gerade wegen seiner Begünstigung großer Finanzunternehmungen von den Schutzzöllnern für den einsetzenden Niedergang verantwortlich gemacht. Nun drängte Bismarck, der schon am 22. November 1875 bei der ersten Lesung des Gesetzes über die Erhöhung der Brausteuer „eine totale Steuerreform" einschließlich der Zollreform gewünscht hatte, den Minister-

kollegen mit einem Schreiben vom 13. Februar 1877 zu einschneidenden Finanz- und Steuerreformen. Camphausen antwortete vier Tage darauf mit einem Schriftstücke, das er — nach seiner Desavouierung durch den Kanzler am 22. Februar — während der rührenden, aber schließlich ergebnislosen Versöhnung am 23. Februar 1878 im Reichstage verlas. Darin erklärte er sich trotz vielfacher Bedenken zu einer höheren Besteuerung des Tabaks im Monopolwege bereit. Im übrigen ging er zwar auf die von Bismarck angeschnittenen Fragen nicht ein; aber daraus, daß er in Verbindung mit der Frage der Ausgleichsabgaben zum ersten Male den Zollschutzgedanken andeutete, durfte Bismarck folgern, daß ihre beiden Wege doch am Ende nicht allzu weit auseinander gehen würden. Aber als von seinen drei Entwürfen, der Besteuerung der Börsenpapiere und Lotterielose, der Einführung eines Spielkartenstempels und der Erhöhung der Tabaksteuer nur der Stempelsteuervorschlag angenommen wurde, nahm Camphausen seine Entlassung.

Die Ablehnung der Camphausenschen Finanzvorlage spornte den Kanzler erst recht an, sein „konservatives“ Programm einer Vermehrung der *indirekten* Steuern und einer Entlastung der Einzelstaaten durch den neuen Finanzminister Artur Hobrecht fördern zu lassen; der Übergang zum Schutzzollsystem, den eine Wiedereinführung der Eisenzölle inaugurieren sollte, wurde auf Hobrechts Einspruch *einstweilen* noch als nebensächlich aufgeschoben. Hauptsache war — vorläufig — die Entscheidung darüber, wie die Finanzreform im Reich und in den Einzelstaaten zu gestalten sei und welche Steuerreformpläne

dem Reichstage vorgelegt werden sollten. Darüber beriet vom 5. bis 8. August 1878 die Heidelberger Konferenz der einzelstaatlichen Finanzminister, denen Bismarck eine vom 25. Juni datierte, schutzzöllnerische Neigungen bereits erkennen lassende Denkschrift unterbreitete, während er seinen eigenen Vertreter, den Präsidenten des Reichskanzleramts Karl Hofmann, am 3. August direkt dahin instruierte: „Wenn von anderer Seite Anregungen zu besserem Schutze deutscher Produkte gegen auswärtige Konkurrenz an uns herantreten sollten, so halte ich es für untunlich, denselben zu widersprechen oder zu widerstehen. Ein prinzipielles Einlenken nach dieser Richtung hin, wenn auch nicht in die Richtung des Schutzzolls, ist für mich eine unabweisbare Notwendigkeit." Damit ist der Wandel vom passiven Freihandel zum aktiven Schutzzoll greifbar bezeugt. Die Durchführung erhoffte Bismarck vom neuen Reichstage. Die Absage an die Nationalliberalen war vorbereitet. So griffen wirtschaftliche und innerpolitische Gründe ineinander. Eine großzügige Finanzpolitik war nur mit einer einigermaßen zuverlässigen parlamentarischen Mehrheit zu machen; diese fand Bismarck Ende der 70er Jahre nur auf der Seite, die von der Schutzzollströmung ergriffen war. Prinzipienreiter war er nie gewesen; darum schreckte er auch nicht davor zurück, den Übergang zur Schutzzollpolitik zu wagen *). Wieder einmal hatte der Realpolitiker gesiegt. Und der Liberalismus

*) Wie das geschah, möge man in Wilhelm Gerloffs ausgezeichnetem Werke „Die Finanz- und Zollpolitik des Deutschen Reiches" (Jena, 1913), S. 150 ff., nachlesen.

hatte wieder einmal Ursache, einer verpaßten Gelegenheit nachzutrauern.

* * *

Hatte in der soeben skizzierten, ewig denkwürdigen Wendung der inneren Politik Preußen-Deutschlands eine ganze Partei, die seit 1872 meist ausschlaggebend hatte sein dürfen, — teilweise verdient — das Nachsehen, so waren die Jahre nach 1878 auch einzelpersönlich genommen nicht frei von Überraschungen. Eine der interessantesten, fast den ganzen Komplex der damals schwebenden Probleme wenn nicht umfassenden, so doch berührenden Trennungen Bismarcks von langjährigen Mitarbeitern betraf den Chef der Admiralität Albrecht von Stosch. Gerade hierüber kann nur noch die allernächste Zeit die dringend erwünschte Aufklärung einiger dunkeln Punkte bringen: die weitaus meisten Zeugen hat ja längst der Tod heimgerufen.

Bismarck war ein starker Hasser. Nicht so leicht vergaß er seinen Mitarbeitern und Untergebenen Vorkommnisse, aus denen er — zu Recht oder Unrecht — hatte glauben dürfen, auf Eigenmächtigkeiten, Überschreitungen seiner Instruktionen oder auf Verletzungen und Umgehungen des vorgeschriebenen Instanzenwegs schließen zu müssen (vgl. oben den Fall Arnim). Auf ein völlig unverdächtiges Zeugnis hierfür stoßen wir beim Lesen von A. v. Werners „Erlebnissen und Eindrücken" (Berlin 1913): „Auf einem Diner am 26. Februar 1880 spottete Bismarck in ganz besonders scharfer Weise über die Veränderungen, die

Stosch im Steuerkommando vorgenommen hatte, und gedachte des Ministers dabei in Ausdrücken, deren Veröffentlichung mir vermutlich heute noch eine Injurienklage eintragen könnte, wenn nicht Verjährung in Betracht käme."

Abgesehen von der Grundsätzlichkeit der Abweichungen in ihrer Weltanschauung ist auf Vorfälle der eben berührten Art die Gegnerschaft zwischen Albrecht v. Stosch und Otto v. Bismarck zurückzuführen. Einen der früheſten Vorgänge dieser Kategorie schildert v. Stosch nach einer Tagebuchnotiz vom Jahre 1866 in den durch seinen Sohn Ulrich herausgegebenen „Denkwürdigkeiten": die Verhandlungen über die Militärkonvention Preußens mit Sachsen. Die zweite größere Verstimmung gebaren der nächste Krieg, der Deutsch-Französische, und sein Ausklingen. Stosch hatte als Generalintendant den Auftrag erhalten, in Ausführung des Vorfriedens von Versailles den Vertrag über den Modus vivendi der Okkupationsarmee mit der französischen Regierung abzuschließen, ohne daß seine Vollmacht durch irgendwelche Sondervorschriften beschränkt gewesen wäre. Bismarck hatte gefordert, die Franzosen sollten in gewissen Terminen die Portionen und Rationen bezahlen, die der von den Deutschen jeweils nachzuweisenden Stärke der Truppen entspräche; Stosch hielt nach den Erfahrungen von 1866 die Festsetzung von Normalstärken für besser und schloß zu Ferrières so mit Jules Favre ab. Der Kaiser unterschrieb, und der Kanzler grollte. Als Stosch im März 1877, nun Chef der Admiralität, mit Bismarck abermals in einen tieferen Konflikt geraten war, griff der Kanzler auf die „Schädigung des Reiches" durch den

Vertrag vom 11. März 1871 zurück und forderte das Reichsjustizamt auf, die Anklage gegen Stosch zu formulieren. Doch da die Konvention von Ferrières in den Frankfurter Frieden aufgenommen worden war und damit auch des Kanzlers Zustimmung erlangt hatte, so wurde natürlich die Klage hinfällig.

In dies Milieu versetzt uns auch die „Rache Bismarcks" vom Jahre 1884.

Im zweiten Bande seiner „Gedanken und Erinnerungen" kommt Bismarck dreimal auf den Plan zu sprechen, der darin gegipfelt habe, sein Regime durch ein liberal-katholisches „Gladstone-Ministerium" zu ersetzen. So sagt er an der ersten Stelle (II, 134): „Nachdem die Freisinnigen den von ihnen mehr als von mir betriebenen „Kulturkampf", dessen Vorkämpfer Virchow und Genossen gewesen waren, nicht nur aufgegeben hatten, sondern im Parlament wie in den Wahlen das Zentrum sogar unterstützten, war letzterem gegenüber die Regierung in der Minorität ... Ich hielt um so mehr für angezeigt, den Frieden anzubahnen, wenn die Schule gedeckt, die Verfassung von den aufgehobenen Artikeln und der Staat von der katholischen Abteilung befreit blieb. Nachdem ich den Kaiser schließlich gewonnen hatte, war bei Abschätzung des Festzuhaltenden und des Aufzugebenden die neue Stellung der Fortschrittspartei und der Sezessionisten ein entscheidendes Moment; anstatt die Regierung zu unterstützen, schlossen sie bei Wahlen und Abstimmungen Bündnisse mit dem Zentrum und hatten Hoffnungen gefaßt, die in dem sogenannten Ministerium Gladstone (Stosch, Rickert u. a.), das heißt in liberal-katholischer Koalition, ihren Aus-

druck fanden.“ Auch auf Seite 188 des Zweiten Bandes spricht Bismarck davon, er habe den zweifelsfreien „Eindruck“ gehabt, daß zwischen einigen seiner Kollegen, einigen Nationalliberalen und einigen Leuten von Einfluß am Hof und im Zentrum über die Teilung seiner politischen Erbschaft die Verhandlungen bis zur Verständigung oder nahezu so weit gediehen gewesen seien. Der Gesamtangriff gegen ihn habe beim alten Kaiser einen tätigen Bundesgenossen im General v. Stosch gefunden. Auf Seite 196 endlich spricht er ebenfalls von dem „Eindrucke“, daß er sich 1878 einem System allmählichen Abdrängens von den Geschäften der politischen Leitung gegenüber befunden habe. Ein Kabinett Gladstone, dessen Mission durch die Namen Stosch, Eulenburg, Friedenthal, Camphausen, Rickert und beliebige Abschwächungen des Gattungsbegriffs „Windthorst“ mit katholischen Hofeinflüssen bezeichnet werden könne, habe den Hauptzweck gehabt, ihn zu beseitigen.

Diesen Bismarckschen „Eindrücken“ ist kaum die Beweiskraft zuzusprechen, die nötig wäre, um das Ganze zum Rang eines unzweifelhaften Historikums zu erheben. Vielmehr dürfte Bismarck einzelnen Schachzügen seiner Gegner zu viel „blitzartigen“ Charakter beigelegt haben. Sicherlich erhält solch ein Gewaltiger eine Unmasse verwertbaren und wertlosen Stoffs, wahrer und falscher Nachrichten zugetragen, und nicht immer wird es dann in seiner Macht liegen, den Weizen von der Spreu zu säubern. Mit seiner Vermutung dürfte Bismarck in diesem Einzelfalle genau so unrecht haben, wie in manchen andern, ohne daß dies seiner Heldengröße irgendwie Eintrag täte. Daß

Bismarcks Argumentation nicht zutreffend sei, darf man auch aus Gustav Freytags Worten vom 27. Oktober 1881 schließen: „Sie sind jetzt in der beneidenswerten Lage, daß Ihnen die Fürsten nichts mehr geben können. Warum? Sie haben alles. Denn ich will nicht hoffen, daß Sie (nach dem Schwarzen Adler) auch noch Kanzler werden wollen." Gerade diese Ausdrucksweise läßt die Vermutung als unabweisbar erscheinen, daß mindestens Freytag, einer der vertrautesten Freunde Stoschs, in die von Bismarck gemutmaßten Ränke nicht eingeweiht war. Außer Rickert wird das nur ein sehr beschränkter Kreis liberaler Politiker gewesen sein.

Der chronologische Hergang des Zwistes von 1884 läßt sich etwa so schildern:

Es war am 20. Juni 1884, als Bismarck in Ergänzung einer parlamentarischen Matinee sich nach der Verabschiedung der meisten Gäste noch längere Zeit mit dem Professor Rudolf v. Gneist und einem andern nationalliberalen Abgeordneten unterhielt. Dabei kam er auf den 1877er Versuch zu sprechen, Bennigsen in sein Ministerium zu ziehen. Es sei eben nur e i n Platz frei und darum Forckenbecks Miteintritt von vornherein unmöglich gewesen (vgl. „G. u. E." II, 181). Der über die Reminiszenz Bismarcks in der „Nationalzeitung" erschienene Bericht wurde zwar Ende Juni 1884 in den führenden Blättern Deutschlands viel kommentiert; aber auch sie wäre wohl bald der Vergessenheit anheimgefallen, wenn nicht im Rahmen des Wahlkampfes der alte Gegensatz Bismarck-Stosch abermals aufgerührt worden wäre.

Der bayrische nationalliberale Abgeordnete

v. Schauß hatte in einem Brief an den Bürgermeister Michel von Neu-Bamberg (von wo ihm durch eine Vertrauensmännerversammlung zu Sprendlingen im Kreis Alzey-Bingen eine Reichstagskandidatur angeboten worden war) am 7. Juli 1884 über einen Vorgang in dem seit 1880 sezessionistischen Kreise berichtet. Er hatte da ungefähr gesagt: 1879 (besser wäre: 1878) habe sich die Koalition des Zentrums mit den Konservativen vorbereitet; die verbündeten Regierungen würden gezwungen sein, davon Gebrauch zu machen, wenn die Nationalliberalen ihre negative Stellung gegenüber der Reichsregierung beibehielten. „Damals habe ich den Abgeordneten Herrn Rickert, der nun wieder (29. Juni 1884) Hauptredner in Sprendlingen war, nicht einmal, sondern wiederholt äußern hören: nun müsse ernstlich an die Entfernung des Reichskanzlers aus seinem Amte gegangen werden. Den Nachfolger hatte Herr Rickert schon in der Tasche: dieser war der frühere Minister v. Stosch . . .“ — Rickert bestritt in der „Danziger Zeitung“ vom 21. Juli die Angaben des Abgeordneten v. Schauß; in weitere Erörterungen wollte er sich jedoch erst dann einlassen, wenn ihm nachgewiesen würde, wo er die ihm zugeschriebenen Äußerungen getan und worin die Aktion für v. Stosch bestanden haben sollte. Darauf aber ließ sich wieder Schauß nicht ein.

Öffentlich behauptete nun Bismarck, zu einem gewissen Zeitpunkte habe tatsächlich eine Machenschaft gegen ihn ins Werk gesetzt werden sollen; Stosch sollte dabei gegen ihn als künftiger Reichskanzler ausgespielt werden. Die ganze Sache blieb den Zeitgenossen ziemlich dunkel; sie ist es teilweise noch heute.

Hingewiesen sei deshalb auf folgendes. Erstens, daß der Briefwechsel Freytag-Stosch leider gerade zwischen Frühjahr 1879 und Herbst 1880 eine bedauerliche Lücke aufweist, die vielleicht nur in privaten Verhältnissen (der zweiten Heirat Freytags), vielleicht aber eben darin ihren Grund hat, daß gewisse Briefe, die den Schreiber und den Adressaten später hätten kompromittieren können, verbrannt worden sind. Zweitens darauf, daß die Vermutung, die damals (1884) geäußert worden ist: die ganze Reminiszenz aus dem Jahre 1878, die liberale Blätter kurzerhand als „Räubergeschichte" abtun wollten, sei lediglich Herrn v. Schauß in die Schuhe zu schieben, deshalb nicht Stich hält, weil die „Gedanken und Erinnerungen", wie oben dargelegt, dreimal mehr oder weniger ausführlich auf den gegen den Kanzler gerichteten „Plan eines Gladstone-Kabinetts" zurückkommen. Also wird wohl Bismarck selber der Autor, wenigstens der Regisseur oder Inspirator der von Freytag scharf gerügten Auslassungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 5. und vom 14. Juli 1884 gewesen sein.

Nachdem nämlich die „Magdeburgische Zeitung" vom 30. Juni 1884 den kurz vorher erhobenen Vorwurf, daß jemals ein Liberaler bemüht gewesen sei, Stosch zur Verdrängung Bismarcks Vorschub zu leisten, widerlegt und angedeutet hatte, daß vielmehr konservative Gegner Bismarcks den Admiral lieber gesehen hätten als Bennigsen, den sich die Liberalen (und Bismarck selber) eventuell als zweiten Kanzler gewünscht hatten, da erwiderte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" vom 5. Juli abends mit folgendem heftigen Ausfalle:

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 5. Juli.

Der ** Korrespondent der „Magdeburger Zeitung" nimmt die Bemerkungen des Reichskanzlers über Herrn v. Stosch und die Beziehungen der Liberalen zu demselben zum Anlaß, folgende Enthüllungen zu machen:

Den langjährigen Antagonismus zwischen Bismarck und Stosch haben die Liberalen nicht hervorgerufen und nicht geschürt, sondern er war der Grundverschiedenheit der Naturen beider Staatsmänner entsprungen. Lange vor 1870 bestand die Entfremdung; sie steigerte sich seit der ersten ernstlichen Kanzlerkrisis, und, wie damals Fürst Bismarck auf die Frage eines Liberalen, wen er sich als seinen Nachfolger dächte, ohne Besinnen erwiderte: „Rudolf v. Bennigsen", so waren des Kanzlers Gegner in konservativen Kreisen der Meinung gewesen, Herr v. Stosch möchte Chancen haben. Darin irrte sich Fürst Bismarck nicht, daß der Chef der Admiralität als künftiger Reichskanzler genannt worden war: nur hatten an diesen Gerüchten die Liberalen keinerlei Anteil. Bald darauf (im März 1877) steigerte sich der Antagonismus Bismarck-Stosch zu offenem Konflikt. Der Marineminister reichte unter dem Vorgeben, vom Kanzler vor dem Parlament beleidigt worden zu sein, seinen Abschied ein, und der Kanzler erbat ebenfalls seine Demission. Den geschickten Bemühungen des Abgeordneten Grafen v. Moltke, der vom Kaiser zum Vermittler bestellt worden war, gelang die Beilegung des Streites; Herr v. Stosch erhielt ein sehr gnädiges kaiserliches Handschreiben, und

Fürst Bismarck hielt mit dem Geständnis nicht zurück, daß ausschließlich sachliche Interessen seinen Widerspruch gegen Herrn v. Stosch hervorgerufen hätten. Ein paar Jahre lang amtierten sie scheinbar friedlich nebeneinander, ohne jemals in persönliche Berührungen zu kommen; aufs glücklichste wußte der Kriegsminister v. Kameke jede geschäftliche Differenz auszugleichen. Als aber dieser seinen Abschied nahm, ging auch Stosch, dem während seiner Tätigkeit in der Admiralität wiederholt von der Fama anderweitige hohe Ämter zugesprochen worden waren. Die Liberalen verkehrten nicht ungern mit ihm; denn er war ein sehr sachkundiger Mann, der praktischen Vorschlägen jederzeit zugänglich war und dem die deutsche Marine großen Dank schuldet. Aber als künftigen Reichskanzler haben sich die Liberalen Herrn v. Stosch nie vorzustellen vermocht; wußten sie doch, wen als solchen Bismarck selbst genannt hatte, und der Begründer des deutschen Nationalvereins war ihnen um sehr vieles sympathischer als ein General der Infanterie, der, bei großen Verdiensten um das Reich, doch in zu einseitigen konservativen Vorstellungen alt geworden war.

Wir müssen schon diesen ersten Versuch einer Legendenbildung entgegentreten und in perpetuam memoriam den wahren Sachverhalt feststellen.

Der Korrespondent der „Magdeburger Zeitung" wirft Herrn v. Stosch noch nicht ganz über Bord; er gibt zu, daß die Liberalen nicht ungern mit ihm verkehrt haben, daß er ein sehr sachkundiger Mann gewesen sei usw. Aber, fügt er hinzu, er war ein General der Infanterie, als solcher in zu einseitigen konserva-

tiven Vorstellungen aufgewachsen und daher kein für die Liberalen annehmbarer Kandidat.

Die Beweisführung ist charakteristisch: Ein General kann nicht Reichskanzler werden; denn er ist notwendig konservativ. Sollte dieses Argument aber nicht ex post erfunden sein, nachdem Herr v. Stosch vom politischen Leben zurückgetreten ist? Es mag sein, daß die heutigen „Freisinnigen" den Standpunkt politischer Logik teilen, den der Korrespondent der „Magdeburger Zeitung" vertritt; in den letzten drei Jahren ist die Entwicklung dieser Parlamentarier rapide vor sich gegangen. Aber vor dieser Zeit hätten sie es schwerlich als ein allgemein gültiges Gesetz aufgestellt, daß jeder General konservativ und daher für das Amt des Reichskanzlers unfähig sei; damals ließen sie wenigstens Ausnahmen zu — und warum hätte nicht Herr v. Stosch eine solche Ausnahme sein sollen? Wenn der Korrespondent der „Magdeburger Zeitung" das Vertrauen Herrn Rickerts besitzt, so möchten wir ihm raten, dem genannten Herrn die Frage vorzulegen: Wie werde man in Danzig Reichstagsabgeordneter? Die Antwort, die er darauf erhält, wird ihn darüber belehren, daß der ehemalige Chef der Admiralität dem Liberalismus wenigstens insoweit gewogen war, daß er denselben in den Parlamenten vertreten zu sehen wünschte. Herr v. Stosch stand mit den sogenannten Hofliberalen, den Herren Rickert, v. Bunsen, v. Forckenbeck u. a., nicht nur im Verkehr, wie das der Korrespondent übrigens selbst zugesteht, er unterstützte sie auch auf politischem Gebiete; er war bereit, ihnen seine Beziehungen am Hofe zur Verfügung zu stellen.

Gesetzt aber auch, Herr v. Stosch wäre kein Libe-

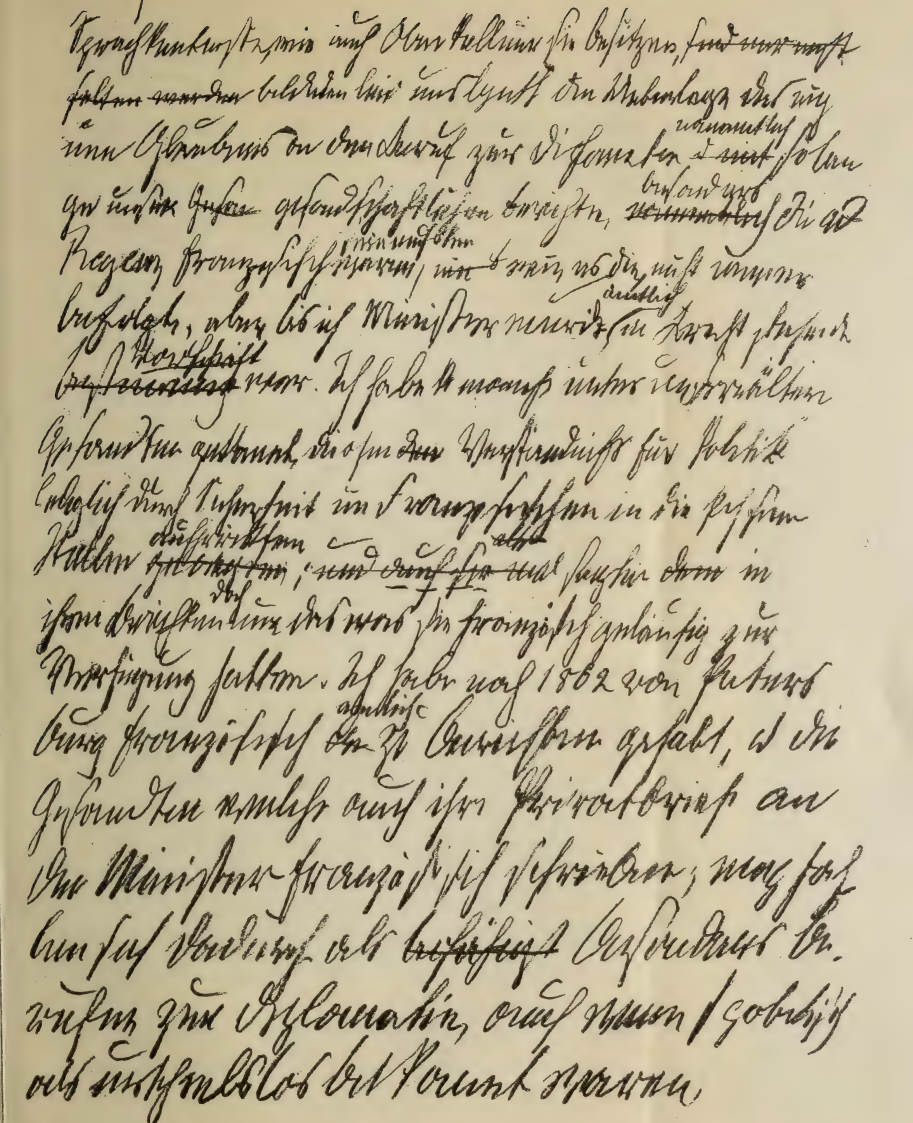
raler gewesen — das thema probandum, daß der genannte General nicht der Reichskanzlerkandidat der Herren Rickert und Genossen gewesen sei, wäre damit noch keineswegs erwiesen. Wir haben bereits im Jahre 1880 darauf hingewiesen, daß die Liberalen sich das von ihnen neu zu bildende Ministerium etwa in der Form dachten, wie das Ministerium Gladstone sich seiner Zeit gebildet hatte. Die konservative Regierung in England ist gestürzt worden durch eine Koalition von Whigs, Radikalen und katholischen Irländern, drei Parteien, von denen keine für sich die Mehrheit hatte und die nur in dem negativen Bestreben, die Konservativen von der Regierung zu verdrängen, einig und dafür stark genug waren. Im Jahre 1880 haben wir erlebt, daß sich eine ähnliche Koalition zusammensetzte zur Verteidigung der Politik Richters gegen die Regierungspolitik. Die heterogensten Elemente, die Nationalliberalen, die Fortschrittler, Sezessionisten und Ultramontanen, schlossen sich damals als Kampfgenossen eng aneinander. Es sollte nach dem englischen Muster ein Koalitionsministerium geschaffen werden, in welchem die Rolle des Herrn Gladstone dem damaligen Chef der Admiralität zugedacht war. Ob eine solche Bildung sich mit der politischen Logik des Herrn Korrespondenten der „Magdeburger Zeitung" vereinigen läßt, wissen wir nicht. Jedenfalls aber ist es Tatsache, daß man ein solches Ministerium Gladstone ins Auge gefaßt hatte.

Die sämtlichen Angaben in der oben zitierten Korrespondenz über Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reichskanzler und Herrn v. Stosch, über Vermittlungsversuche des Grafen Moltke, über ein gnädiges

kaiserliches Handschreiben usw. sind Eingebungen „freisinniger" Phantasie*). Richtig ist nur die eine Behauptung in dem Artikel der „Magdeburger Zeitung", daß persönliche Berührungen zwischen dem Reichskanzler und dem ehemaligen Chef der Admiralität nicht stattgefunden haben. Der Abschied Herrn v. Stoschs ist nicht durch sein Verhältnis zum Reichskanzler veranlaßt worden; wir glauben, daß derselbe in ursächlichem Zusammenhange stand mit den Prinzipien, nach denen Herr v. Stosch einerseits die Marine leitete, anderseits die Stellung des Kaisers zum Militärwesen überhaupt auffaßte.

Wenn die „Freisinnigen" heute sich dagegen verwahren, daß sie jemals an einen Reichskanzler v. Stosch gedacht haben, so ist das wohl verständlich; aber hübsch ist es nicht, daß sie nun, nachdem sie ihren Kandidaten für politisch tot halten, ihn als einen Konservativen und daher für die Stellung eines Reichskanzlers unfähigen General hinstellen. Auch wird ihnen eine solche Ver-

*) Tatsache ist jedoch folgendes: Bei der Generaldebatte über den Reichshaushalt für das Jahr 1877/78 hatte Bismarck, gereizt durch Eugen Richter, am 10. März 1877 einen ziemlich unbegründeten Ausfall gegen v. Stosch gerichtet, indem er die Budgetdifferenz aus dem Jahre 1876 bloßlegte. Am 17. März sprach er „in liebenswürdigster Aufgeknöpftheit" über den Zwischenfall; die von Stosch geforderte schriftliche Erklärung gab er aber nicht. Albr. v. Stoschs Abschiedsgesuch wurde unterm 25. März — wie man sagte: gegen Bismarcks Willen — abgelehnt. Damit brachte man dann das Entlassungsgesuch Bismarcks vom 27. März, das von seinem dankbaren Kaiser mit dem historisch denkwürdigen „Niemals!" quittiert und am 10. April in unbeschränkten Urlaub gemildert ward. mit Recht oder Unrecht in ursächlichen Zusammenhang. Stoschs Verabschiedung datiert erst vom 20. März 1883.



Faksimile einer Seite des Manuskripts der „Gedanken und Erinnerungen“, von Bismarck eigenhändig geschrieben.

dunklung der Tatsachen schwerlich gelingen. Daß Herr v. Stosch ihr Kandidat war, ist eine zu gut beglaubigte Tatsache, und die Behauptung, der genannte General sei die Hoffnung der Konservativen gewesen, ist mit besonderem Ungeschick erfunden.

* * *

So weit die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" vom 5. Juli 1884. Fast der ganze Monat Juli ist voll von dem Hin und Her, das diese Bismarcksche Abwehr auslöste. Der oben (S. 299) gestreifte zweite Vorstoß der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 14. Juli 1884, abends, der die Frage zum Schlusse mehr auf das Gebiet einer früheren Desavouierung Delbrücks durch Stosch vor dem Reichstage schob, lautet wörtlich so:

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 14. Juli.

Trotzdem wir in unserer Nummer 310 vom 5. d. M. die Phantasien der „Magdeburger Zeitung" auf das nüchterne Gebiet der nackten Tatsachen zurückgeführt und die letzteren richtiggestellt haben, gibt das gedachte Blatt seinen Versuch zu einer Legendenbildung in Sachen Stosch nicht auf und beruft sich auf „bekannte Tatsachen", die freilich das Mißgeschick haben, niemand außer jener Zeitung selbst bekannt zu sein. Die „Magdeburger Zeitung" bezeichnet es nämlich als bekannte Tatsache, daß

der Kanzler mit dem Marineminister in starke Meinungsverschiedenheiten geraten war,

diese zu einer Krisis führten, welche beide Staatsmänner veranlaßte, ihre Demission zu erbitten, Herr v. Stosch vom Fürsten Bismarck beleidigt zu sein glaubte.

Auf Grund dieser angeblichen Tatsachen wiederholt die „Magdeburger Zeitung" ihre früheren Behauptungen, indem sie wörtlich anführt:

„Graf v. Moltke wurde vom Kaiser veranlaßt, den Konflikt zu heben. Dies geschah mit Erfolg, wenigstens insofern, als Herr v. Stosch zufolge eines sehr gnädigen kaiserlichen Handschreibens im Amte zu bleiben willig war, und auch Fürst Bismarck setzte sich über das Vorgefallene hinweg; denn der Kaiser hatte ihn in seiner bekannten Herzlichkeit zu beruhigen verstanden. Als der Fürst Bismarck von der wichtigen Audienz beim Monarchen, die den Streit beilegte, in den Reichstag kam, wo mit großer Spannung der Verlauf der peinlichen Angelegenheit verfolgt worden war, improvisierte der Abgeordnete v. Bennigsen unter dem Beifall der übergroßen Mehrheit des Hauses ein Vertrauensvotum, das dieser hoch aufnahm."

Die Magdeburger Kollegin glaubt mit einer Siegesgewißheit, die sonst nur das Zeichen der Wahrheit zu sein pflegt, uns an diese Dinge erinnern zu sollen, und bemerkt sodann, daß die beiden Staatsmänner in einem kühlen Nebeneinander bis zu dem Rücktritt des Herrn v. Stosch blieben, dessen Beziehungen zu den Liberalen immer dieselben geblieben sind. Der Artikel schließt:

„Das vermeintliche Projekt, ein welfisch-polnisch-ultramontan-freisinniges Koalitionsministerium

zu schaffen, in welchem der preußische Marineminister eine Gladstone-Rolle spielen sollte, ist mit Recht eine ‚Räubergeschichte' genannt worden und verdient keine weitere Abfertigung."

Der Wert dieser Tatsachen steht mit der Kenntnis der „Magdeburger Zeitung" von den grundlegenden Bestimmungen der Reichsverfassung und der Reichsnormen auf gleicher Stufe.

Zunächst ist Graf v. Roon der einzige und letzte preußische Marineminister gewesen. Da Art. 53 der Reichsverfassung nur eine Kriegsmarine des Reichs unter dem Oberbefehl des Kaisers kennt und der Kaiser nur einen einzigen verantwortlichen Minister, nämlich den Reichskanzler, hat, so konnte von einem besonderen Marineministerium weder in Preußen noch im Reiche die Rede sein. Vielmehr wurde durch den Allerhöchsten Erlaß vom 1. Januar 1872, der lediglich an den Reichskanzler gerichtet und von ihm gegengezeichnet ist, bestimmt, daß die obere Marinebehörde den Namen „Kaiserliche Admiralität" und einen Chef zum Vorstand erhalten sollte, welcher die Verwaltung unter der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und den Oberbefehl nach den Anordnungen des Kaisers zu führen hat.

Auf Grund dieser verfassungsmäßigen und in Ausführung der Verfassung erlassenen Vorschriften konnte Herr v. Stosch niemals Marineminister sein; er ist auch nur der Chef der Admiralität gewesen und als solcher am 2. Januar 1872 ernannt worden. Wenn überhaupt die bei uns amtlich nicht vorhandene Bezeichnung „Marineminister" gebraucht wird, so könnte sie lediglich auf den Reichskanzler, der sämtliche Ministerialbefugnisse im Reiche in seiner Person vereinigt,

Anwendung finden. Hiervon würde sich auch die „Magdeburger Zeitung“ bei einem eingehenderen Studium unserer Reichsverfassung, wozu wir ihr hier eine genügende Anleitung gegeben haben, ohne weiteres überzeugen können.

So weit die Unkenntnis der Magdeburgerin im Recht; nunmehr zu ihren angeblich „bekannten Tatsachen“!

Es ist nicht Tatsache und nicht wahr, daß der Reichskanzler mit Herrn v. Stosch in Konflikt geraten war.

Demgemäß ist es nicht Tatsache und nicht wahr, daß eine Krisis zwischen den beiden Herren eingetreten war und daß der Reichskanzler seine Demission eingereicht hat.

Es ist nicht Tatsache und nicht wahr, daß Graf v. Moltke irgendwelchen Auftrag zu einer Vermittlung gehabt, noch eine solche aus eigener Initiative versucht hat.

Es ist nicht Tatsache und nicht wahr, daß der Kaiser „in seiner bekannten Herzlichkeit“ den Reichskanzler zu beruhigen gehabt hätte. Ob Seine Majestät aus irgendeiner Veranlassung ein Handschreiben an den ehemaligen Chef der Admiralität erlassen hat, ist uns unbekannt und stellen wir es der „Magdeburger Zeitung“ anheim, in dieser Beziehung ihre Informationen durch Herrn v. Stosch selbst ergänzen zu lassen.

Es ist nicht Tatsache und nicht wahr, daß Herr v. Bennigsen „unter dem Beifall der übergroßen Mehrheit des Hauses“ ein Vertrauensvotum für den Fürsten Bismarck improvisiert, und daß dieser die „Ovation hoch aufgenommen“ hat. Wir fordern die „Magdeburger Zeitung“ auf, ihren Roman an der Hand der

stenographischen Berichte in das Gebiet der Geschichte überzuleiten und den Wortlaut des „von Bennigsen improvisierten Vertrauensvotums“ und „seine beifällige Aufnahme“ durch den Reichskanzler zu publizieren.

Tatsache dagegen ist, daß ein Konflikt zwischen dem damaligen Präsidenten des Reichskanzleramts, Minister Delbrück, und dem Chef der Admiralität v. Stosch im Jahre 1876 stattgefunden hat, und daß der Reichskanzler im darauffolgenden Jahre auf der Tribüne des Reichstags von dieser Differenz Mitteilung machte. Diese Tatsache müßte allerdings allgemein bekannt sein und hätte namentlich einem politischen Blatt, wie es die „Magdeburger Zeitung“ sein will, nicht entgangen sein dürfen. Wir wollen deshalb, um nicht bloß die staatsrechtlichen, sondern auch die geschichtlichen Lücken in der Kenntnis unserer Magdeburger Kollegin zu ergänzen, diesen tatsächlichen Vorgang hier wiederholen.

Der Chef der Admiralität, v. Stosch, hatte gegen das Reichskanzleramt einen monatelangen Kampf darüber geführt, daß er mit weniger als 32 Millionen für den Marineetat nicht durchkommen könnte. Nachdem dann durch die von dem Minister Delbrück angerufene verfassungsmäßige Entscheidung des Reichskanzlers die Summe auf 28 Millionen ermäßigt war, von denen ungefähr 18 Millionen durch vorhandene Restfonds gedeckt und 10 Millionen in den Etat eingestellt wurden, hat Herr Delbrück die letztgedachte Summe in loyaler Weise und mit Einsetzung seiner ganzen Persönlichkeit in dem Reichstage verteidigt. Es mußte daher auf das außerordentlichste befremden, daß Herr v. Stosch auf die bescheidene Äuße-

rung eines liberalen Abgeordneten der Budgetkommission, daß die Marine auch mit 4¾ Millionen zufrieden sein könnte, sofort und ohne weiteres eine Ermäßigung um etwa 5¼ Millionen zugestand. Herr Delbrück fühlte sich durch dieses ihm kompromittierende Verhalten seines Kollegen mit Recht verletzt und erklärte dem Reichskanzler, angesichts eines solchen Desaveus nicht länger im Amte bleiben zu können. Es gelang indessen dem Fürsten Bismarck, den Minister Delbrück zu beschwichtigen und ihn trotz des gegen ihn von dem Chef der Admiralität gerichteten offenen Angriffs zum Bleiben zu bewegen.

Diese „Tatsachen" mögen vielleicht den Schreibern des Artikels in der „Magdeburger Zeitung" vorgeschwebt haben, und da dieselben, wir wie bereits zu bemerken Gelegenheit hatten, in der Terminologie der Reichsverfassung nicht ganz zu Hause zu sein scheinen, so haben sie offenbar den Präsidenten des Reichskanzleramts mit dem Reichskanzler selbst verwechselt.

Es bleibt uns ungeachtet aller erhobenen Widersprüche nur noch übrig, unsere Angaben über das „Preußische Ministerium Gladstone" unserseits zu wiederholen und aufrechtzuerhalten. Auf Verlangen sind wir sogar imstande, noch mehr Kandidaten desselben zu benennen.

Um den Ausdruck „Räubergeschichten", mit welchem die „Magdeburger Zeitung" unsere Mitteilungen bezeichnet hat, zurückzugeben, sind wir zu höflich. Wir unserseits können im Gegenteil unsere Bewunderung über das novellistische Talent unserer Kollegin nicht zurückhalten. Sie muß vorzügliche Feuilletonredakteure haben; aber im Interesse der richtigen Information

ihrer Leser möchten wir ihr doch empfehlen, die Grenze des bekannten Striches nicht zu überschreiten und nicht zu oft „über dem Strich“ mit „unter dem Strich“ zu verwechseln.

Ex ungue leonem: wer bis zuletzt im Ungewissen gewesen sein sollte, ob er Bismarcken die Urheberschaft des Artikels zutrauen dürfe, wird bei den Schlußzeilen die spöttische Art des ersten Kanzlers sofort wieder erkannt haben. Ja, es war gefährlich, diesen Leu zu wecken!

* * *

Das sollte zu seinem Schaden auch der langjährige auswärtige Freund Rußland erfahren: die Geschichte der Entstehung und Fortdauer des mitteleuropäischen Mächtebundes lehrt das auf jeder Seite.

Sechzig Seiten des zweiten Bandes der „Gedanken und Erinnerungen“ sind dem Verhältnisse Deutschlands zu Rußland seit 1876 gewidmet: ein Beweis für die Wichtigkeit, die der große Kanzler den Beziehungen zum östlichen Nachbarn beilegte. Sie hatten an Wärme eingebüßt seit dem Berliner Kongreß vom Juli 1878, wo Fürst Bismarck als Präsident der imponierenden Friedenskonferenz die ausschlaggebende Rolle im europäischen Konzerte spielte. Obwohl er niemals etwas anderes in Aussicht gestellt hatte als wohlwollende Neutralität, die trotz der Verheimlichung der über Bosnien verfügenden Reichstadter Abmachungen vom $\frac{\text{8. Juli 1876}}{\text{15. Jan. 1877}}$ von Deutschland loyal geübt worden war, bürdete Fürst Alexander M. Gortschakow der angeblichen Untreue des deutschen

Freundes die Schuld an den unbefriedigenden Ergebnissen des Krieges gegen die Türkei auf. Wie objektiv Bismarck noch kurz vorher über die Orientalische Frage gedacht hatte, geht aus seiner großen Reichstagsrede vom 5. Dezember 1876 hervor, wo er u. a. sagte: „Wir haben in der Türkei die Interessen der allgemeinen Sympathie mit unsern Mitchristen, und wenn der Herr Vorredner (Eugen Richter) ein von ihm selbst als apokryph behandeltes Gerücht anführte, daß ich gesagt haben soll, im ganzen Orient steckte kein Interesse, was so viel wert wäre wie der Ertrag eines pommerschen Rittergutes, so ist das irrtümlich. Es ist in allen solchen Legenden ein Stückchen Wahrheit und a bisserle Falschheit ist allweil dabei. Ich habe gesagt: Ich werde zu irgendwelcher aktiven Beteiligung Deutschlands an diesen Dingen nicht raten, solange ich in dem Ganzen für Deutschland kein Interesse sehe, welches auch nur — entschuldigen Sie die Derbheit des Ausdrucks! — die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers wert wäre. Ich habe ausdrücken wollen, daß wir mit dem Blut unserer Landsleute und unserer Soldaten sparsamer sein müßten, als es für eine willkürliche Politik einzusetzen, zu der uns kein Interesse zwingt. Und insofern sind wir allerdings der Mindestbeteiligte. Vielleicht ist Frankreich ebensowenig beteiligt.“ Dies platonische Verhältnis hat sich allerdings seitdem ein wenig verändert, d. h. nach der interessierten Richtung hin verschoben; nicht zum letzten durch unsere Option für Österreich, die Bismarck noch nach dem Berliner Kongreß abgelehnt hätte — er legte damals das Schwergewicht auf Erhaltung der

Ordnung auf monarchischer Grundlage gegenüber dem unsicheren System der sozialen Republik. Die Abkehr von Rußland, die 1879 vollzogen ward, fällt also in ihren letzten Ursachen seinen maßgebenden Staatsmännern selbst zur Last: Bismarck hätte viel lieber am Dreikaiserbündnisse festgehalten und allenfalls Italien als viertes Glied aufgenommen. Doch als Rußland anfing, mit Frankreich zu flirten, da sicherte sich Bismarcks, bedrückt vom cauchemar des coalitions*), vor einer unbequemen Wiederholung der alten Kaunitzschen Gruppierung durch Eingehen eines Bündnisses mit Österreich-Ungarn.

Der Gedanke hätte weder sofort in die Tat umgesetzt werden können, noch hätte er dann so lange so festen Bestand gehabt, wenn nicht die Wiedervereinigung der beiden führenden mitteleuropäischen Mächte zu einem wenn auch nur lockeren und nur außenpolitisch wirkenden Ganzen auf nationaler Grundlage beruht hätte. Golden sind und immer wieder beherzigenswert die Worte, die der Schöpfer des Dreibunds über die Haltbarkeit von Verträgen uns hinterlassen hat:

„Die internationale Politik ist ein flüssiges Element, das unter Umständen zeitweilig fest wird, aber bei Veränderungen der Atmosphäre in seinen ursprünglichen Aggregatzustand zurückfällt. Die clausula rebus sic stantibus (d. h. der Vertrag gilt nur so lange, wie seine Voraussetzungen bestehen) wird bei Staatsverträgen, die Leistungen bedingen, still-

*) Dies geflügelte Wort von den bösen Träumen, die der Gedanke an Koalitionen dem Kanzler verursache, stammt vom Grafen Peter Schuwalow; s. „G. u. E." II, 224 und 233.

schweigend angenommen. Der Dreibund ist eine strategische Stellung, welche angesichts der zur Zeit seines Abschlusses drohenden Gefahren ratsam und unter den obwaltenden Verhältnissen zu erreichen war. Er ist von Zeit zu Zeit verlängert worden, und es mag gelingen, ihn weiter zu verlängern; aber ewige Dauer ist keinem Vertrage zwischen Großmächten gesichert . . . Er dispensiert nicht von dem toujours en vedette!"

Um den von Bismarck angedeuteten Enttäuschungen nicht zu verfallen, ist es ratsam, sich stets die Vorgeschichte und die Begleiterscheinungen einer solchen Einung gegenwärtig zu halten. Einerseits hatte Bismarck, wie oben skizziert, den Groll und Zorn der Russen nach 1878 bemerkt; anderseits mußte der österreichisch-ungarische Minister des Äußern, Graf Julius Andrassy, darauf bedacht sein, den Besitz Bosniens und der Herzegowina zu sichern. Seit 1879 von der russischen Diplomatie offen angegriffen, vernahm der Kanzler von Andrassys Absichten, zurückzutreten. Beidem mußte die Spitze geboten werden. So kam es am 28./29. August 1879 zur Begegnung Bismarcks und Andrassys zu Gastein, zu dem Briefwechsel mit König Ludwig von Bayern Mitte September und zu der Wiener Audienz Bismarcks bei Kaiser Franz Joseph wenige Tage später. Das alles führte zum Entwurf eines festen Bündnisses, das von Bismarck erst allgemein gedacht war, von Andrassy aber nur gegen eine Offensive Rußlands gewendet wurde. Gegen ein solches Defensivbündnis wehrte sich jedoch die dankbare Anhänglichkeit Kaiser Wilhelms an die russische Kaiserfamilie. Die neuesten Quellen lassen

erkennen, wie durch den Fürsten Bismarck, den Fürsten Hohenlohe, den Fürsten Stolberg, Otto von Bülow, General von Albedyll und zuletzt durch Graf Moltkes Vorträge die Bedenken des Kaisers allmählich widerlegt und eine ihn beruhigende Form*) gefunden wurde.

Mit dem Eintritt Italiens in den Bund der mittel-

*) Der Wortlaut des Vertrages vom 7. Oktober 1879 ist zum letzten Male gedruckt in Arthur Singers „Geschichte des Dreibunds" (Leipzig 1914). Den bis heute unbekannten Inhalt der zwischen Berlin und Rom wie zwischen Wien und Rom am 20. Mai 1882 und 19./20. Februar 1887 geschlossenen Dreibund-Verträge hat der Verfasser dieses Buchs zu erschließen versucht im Anhange zu dem eben zitierten Singerschen Regestenwerke (S. 255 f.). Dazu bildet eine das Verstehn der Haltung Italiens erleichternde Ergänzung ein Aufsatz Helmolts im „März" vom 28. November 1914, überschrieben: „Die drei Rückversicherungsverträge Italiens."

Den Geist des ganzen Abkommens charakterisiert zutreffend kein Geringerer als Fürst Bernhard von Bülow in seinem Beitrage zu dem großen Kaiserjubiläumswerke, das 1913 im Verlage von Reimar Hobbing in Berlin erschienen ist, wenn er schreibt: „Auch wenn Italien nicht in allen Situationen bis zu den letzten Konsequenzen mit uns und Österreich, und wenn wir und Österreich nicht in allen Verwicklungen des weltpolitischen Getriebes mit Italien gehen könnten, so würde doch jede der drei Mächte durch den Bestand des Bündnisses verhindert sein, dem Gegner der Andern zur Seite zu treten. Das hatte Fürst Bismarck im Auge, wenn er einmal äußerte, es genüge ihm, daß ein italienischer Korporal mit der italienischen Fahne und einem Trommler neben sich die Front gegen Westen, d. h. gegen Frankreich, und nicht gegen Osten, d. h. gegen Österreich, nehme. Alles Weitere wird davon abhängen, wie eine eventuelle Konfliktsfrage in Europa gestellt, mit welchem Nachdruck sie militärisch von uns vertreten und mit welchem Erfolge sie militärisch und diplomatisch durchgeführt wird."

europäischen Mächte hatte dieser äußerlich eine Gestalt angenommen, wie sie einst in den stolzesten Tagen der Karolinger, Ottonen, Salier und Staufer dem Heiligen römischen Reiche deutscher Nation eigen gewesen war. Daß ihr damals die nachhaltige Wirkung abging, das verschuldete der Mangel an Stetigkeit in der obersten Leitung; nur selten war diese in einem Fürsten verkörpert, der gleichzeitig die zentrifugal Auseinanderstrebenden zu bändigen, Slawengebiete zu kolonisieren und mit geistesgewaltigen Päpsten — ihrer Säkularpolitik hat auch ein Bismarck Tribut zahlen müssen — aufregende und aufreibende Fehden zu bestehen imstande war. In dieser Beziehung sind wir Glieder des Dreibunds besser daran: die mittelmeerischen Interessen mag Italien, die in der Richtung der Donau verlaufen, mag Österreich-Ungarn auf sich nehmen — so kann sich Deutschland auf die ihm obliegenden Aufgaben konzentrieren.

Freilich, wer umschreibt eindeutig und allgemein verbindlich den Kreis dieser Aufgaben? Bismarcks Ansicht war, vor allem sei es seine Pflicht, dem Reichsgedanken festere Stützen im Innern zu geben, alles, was im ersten genialen Aufbau als Dinge späterer Sorge zurückgestellt worden war, in organischer Weise nachzuschaffen. Dazu brauchte er eine möglichst bedürfnislose äußere Politik, die ihm einen Frieden von längerer Dauer verbürgte. Mochten andere Völker in der weiten Welt auf lockende Abenteuer ausgehen — Bismarck gab zu jedem Gelüst gut und gern seinen Segen. Mochten die Russen in Asien eine große Kulturmission erfüllen — Bismarck deckte ihnen schützend den Rücken, falls sie nur von dem heißen

Eisen des Balkans die Hand ließen. Die Franzosen mochten sich in Tunis, Ägypten oder im Tonkin umsehen, falls sie nur aufhörten, hypnotisiert auf das Vogesenloch zu stieren. Die internationale Lage begünstigte und erleichterte die Enthaltsamkeit der deutschen Politik. Rußland rückte bedrohlich der anglo-indischen Grenze näher; in Frankreich erwogen einsichtige Patrioten, ob nicht deutsche und französische Truppen vereint das Werk französischen Geistes, den Suezkanal, für Frankreich retten könnten. Ernstere Differenzen wurden mit „kalten Wasserstrahlen"*) meist schon im ersten Keim erstickt.

Aber diese auf einen einzigen Nenner gebrachte Außenpolitik vor einem Menschenalter konnte führende Kreise des deutschen Volkes nicht völlig befriedigen. Sie forderten die Erwerbung von Kolonien. Bismarck, durch die Ablehnung der Samoavorlage im Frühjahr 1880 tief verstimmt, wollte zunächst nichts von weiterem wissen; und dann kam er dem Wunsche nur zögernd entgegen. Er erklärte, er wolle nicht nach französischem, sondern nach englischem Muster Kolonialpolitik treiben; d. h. die Kaufleute hätten voranzugehen und die Verwaltung der erworbenen Gebiete selbst in die Hand zu nehmen. Dann allerdings, als er sich dem Drängen nicht länger verschließen mochte, dann hat er nicht nur die imponierende Wucht seiner überragenden Persönlichkeit zugunsten der Behauptung der noch in letzter Stunde vor mißgünstigen Neidern unter Dach und Fach ge-

*) Zu dem 74er Ursprunge dieses im wahren Sinne des Wortes schlagenden Ausdrucks vgl. Otto Ladendorfs „Historisches Schlagwörterbuch" (Straßburg 1906), S. 157.

brachten Erwerbungen in die Wagschale geworfen, sondern auch ihre Entfaltung mit allem Nachdrucke, der ihm zu Gebote stand, gefördert. Von klassischer Einfachheit war das Rezept, womit Bismarck den Kolonialhelden Herman Wissmann entließ: „Ich bin nicht der Kaiserliche Hofkriegsrat in Wien, und Sie sind Tausende von Meilen entfernt; stehen Sie auf eigenen Füßen. Ich gebe Ihnen nur immer wieder den einen Auftrag: Siegen Sie!“ Mit diesen Worten wollte der Reichskanzler jene verantwortungsvolle Selbständigkeit kennzeichnen, die auch heute noch den Expeditionsführer oder den Stationschef im Innern nur dem endlichen Erfolge verantwortlich macht, ohne daß er deshalb — er, der ewig grollende „Zivilist“ im Heerlager vor Paris — den staatlichen Verwaltungsbehörden in den Kolonien ein von ihnen unabhängiges Militär hätte großziehen wollen.

Ebenso charakteristisch war bereits die Art gewesen, wie Bismarck den grundsätzlich ersten Rückzug der britischen Regierung durchgedrückt hatte. Ende 1882 hatte der Bremer Kaufmann F. A. E. Lüderitz dem Auswärtigen Amte die Absicht angezeigt, zu Handelszwecken von Eingeborenen einen Platz an der Küste Südwestafrikas zu erwerben, und hierfür den Schutz des Auswärtigen Amts erbeten. Mit Genehmigung des Fürsten Bismarck erhielt er eine entsprechende, zunächst jedoch nur ganz allgemein gehaltene Zusage. Lüderitz führte sein Vorhaben aus und erwarb von einem Hottentottenhäuptling 150 englische Quadratmeilen an der Bai von Angra Pequena, dem heutigen Hafen von Lüderitzbucht. Er versuchte nunmehr, im Auswärtigen Amt weitergehende Zugeständ-

nisse wegen des Schutzes dieser Besitzung zu erlangen, ohne indes einstweilen hiermit Erfolg zu haben. Da führten Schwierigkeiten, die von englischer, privater wie amtlicher Seite ausgingen, eine Wendung in der Angelegenheit herbei. Eine englische Firma, die in derselben Gegend von Angra Pequena angesessen war, bestritt Lüderitz die Rechtmäßigkeit seiner Erwerbung, und die Kapregierung beanspruchte plötzlich ein Protektorat über Angra Pequena, obwohl früher von englischer Seite selbst wiederholt amtliche Erklärungen abgegeben worden waren, wonach das britische Hoheitsgebiet sich — abgesehen von der Walfischbai und einigen der Küste vorgelagerten Inseln — nördlich nicht über den Oranjefluß hinaus erstrecke. Fürst Bismarck wandte nunmehr der Angelegenheit ein lebhafteres Interesse zu. Er überzeugte sich zunächst vorsichtig, daß die Erwerbstitel, auf welche Lüderitz sich stützte, zu Recht bestanden, und ließ auch nochmals in London anfragen, wie man sich dort zu den kapländischen Ansprüchen stelle. Als Lord George Granville sich nicht entschließen konnte, diese fallen zu lassen, nahm Fürst Bismarck nunmehr die Gunst des Augenblickes wahr und tat — nach Vortrag bei Kaiser Wilhelm I. — am 24. April 1884 den entscheidenden Schritt, indem er eine Depesche nach Kapstadt und gleichzeitig eine zweite Depesche entsprechenden Inhalts an die Botschaft in London ergehen ließ. Wie die von Bismarck selbst geschriebene Adresse beweist, die er in den ihm vorgelegten Entwurf hineinkorrigiert hat, ist die — offen abgesandte — Depesche nach Kapstadt seiner eigensten Entschließung entsprungen. Ihr Wortlaut ist dieser: „Herrn W. A.

Lippert, Deutschem Konsul, Kapstadt (Capetown). According to statements of Mr. Luederitz colonial authorities doubt as to his acquisitions north of Orange river being entitled to German protection. You will declare officially that he and his establishments are under protection of the Empire*).

v. B.

Der Entwurf hatte ursprünglich nur die Depesche nach London vorgesehen; auch sie ist von Bismarck noch im Sinn einer größeren Bestimmtheit verbessert worden.

Mit dem Absenden der Depesche nach Lüderitzbucht, das bald bekannt wurde und der englischen Presse Stoff zu lebhaften Erörterungen gab, war die britische Regierung wohl oder übel genötigt, ihre Ansprüche auf Angra Pequena fallen zu lassen, und der deutsche Charakter dieser Niederlassung blieb endgültig gewahrt. Für Deutschland aber war der Gewinn noch größer. Zum ersten Male war die Hoheit des Reiches auf ein überseeisches Gebiet erstreckt und damit von der Reichsregierung der feste Wille bekundet worden, den von weiten Kreisen des deutschen Volkes verfochtenen Wünschen nach kolonialer Betätigung zu entsprechen. Die Bahn für eine umfassende Kolonialpolitik war frei geworden. Rasch folgten der Erwerbung Angra Pequenas weitere

*) (Auf Deutsch:) Nach Mitteilungen des Herrn Lüderitz zweifeln die Kolonialbehörden (Kaplands), ob seine Erwerbungen nördlich vom Oranjefluß Anspruch auf deutschen Schutz haben. Erklären Sie amtlich, daß er und seine Niederlassungen unter dem Schutze des Reichs stehen!"

deutsche Besitzergreifungen an der West- und Ostküste von Afrika sowie in verschiedenen Teilen der Südsee.

Längst sind wir über die bloß koloniale Politik hinaus in die wildwogende Weltpolitik teils gezogen, teils getrieben. Wer aber will leugnen, daß uns jene Zwischenperiode neben manchem Verdruß und vielen Opfern doch auch zahlreiche Freuden und Entschädigungen gebracht hat? Die Bevölkerung nahm innerhalb der Reichsgrenzen ständig zu; das Auskommenmüssen auf beschränktem Boden macht ebenso pessimistisch wie die Beobachtung, daß durch Auswanderung gerade der Unternehmungslustigsten nach fremden Ländern dem Vaterland eine Unsumme von sonst gut verwertbaren Kräften auf ewig verloren geht. Umgekehrt verleiht Weiträumigkeit einen optimistischen Zug: Seele und Geist eines kolonisierenden Volkes weiten sich mit. Die Kleinlichkeit der engen heimatlichen Verhältnisse wird von den neuen Räumen einfach aufgefressen. Da sehen wir nichts als Wachsen und, unter gelegentlichen Nackenschlägen, ein fröhliches Vorwärtsstreben: eine belastende Vergangenheit gibt es nicht, eine Gegenwart kaum — alles arbeitet für die Zukunft.

* * *

Es war ein großes Glück, die gottgewollte Gabe eines grundgütigen Geschickes, daß es dem ersten Reichskanzler vergönnt war, den Ausbau seiner Schöpfung fast zwei Jahrzehnte hindurch unter dem milden Zepter eines und desselben Herrn zu besorgen. Man stelle

sich nur einmal den durchaus möglichen Fall vor, daß Kaiser Wilhelm I. etwa „schon" als 75jähriger den Nachwirkungen der Feldzugsstrapazen erlegen wäre — um wie viel anders hätte sich wohl die Entwicklung Deutschlands gestaltet! Ruhiger schwerlich. Aus der kurzen Spanne Zeit, die sich der greise Herrscher wenigstens für das Instandsetzen der ersten Anfänge der neuen Ordnung gewünscht hatte, war eine schöne Reihe fruchtbringender Jahre geworden, während deren die untadelige, über allen Parteiungen stehende und selbst dem verbissensten Partikularisten Achtung abnötigende Persönlichkeit Wilhelms I. dem rastlos tätigen Kanzler das Eingewöhnen aller Deutschen in die Reichsverfassung außerordentlich erleichterte. Von adliger Gesinnung, in Pflichtfreude vorbildlich, jeder Cliquenwirtschaft abhold, neidlos die erprobten Berater und Vertrauten innerhalb ihrer Befugnisse gewähren lassend: so betreute Kaiser Wilhelm der Alte sein hohes Amt. Der „Siegreiche" mündete damit ganz von selbst im Laufe der 70er und Anfang der 80er Jahre harmonisch ein in den „sozialen" Kaiser, der mit den Botschaften zum Wohle der arbeitenden Klasse vom 17. November 1881 und vom 14. April 1883 einen von den andern Nationen bald bewunderten, aber niemals erreichten Strom altruistischen Empfindens erschloß. Wie ein Patriarch längst verflossener Jahrhunderte von allen Deutschen verehrt, schloß er am 9. März 1888 sein edles Auge für immer.

* * *

Zu seinem Nachfolger, dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm, der als König von Preußen und demzufolge

auch als Kaiser den Namen Friedrich III. annahm, hatte Bismarck niemals in einem besonders herzlichen Verhältnisse gestanden. In der langen Wartezeit eines Thronerben, der, mit mancher Wendung nicht einverstanden, sich die Kraft zutraute, manches besser zu machen, lag an sich eine stille Gegnerschaft verborgen; die überragenden Einflüsse der geistig hochstehenden Gattin, Viktoria von Großbritannien, waren nicht geeignet, die immer offenbarer werdenden Gegensätze zu überbrücken. Der spezifisch preußische Staatsgedanke, wie er sich auch nach der Reichsgründung in dem Schalten des großen Kanzlers verkörperte, vertrug sich wenig mit der liberal angehauchten Auffassung der streng konstitutionell erzogenen Britin. Und so griff der Verdacht Bismarcks, daß die nur theoretisch, doktrinär oder kritisch abweichende Weltanschauung im andern Lager nicht vor tatsächlicher Bekämpfung oder Untergrabung seiner Anordnungen zurückschrecke, in der Vergröberung kleinlich-rachsüchtiger Unterbeamten, (in der Wahl und Anstellung seines „Federviehs" war Bismarck nicht immer glücklich) auf Angehörige der kronprinzlichen Hofhaltung und persönliche Freunde über, was die Zahl der gegenseitigen Spannungen und Verstimmungen natürlich nicht gerade verminderte.

Aber von dem ehernen Tritte des Gesamtverlaufs der Erscheinungen sollte auch dies fürstliche Einzelgeschick unter die Füße getreten werden. Es gibt kaum etwas Tragischeres als das herbe Geschick, sich ein ganzes Leben lang auf die Erfüllung des Hauptberufs vorbereitet zu haben, um ihm dann auf der Schwelle, mitten zwischen Tür und Angel, mit einem einzigen Schlag entrissen zu werden.

Todwund übernahm der kehlkopfkrebskranke neue Kaiser, mit 56 Jahren nur noch ein Schatten der volkstümlichen Reckengestalt von einst, die Regierung. Kein Wunder, daß sich unter dem wuchtigen Drucke dieser erschütternden Not eine gewisse Annäherung Friedrichs III. und Viktoriens an den bewährten Ratgeber des heimgegangenen Vaters, dessen wunderbarer Größe der Sohn nun auch noch dies Opfer darbringen mußte, bald vollzog. Und ebenso großzügig wie klug ließ Bismarck das neue Regiment gewähren, soweit sich das nur irgend mit der Pflicht vertrug, die kaiserlichen Anordnungen vor dem Volke vertreten zu müssen; war ja doch das unheimlich drohende Geschick nur um Wochen noch aufzuhalten. Welchen Wechsel man allgemein von der längeren Dauer eines gesunden Kaiser Friedrichs erhofft oder, je nach der Parteistellung, gefürchtet hatte, das geht aus der gehässigen Charakteristik der neunundneunzig Tage hervor, die sich inmitten des sonst durch gehobene Sprache sich auszeichnenden Nachrufs Heinrich v. Treitschkes auf die „zwei Kaiser" findet. Es ist eine der mancherlei Segnungen des gegenwärtig tobenden Weltbrands für eine gerechtere Politisierung unseres Volks, daß wir uns, ohne Rücksicht auf Zugehörigkeit zu einer Partei, von solcher „Geschichtschreibung" angeekelt abwenden. Die Stelle lautet:

„Die Regierung des sterbenden Kaisers konnte nur eine traurige Episode der vaterländischen Geschichte werden, traurig durch die namenlosen Leiden des edlen Kranken, traurig durch das lügnerische Treiben des englischen Arztes und seiner unsauberen journalistischen Spießgesellen, traurig durch die Frechheit der deutsch-freisinnigen Partei, die sich

begehrlich an den Kaiser herandrängte, als ob er selber zu ihr gehöre, und einmal doch einen Erfolg, den Sturz des Ministers von Puttkamer*), erreichte — während die monarchischen (!) Parteien durch das Gefühl der Pietät wie durch die Voraussicht des nahen Endes genötigt wurden ihre Stimme zu dämpfen. In solchen Tagen der Prüfung offenbaren sich alle Herzensgeheimnisse der Parteien. Wer es noch nicht wußte, der muß jetzt begreifen, welch ein Sykophantentum unter der Flagge des Freisinns sein Wesen treibt, und welch ein Gesinnungsterrorismus jeden freien Kopf mißhandeln würde, wenn diese Partei jemals ans Ruder gelangte, die zu unserm Glück im ganzen Reiche nichts weiter hinter sich hat als die Mehrheit der Berliner, einzelne in die Politik verschlagene Gelehrte, die Kaufmannschaft einiger unzufriedenen (!) Handelsplätze und die allerdings ansehnliche Macht des internationalen Judentums."

Besonders das letztgenannte hatte es Treitschke angetan; war doch kurz vorher der hochgemute Kronprinz von ihm mit dem Vorwurfe bedacht worden, er habe die Fühlung mit der gewaltig aufstrebenden Zeit verloren, deren neuen Gedanken er nicht mehr recht folgen könne, weil er die antisemitische Bewegung mit

*) Robert v. Puttkamer (1828 bis 1900) hatte, seit dem 14. Juli 1879 Nachfolger des beim „Gange nach Canossa" aufgegebenen „Kulturkämpfers" Adalbert Falk, das preußische Kultusministerium konservativ verwaltet und am 21. Januar 1880 die nach ihm benannte neue Rechtschreibung erlassen. Nachdem er am 18. Juni 1881 sein Ministerium mit dem des Innern vertauscht hatte und unterm 11. Oktober Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums geworden war, erhielt er am 8. Juni 1888 seine Entlassung.

einigen Worten zornigen Tadels habe abtun wollen! „Doch hinweg mit diesen finsteren Bildern; die Geschichte ist über sie hinweggeschritten."

* * *

Am 15. Juni 1888 bestieg der dritte Deutsche Kaiser den von Bismarck gezimmerten Thron. Zunächst schien es so, als ob sich trotz des großen Altersunterschieds — hier 29, dort 73 Jahre! — ein vertrauensvolles Verhältnis der beiden ja doch aufeinander Angewiesenen anbahnen wolle; erleichtert wurde es unter anderm durch die Tatsache, daß der junge Kaiser mit so manchem Schritte seiner Mutter, von der ihn ja eine ziemlich tiefgehende Entfremdung fernhielt, durchaus nicht einverstanden gewesen war. Die neue Herrschaft gab sich somit als eine Art Fortsetzung, allerdings stark verjüngte Fortsetzung des wilhelminischen Zeitalters nicht bloß dem Namen nach. Von der hohen Pflichterfüllung, die Kaiser Wilhelm II. beseelte, zeugt gleich der Anfang seiner Regierung. In den letzten Stunden seines kaiserlichen Vaters hatte ihn der preußische Justizminister und Kronsyndikus Dr. Heinrich von Friedberg darauf hingewiesen, daß ihm sofort nach dessen Hinscheiden ein für diesen Fall bereit gehaltenes verschlossenes Schriftstück von großer Wichtigkeit vorgelegt werden würde; in der Tat war dies das erste, was der Kaiser auf seinem Schreibtische vorfand. Er öffnete es und erkannte sofort die charakteristischen Schriftzüge König Friedrich Wilhelms IV. mit vielen Unterstreichungen und Ausrufungszeichen, wie dieser zu schreiben pflegte. Es war ein politisches Testament, das jedem Thronfolger beim Regierungsantritt

vorgelegt werden solle, und enthielt eine in den stärksten und beweglichsten Wendungen gehaltene Mahnung, die Verfassung noch vor der Beeidigung umzustoßen. König Friedrich Wilhelm IV. hatte ja zeitlebens an dem Gedanken gehangen, die im Sturm und Drang des Revolutionsjahres geborene, von der Regierung zwar erst oktroyierte, dann aber im Weg einer Vereinbarung mit der Volksvertretung revidierte Verfassung zu ersetzen durch einen aus königlicher Machtvollkommenheit verliehenen Freibrief, der gar nichts von dem revolutionären Charakter moderner Konstitutionen haben sollte. Es war die Wurzel vielfältiger Meinungsverschiedenheiten zwischem ihm und seinem Ministerpräsidenten Otto von Manteuffel gewesen, daß dieser die Hand dazu nicht hatte bieten wollen; auch die eigenwillige Wiederheraufholung Radowitzens, von der bald in anderem Zusammenhange*) noch zu reden sein wird, erwies sich hierin völlig vergeblich. Nun hatte Friedrich Wilhelm IV. noch über seinen Tod hinaus auf seine Nachfolger einzuwirken gesucht mit aller Macht, die ein Toter auf Lebende ausüben kann, um seinem Königswunsch in Zukunft doch noch einmal Erfüllung zu verschaffen. Kaiser Wilhelm II. hatte ebenso wenig wie seine beiden Vorgänger irgendwelche Neigung, diesem Appell seines königlichen Großoheims zu folgen; aber er ging weiter. Er erwog, daß die Möglichkeit nicht ausgeschlossen sei, daß in Zukunft einmal ein unerfahrener Herrscher zur Regierung käme, auf den dieses Testament doch vielleicht einen verhängnisvollen Eindruck

*) Siehe weiter unten, S. 332, mit Anm.

hätte machen können: „Und seitdem“ so sagte der Kaiser „war es mir, als ob ich ein Pulverfaß im Hause hätte, und es ließ mir keine Ruhe, als bis das Testament vernichtet war.“ Es wurde *verbrannt* und der Umschlag an das königliche Hausarchiv abgegeben mit der Bemerkung: „Inhalt vernichtet.“

Das war eine Auffassung von verfassungstreuem Tun, wie sie sich Bismarck von seinem neuen Herrn nur wünschen konnte. Aber in der Ausführung gab sich nach und nach doch ein nicht geringer Unterschied kund. Das persönliche Hervortreten, das mit häufigen Reden und aufsehenerregenden Ansprachen Wilhelms II. unfehlbar verbunden war, erregte zwar das Interesse der breiten Masse des Volkes in hohem Grad, erschwerte aber in demselben Maße die Aufgabe der wirklich verantwortlichen Leiter der Regierung. Ein gewisser romantischer Zug war dem Kaiser eigen; die seiner Begabung entstammende Vielseitigkeit hatte etwas Sprunghaftes an sich. Die Friedfertigkeit seiner Gesinnung bekundete er durch wiederholte Besuche der befreundeten wie der fremden Höfe; aber sein majestätisch selbstbewußtes Auftreten verletzte dort oder verhinderte zum mindesten die Herzlichkeit. Mit vollen Segeln fuhr er hinaus auf das einen gewiegten Piloten verlangende Meer der Weltpolitik; aber gerade der Umstand, daß der erfahrene, zurückhaltende Kanzler jedem allzu stürmischen Drängen des Herrschers mit überlegten Warnungen begegnete, wollte letzterem, je länger desto mehr, nicht recht behagen. Er wollte das Reichsschiff allein steuern und fühlte sich kräftig genug, danach zu handeln.

11. Die Entlassung.

„Das Amt des wachthabenden Offiziers auf dem Staatsschiff ist mir zugefallen. Der Kurs bleibt der alte, und nun voll Dampf voraus!"
Kaiser Wilhelm II. am 22. März 1890 an den Grafen Emil von Schlitz genannt von Görtz zu Weimar.

Kaiser Wilhelms zuversichtliches Zufassen im Durchführen seiner weitausschauenden Marinepläne trug verhältnismäßig rasch Früchte, die viel versprachen. Anderseits konnten bittere Enttäuschungen nicht ausbleiben. Besonders schroff fielen sie aus bei seinen Versuchen, durch das Einsetzen seiner Person die maßgebenden oder doch vornehmlich in Betracht kommenden Kreise für seine Auffassung zu gewinnen: sowohl in Sachen der Schulreform wie namentlich in den heißen Bemühungen, das Vertrauen der sozialdemokratischen Handarbeiter zu erobern, erlitt der Kaiser offenbare Niederlagen. Es lag nahe, daß er die abweichende Denkweise des Kanzlers mit dem Odium dafür belastete. Seit der Wende von 1889 auf 1890 wurde es bekümmerten Vaterlandsfreunden immer klarer: ein ersprießliches Zusammenarbeiten zwischen Kaiser Wilhelm II. und dem Reichskanzler Fürsten Otto von Bismarck war fürder unmöglich.

Als sich dann im März 1890 wirklich der Bruch vollzog, war Herzog Ernst II. von Sachsen-Coburg und Gotha nach Berlin geeilt, richtete aber nichts aus. Um den 20. August 1890 herum hat er seinem Getreuen Gustav Freytag über diesen vergeblichen Liebesdienst,

den er dem deutschen Volke zugedacht hatte, einen dramatisch anmutenden Bericht geliefert, den der damit Bedachte wieder unterm 26. August 1890 an seinen Freund Stosch mit folgenden Worten weitergab:

„Siebleben, 26. August 1890.

. . . Einen Tag war ich in Reinhardsbrunn, bat den Herzog, über den letzten Besuch bei Bismarck zu erzählen und referiere nach seinen Worten. Ursache des Konfliktes keine Einzelheit, sondern der Kampf um die Herrschaft. Als ich ungeladen nach Berlin kam, sagte der Kaiser sogleich: ‚Du kommst wegen Bismarcks. Es ist mir ganz recht, gehe hin, versuche, was du vermagst; denn so, wie es ist, kann es nicht bleiben.‘ Darauf begann er die Klage: er (Bismarck) saß Monate in Varzin, ich schreibe und telegraphiere, er soll in der und der wichtigen Angelegenheit zu einer Besprechung herkommen, er kommt nicht, ja zuletzt antwortet er gar nicht — (?). Das muß anders werden. Also Herzog zu Bismarck. Dieser kommt ihm mit Umarmung entgegen und fängt laut an zu schluchzen. Der Herzog bietet seine Vermittlung an und referiert ihm die Klagen des Kaisers. Bismarck antwortet: ‚Unter seinem Großvater und auch Vater habe ich es ebenso gehalten; ich brauche in großen Fragen meine Zeit, um mit mir fertig zu werden und die Dinge vorzubereiten; dieses Zögern von vier, sechs Wochen hat der alte Kaiser immer respektiert.‘ Herzog: ‚Aber dem jungen Herrn ist das doch nicht zuzumuten.‘ Darauf Bismarck: ‚Ja, er selbst will alles leiten; es ist Zeit, daß ich gehe. Man intriguiert gegen mich.‘ Und jetzt kam wie aus der Champagnerflasche die Ge-

schichte mit Böttticher*) und dem Schwarzen Adlerorden, die er als die schmerzvollste persönliche Kränkung empfand, so daß der Herzog ganz erstaunt war und sagte: ‚Um so eine Nichtigkeit wie eine Ordensverleihung können Durchlaucht Schmerz empfinden; dergleichen ist gar nichts, wo es sich um so Ernstes handelt', und er sprach, wie er berichtete, mit viel gesunder Unbefangenheit über diese Begebung. Aber das wollte nicht helfen. Bismarck fuhr fort, über die Beleidigung zu klagen, und sagte wieder weich: ‚Ich muß gehn, ich kann nicht bleiben.' Es war also vergebens. Der Herzog beurteilt Jung-Wilhelm etwa ebenso, wie andere, die wir kennen, über ihn denken. Doch um einige Striche vertrauensvoller: ‚Seine Reisen sind viel nützlicher, als man glaubt.' Der Kaiser sagt: ‚Man hat mich schlecht erzogen; ich habe keinen großen Hof kennen gelernt, jetzt will ich das nachholen, ich werde nicht immer umherfahren.' Und er machte den fremden Herren gute Eindrücke, man glaubt an seine Besonnenheit und Friedfertigkeit. Zum Kaiser von Österreich hat er eine besonders herzliche Zuneigung, die auch einigermaßen erwidert wird. — ‚Zu mir', sagt Herzog, ‚hat er gutes Vertrauen; ich kann es nur erhalten, wenn ich mich nicht aufdränge, sondern ihn kommen lasse.' — Dies war das klügste Wort, das er gesprochen; Gott gebe, daß er die Enthaltung habe, danach zu handeln . . ."

Daß diese Darstellung den Stempel des Echten an sich trägt, ist ohne weiteres ersichtlich. Und daß sie

*) Karl Heinr. v. Böttticher (1833 bis 1907) war 1888 bis 1897 Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums

im allgemeinen das Richtige trifft insofern, als sie die Entlassung Bismarcks weniger auf eine Einzelheit (wenn auch persönliche Empfindlichkeit sicherlich mitspielte) als auf eine grundsätzliche Differenz zurückführt, die man kurz taufen könnte: „Die ganze Richtung paßt mir nicht!", das leuchtet ebenfalls ein. Aber damit ist die Angelegenheit bei weitem nicht erschöpft. Es handelt sich vielmehr um eine Vielheit von Fragen, in deren Behandlung die beiden, der junge Kaiser und der große Kanzler, völlig auseinandergingen; Steinchen zum Steinchen gelegt, ergab erst das große Hindernis, das den Weg der Gemeinsamkeit sperrte. Neben dem sozialen Probleme, das ja schon vor zwölf Jahren schwerwiegende Auseinandersetzungen heraufbeschworen und seitdem nur noch dringendere Forderungen gestellt hatte (vgl. oben die Anmerkung zu S. 256), war es zunächst die Unterredung mit dem Zentrumsführer Ludwig Windthorst, dessen Empfang durch Bismarck den Kaiser verstimmte, weil er vorher nichts davon erfahren hatte (daß Bismarck dem Zentrumsmann einem ausdrücklichen Verbote zum Trotze die Aussprache angetragen oder gewährt habe, ist natürlich Legende). Um Bismarcks Auffassung zu verstehen, müssen wir ein wenig zurückgreifen.

Im August 1852 tauchte der allgemein als abgetan geltende frühere Minister von Radowitz aus der politischen Versenkung wieder auf, indem ihn König Friedrich Wilhelm IV. unterm 3. August hinter dem Rücken seiner Minister, vor allem Ottos von Manteuffel, an die Spitze der Militärbildungsanstalten berief*). Da

*) Über die Gründe oder heimlichen Absichten des Königs vergleiche Friedrich Meineckes selbständigen Schlußband von Paul Hassels „Joseph Maria von Radowitz" (Berlin 1913), S. 541.

das Kabinett gerade damals durch innere Kämpfe und allerhand Preßmanöver geschwächt war, erschien die Möglichkeit, daß Radowitz seinen alten Einfluß beim Könige zurückgewänne, sehr naheliegend — Manteuffel war infolgedessen über diese Neuanstellung außer sich; Gerlach und Rochow erachteten es für nötig, daß ihm „jede mögliche Satisfaktion" beschafft werde. So entstand die berühmte Kabinettsorder vom 8. September 1852; sie lautet:

„Ich finde es nötig, daß dem Ministerpräsidenten mehr als bisher eine allgemeine Übersicht über die verschiedenen Zweige der inneren Verwaltung und dadurch die Möglichkeit gewährt werde, die notwendige Einheit darin, seiner Stellung gemäß, aufrechtzuerhalten und Mir über alle wichtigen Verwaltungsmaßregeln auf Mein Erfordern Auskunft zu geben. Zu dem Ende bestimme Ich folgendes: 1) Über alle Verwaltungsmaßregeln von Wichtigkeit, die nicht schon nach den bestehenden Vorschriften einer vorgängigen Beschlußnahme des Staatsministeriums bedürfen, hat sich der betreffende Departementschef vorher, mündlich oder schriftlich, mit dem Ministerpräsidenten zu verständigen. Letzterem steht es frei, nach seinem Ermessen eine Beratung der Sache im Staatsministerium, auch nach Befinden eine Berichterstattung darüber an Mich zu veranlassen. 2) Wenn es zu Verwaltungsmaßregeln der angegebenen Art, nach den bestehenden Grundsätzen, Meiner Genehmigung bedarf, so ist der erforderliche Bericht vorher dem Ministerpräsidenten mitzuteilen, welcher denselben mit seinen etwaigen Bemerkungen Mir vorzulegen hat.

3) Wenn ein Verwaltungschef sich bewogen findet, Mir in Angelegenheiten seines Ressorts unmittelbar Vortrag zu halten, so hat er den Ministerpräsidenten davon zeitig vorher in Kenntnis zu setzen, damit derselbe, wenn er es nötig findet, solchen Vorträgen beiwohnen kann. — Die regelmäßigen Immediatvorträge des Kriegsministers bleiben von dieser Bestimmung ausgeschlossen.

Charlottenburg, den 8. September 1852.

Friedrich Wilhelm.
Manteuffel."

Bismarck hielt, wie wir schon aus den staatsrechtlichen Stücken in den das Verhältnis zu Arnim und zu Stosch betreffenden Auseinandersetzungen (S. 262, S. 293 und 307) ersahen, sehr viel auf die schlechthinige Einhaltung des ressortmäßigen Instanzenganges, der Abgrenzung der ministeriellen Befugnisse usw. Und wie er dies Rezept streng auf alle Mitarbeiter anwandte, so entband er sich selber durchaus nicht davon; doch nun, inmitten der Differenzen unmittelbar vor dem Bruche mit Kaiser Wilhelm II., kam er zu dem Schlusse, daß er sich „einer allerhöchsten Kontrolle seines persönlichen Verkehrs in und außer Dienst nicht unterwerfen könne". So zu lesen in dem kurz nach der Entlassung eigenhändig niedergeschriebenen, aber erst Anfang November 1906 bekanntgewordenen „Entwurfe zu vertraulichen Äußerungen über die Motive meines Rücktritts aus dem Dienste". (Das noch am Todestage Bismarcks von Moritz Busch für 1000 £ an die „Times" verschacherte und unmittelbar danach veröffentlichte Entlassungsgesuch behandelt zwar die

Streitfrage über die Kabinettsorder vom 8. September 1852 ausführlich, schweigt sich aber über die Veranlassung dazu, den Handel mit Windthorst, völlig aus.)

Damit ist aber die Reihe der Gründe zum Scheiden Bismarcks vom Amte durchaus nicht abgeschlossen. Einer der stärksten war seine von der kaiserlichen abweichende Auffassung von der Stellung Deutschlands zu Rußland.

Am besten wird man der auswärtigen Politik Bismarcks gerecht, wenn man in ihr eine Art von künstlerischer Betätigung des Genies erblickt. Was andern, namentlich seinem unmittelbaren Nachfolger, zu kompliziert, zu künstlich und deshalb für die Dauer zu schwierig zu sein schien, das handhabte der Meister mit Leichtigkeit; er spielte darauf wie auf einer Orgel, bald die hohen Register, bald die tiefern Stimmen verwendend. Vor allem gilt das von seinem Verhältnisse zu Rußland. Es ist in der Tat eine verblüffende „Unparteilichkeit", daß Bismarck ausgerechnet während der Zeit (1884 bis 1890), wo er zu Rußland in dem — erst am 24. Oktober 1896 durch ihn selbst veröffentlichten und seitdem viel besprochenen — Rückversicherungsvertrage stand, die berühmteste aller seiner Reden gehalten hat, die vom 6. Februar 1888 mit dem Appell „Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt"; und diese Rede hatte zum Ziele die Rechtfertigung des drei Tage vorher demonstrativ veröffentlichten Vertrags mit Österreich-Ungarn, der sichtlich seine Spitze gegen Rußland kehrte. Aber ein Bismarck durfte das tun; er verteidigte dies Doppelsystem mit den schlichten Worten: „Der russischen Presse glaube ich nicht; den Worten des

Kaisers Alexander glaube ich und vertraue ich absolut." Mit diesem Schlüssel in der Tasche konnte Bismarck das deutsch-russische Abkommen, wonach jede der beiden Mächte eine wohlwollende Neutralität beobachten sollte, wenn die andere angegriffen würde, ohne provoziert zu haben, wie ein Instrument behandeln, dem je nach Lage der Dinge friedliche oder ernste Töne zu entlocken waren. Jedenfalls hatte er während der außerordentlich kritischen Tage auf der Wende von 1887 zu 1888, wo nicht einmal die Aufklärung Alexanders III. durch Bismarck, daß die den Koburger Prinzen Ferdinand zum Widerstande gegen Rußland aufhetzenden „bulgarischen Briefe" eine Fälschung Baron Mohrenheims und Jules Hansens seien, das Weiterschreiten der russischen Rüstungen aufzuhalten vermochte, es dennoch verstanden, den Zaren in Schach zu halten und seinen Anschluß an das werbende Frankreich zu verhüten. („Kronstadt" fällt erst in das Jahr 1891.)

So ungefähr stand Bismarck Anfang 1890 zu Rußland: auf der Wacht, aber durchaus nicht geneigt, es zum Bruche kommen zu lassen; gerade vor einem „Angriffskrieg" enthält die eben gestreifte große Rede eine auch heute noch beachtenswerte Warnung. Anders dachte Kaiser Wilhelm II.: er faßte das Bündnis mit Österreich-Ungarn einseitig auf und meinte, einer Besetzung Bulgariens durch russische Truppen nicht ruhig zusehen zu dürfen, da sie den Krieg Rußlands gegen Österreich-Ungarn bedeute (Rede an die kommandierenden Generale). Greifbar gerieten beide, der Kaiser und sein Kanzler, in Zwist, als ersterer Berichte des deutschen Konsuls in Kiew über russische Zustände und militärische Maßnahmen mit einem Handschreiben

begleitete, das — sein Text liegt noch nicht wörtlich vor — inhaltlich erkennen ließ, daß sich der Herrscher den daraus sprechenden Pessimismus hinsichtlich der russischen Absichten zu eigen gemacht hatte. Zusammen etwa 200 Seiten stark, waren die Berichte bei Bismarck eingelaufen; letzterer hatte einige, politischer Natur, dem Kaiser eingereicht, andere, militärische, dem Generalstab der Armee übersandt, in der Annahme, daß dieser sie an Allerhöchster Stelle vortragen werde, falls sie dazu geeignet seien. Die übrigen Berichte, worunter sich angesichts der Seltenheit sicherer Gelegenheiten aus Kiew mehrere veraltete befanden, hatte der Kanzler, der ja das russische Getriebe seit einem Menschenalter mit besonderer Vorliebe studiert und beobachtet hatte, dem Geschäftsgang übergeben, um sie sich vortragen zu lassen. Zu den ihm eingereichten hatte nun Wilhelm II., der, von der Neuheit gepackt, es tadelte, daß man ihm nur wenige Stücke mitgeteilt habe, bemerkt: sie seien „vorzüglich", man müsse den Bundesgenossen warnen, und seine eigene, von ihm selbst angekündigte Reise nach Krasnoje Sselo habe nunmehr zu unterbleiben.

Dagegen nahm Bismarck, die ungeheure Gefahr, die im Begehen eines solchen Weges gelegen hätte, sofort erkennend, im Rahmen des oben erwähnten „Entwurfs zu vertraulichen Äußerungen" folgendermaßen Stellung:

„In diesem Schreiben ist erstens der Vorwurf ausgedrückt, daß ich Sr. Majestät Berichte vorenthalten und Allerhöchst denselben nicht auf die vorhandene Kriegsgefahr aufmerksam gemacht habe. Zweitens enthält dasselbe politische Weisungen, die ich nicht ausführen kann. Wir sollen Österreich warnen und selbst

Gegenmaßregeln treffen. Und der Besuch Sr. Majestät zu den russischen Manövern, zu welchen derselbe sich selbst, ohne mein Zutun, angemeldet hat, soll unterbleiben."

„Ich bin überhaupt nicht verpflichtet, Sr. Majestät alle Berichte, die mir zugehen, vorzulegen, und ich habe unter diesen die Wahl je nach dem Inhalte, für dessen Eindruck auf Se. Majestät ich glaube die Verantwortung tragen zu können. Die fraglichen Berichte waren sämtlich nur für den Generalstab von Interesse und auch für diesen meist veraltet. Ich habe nach bester Einsicht eine Auswahl für Se. Majestät getroffen und finde in dem Handschreiben ein unverdientes kränkendes Mißtrauen."

„Bei meiner noch jetzt unerschütterten Auffassung von den friedlichen Absichten des Kaisers von Rußland bin ich aber außerstande, Maßnahmen zu vertreten und in Österreich zu veranlassen, wie Se. Majestät es verlangt."

Bismarck unterscheidet also scharf zwischen der bulgarischen Angelegenheit und der damit nicht ohne weiteres zu vermengenden Bundesgenossenpflicht Österreich-Ungarn gegenüber, deren auch er sicher niemals vergessen hätte; was Fürst Chlodwig Hohenlohe in seinen „Denkwürdigkeiten" zum 31. März 1890 Gegenteiliges angemerkt hat, beruht auf irriger Auslegung der schon erwähnten kaiserlichen Ansprache an die Generale.

Und im August 1890 reiste, trotz allem, Wilhelm II. doch noch nach Rußland! Also hatte er sich, wie es scheint, der besseren Einsicht des Erfahreneren nachträglich gebeugt. Wie realpolitisch kühl hatte doch der große Kanzler die internationale Lage eingeschätzt!

In dem mehrfach zitierten „Entwurfe“ sagt er darüber klipp und klar folgendes:

„In meinem Entschluß zum Rücktritt von meinen Ämtern bin ich dadurch gefestigt worden, daß ich mich überzeugt habe, auch die Auswärtige Politik Sr. Majestät nicht vertreten zu können. Ungeachtet meines Vertrauens auf die Tripleallianz habe ich doch die Möglichkeit, daß dieselbe einmal versagen könnte, nie aus den Augen verloren. In Italien steht die Monarchie nicht auf starken Füßen, die Eintracht zwischen Italien und Österreich ist durch die Irredenta gefährdet, in Österreich kann trotz der sicheren Zuverlässigkeit des regierenden Kaisers die Stimmung anders werden. Ungarns Haltung ist nie sicher zu berechnen, dasselbe kann sich und Österreich in Händel verwickeln, denen wir fernbleiben müssen. Deshalb bin ich stets bemüht gewesen, die Brücke zwischen uns und Rußland nie abzubrechen, und glaube den Kaiser Alexander in friedlichen Absichten so weit bestärkt zu haben, daß ich einen russischen Krieg, bei dem auch im Fall eines siegreichen Verlaufes nichts zu gewinnen ist, kaum noch befürchte. Höchstens würde von dort aus uns entgegengetreten werden, wenn wir nach einem siegreichen Kriege mit Frankreich von letzterem neue Gebietsabtretungen verlangten. Rußland bedarf der Existenz Frankreichs, wie wir der Österreichs als Großmacht bedürfen.“

Man soll niemals die hohe Politik jahraus jahrein nach einem und demselben Rezepte handhaben, und Bismarck wäre, wie allein seine Option für Andrassy im Jahre 1879 lehrt, der Letzte gewesen, der die aus-

wärtigen Geschicke seiner Reichsgründung stets nur nach einer Richtung hin hätte leiten wollen: er hatte gern mehrere Eisen zugleich im Feuer. Aber in den eben wiedergegebenen Sätzen liegt mit wenigen Worten so viel kerngesunde Erkenntnis der wahren, beherrschenden Zusammenhänge beschlossen, daß sie immerhin als dauerndes Vermächtnis des größten Staatsmanns gelten dürfen, den das deutsche Volk jemals für sich hat walten lassen.

12. Ausklang.

Er war unser!
Goethe, 10. Aug. 1805.

Am 15. Mai 1847 hatte Otto von Bismarck zum erstenmal*) als Parlamentarier das Wort ergriffen — auf den 18. Mai 1889 fällt sein letztes Auftreten als solcher. Obwohl er dabei — es handelte sich um die dritte Lesung des Gesetzentwurfs über die Alters- und Invaliditätsversicherung vom 22. November 1888 — die Verstimmung Kaiser Wilhelms II. erregt hatte und von der Publizistik die Frage einer Ersetzung Bismarcks immer lebhafter erörtert wurde, schloß das Jahr noch leidlich mit dem Wunsche des Herrschers, Gott möge ihm den treuen und erprobten Rat Bismarcks noch viele Jahre erhalten. Doch mit dem neuen Jahre vollzog sich der Bruch in mehreren Etappen rasch hintereinander:

Am 24. Januar bat Bismarck den Kaiser, ihn des seit dem 23. August 1880 von ihm bekleideten Postens eines preußischen Handelsministers zu entheben. In der unmittelbar darauf folgenden Kronratssitzung Verlesung der beiden neuen Arbeitererlasse im Entwurfe; Bismarck erklärt sich dagegen, wird aber überstimmt und übernimmt, um sie zu mildern, ihre Redigierung, gegenzeichnet sie jedoch nicht.

---

*) Wenn man das Referat im pommerschen Provinziallandtage von 1845 über die Verteilung von Torfstreu in der Korrigendenanstalt zu Ueckermünde als zu unwesentlich unberücksichtigt läßt.

Am Abende des 14. März die Unterredung Bismarcks mit Windthorst; am Vormittage des 15. März überraschende peinliche Auseinandersetzung zwischen Kaiser und Kanzler.

Am 17. März meldet der Chef des kaiserlichen Militärkabinetts, General Wilhelm von Hahnke, der Kaiser erwarte den Fürsten um 2 Uhr mit seinem Abschiedsgesuche. Doch auszugehen lehnt Bismarck wegen seines Gesundheitszustandes ab, und zu einer schriftlichen Eingabe brauche er Zeit. Am Nachmittage Sitzung der preußischen Minister; am Abende, durch den Chef des kaiserlichen Zivilkabinetts Wirkl. Geh. Rat Friedr. von Lucanus überbracht, zweite Aufforderung des Kaisers, ein Abschiedsgesuch zu unterbreiten.

Dies geschieht am 18. März.

Der Kaiser, der das Gesuch am 20. März empfängt, vollzieht die Entlassung wenige Stunden später in drei verschiedenen Urkunden: a) Ernennung des Generals Leo v. Caprivi zum Reichskanzler, des Grafen Herbert von Bismarck-Schönhausen zum Minister des Auswärtigen; b) Verleihung der Würde eines Herzogs von Lauenburg — von Bismarck dankend abgelehnt — und c) Ernennung zum Generaloberſten der Kavallerie mit dem Rang eines Generalfeldmarschalls.

Am 26. März Abschied vom Kaiser; am 28. März im Charlottenburger Mausoleum am Grabe Kaiser Wilhelms I.

Am 29. März Abfahrt von Berlin nach Friedrichsruh.

So der äußere Hergang der Ereignisse, die auf den vorhergehenden Seiten bereits nach ihrem inneren Zusammenhange gewürdigt worden sind.

Das Gewaltsame der Trennung von Ämtern, die er unter mannigfacher Gruppierung nahezu drei Jahrzehnte lang unter unleugbarer Bewunderung der Mehrheit der Zeitgenossen inner- und außerhalb des Reiches innegehabt hatte, hat der große Kanzler niemals ganz verwinden können; auch nach der scheinbaren Aussöhnung mit dem Kaiser (26. Januar und 19. Februar 1894, 26. März 1895) nicht. Obgleich das körperliche Befinden den hohen Siebziger oft genug zum Feiern nötigte — sein Geist ließ sich nicht ungestraft zu unfreiwilliger Muße zwingen. Auch mochte die in ihm aufgespeicherte Geschäftskenntnis das unabweisbare Gefühl erzeugen, als ob er um des vaterländischen Wohles willen dazu verpflichtet sei, den „neuen Kurs“ mit seinen Erfahrungen und Warnungen zu geleiten, auch wenn der Kaiser, der sein eigner Kanzler sein wollte, nichts davon wissen mochte, und das bewährte Alte, das plötzlich nicht mehr brauchbar sein solle, zu verteidigen.

Somit haben wir nicht schlechthin eine Fronde à la Condé vor uns, wenn der Altreichskanzler in den „Hamburger Nachrichten“, die ihm schon seit Mitte April 1890 ihr weißes Papier zur Verfügung gestellt hatten, oder in Ansprachen an Vereine und Abordnungen oder endlich in dem modernen Mittel von Interviews zu seinem Volke sprach. Anfänglich allerdings brachten die Bitternis der Verabschiedung und die Unzufriedenheit mit so mancher Abkehr von den bisherigen Ablieferungen es so mit sich, daß das Oppositionelle in den Kundgebungen überwog. Die Masse des Volkes fühlte mit ihm. Eines Tages, Anfang 1892, hing an Bismarcks Reiterstandbild im

Leipziger Siegesdenkmal ein Zettel mit der bezeichnenden Inschrift:

„Lieber Bismarck, steig' hernieder
und regiere du doch wieder!
Laß bei diesen schlechten Zeiten
lieber doch Caprivi reiten!"

Und die geschickte Ausbeutung der bequemen Gelegenheit, unter der Maske eines besorgten Patrioten dem Kaiser, der es nicht verstand, sich volkstümlich zu machen, eins anzuhängen, brachte gewisse Organe, die sich nun auf einmal als bismärckisch von reinstem Wasser gebärdeten, zu unverdienter Beliebtheit bei der urteilslosen Menge. Dieser Zwiespalt zwischen der Regierung und der Mehrheit aller Deutschen, die die Behandlung des Reichsgründers wie eine persönliche Unbill empfand, erreichte seinen Höhepunkt in dem Triumphzuge nach und von Wien im Juni 1892, wo Bismarck mit einer jedes Beispiels spottenden Begeisterung allüberall wie ein Symbol, ja wie ein Idol, begrüßt und gefeiert wurde.

Noch Anfang Mai 1892 hatte Kaiser Wilhelm II. dem Grafen Herbert Bismarck herzlich zu seiner Verlobung mit der Gräfin Hoyos (4. Mai) gratuliert. Er konnte also damals kaum die Absicht gehabt haben, der Hochzeit des Grafen Herbert gegenüber eine unfreundliche Stellung einzunehmen. Um so weniger vermochte Fürst Bismarck mit der Möglichkeit zu rechnen, daß ihm bei seinem Wiener Besuche von Berlin aus Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden würden. Demgemäß ließ er in Wien vertraulich anfragen, ob es dem Kaiser Franz Josef genehm sein würde, ihn bei seinem

Besuche der österreichischen Hauptstadt in Audienz zu empfangen. Dieser Schritt war eine unabweisbare Folge der vierzigjährigen persönlichen und amtlichen Beziehungen, die zwischen dem Kaiser Franz Josef und dem ersten Reichskanzler bestanden hatten. Der Monarch war dem Fürsten Bismarck — wie dieser wiederholt hervorgehoben hat — „stets ein sehr gnädiger Herr" gewesen, und es wäre direkt unhöflich gewesen, wäre der Fürst nach Wien gekommen, ohne seinen Wunsch nach einer Audienz beim Kaiser Franz Josef in geeigneter Form zu erkennen zu geben. Die Vermittlung in dieser Sache hatte die Gemahlin des damaligen deutschen Botschafters in Wien, Prinzessin Marie Alexandrine Reuß, Tochter des Großherzogs Karl Alexander von Sachsen-Weimar-Eisenach, übernommen, und zwar mit dem Erfolge, daß Kaiser Franz Josef sich dahin äußerte, er finde es natürlich und selbstverständlich, daß Fürst Bismarck als alter und bewährter Freund seines Hauses und Österreichs von ihm empfangen zu werden wünsche, wenn er in seine Residenz komme; er freue sich herzlich auf das Wiedersehen mit ihm.

So schien alles in bester Ordnung zu sein. Fürst Bismarck trat die Reise nach Wien in heitersten Stimmung an, die durch die großartigen Ovationen in Dresden und andern Städten nur erhöht wurde. Um so größer waren sein Erstaunen und seine Empörung, als er, am 19. Juni in Wien angelangt, erfuhr, daß von Berlin aus schon unterm 9. Juni ein Erlaß an die dortige deutsche Botschaft gerichtet worden sei, worin dieser die Teilnahme an der Hochzeitsfeierlichkeit mit dem Hinzufügen untersagt wurde, daß der Deutsche Kaiser ebenfalls keine Notiz davon nehmen werde.

Schon im Sommer 1890 war auf das Bekanntwerden der ersten Bismarck-Interviews jener Runderlaß Caprivis herausgekommen: „Se. Majestät unterscheiden zwischen dem Fürsten Bismarck früher und jetzt.“ Doch das war verschmerzt. Was aber nun dem Exreichskanzler geboten wurde, grenzte wahrhaftig an rachsüchtige Ehrverletzung. Denn außerdem enthielt das Aktenstück die Erklärung, daß Fürst Bismarck niemals wieder Einfluß auf die Staatsgeschäfte erlangen könne, und schließlich wurde der Botschafter ersucht, dem Minister Grafen Gustav Kalnoky von dem Inhalte dieses Erlasses Kenntnis zu geben. Ferner erfuhr der Fürst, daß die bereits zugesagte Audienz beim Kaiser Franz Josef auf Berliner Einspruch hin nicht stattfinden werde. Der eiserne Kanzler war sprachlos, befand sich aber keinen Augenblick darüber im Zweifel, wem er diese Wandlung der anfänglich wohlwollenden Stimmung des Kaisers in ihr volles Gegenteil zu verdanken habe. Sein Zorn gegen Caprivi, den er bis dahin persönlich noch immer möglichst geschont hatte, lohte mächtig auf. Der Fürst empfand die ihm zuteil gewordene Behandlung als schwere Beleidigung, die seine gesellschaftliche wie seine geschichtliche Stellung gleichermaßen ungebührlich antaste, und fühlte sich derart verletzt, daß er zunächst daran dachte, den Grafen Caprivi zu fordern. In der Folge aber nahm er Abstand davon.

„Ich fühlte mich dadurch“, so äußerte er sich Ende Juni 1892 in Kissingen, „in die Kategorie von Persönlichkeiten verwiesen, die man nicht empfangen kann. Es wurde vor dem Verkehr mit mir direkt, und zwar in einer Weise gewarnt, daß ich anfänglich beabsichtigte,

den Grafen Caprivi vor die Pistole zu fordern. Ich habe es aber nach reiflicher Überlegung aufgegeben; es wäre ja doch nichts dabei herausgekommen als ehrengerichtliche Verhandlungen mit dem zweifelhaften Schlußergebnis nichtssagender Erklärungen. Dafür bat ich den Herausgeber der ‚Neuen Freien Presse' (Moriz Benedikt) um seinen Besuch und machte ihm gegenüber aus meinem Herzen keine Mördergrube. Bisher hatte ich mich bei Empfängen und dergleichen äußerst rücksichtsvoll und schonend über Caprivi und seine Politik geäußert. Nach seiner Wiener Leistung aber war das nicht mehr möglich. Ich mußte ihm mit offenem Visier entgegentreten und ihm meine Meinung gründlich sagen, selbst auf die Gefahr hin, damit seine ohnehin sehr schwache Autorität als leitenden Staatsmanns noch mehr zu untergraben. Es hat eben alles seine Grenzen, auch meine Nachsicht und Langmut. Ich habe dem Herausgeber der ‚Neuen Freien Presse' offen gesagt, wie ich über die Geschicklichkeit und die Befähigung der nach Wien gesandten Caprivischen Handelsvertragsunterhändler denke*), wie ich die Preisgabe unserer früheren russischen Beziehungen beurteile, und hinzugefügt, daß ich mir die Kritik unserer heimischen Zustände, zu der ich mich berechtigt und verpflichtet glaube, von

*) In der „N. Fr. Pr." lautet das Verdikt: „Ich fand es für ganz natürlich, wenn Österreich die Schwäche und Unzulänglichkeit unserer Unterhändler zu seinem Vorteile benutzt hat." Die Sache muß aber wohl auch ein anderes Gesicht gehabt haben; denn gerade der Abschluß der Handelsverträge hatte dem zweiten Reichskanzler unterm 18. Dezember 1891 die Versetzung in den Grafenstand eingetragen.

niemand verbieten lassen werde. Ich habe auch gesagt, daß es nun mit meiner persönlichen Rücksicht auf Caprivi ein Ende habe, daß alle Brücken nach Berlin abgebrochen seien; ich sei zwar infolge meiner Erziehung höflich, aber immer nur gegen Leute, die es auch zu mir wären; wenn sie mich durch ihr Verhalten von der Verpflichtung zur Höflichkeit dispensierten, so heiße es bei mir: ‚A corsaire corsaire et demi!'"

Die öffentliche Lossagung Bismarcks von der Berliner Regierung (in der von ihm erst nachträglich gebilligten Fassung Benedikts) erregte in der ganzen Welt ein ungeheures Aufsehen. Glücklicherweise wich der ohne Zweifel berechtigte Grimm über die ihm angetane Kränkung nach und nach einer Gelassenheit, die in dem historischen „Dar lach ick öwer" gipfelte. Und aus dem von der heimlichen Furcht, Bismarck werde über kurz oder lang ins Amt zurückkehren, diktierten Uriasbriefe wurde in der Wertung des Getroffenen nur eine „enorme Dummheit": „Caprivi muß rein von Gott verlassen gewesen sein, als er den Erlaß gegen mich und die Verhinderung meiner Audienz durchgesetzt hat." In Berlin mochte man das ebenfalls einsehen.

Und so bahnte sich allmählich so etwas wie eine Annäherung zwischen Kaiser Wilhelm II. und dem Altreichskanzler an. Als am 31. August 1893 letzterer an Lungenentzündung erkrankt war, bot ihm der Herrscher eins seiner mitteldeutschen Schlösser zum Winteraufenthalt an. Und wenn auch die freundliche Absicht nicht zum Ziele gelangte, so folgten doch am 22. Januar 1894 die historisch gewordene Flasche Steinberger Kabinetts und bald darauf die schon gestreiften gegenseitigen Aussöhnungsbesuche.

Damit erhielt, zur lebhaften Genugtuung des gesamten deutschen Volkes, die Aussicht auf den achtzigsten Geburtstag des Reichsschmieds ein freundliches, nur durch die Erinnerung an die am 27. November 1894 heimgerufene Fürstin Johanna*) in Wehmut getauchtes Gepräge; einen Monat vorher hatte auch im Reichskanzleramte der Wechsel Caprivi-Hohenlohe stattgefunden. Doch wieder mußte erst eine verbohrte Doktrin ihre Triumphe feiern: am 14. März 1895 lehnte die Berliner Stadtverordnetenversammlung, am 23. März sogar der Deutsche Reichstag es ab, den Fürsten zum 1. April zu beglückwünschen. Mit der „tiefsten Entrüstung" seiner Depesche gab diesmal der Kaiser genau das Gesamtempfinden wieder. Und am 25. März machten sich 418 Parlamentarier: 110 Mitglieder des Reichstags unter dem bisherigen Präsidenten Alb. v. Levetzow, 248 Mitglieder des Abgeordnetenhauses und 60 Mitglieder des Herrenhauses unter ihren Präsidenten und Vizepräsidenten auf, um dem gewaltigsten Parlamentarier aller Zeiten gemeinsam

*) Noch am 23. September 1894 hatte bei der Überreichung eines Ährenkranzes der westpreußische Geheimrat Gerlich zu Barzin launig geäußert: „Ich weiß nicht, ob Fräulein v. Puttkamer vor nunmehr fast 50 Jahren hinausgegangen ist in die Felder und Blumen gepflückt hat und die Blätter derselben ausgezupft hat und gefragt: ‚Liebt er mich, liebt er mich nicht?' Ich weiß nicht, Durchlaucht, ob Ihnen die Fürstin seither gestanden hat, daß sie das getan hat. Das aber weiß ich: unsere Frauen sind hinausgegangen in die Fluren und die Wälder, und sie haben Blumen gepflückt, die der Herbstwind noch gelassen hat, und haben sie zu einem Kranze gewunden und dahineingewunden ihre Verehrung, ihre Liebe für ihren Helden, den lobebaeren, den kühnen Recken."

ihre Huldigung darzubringen. Den Tag darauf folgte die des Kaisers, ganz in militärischen Rahmen gezimmert und vom also Geehrten entsprechend erwidert („das Beste in mir und in meiner Lebensbetätigung ist immer der preußische Offizier gewesen"). Und so ging es wochenlang weiter: kaum eine längere Pause, wo sich nicht neue Deputationen zum Besuch angemeldet hätten. Für alle hatte der große Greis ein verbindliches, für viele ein bedeutsames Wort des Dankes, für manche einen tiefen Blick in den reichen Schatz seiner Erinnerungen und Erfahrungen.

Er selbst aber wurde, während der Strom der ihn suchenden Verehrung immer mehr anzuschwellen schien, müder und matter. Um 10 Uhr 57 Minuten am Abende des 30. Juli 1898 setzte eine Lungenlähmung diesem Heldenleben ein Ende. Und für Augenblicke stockte, als am Tage danach der Draht die Trauerbotschaft durch die Lande trug, der Herzschlag Deutschlands. Der gewaltigste Mann des neunzehnten Jahrhunderts war zu seinen Vätern versammelt. Die Geschichte hielt ihren Atem an. Einer ihrer Urheber war dahin.

Das kaiserliche Anerbieten einer Beisetzung der sterblichen Hülle des großen Toten in der Fürstengruft des neuen Berliner Doms mußte der Pflicht der Familie weichen, den Wunsch ihres teuern Hauptes nach ewigem Frieden im Schatten der Bäume von Friedrichsruh zu erfüllen. Hier hat sie denn, nach Vollendung des Mausoleums am idyllischen Bergeshange rechts von der Hamburg—Büchener Eisenbahn am 16. März 1899, an der Seite der geliebten Lebensgefährtin, die letzte Ruhestatt gefunden.

Die Summe seiner Arbeit hatte Bismarck für seinen Sarg in dem schlichten Satze zusammengefaßt: „Ein treuer deutscher Diener Kaiser Wilhelms I.“

Das starke Haus aber, das er gegründet, trotzt heute noch allen Stürmen, die es heulend umtosen; ein ragender Bau, an dem Neid, Scheelsucht und Haß elend zerschellen.

Heil uns Deutschen, daß uns ein Bismarck beschieden war!

Nachwort.

Bibliographisch genaue Nachweise über alle benutzten Quellen zu liefern, lag und liegt nicht im Rahmen noch Zwecke dieses Buches. Um jedoch denen, die weiterschürfen wollen, an die Hand zu gehen, sei ein für allemal Arthur Singers „Bismarck in der Literatur" namhaft gemacht, dessen zweite, verbesserte und vermehrte Auflage Ende Mai 1912 bei Karl Konegen (Ernst Stülpnagel) in Wien erschienen ist und zwei gute Sach- und Autorenregister von Joachim Peter enthält, der zurzeit als aktiver sächsischer Leutnant tapfer mit vor Ypern kämpft. Zu den Abschnitten über Bismarcks „Abstammung" und seine „Studentenzeit" sei auf folgende, dort nicht oder unvollständig mit aufgeführten Aufsätze hingewiesen: St. Kekule v. Stradonitz, Die Leipziger Ahnen des Fürsten Bismarck in den „Grenzboten" vom 5. Dezember 1907 und Bismarck im Lichte der Vererbungslehre in den „Mitteilungen der Zentralstelle für deutsche Personen- und Familiengeschichte", 7. Heft (Leipzig, Degener, 1910), sowie dessen Kritik an Gg. Lomers „Bismarck im Lichte der Naturwissenschaft" im „Deutschen Herold" 1908, Nr. 8; Hans Kraemer, Bismarck als Korpsstudent in der „Zukunft" vom 16. März 1895 und Ferd. Wagner, Bismarcks Semester auf der Georgia Augusta in den „Protokollen über die Sitzungen des Vereins für die

Geschichte Göttingens im 9. Vereinsjahre 1900 bis 1901" (Göttingen 1901).

Schon aus diesen paar Zitaten mag erhellen, welchen Wert der Verfasser, bei aller Bescheidenheit des vorliegenden Versuches, auf die Durchführung der entwickelnden Methode gelegt hat, welches Gewicht er ihr beimißt. Daher bedarf es auch kaum eines Wortes, daß für die Zeit bis einschließlich des Jahres 1847 der erste und bis jetzt einzige Band der groß angelegten, aber auch viel voraussetzenden Biographie „Bismarck" von Erich Marcks (Stuttgart 1909) eine ganze Kette gesicherter Ergebnisse dargeboten hat, die in den Zusammenhang des Ganzen einzuweben waren.

Nicht mehr benutzt werden konnte Rich. Festers minutiöses Buch „Die Genesis der Emser Depesche", das unmittelbar vor Abschluß der letzten Korrektur erschien (Berlin, Gebr. Paetel). Dasselbe gilt von Gerhard Ritters gediegner Abhandlung über „Die Entstehung der Indemnitätsvorlage von 1866" in der Histor. Zeitschr. 114, I.

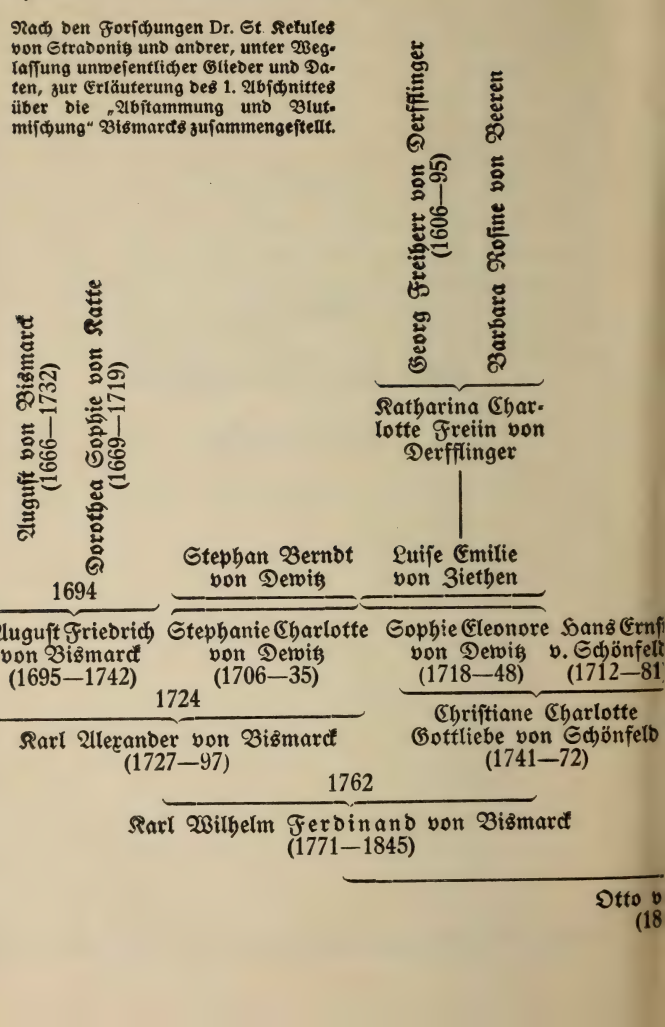
Von dem Augenblick an, wo die Lebensgeschichte unseres Helden zur preußisch-deutschen Volksgeschichte wird, war eine straffe Auswahl aus der überreich zuströmenden Fülle historischen Stoffes notwendig. Der Verfasser meinte, er solle dem großen Leserkreise, den er sich erhofft, Gelegenheit bieten, in die Arbeitsstube und Arbeitsweise der Bismarckforscher von Fach einige Blicke zu tun, ohne ihn durch das dort meist übliche gelahrte Beiwerk zu ermüden. Er hat daher aus fremden und eigenen Sonderuntersuchungen mehrere Ausschnitte dem Ganzen der Erzählung eingegliedert in der Erwartung, daß damit die Durchschnittskenntnis

von den ungeheuern Schwierigkeiten, mit denen der Eiserne Kanzler all die Jahre hindurch zu ringen hatte und an deren Überwindung er sich selbst wieder stets von neuem zu stählen wußte, ein wenig gefördert werde. Dem Verfasser lag weder daran, eine soundsovielte deutsche Geschichte zu schreiben, noch daran, ein der eigenen Note entbehrendes und damit überflüssiges Jubiläumswerk zusammenzuzimmern, sondern er zielte darauf hin, dem interessierten Laien etwas in die Hand zu geben, das ihm über einzelne Abschnitte aus Bismarcks Schaffen wenn nicht ganz neue Gesichtspunkte eröffne, so doch Anregungen vermittele, von denen er lebhaft wünschen möchte, daß sie den glorreichen 1. April 1915 um eine kleine Weile überleben.

Auszug
aus der Ahnentafel
Bismarcks

Auszug aus der Ahnentafel Bismarcks

Nach den Forschungen Dr. St. Kekules von Stradonitz und andrer, unter Weglassung unwesentlicher Glieder und Daten, zur Erläuterung des 1. Abschnittes über die „Abstammung und Blutmischung“ Bismarcks zusammengestellt.



Lüder Mencke (1658—1726)
Dorothea Elisabeth Trübe (1666—83)

1681

Gottfried Ludwig Mencke
(1683—1747)
Christiane Marie Zoller
(1684—1737)

1708

ottfried Ludwig
Mencke
(1712—62)

. . . . . .
. . . . . .

Johannes Witten
† 1673

Anna Sabina
Bütner
(1648—1703)

1670

Anastasius Witten
(1672—1763)

1707

Luise Maria
Witten
(1723—1800)

1751

Anastasius Ludwig Mencken
(1752—1801)

1785

Wilhelmine Luise Mencken
(1789—1839)

narck
8)

1643

Michael I. Bütner
(1599—1677)
Anna Geitel
† 1670

1655

Michael II. Bütner
(1633—1688)
Anna Burcktorff
† 1718

Katharina Ursula
Bütner
(1659—1730)

Agnes Sophie Geitel
(1688—1775)

1626

Michael I.
Bütner
(1599—1677)
Ursula
Löh(n)eisen
† 1641

. . . . . .
. . . . . .

N. N. Geitel
(Bruder d. Anna Geitel)
† 1670

Peter Christoph
Geitel, † 1702

. . . . . .

Johanna Elisabeth Böckel
(1755—1818)

Meulenhoff-Ausgaben

Illustriert

Gute Ausstattung
Vorzügliche Abbildungen
Sorgfältige Bearbeitung
Billige Preise

In dieser Sammlung erschien:

Dr. H. F. Helmolt

Der Weltkrieg

in Dokumenten und Bildern

nebst einem

Kriegstagebuch

M. 1.80 in Pergament. In Prachtband **M. 2.70**

M. 4.— Luxus-Ausgabe in Leder.

Das Werk enthält **300** Seiten Text und **170** Abbildungen in mustergültiger Ausführung, sowie eine große Anzahl der wichtigsten Kundgebungen, Urkunden usw. in naturgetreuer photographischer Wiedergabe nach den Originalen und gilt unstreitlich als ein würdiges

Erinnerungsbuch an den großen Krieg

Meulenhoff-Ausgaben

Illustriert

Das bestanerkannte Buch dieser Sammlung ist:

❖ Freiheit ❖

Vaterländische Klänge aus großer Zeit

Gesammelt und eingeleitet
von
Professor Dr. Karl Berger

M. 1.50 Pergamentband. In Prachtband **M. 2.—**

Poesie und Prosa aus der Zeit der Befreiungskriege, übersichtlich auf **412** Seiten geordnet und mit **16** Bildnissen.

Hätte jemand in seinem ganzen Besitz kein anderes Buch als dieses — es wäre mit seiner Bibliothek nicht schlecht bestellt.

„Westfälische Zeitung".

Weitere Bände der Sammlung:

Napoleon von H. P. Geerke

Vom Leutnant zum Kaiser

350 Seiten Text und viele Abbildungen. **M. 1.30**

Napoleons Sturz von H. P. Geerke

290 Seiten Text und viele Abbildungen. **M. 1.30**

Meulenhoff-Ausgaben

Illustriert

Richard Wagner, Dramatische Werke

Herausgegeben von

Professor Dr. K. Reuschel

3 Bände à **M. 1.30**

in Prachtband à M. 1.80

Für diesen Preis ein Wunder der Technik!

Das Werk enthält **1200** Seiten Text und **30** künstlerische Abbildungen nach berühmten Gemälden.

Weitere Bände der Sammlung:

Richard Wagner von Prof. J. Hartog

Sein Leben

310 Seiten Text und viele Abbildungen. **M. 1.50**

Von deutscher Kunst von Dr. G. Grosch

150 Seiten Text und 10 prächtige Bilder. **M. 1.20**

Die Sammlung wird fortgesetzt

Illustrierter Katalog mit den vielen anerkennenden Besprechungen auf Verlangen gratis und franko von jeder Buchhandlung.

Druck von Frankenstein & Wagner in Leipzig.

UTL AT DOWNSVIEW
D RANGE BAY SHLF POS ITEM C
39 13 13 02 01 001 0